

lionen beteiligten Arbeiter als "Spartakisten" suggerierte Vorstellung, hinter all den Aufrufen dieser Phase von November 1918 bis Mai 1919 sei der "Spartakus" - Bund als Anstifter zu suchen, ist vollkommen irreführend<sup>8</sup>.

Aufschlußreich über die Stellung des "Spartakus"-Bundes in den meisten dieser Revolten ist z. B. die Haltung der Berliner "Spartakus"-Zentrale zum Aufruhr der Volksmarine-Division am 24.12.1918; sie solidarisierte sich nachdrücklich mit diesem Aufruhr<sup>9</sup>, der um die Einbehaltung von Sold-Geldern entbrannte; als jedoch Vertreter der Volksmarine-Division im "Vorwärts" erklärten, sie hätten nichts mit dem "Spartakus"-Bund zu tun, konnte die "Rote Fahne" nicht dementieren und es blieb ihr nur, sich selbst zu versichern: "Uns ist nicht bang: Der Geist dieser Truppe ist trotz alledem Geist von unserem Geiste, vom Geiste der sozialen Weltrevolution"<sup>10</sup>. Bei faktischer Einflußlosigkeit auf dergleichen Insurrektionen blieb dem "Spartakus"-Bund zu diesem Zeitpunkt lediglich die Hoffnung, daß sie objektiv den historischen Prozeß in die Richtung auf die zweite, die soziale Revolution lenkten. - Das Agitationspotential des "Spartakus"-Bundes wurde - abgesehen von seiner zwar rasch wachsenden, aber dennoch vergleichsweise mit den beiden anderen Arbeiterparteien geringen Mitgliederzahl<sup>11</sup> - durch die mangelnde organisatorische Integration im Reich und eine entsprechende Vielzahl unterschiedlicher lokaler und regionaler taktischer Entwürfe niedrig gehalten. Soweit Kontinuitäten in der Haltung zu den jeweils unter spezifischen Bedingungen zustande kommenden und ablaufenden proletarischen Aktionen größeren Ausmaßes in der Phase vom November 1918 bis Mai 1919 und darüber hinaus ermittelt werden können, lassen sich im deutschen Kommunismus zwei Tendenzen erkennen. - Die erste berief sich unmittelbar auf Rosa Luxemburgs "Spartakus"-Programm, in dem es - in radikaler Konsequenz aus den Spontaneitäts-Prämissen der Linksradiكالen - hieß, der "Spartakus"-Bund werde "nie anders die Regierungsgewalt übernehmen als durch den klaren, unzweideutigen Willen der großen Mehrheit der proletarischen Masse in ganz Deutschland"<sup>12</sup>; da die von ihr geforderte "bewußte Zustimmung zu den Ansichten, Zielen und Kampf-

8) Vgl. dazu die treffenden Beobachtungen bei Eric Waldmann, op. cit., p. 161 ff.

9) S. "Die Rote Fahne", 1. Jg. (1918), Nr. 40; Krieg gegen die Revolution. Dort ist die Rede von der Volksmarine-Division als der "treuesten Stütze der proletarischen Revolution."

10) "Die Rote Fahne", 2. Jg. (1919), Nr. 2: Absage an Spartakus.

11) Eberhard Kolb (Die Arbeiterräte . . . , p. 47) schätzt die Stärke des "Spartakus"-Bundes bei Kriegsende auf etwa 1000 aktive Mitglieder; nach parteioffiziellen Angaben zählte die KPD(S) im März 1919 90.000 Mitglieder (s. Ossip K. Flechtheim, op. cit., p. 236). Die Mitgliederzahl der USPD stieg von 100.000 im November 1918 auf 300.000 im Februar 1919 (Heinrich Ströbel, op. cit., p. 102). Die SPD zählte 1919 über 1 Million Mitglieder.

12) Was will der Spartakusbund? zitiert in: O. K. Flechtheim, op. cit., p. 245.

methoden des "Spartakus"-Bundes"<sup>13</sup> im Proletariat vorerst nicht gegeben war, sah sie - wie Rosa Luxemburg schon auf dem Gründungskongreß der KPD(S) gesagt hatte - einen längeren Weg der deutschen Revolution<sup>14</sup> voraus. Für das unmittelbare praktische Verhalten des "Spartakus"-Bundes folgte diese Minderheit in der Organisation, die besonders in der "Roten Fahne" zu Wort kam, daß man in den Versuchen, "in einzelnen vorgeschrittenen Zentren die Macht zu ergreifen"<sup>15</sup>, während das Proletariat als Klasse noch nicht den Willen zeige, die Diktatur zu errichten, Putsche zu sehen habe, die im Prinzip abzulehnen seien. Diese Minderheit, die namentlich durch Rosa Luxemburg, Leo Jogiches und Paul Levi repräsentiert wurde, geriet jedoch angesichts der vorwiegend spontan entbrennenden Kämpfe in eine schwere Konfliktsituation; sie stand vor dem Widerspruch, daß der einmal entbrannte Kampf sich jeweils "objektiv zuspitzt nach der Frage der revolutionären Machtergreifung, daß aber weder die Umstände noch die Menschen dafür reif sind"<sup>16</sup>. In dieser Situation entschieden sich die besten Repräsentanten dieser Tendenz aus dem Gefühl heraus, man könne diese Kämpfe nicht sich selbst überlassen und auch, um dem Vorwurf der Feigheit vorzubeugen, wider bessere Erkenntnis für die persönliche Teilnahme; sie wurden letztlich von ihren radikalen Anhängern mitgerissen und ließen dabei ihr Leben. Rosa Luxemburg, die Karl Liebknechts und Wilhelm Piecks Teilnahme am Staatsumsturzplan vom Abend des 5.1.1919 heftig kritisierte<sup>17</sup>, den die Berliner Revolutionären Obleute und die USPD-Führung unter dem Einfluß riesiger Demonstrationen zugunsten des abgesetzten USP-Polizeipräsidenten von Berlin gefaßt hatten, brachte es nicht über sich<sup>18</sup>, bei der blutigen Zusammenschlagung des Berliner Januar-Aufstandes<sup>19</sup> die

13) Ibidem.

14) Ibidem ist wiederum die Rede von "dem Golgathaweg eigener bitterer Erfahrungen durch Niederlagen und Siege."

15) "Die Rote Fahne", 2. Jg. (1919), Nr. 19; Von den Putschen und den Putschisten.

16) "Die Rote Fahne", 2. Jg. (1919), Nr. 37; Bayern.

17) S. Paul Frölich, Rosa Luxemburg, p. 172; besonders den Bericht über Rosa Luxemburgs Stellung zu den Januar-Kämpfen in Berlin aufgrund brieflicher Mitteilungen Leo Jogiches an Clara Zetkin. Rosa Luxemburg sah als optimales Ergebnis des Januar-Aufstandes allenfalls eine Art "Berliner Kommune" mit allen Entwicklungsphasen bis zum blutigen Ende des französischen Vorbildes voraus. Vgl. auch Eric Waldmann, op. cit., p. 185 ff.

18) Arthur Rosenberg (Geschichte, p. 61) erklärt ihr "Gehorsam gegenüber der Vereinsmehrheit, ihre Mitwirkung bei der sinnlosen Januar-Aktion, wo sie ihrem Verein auch die Treue halten wollte, und schließlich die Weigerung zu fliehen, die sie mit dem Leben bezahlte," aus "gewissen Resten kleinbürgerlicher "Anständigkeit"; er stellt ihr Verhalten dem Lenins im Sommer 1917 gegenüber, der in einer vergleichbaren Situation ohne Bedenken nach Finnland floh.

19) Nach der Arbeit Eric Waldmanns sollte man im wissenschaftlichen Sprachgebrauch den Namen "Spartakus"-Aufstand" für die Berliner Januar-Kämpfe vermeiden. Waldmann (op. cit., p. 192) restümiert: "Indeed, it was a strange twist of history which gave the January Up-

Flucht aus Berlin zu ergreifen; sie wurde zusammen mit Karl Liebknecht am 15. 1. 1919 von Reichswehrtruppen wehrlos erschlagen. Auf die gleiche Weise kam Leo Jogiches, der wichtigste Organisator des "Spartakus"-Bundes und der KPD(S) und engste Mitarbeiter Rosa Luxemburgs, im Anschluß an einen gegen den Willen der KPD(S)-Zentrale zum Aufstand sich auswachsenden Berliner Generalstreik<sup>20</sup> am 10. 3. 1919 zu Tode.

Betrachtet man die zweite Tendenz in der jungen KPD, so fällt die starke Repräsentanz der aus der IKD-Tradition stammenden Kräfte auf und gleichzeitig die nahezu völlige Konzeptlosigkeit der an verschiedenen Orten im Reiche agitierenden führenden Persönlichkeiten, deren Revolutionsvorstellungen von denen der Berliner Zentrale erheblich verschieden waren. Hier verliefen in der KPD(S) des ersten Jahres die Grenzen zwischen der Minderheit um Rosa Luxemburg und der linkskommunistischen Mehrheit ähnlich wie sie bereits auf dem Gründungskongreß in den Fragen des Parlamentarismus und des Zentralismus offenbar geworden waren. Die Mehrheit, als deren Repräsentant Rosa Luxemburg auf dem Gründungskongreß namentlich Otto Rühle ansprach, sah den nächsten Schritt von der bürgerlichen zur sozialen Revolution unmittelbar vor sich; für sie war die Revolution gleichsam gleich um die Ecke und sie versuchte, jede Revolte größeren Ausmaßes im Zeichen des Endkampfes weiterzutreiben. Karl Liebknecht neigte eindeutig zu dieser Tendenz; seine Teilnahme an der Bildung und an den Beratungen des Revolutions-Komitees während des Berliner Januar-Aufstandes von 1919 erfolgte so gut wie ohne Kontakt mit der Parteiführung<sup>21</sup>. Zumal außerhalb Berlins, wo der Einfluß der KPD-Zentrale gering war, erwiesen sich große Teile der "Spartakus"-Anhänger als überaus aktionsbeflissen; durch ihre mutige Opposition während des Krieges populär gewordene "Spartakus"-Sprecher verschafften sich besonders während der Streik- und Aufruhrbewegungen in Reaktion auf den niedergeschlagenen Berliner Januar-Aufstand Gehör. Einige Beispiele von Persönlichkeiten, die später zur KAPD stießen: Der Journalist Karl Minster<sup>22</sup> trat, nachdem er sich im Kriege

rising the name of that left wing opposition group within the German socialist movement which officially had nothing to do with starting the insurrection and which became connected with it only to maintain 'proletarian solidarity'."

20) Siehe dazu O. K. Flechtheim, op. cit., p. 51 f.

21) S. Eric Waldmann, op. cit., p. 186.

22) Karl Minster, geb. am 25. 12. 1873 in Edenkoben (Kreis Landau) redigierte seit 1913 die "Niederrheinische Arbeiterzeitung" in Duisburg; seit 1916 den "Kampf" im Sinne der Linksradi-kalen, den er 1918 in Amsterdam weiter erscheinen ließ; während des Krieges Verfahren wegen Hochverrat; unter verschiedenen Pseudonymen linksradikale Agitation im Ruhrgebiet; dann Übersiedlung nach Frankfurt a. Main und Tätigkeit in der linken Opposition der KPD(S), schließlich Mitglied der KAPD. S. Pol. Akten der Reg. Düsseldorf, Nr. 15710/330, Ergänzungen.

durch die illegale Herausgabe des vom Berliner "Spartakus"-Bund weitgehend unabhängigen Duisburger linksradikalen Organs "Der Kampf" einen Namen gemacht hatte, 1918 bis 1920 in den Revolten im Ruhrgebiet im Sinne der linken KP-Opposition richtunggebend hervor. In Braunschweig wirkte der Schneider August Merges<sup>23</sup>, der als Expedient des "Volksfreund" seit 1915 mit dem ehemaligen Anarchisten und späteren USP-Anhänger Sepp Oerter und dem "Spartakus"-Mitglied August Thalheimer einem lokalen "Revolutionsklub" vorstand, bereits am 3. 11. 1918 in einer USP-Massendemonstration die revolutionäre Bewegung am Orte einleitete und als Vorsitzender des Arbeiter-Rates den regierenden Herzog am 8. 11. 1918 zum Rücktritt zwang; er wurde zum Präsidenten der Republik Braunschweig gewählt und setzte seinen Ehrgeiz bis zur Verdrängung seiner Räte-Regierung durch den gewählten Landtag gerade an eine solche lokale Errichtung der Diktatur des Proletariats<sup>24</sup>, die von der Berliner Zentrale abgelehnt wurde.

Wie unterschiedlich und vor allem wie unkoordiniert das Verhalten lokaler KP-Führungen an anderen Orten des Reiches war, zeigt ein Blick auf die kommunistischen Wortführer, die aus der ISD- bzw. IKD-Bewegung in die Partei gekommen waren. Allgemein zeichneten sich diese Kräfte praktisch und theoretisch durch ungebrocheneren Aktionsdrang aus. Im Bremer "Kommunist" kritisierte Johann Knief im Dezember 1918 die "Berliner Bewegung", d. h. die "Spartakus"-Zentrale, wegen ihrer offiziellen Absage an den Terror im revolutionären Kampf<sup>25</sup>; er warf ihr Beschränkung auf aufpeitschende Agitation vor und solidarisierte sich immer wieder<sup>26</sup> mit den - kollektiven Terror einschließenden - Kampfmethoden der Bolschewiki<sup>27</sup>. In Bremen versuchte er im stärksten persönlichen Einsatz (und ohne die Vorbehalte der Berliner Zentrale gegen die lokal entbrennenden Kämpfe) eine "bewußt revolutionäre Politik"<sup>28</sup> zu praktizieren. In der unter dem unmittelbaren Eindruck der Berliner Vorgänge von USPD und KPD am 10. 1. 1919 in Bremen ausgerufenen und knapp einen Monat verteidigten Räterepu-

23) S. den biographischen Anhang.

24) Vgl. dazu Einzelheiten bei: E. A. Roloff, Braunschweig und der Staat von Weimar, Braunschweig 1964, p. 26-38.

25) S. "Der Kommunist", (Bremen) 1. Jg. (1918), Nr. 3. Vgl. auch: Illustrierte Geschichte, p. 335.

26) Vgl. "Der Kommunist" (Bremen), 1. Jg. (1918), Nr. 2, 6, 7, 8 usw.

27) Nach der Solidarisierung mit dem Zimmerwalder Programm Lenins war dies ein weiterer Akt der taktischen Übereinstimmung mit den Bolschewiki. Das darf aber nicht zu der Vorstellung verleiten, die IKD seien als eine Art bolschewistische Fraktion in die KPD gekommen; neben beiden genannten Punkten hatten sie tatsächlich kaum etwas gemeinsam mit den Bolschewiki; ihre Spontaneitätsvorstellungen standen sogar im schärfsten Gegensatz zur elitären Parteikonzeption Lenins.

28) Illustrierte Geschichte, p. 334.

blik hatte Knief eine führende Stellung inne<sup>29</sup>; die Möglichkeit ideologischer Einflußnahme auf die revoltierenden Arbeitermassen war zwar in Bremen durch die angriffslustige Haltung der alten IKD-Kader mehr als anderswo gegeben, erwies sich aber gegenüber den Kräften der reinen Revolte (z. B. im sogenannten Jörn-Putsch am 20. 1. 1919)<sup>30</sup> als recht oberflächlich. - Paul Frölich, Kniefs IKD-Gefährte, war in der Hamburger Umsturz-Bewegung im November 1918 wortführend hervorgetreten<sup>31</sup> und fand sich nach seiner Wahl in die KPD-Zentrale in Opposition zu deren von Rosa Luxemburg geprägten Haltung. Er wurde wahrscheinlich aufgrund dieser besonderen Stellung<sup>32</sup> im April 1919 von der Berliner Zentrale in die Münchener Räterepublik entsendet und verfocht dann die Mitarbeit der Münchener Kommunisten an der Seite der USP in der zweiten Räterepublik gegen die Kritik in der eigenen Partei<sup>33</sup>, die aus den Kreisen um Paul Levi kam. Den tatsächlichen Einfluß der KP in den bayerischen Vorgängen beschrieb Frölich: Die Massenstimmung sei der KP als der revolutionären Partei günstig gewesen. "Aber weder war die kommunistische Parteiorganisation stark und bis dahin eine absolut verlässliche Disziplin vorhanden, noch waren in den Massen unsere taktischen Grundsätze lebendig und die Einsicht in den Grad der revolutionären Entwicklung tief"<sup>34</sup>. Eine Charakterisierung der Einflußmöglichkeiten der jungen KPD auf die Massenaktionen, die in mehr oder minder abgeschwächter Form auch auf andere Teile des Reichs zutraf. - In Berlin erwies der lokale IKD-Führer und Mitarbeiter an Kniefs "Arbeiterpolitik", der Arbeiterdichter Werner Möller seine Aktionsbeflissenheit in der führenden Teilnahme an der Besetzung des "Vorwärts"-Gebäudes am 5. 1. 1919, einem vorwiegend als spontane Protestaktion gegen die Mehrheits-Sozialdemokratie zu verstehenden Schritt empörter Arbeitermassen; nachdem das "Vorwärts"-Gebäude unter dem Artilleriefeuer von Reichswehrtruppen in der Nacht vom 10. zum 11. 1. 1919 gefallen war, wurde Möller mit an-

29) Vgl. dazu die einseitig aus der Sicht der Mehrheits-Sozialdemokratie geschriebene, aber materialreiche Darstellung: Paul Müller/Wilhelm Breves, Bremen in der deutschen Revolution vom November 1918 bis März 1919, Bremen 1919.

30) S. ibidem, p. 85 ff.

31) S. Einzelheiten in: Richard Bünemann, Hamburg in der deutschen Revolution von 1918/19, phil. Diss. Hamburg 1951, p. 114.

32) Laufenberg und Wolffheim vermuteten, die Berliner Zentrale habe Frölich nach München geschickt, weil er "jener Zentrale damals am wenigsten genehm und ihr wegen seiner Herkunft aus der linksradikalen Bewegung verdächtig war, der ihr deshalb am meisten geeignet erschien, sich gründlich zu kompromittieren". Heinrich Laufenberg/Fritz Wolffheim, Moskau und die deutsche Revolution. Eine kritische Erledigung der bolschewistischen Methoden, Hamburg o. J., p. 22.

33) Vgl. dazu Paul Frölichs pseudonyme Schrift; Paul Werner, Die Bayerische Räte-Republik. Tatsachen und Kritik, Leipzig 1920, bes. p. V.

34) Ibidem, p. 17.

deren Verteidigern als Parlamentär erschossen<sup>35</sup>. - Die Dresdener IKD unter der Führung Otto Rühles, der - durch seine spektakuläre parlamentarische Kriegskredit-Verweigerung populär geworden - im November 1918 zu den radikalen Wortführern gehört hatte, die das sächsische Fürstenhaus absetzten, gingen schon bald andere taktische Wege als die Bremer und Berliner "Internationalen Kommunisten"; bereits am 16. 11. 1918 traten sie aus dem örtlichen Arbeiter- und Soldatenrat aus mit der Begründung, die Erfahrung einer Woche habe gezeigt, daß die gegenrevolutionären Tendenzen der SPD und der USPD mit den revolutionären der Kommunisten unvereinbar seien<sup>36</sup>. Damit isolierten sich die Dresdener Kommunisten von den kommenden Massenaktionen, in denen die KP hier wie andernorts ohne das größere Potential der USPD gar nichts vermochte. - In Hamburg verhielten sich die beiden radikalen Sprecher Laufenberg und Wolffheim, die beide in der lokalen Umsturzbewegung im November 1918 an der Spitze gestanden hatten<sup>37</sup>, wiederum anders; von der Vorstellung geleitet, man müsse alles tun, um den Bürgerkrieg im geschlagenen Deutschland zu vermeiden zu dem Zweck der Fortführung des Krieges an der Seite Sowjet-Rußlands und gegen die imperialistischen Ententemächte<sup>38</sup>, verurteilten sie z. B. die Berliner Januar-Kämpfe als einen "sinn- und zwecklosen Januar-Putsch"<sup>39</sup> und wirkten in Hamburg praktisch in ihrem nationalbolschewistischen Sinn, ohne dieses Programm bereits in der ersten Jahreshälfte 1919 in den Mittelpunkt ihrer Agitation zu stellen. - Dieser Überblick mag hinreichend belegen, daß die aktivistische Tendenz im deutschen Kommunismus des ersten Halbjahres alles anders als homogen und planvoll war; ihre Vertreter waren in allen größeren Massenrevolten und zwischen den sich vorwiegend mit der Position der USPD identifizierenden Arbeitermassen wirksam, aber nirgendwo erfolgreich; inhaltlich war ihnen nicht mehr gemeinsam als die Überzeugung vom Bevorstehen oder der unmittelbaren Erreichbarkeit der zweiten, der sozialen Revolution.

Auch die andere Tradition des deutschen Linksradikalismus, die anarchistische und syndikalistische Linie, brachte in dieser Phase der Weimarer Republik erhebliche Opfer und verzeichnete geringe Erfolge ihrer agitatorischen Bemühungen. Das hervorragende Beispiel des praktischen Engagements innerhalb des deutschen Anarchismus ist die Teilnahme Gustav Landauers und seines Gefolgsmannes Erich Mühsam

35) S. Illustrierte Geschichte, p. 288. Vgl. auch den Nachruf auf Werner Möller in: KAZ (Berlin), 3. Jg. (1922), Nr. 3.

36) S. Illustrierte Geschichte, p. 217.

37) S. Einzelheiten bei: Richard Bünemann, op. cit., p. 87 ff. und 123 ff.

38) Vgl. dazu unten den Abschnitt über die Richtung des Nationalbolschewismus in der KAPD.

39) Heinrich Laufenberg/Fritz Wolffheim, Moskau und die deutsche Revolution, p. 20.

am bayerischen Umsturz vom 6.4.1919, der die erste Münchener Räterepublik einleitete. Landauer beteiligte sich als Anarchist an der Leitung eines Staatsgebildes offenbar nicht unter dem abstrakten Zwang seiner Theorien, die - wie früher gezeigt wurde<sup>40</sup>- die Vorstellung eines sich durch Revolutionen hindurch dialektisch vorwärtsbewegenden Geschichtsablaufs nicht anerkannten, sondern unter dem Eindruck der allgemeinen sozialen Erregung<sup>41</sup>. Sein Einfluß auf Ernst Toller, das offizielle Haupt der ersten Räterepublik in München, war stark, seine ideologische Einwirkung auf die Lösung der praktischen Tagesfragen, die sich der Räterepublik stellten, war ganz unbedeutend. Bei Eintritt der Kommunisten in die zweite Räterepublik zog er sich sofort zurück und stellte resigniert fest, daß das Staatsgebilde, das nun verteidigt werde, nur noch zum geringsten Teil sein Werk sei, "ein Werk der Wärme und des Aufschwungs, der Kultur und der Wiedergeburt"<sup>42</sup>. Diese Distanzierung verhinderte nicht, daß Landauer am 2.5.1919 von der militärischen Gegenrevolution wehrlos erschlagen wurde; Erich Mühsam und Ernst Toller wurden zu langjähriger Festungshaft verurteilt. Auf den ersten Blick scheint der andere Zweig des älteren Linksradikalismus, die "Freie Vereinigung" der deutschen Syndikalisten, in der Phase vom November 1918 bis Mai 1919 zumindest regional erfolgreicher gewesen zu sein als die deutsche KP. Ihre Einflußmöglichkeit lag nicht vorwiegend in der Agitation prominenter radikaler Sprecher der Arbeiterschaft, sondern in der theoretischen Begründung und Förderung der in den Streiks und Aufständen spontan praktizierten unmittelbaren Selbsthilfe der Arbeiter; mehr als irgendeine andere Strömung in der Arbeiterbewegung hatten die Syndikalisten die Methoden der direkten Aktion durchdacht und propagiert. Die "Freie Vereinigung" hatte aufgrund dieser Koinzidenz und aufgrund der frühen Präsenz ihrer Vorkriegskader in den Streiks und Aufständen seit November 1918 im Ruhrgebiet eine überraschend starke Position inne; zwar waren diese Voraussetzungen für sie auch in anderen Teilen des Reiches - besonders in Großstädten und im mitteldeutschen Industriegebiet - gegeben, aber die Organisation etablierte sich nirgendwo so solide wie im Ruhrgebiet, wo sie bereits vor dem Weltkrieg abgesehen von Berlin am stärksten vertreten war. Bereits im Dezember 1918 hatte die Agitation der "Freien Vereinigung" in den

40) S. dazu oben den Abschnitt über Gustav Landauers Kritik an der deutschen Sozialdemokratie.

41) Vgl. dazu Paul Frölich (Paul Werner, Die Bayerische Räte-Republik, p.19): "Landauer war Anarchist, also Individualist und Staatsgegner und deshalb für die Leitung eines Staatswesens ungeeignet. Durch die Revolution, an die er mit ethisch-putschistischen Gedankengängen herangetreten war, wurde er in Konflikt mit seiner Grundauffassung hineingetrieben ...".

42) Zitiert in: Helmut Rüdiger u. a., Gustav Landauer, p. 38.

sich bald ausweitenden lokalen Streiks<sup>43</sup> starke Resonanz; während eines Bergarbeiterstreiks der Schachtanlagen des Thyssen-Konzerns in Hamborn, der am 18.12.1918 ausbrach, wurden z. B. Carl Windhoff<sup>44</sup> und andere Vertreter der "Freien Vereinigung" bereits als Bekannte begrüßt; ihre stark akklamierten Reden empfahlen den Arbeitern, sich von ihren bisherigen gewerkschaftlichen Organisationen loszulösen und ihre Forderungen "durch die direkte Aktion, d. h. durch Arbeitsniederlegung und, wenn dadurch allein nicht mehr erreicht werden könne, durch Sabotage durchzusetzen"<sup>45</sup>. Den überaus radikalen Elementen dieser Streikbewegung, die sich zum Aufruhr entwickelte und im Verlauf derer Vertreter der Bergwerksleitung festgenommen wurden, dienten dergleichen Empfehlungen als wünschenswerte theoretische Überhöhung ihrer Praxis. Als Alternative zu den alten Bergarbeiter-Verbänden wurde das Etikett "Freie Vereinigung" den aktivistischen Kräften zum revolutionären Gütezeichen und sie versuchten mit teilweise brutalen Mitteln, die Arbeiter zum Eintritt in diese Organisation zu zwingen. In den Hamborner Zechen, die hier wie in anderen Fällen voranschrritten und denen andere Industrieorte des Ruhrgebiets nachfolgten, gingen die linksradikalen Aktivisten nachweisbar seit März 1919 dazu über, ultimative Forderungen folgender Art an die nicht in der "Freien Vereinigung" Organisierten zu stellen:

"Hierdurch fordern die Belegschaftsmitglieder von Schacht II 5 von der Freien Vereinigung Sämtliche, die sich der Freien Vereinigung noch nicht angeschlossen, sofort zu derselben überzutreten und dies muß bis spätestens 3. April 1919 geschehen. Wer bis dahin der Freien Vereinigung nicht angehört, muß die Arbeitsstätte verlassen"<sup>46</sup>.

Tatsächlich wurden auf manchen Zechen die Arbeiter, die sich nicht der "Freien Vereinigung" anschlossen, an der Einfahrt gehindert<sup>47</sup>. Der Massenzustrom zur "Freien Vereinigung" erfolgte allerdings nicht durch dergleichen Zwangsrekrutierung; er setzte erst richtig ein aufgrund der Enttäuschung vieler Bergarbeiter über die Niederschlagung

43) Vgl. dazu die Darstellung: Peter von Oertzen, Die großen Streiks der Ruhr-Bergarbeiterschaft ... (loc. cit.).

44) Carl Windhoff, geb. am 8.11.1872 in Düsseldorf, gelernter Fliesenleger, war eines der frühesten Mitglieder der "Freien Vereinigung" im Ruhrgebiet; führende Tätigkeit während des Krieges zur Aufrechterhaltung der Organisationskader; entscheidende Beteiligung an der Gründung der rheinland-westfälischen FAU im September 1919; nach 1921 zeitweilig Redakteur an der "Schöpfung", dem oppositionellen rheinland-westfälischen Organ der FAUD; 1922 angeblich Kontakte zur KPD; starb vor Ende des zweiten Weltkrieges. Pol. Akten der Reg. Düsseldorf, Nr. 15849/2 u. 3, Ergänzungen.

45) Pol. Akten d. Reg. Düsseldorf, Nr. 15032/12.

46) Aus einer Bekanntmachung an alle Gewerkschaftszechen Hamborns der Bezirksleitung der "Freien Vereinigung", in: Pol. Akten der Reg. Düsseldorf, Nr. 15034/48.

47) S. z. B. über solche Praktiken: Pol. Akten der Reg. Düsseldorf, Nr. 15034/45 und /168.



des großen Generalstreiks im April 1919. - Durch die aufgezeigte Symbiose zwischen aktivistischen Teilen der Arbeiterschaft und der "Freien Vereinigung" spielten die Parolen dieser Organisation, die vor Gründung der "Allgemeinen Bergarbeiter-Union" Ende März 1919 die einzige Alternative zu den alten Gewerkschaftsverbänden mit mehr als lokaler Bedeutung und mit einem eigenen Programm war, in fast allen lokalen Aufständen, die auch im Ruhrgebiet besonders seit dem Berliner Januar-Aufstand aufflackerten, eine Rolle. Jedoch war bei der Oberflächlichkeit der emotionalen Zustimmung zu den Parolen der "Freien Vereinigung" eine dauernde Konsolidierung dieser Organisation nicht zu erwarten; in der Tat nahmen dann alle oppositionellen Strömungen in der aus ihr hervorgehenden FAUD ihren Ausgang im Ruhrgebiet<sup>48</sup>; die durchaus verschiedenartigen Kräfte, die sich unter dem Etikett "Freie Vereinigung" zeitweilig versammelten, sonderten sich bald schon wieder voneinander. - Die besonders starke Präsenz der "Freien Vereinigung" in den sozialen Revolten im Ruhrgebiet während des ersten Halbjahres nach dem November - Umsturz führte zur Vorherrschaft dieser Organisation über die junge KPD(S) in dieser Region; namhafte Sprecher der Syndikalistinnen und der Kommunisten bekannten sich unterschiedslos zur "Freien Vereinigung", deren Name bisweilen auch mit der Zusatz - Parenthese "Spartakusbund" auftauchte<sup>49</sup>. Die linksradikale Aktionseinheit<sup>50</sup> von November 1918 bis April 1919 bestand im Ruhrgebiet in besonders großem Maße in den Mitgliederschichten der kommunistischen und syndikalistischen Organisation, auch wenn gelegentlich Aktionen - wie der in Mülheim beschlossene Februar - Generalstreik 1919, der von der KP - Führung nicht gestützt, sondern organisatorisch allein von der "Freien Vereinigung" getragen wurde<sup>51</sup> - von der Levi - Zentrale als "syndikalistischer Unfug"<sup>52</sup> desavouiert wurden. Noch der große Bergarbeiter - Generalstreik, der am 30.4.1919 begann und bisweilen 75 % der Ruhr-Bergarbeiter umfaßte, wurde von der "Freien Vereinigung" gemeinsam mit der KPD und der USPD getragen<sup>53</sup>; erst nach der Niederschlagung dieser größ-

48) Vgl. dazu unten den Abschnitt über die Gründung und die Entwicklung der FAUD.

49) Vgl. z.B. die Ansprache des Agitators Heiling vom 16.12.1918 in: Pol. Akten der Reg. Düsseldorf, Nr.15032/15 und /19.

50) Peter von Oertzen merkt gelegentlich mit Recht an (Die großen Streiks . . . , loc. cit. , p.240), es sei ungenau, die in den Revolten im Ruhrgebiet wirksamen Kräfte schlechtweg als "Spartakisten" zu bezeichnen.

51) S. Peter von Oertzen, Die großen Streiks, loc. cit. , p.243. Vgl. auch Manfred Dörnermann, Die Politik des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands von der Novemberrevolution 1918 bis zum Osterputsch 1921 unter besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, phil.Diss. Würzburg 1965, Bochum o.J. , p.99 ff.

52) S. "Die Rote Fahne", 2. Jg. (1919), Nr.41.

53) Vgl. dazu die Artikelserie in: "Der Syndikalist", 1. Jg. (1919), Nr.16-20; Der Generalstreik im Ruhrrevier.

ten und letzten Aktion in der Reihe der blutig und mit Waffengewalt im Ruhrrevier ausgetragenen Kämpfe der ersten Phase der deutschen Revolution begann die "Freie Vereinigung" ihre Organisationsgrundlagen in Konkurrenz mit der KPD(S) auszubauen<sup>54</sup>.

54) S. unten den Abschnitt über die Gründung der rheinland-westfälischen FAU.

V. DIE KONSOLIDIERUNG DER LINKSRADIKALEN TRADITIONEN  
IN DER DEUTSCHEN REVOLUTION 1918/19:  
DIE PHASE DER REVOLUTIONÄREN ERNÜCHTERUNG UND DIE  
ANFÄNGE LINKSKOMMUNISTISCHER UND SYNDIKALISTISCHER  
ORGANISATIONSBILDUNG

1. Das linkskommunistische Gewerkschaftsprogramm  
und die Ursprünge des deutschen Unionismus

Mit der Niederwerfung der zweiten Bayerischen Räterepublik Anfang Mai 1919 nahm die Revolutionsphase der Insurrektionen und Massenstreiks ziemlich abrupt ein Ende. Vom April bis Dezember 1919 herrschte ohne größere Unterbrechungen der Belagerungszustand im Reiche<sup>1</sup>. In der Aktionsstille der zweiten Jahreshälfte 1919 schwankte die Stimmung unter den revolutionären, an den voraufgegangenen Kämpfen beteiligten Arbeitern zwischen Resignation und der Hoffnung auf das Wiederaufleben der Revolution in der Form von Massenaktionen im Winter 1919/20. Sie waren nicht bereit, den sich konsolidierenden neuen Staat und die im wesentlichen unveränderte kapitalistische Gesellschaftsordnung anzuerkennen. - Die Nationalversammlung war am 19. 1. 1919 gewählt worden; nachdem Verhandlungen mit der radikalisierten USPD ergebnislos waren, regierte die Mehrheits-Sozialdemokratie seit Februar 1919 in Koalition mit den Mittelparteien des Zentrums und der Demokraten<sup>2</sup>. Diese Regierung war nicht imstande, die im Novemberumsturz angelegten Ansätze zur Umwandlung der bestehenden Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung weiterzuführen. Für die Sozialisierung der Grundindustrien hatten die Mehrheits-Sozialdemokraten sich nach dem 9. November zwar allezeit ausgesprochen und die am 31. 7. 1919 angenommene Reichsverfassung sah entsprechende Maßnahmen vor; in der Praxis aber gingen die Sozialisierungsmaßnahmen nicht über einige folgelose Ansätze der Gesetzgebung in der Kohle- und Kaliwirtschaft hinaus. Die konstruktive Grundidee der deutschen Revolution, der Rätegedanke<sup>3</sup>, der am radikalsten und am längsten von den Linkskommunisten und Syndikalistern vertreten wurde, verlor in den Massen selbst an Aktualität in der zweiten Hälfte 1919 und wurde von der Regierung um seinen revolutionären Anspruch reduziert; seit März 1919 ging die Diskussion um die gesetzliche Verankerung der Rätebewegung, und als deren Ergebnis verabschiedete man am 4. 2. 1920 das Betriebsräte-Gesetz. - Gegen diese Domestizierung der Soziali-

sierungs- und der Rätebewegung ging der gemeinsame tagespolitische Kampf der Linksradikalen nach außen. Im Innern der linksradikalen Bewegungen, die durch das Verhalten der SPD und der Gewerkschaften während der Aktionsphase nach dem November 1918 nunmehr seit Juni 1919 einen zweiten und erheblicheren Mitgliederzuwachs verzeichneten, setzte mit der beginnenden organisatorischen Verfestigung der seit November 1918 einander durchkreuzenden, traditional disparaten Tendenzen ein ideologischer Klärungs- und Trennungsprozeß ein. In der Gründung der rheinland-westfälischen "Freien Arbeiter-Union" (FAU) im September 1919 kam noch der organisatorische Zusammenschluß der linkskommunistischen Gewerkschaftsgruppen, die sich als Unionen konstituierten, mit den Syndikalistern der "Freien Vereinigung" zustande. Doch schon im August 1919 waren die von den Linkskommunisten lancierten Unionen sowohl organisatorisch als ideologisch von den Syndikalistern deutlich unterschiedene Gebilde - wenn auch mit vorerst noch sehr geringer Anhängerzahl und daher anlehnsbedürftig an die bereits gefestigtere Organisation der "Freien Vereinigung". Im Oktober schließlich kam es vor allem anlässlich der Gewerkschaftsfrage durch die Machinationen Paul Levis zum organisatorischen Bruch mit einem Teil der Linkskommunisten, als deren Sprecher die Hamburger Organisation auftrat. In der Diskussion über die Rolle der kommunistischen Partei in der Revolution trat der von Radek und Levi formulierte Konzeption der Parteizentrale der Linkskommunisten mit einer von Pannekoek verfaßten, selbständigen Theorie gegenüber. -

Auf dem Gründungskongreß der KPD(S) war die Gewerkschaftsfrage offen geblieben; die meisten Mitglieder der neuen Partei handelten jedoch in den folgenden Monaten gemäß der auf dem Kongreß vorherrschenden Stimmung nach der Parole "Heraus aus den Gewerkschaften!" und traten damit bald in Gegensatz zur Parteizentrale, deren Führung nach der Ermordung Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts auf Paul Levi übergegangen war. Schien die Parlamentsfrage durch die eindeutig negative Entscheidung des Gründungskongresses vorerst geklärt, so wurde der Streit der Linkskommunisten mit der Zentrale bis zum zweiten Parteitag im Oktober 1919 in erster Linie um die Bildung neuer Wirtschaftsorganisationen fortgesetzt<sup>4</sup>. Als Ergebnis der erfolgreichen Bemühungen der Linkskommunisten entstanden im Verlauf des Jahres 1919 neben der "Freien Vereinigung" die Ansätze einer zweiten sozialrevolutionären Gewerkschaftsorganisation, die wie die "Freie Vereinigung" ihren Mitgliederzulauf aus der Menge der über die Politik der (seit Juli 1919 in "Allgemeiner Deutscher Gewerk-

1) Vgl. Ossip K. Flechtheim, op. cit., p. 61 f.

2) Zum Folgenden vgl. Arthur Rosenberg, Geschichte der Weimarer Republik, p. 72 ff.

3) Vgl. dazu Peter von Oertzen, Betriebsräte, p. 297 ff.

4) Die Auseinandersetzung ist am besten zu verfolgen in der seit Mai 1919 von der Parteizentrale herausgegebenen "Kommunistischen Räte-Korrespondenz" 1. Jg. (1919); s. dort die zahlreichen Artikel "Zur Gewerkschaftsfrage" ab Juli; Nr. 11, 12, 13, 15/16, 17.

schafts-Bund" (ADGB) umbenannten) "Freien Gewerkschaften" empörten Arbeiter erhielt, und die auch in allen organisatorischen und taktischen Fragen manche Gemeinsamkeiten mit den Syndikalisten aufwies. Diese in der linkskommunistischen Tendenz aufkommende Bewegung mündete Anfang 1920 in die Gründung der AAUD, der späteren gewerkschaftlichen Parallelorganisation zur KAP.

Diese Bewegung stand unter anderen Einflüssen als den für die "Freie Vereinigung" maßgeblichen: Während die "Freie Vereinigung" nach 1908 vor allem die klassische französische Ausprägung der syndikalistischen Doktrin - wenn auch nicht sehr gründlich - rezipiert hatte, so definierte diese jüngere sozialrevolutionäre Gewerkschaftsbewegung ihr Programm unter dem Einfluß der "Industrial Workers of the World" (IWW)<sup>5</sup>, der zu Beginn des 20. Jahrhunderts entstandenen radikalen und berüchtigten Wirtschaftskampf-Organisation in den USA, deren geschichtliche Wurzeln bis auf Robert Owens "One-Big-Union"-Theorie zurückzuführen sind. Obwohl diese Bewegung schon von den zeitgenössischen Beobachtern ihrer Entstehung polemisch-absichtsvoll als "Syndikalismus" bezeichnet wurde<sup>6</sup>, muß sie vom Syndikalismus französischer Observanz als Unionismus<sup>7</sup> klar getrennt werden. - In der unionistischen Bewegung in Deutschland waren seit ihrer Entstehung zwei Richtungen vorhanden, die sich zuerst in unentwirrbarer Weise durchkreuzten und dann einander bekämpften. Die eine Richtung sah in der Union eine wirtschaftliche Kampforganisation, die neben der politischen Kampforganisation, der Partei, wirksam sein sollte. Die andere Richtung intendierte die Aufhebung der Trennung in wirtschaftliche und politische Organisationen, sie sah in der Union die proletarische Einheitsorganisation, die beide Funktionen vereinigte<sup>8</sup>. - Wie bereits dargestellt<sup>9</sup>, sind beide Rich-

5) Über die Entstehungsursachen der IWW s. Hans Bötcher, op. cit., p. 15-23. Vgl. auch die IWW-offizielle Darstellung der Geschichte der Organisation: Fred Thompson, The IWW. Its First Fifty Years (1905-1955). The history of an effort to organize the working class, Chicago 1955. S. die jüngste Darstellung der Geschichte der IWW: Philip S. Foner, The Industrial Workers of the World 1905/1917, New York 1965.

6) Auch hier schlossen sich die meisten Historiker der deutschen Arbeiterbewegung zu Unrecht den Invektiven der Levi-Zentrale an.

7) So zuerst Hans Bötcher, op. cit., p. 64 ff. Zuletzt hat Peter von Oertzen, (op. cit., p. 207 ff.) in seinem auf Bötchers Untersuchung aufbauenden Kapitel "Die Rolle der Unionen in der Räte-Bewegung" auch den eigentlichen Syndikalismus mit abgehandelt.

8) Vgl. dazu "Kommunistische Arbeiterzeitung" (Hamburg), 1. Jg. (1919), Nr. 93, wo das Hamburger KPD-Mitglied Fritz Sturm im August 1919 eben diese beiden Tendenzen neben den Befürwortern der Arbeit innerhalb der alten Gewerkschaften als die in der KPD(S) verfochtenen Positionen konstatiert. S. auch "Kommunistische Räte-Korrespondenz", 1. Jg. (1919), Nr. 13.

9) Vgl. den Abschnitt über die spontanen Streikbewegungen während des Krieges.

tungen schon während des Krieges nachweisbar in der Opposition gegen die "Instanzen"-Politik der "Freien Gewerkschaften".

Daß die organisatorischen Prinzipien des Unionismus (die Betriebsorganisation als organisatorische Basis und der Industrieverband als oberste integrierende Einheit) bald nach dem Novemberumsturz unabhängig von einander in den Industriegebieten an der Ruhr und in Mitteldeutschland und in - besonders den norddeutschen - Großstädten in der oppositionellen Arbeiterbewegung auftraten, kam nicht von ungefähr. Nach der Lostrennung von den alten Gewerkschaftsverbänden war die zentrale Vertretungskörperschaft weggefallen und als effektivstes Mittel zur Wahrnehmung der unmittelbaren Interessen bot sich der Zusammenschluß auf der untersten Stufe der bisherigen Organisation, dem Betrieb, an. Hier zumal konnte man in Aktionsausschüssen direkt für seinen revolutionären Willen eintreten, ohne ihn an irgendwelche Führer zu delegieren. "Der Kampf um revolutionäre Aktionsausschüsse und revolutionäre Betriebsräte, wie er zu jener Zeit in allen Industriezweigen losbrach, wuchs sich allmählich zum Kampf um revolutionäre Betriebsorganisationen aus"<sup>10</sup>. Die Betriebsorganisationen sollten sich in Ortsgruppen, Wirtschaftsbezirken und schließlich in einem großen Industrieverband zusammenschließen. - Gleich dem Prinzip der Betriebsorganisation ergab sich das des Industrieverbandes aus einer bereits unabhängig von aller Propaganda vorhandenen Tendenz in der Arbeiterbewegung. Besonders weiten Kreisen der Metallarbeiter schien die traditionelle Verbandsform der Gewerkschaften auf der Grundlage der Berufe angesichts der Grenzerwischung zwischen den Berufen im modernen Industrie-prozeß und der sich unaufhaltsam steigernden Konzentration des Kapitals veraltet; der Ruf nach Industrieverbänden wurde an den verschiedensten Stellen in der Gewerkschaftsbewegung laut<sup>11</sup>. - Die unionistische Propaganda stieß wie die der Syndikalisten auf bereits vorhandene Trends. Die unionistischen Organisationsansätze entstanden aus der wechselseitigen Förderung der revolutionären Betriebsausschüsse und der zum Teil direkt von den amerikanischen IWW gesteuerten Propaganda in Deutschland.

Diese direkte IWW-Propaganda bezeugt ein zeitgenössischer Beobachter<sup>12</sup> für die Einwandererhäfen Bremerhaven und Hamburg, wo er unter anderem deutschsprachige Flugschriften, Zeitschriften und Zeitungen der IWW-Zentrale in Chicago in Umlauf fand. Auch Fritz Wolffheim knüpfte wieder engere Bande zu seinen amerikanischen

10) Hans Bötcher, op. cit., p. 65.

11) S. die Beispiele bei Hans Bötcher, op. cit., p. 59 f.

12) Ibidem, p. 38. Bötcher berichtet an anderer Stelle (op. cit., p. 66), daß die Union in Bremerhaven sogar im Untertitel den Namen "Industrial Workers of the World" trug.

Freunden von den IWW. Hatten er und Laufenberg während des Krieges jede unmittelbare und namentliche Bezugnahme auf die IWW vermieden, so ließen beide im August 1919 in der seit Februar 1919 erscheinenden linksradikalen Hamburger "Kommunistischen Arbeiter-Zeitung" Flugblätter veröffentlichen, in denen die deutschen Arbeiter aufgefordert wurden, der "Allgemeinen Arbeiter-Union", der deutschen Organisation des "Verbandes der Industriearbeiter der Welt", beizutreten<sup>13</sup>; diese Aufrufe waren von den IWW gezeichnet und offenbar auch finanziert. Ein weiterer Hinweis für die finanzielle Starthilfe des deutschen Unionismus durch die amerikanischen IWW ist die Tätigkeit des Deutsch-Amerikaners Karl Dannenberg, der Anfang 1919 - nach Polizeiberichten - "mit reichen Geldmitteln versehen, in Braunschweig eine Filiale der IWW errichtet"<sup>14</sup> hatte. Dannenberg, langjähriges Mitglied einer minoritären Richtung der IWW in den Vereinigten Staaten, entfaltete seine sehr rege Agitation besonders in Mitteldeutschland; er war für den deutschen Unionismus vor allem als ideologischer Mitinitiator von Bedeutung, denn die von ihm vertretene Richtung des Industrieunionismus lief sich schon 1920 in der AAU tot<sup>15</sup>. - Während die ideologischen Impulse für die Entstehung des Industrieunionismus also mit Sicherheit aufweisbar sind, ist die Herkunft der Idee der Einheitsorganisation weniger klar. Der Gedanke, daß die Trennung der Arbeiterbewegung in wirtschaftliche und politische Organisationen nicht unwiderruflich sei, findet sich schon vor dem Kriege gelegentlich in den Überlegungen Rosa Luxemburgs<sup>16</sup>. In den Kreisen des "Spartakus"-Bundes ist diese Idee dann nicht mehr nachweisbar und die ersten anonym erschienenen Beiträge zur Einheitsorganisation in der "Arbeiterpolitik" lassen eher auf ein theoretisch unvermitteltes, spontanes Auftreten schließen.

Fröhlich bezugte Ende Dezember 1918 das Vorhandensein von revolutionären Betriebsausschüssen, die ihre Aufgaben im Sinne der KPD(S) erfüllten, in allen Großbetrieben Hamburgs<sup>17</sup>. Die Hamburger Kommunisten setzten ihre Politik der Zerstörung der Gewerkschaften energisch fort. Anfang 1919 faßten sie den Entschluß, die lokalen Gewerk-

13) S. den Text eines Flugblattes im dokumentarischen Anhang Nr. V. S. KAZ (Hamburg), 1. Jg. (1919), Nr. 104.

14) Politische Akten der Regierung Düsseldorf Nr. 15809/2. Vgl. auch Hans Bötcher, op. cit., p. 66.

15) Vgl. dazu den Abschnitt über den Braunschweiger Industrieunionismus. Die Bemerkung Bötchers (op. cit., p. 66), Dannenberg habe "in der Folgezeit entscheidenden Einfluß" ausgeübt, trifft nicht zu.

16) S. Rosa Luxemburg, Massenstreik ..., p. 63. Vgl. auch Walter Tormin, op. cit., p. 41. Auch in den Überlegungen Dr. Friedeberts taucht diese Idee auf. S. oben den Abschnitt über die Lokalisten und die "Freie Vereinigung".

17) Bericht des Gründungsparteitages der KPD(S), p. 16.

schaften zwangsweise aufzulösen und die Gewerkschaftsgelder an die Arbeitslosen zu verteilen. Auch in Bremen kam es zur Besetzung des Gewerkschaftshauses. Im August 1919 machte eine Konferenz des Bezirks Nord der KPD(S) mit Hamburg als Vorort den Mitgliedern den Austritt aus den Gewerkschaften zur Pflicht<sup>18</sup>. - Solche Aktionen hingegen hingen ganz von lokaler Initiative ab; die Gewerkschaftspolitik der KPD(S)-Zentrale blieb orientierungslos. Sofern sich die revolutionären Betriebsausschüsse in den Groß- und Industriestädten im Reich nach dem Gründungskongreß der KPD(S) nicht der "Freien Vereinigung" anschlossen, blieben sie zuerst verstreut und ohne organisatorischen Zusammenhalt. Die früheste nachweisbare unionistische Organisationsbildung erfolgte am 30. März 1919 im Ruhrgebiet in Reaktion auf die dilatorische Haltung der Führung des Bergarbeiterverbandes gegenüber den Forderungen während der großen Streikbewegungen seit Januar des Jahres<sup>19</sup>. Auf der am 30. 3. 1919 in Essen tagenden Konferenz der revolutionären Bergarbeiter des gesamten rheinisch-westfälischen Industriegebietes beschlossen die Delegierten gegen 8 von 475 Stimmen den Austritt aus dem alten Bergarbeiterverband und den Zusammenschluß in einer neuen revolutionären Organisation mit dem Namen "Allgemeine Bergarbeiter-Union". Den alten Organisationen wurden die Beiträge sofort gesperrt. Die Bergarbeiter-Union baute sich auf von unten nach oben aus Steigerrevierräten, Betriebsräten, Bergrevierräten und einem Zentralzechenrat als oberster Vertretung<sup>20</sup>. Der Betriebsstruktur des Bergbaues angepaßt entsprach dieser Aufbau dem Betriebsorganisations- und Industrieverbandsprinzip des Unionismus und war vom Berufsvereinigungs- und Föderations-Aufbaumuster des Syndikalismus - wie später im einzelnen gezeigt wird - deutlich unterschieden. Mit dem Zusammenbruch des von der "Allgemeinen Bergarbeiter-Union" am 1. April 1919 ausgerufenen Generalstreiks am 28. April wurde auch die Union durch eine riesige Verhaftungswelle zerschlagen. Als der Zentralzechenrat Anfang Mai 1919 zur Neugründung von Schachtorganisationen aufrief, schloß sich die KPD(S)-Zentrale diesem Aufruf an<sup>21</sup>, die "Freie Vereinigung" hingegen erklärte, mit

18) Vgl. Rudolf Rettig, op. cit., p. 18 ff.

19) Zur Situation im Ruhrgebiet s. im einzelnen; Peter von Oertzen, Die großen Streiks der Ruhrbergarbeiterschaft im Frühjahr 1919, in Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 6. Jg. (1958), p. 238 ff.

20) S. "Der Syndikalist", 1. Jg. (1919), Nr. 17. Vgl. auch; Illustrierte Geschichte, p. 329.

21) S. "Die Rote Fahne", 2. Jg. (1919), Nr. 66. Die KPD(S) forderte in dem Aufruf zum Zusammenschluß "in der Einheitsorganisation "Allgemeine Bergarbeiter-Union"" auf. Der Begriff der Einheitsorganisation war offenbar zwar populär, aber sehr unklar; denn die KP forderte damit zu einer Organisationsgründung auf, in deren Prinzip gerade die Verneinung der Partei eingeschlossen war. Ähnlich paradox war schon die Propaganda der Einheitsorganisation durch Paul Fröhlich auf dem Gründungskongreß der Partei gewesen.



diesem Aufruf nichts zu tun zu haben; sie begann mit dem Aufbau einer eigenen Bergarbeiter-Föderation<sup>22</sup>. Damit trat die "Freie Vereinigung" zum ersten Mal organisatorisch in Gegensatz zum Unionismus. Da die Syndikalisten einen nicht unwesentlichen Bestandteil der Mitgliedschaft der Bergarbeiter-Union ausmachten, da sie mit dem klareren Programm aufwarteten und da die "Freie Vereinigung" nicht namentlich durch die Niederlage der "Allgemeinen Bergarbeiter-Union" in der Generalstreikbewegung kompromittiert war, verzeichnete sie in den folgenden Monaten rapide wachsenden Zulauf der Bergarbeiter<sup>23</sup>. Die "Allgemeine Bergarbeiter-Union" bestand weiter, blieb aber im Schatten der Organisation der Syndikalisten und schloß sich im September ds. Js. mit dieser und anderen kleineren oppositionellen Gewerkschaftsgruppen zur rheinland-westfälischen "Freien Arbeiter-Union" zusammen.

Die KPD(S)-Zentrale hatte neben dem Wiederaufbau der "Allgemeinen Bergarbeiter-Union" im Mai 1919 auch noch die Schaffung eines revolutionären Landarbeiter- und eines revolutionären Eisenbahner-Verbandes gefördert, die jeweils mit der Streikbewegung, aus der sie hervorgegangen waren, zusammenbrachen<sup>24</sup>. Sie nahm nach wie vor keine klare Stellung zur Austrittsbewegung aus den Gewerkschaften. Die Obleute der kommunistischen Betriebsorganisationen und große Teile der Mitglieder waren um die Mitte des Jahres 1919 aber bereits ausgetreten, ohne die Parole der in dieser Zeit ziemlich unmaßgeblichen Zentrale der Partei abzuwarten; sie versuchten, sich einer revolutionären Wirtschaftskampf-Organisation anzugliedern<sup>25</sup>. Im Ruhrgebiet nahm eine Reihe von Obleuten der revolutionären Betriebsorganisationen Kontakt auf mit der "Allgemeinen Bergarbeiter-Union"; sie wurden dort abgewiesen, da die Union ausschließlich Industriearbeiter des Bergbaues aufnahm. Andere ad-hoc-Gebilde der Gewerkschafts-Opposition wie der "Allgemeine Arbeiter-Verband" in Düsseldorf waren ihnen nicht akzeptabel "wegen ihres verwässerten Programmes"<sup>26</sup>. Diese Obleute traten am 15. August 1919 in Essen zusammen und gründeten, zu diesem Zeitpunkt noch mit der Billigung der KPD(S)-Zentrale, eine "Allgemeine Arbeiter-Union" (AAU). Auch diese neue Unionsgründung ver-

22) "Der Syndikalist", 1. Jg. (1919), Nr. 22.

23) Vgl. den Abschnitt über die Gründung der rheinland-westfälischen "Freien Arbeiter-Union".

24) S. Rudolf Rettig, op. cit., p. 19.

25) Vgl. dazu und zum Folgenden den höchst aufschlußreichen Bericht eines Essener AAU-Mitgliedes mit zahlreichen Details zur weiteren organisatorischen Befestigung des deutschen Unionismus im Ruhrgebiet in: "Der Klassenkampf. Organ der Allgemeinen Arbeiter-Union (Revolutionäre Betriebsorganisationen) Wirtschaftsbezirk Rheinland-Westfalen", 1. Jg. (1920), Nr. 15; Ist die KAPD die Mutter der AAU?.

26) Ibidem.

mochte allerdings nicht, sich gegen die organisatorische Übermacht der syndikalistischen "Freien Vereinigung" zu behaupten.

Im Ruhrgebiet wurden im Verlauf des Jahres 1919 also die unionistischen Organisationskerne sämtlich nach kurzer Zeit von der "Freien Vereinigung" übernommen, ohne dann jemals ganz in die syndikalistische Organisation integriert zu werden; die "Freie Vereinigung" hatte nicht nur den Vorteil, bereits seit November 1918 im Kampfe zu stehen und über ihr Verbandsorgan und Broschürenmaterial Einfluß auf die Arbeiter nehmen zu können, sondern sie hatte in jahrelanger Diskussion geklärte Prinzipien anzubieten. Die theoretische Klärung und Selbstverständigung des Unionismus hingegen begann eben erst; sie vollzog sich - von den Seitenströmungen Dannenbergs in Braunschweig und Rühles in Dresden einmal abgesehen - in Hamburg und Bremen. Im Publikationsorgan der Hamburger Linkskommunisten erschienen von Mai bis August 1919 unter der ständigen Rubrik "Zur Diskussion der Gewerkschaftsfrage" zahlreiche Artikel<sup>27</sup>, in denen in Laufenbergs und Wolffheims Sinne der Austritt aus den Gewerkschaften und die Bildung revolutionärer Betriebsorganisationen propagiert wurde. Zuversichtlich schrieb Wolffheim Ende Juli, wie die IWW in den Vereinigten Staaten ihre revolutionären Kräfte entfaltet hätten im Kampf gegen den alten Gewerkschaftsbund und wie die junge "Bergarbeiter-Union" im Ruhrgebiet aus dem Kampf entstanden sei, den streikende Massen zu führen gehabt hätten gegen den alten Bergarbeiter-Verband, so werde sich auch die Idee der revolutionären Betriebsorganisation nach dem Hamburger Vorbild im Kampfe entfalten<sup>28</sup>. Die Hamburger hatten jetzt auch das populäre Schlagwort der Einheitsorganisation aufgegriffen; sie machten jedoch die Einschränkung, die proletarische Klassenorganisation könne erst wirtschaftliche und politische Einheitsorganisation sein, wenn ihr Aufbau vollendet sei; bis zu diesem Zeitpunkt bedürfe es einer besonderen politischen Partei, die ihren Hauptzweck sehe in der Propaganda der Einheitsorganisation und des Rätessystems; die kommunistische Partei propagiere die proletarische Einheitsorganisation und das Rätessystem, um sich mit der Verwirklichung ihrer Forderungen selber als politische Partei aufzuheben<sup>29</sup>. - Der sich hier abzeichnende grundsätzliche Klärungsprozeß im Hamburger Unionismus brachte es mit sich, daß hier die revolutionären Betriebsräte nicht zu den Syndikalisten abwanderten. Die unionistische Agitation war be-

27) KAZ (Hamburg), 1. Jg. (1919), Nr. 25, 26, 31, 76, 77, 82, 83, 93, 99.

28) S. KAZ (Hamburg), 1. Jg. (1919), Nr. 76.

29) KAZ (Hamburg), 1. Jg. (1919), Nr. 77; Die proletarische Klassenorganisation. Gerade auf diese Formulierung gründete Paul Levi auf dem 2. Parteitag der KPD(S) seine Beweisführung, daß die Hamburger Genossen Syndikalisten seien. S. Bericht des 2. Parteitages der KPD(S), p. 21.

sonders erfolgreich bei den Werftarbeitern; die KAZ (Hamburg) berichtete am 26. 8. 1919, auf den Hamburger Werften seien die Vorarbeiten erledigt; die Arbeitermassen, die auf dem Boden des revolutionären Klassenkampfes ständen und mit den Gewerkschaften gebrochen hätten, seien im Begriff, die Betriebsorganisationen der ganzen Werftindustrie zusammenzufassen zur Union der Werftarbeiter<sup>30</sup>. Der gleiche Bericht zählt an bereits bestehenden unionistischen Organisationen auf: eine Union der Seeleute, eine der Flußschiffer in Oberschlesien und die "Allgemeine Bergarbeiter-Union" im Ruhrgebiet; schließlich ist von der Essener Gründung der AAU vom 15. des Monats die Rede, die als entscheidender Schritt zur Konsolidierung des Unionismus in Deutschland gefeiert wird: "Der Gedanke der proletarischen Klassenorganisation marschiert, die "Industriearbeiter der Welt" fangen an, auch in Deutschland Wurzeln zu schlagen"<sup>31</sup>. - Eine direkte Einflußnahme der Hamburger Linkskommunisten auf die Essener Gründung der AAU ist weder nachweisbar noch wahrscheinlich. Doch zur gleichen Zeit, am 16. 8. 1919, trat Wolffheim in der Hamburger Ortsgruppe der KPD(S) mit einem Vortrag hervor<sup>32</sup>, der die Summe aus der bisherigen unionistischen Diskussion zog. Er versuchte, die alten Gewerkschaften historisch zu charakterisieren als Gebilde der Entwicklungsphase des Kapitalismus, in der dieser noch zersplittert und die Bourgeoisie erst die Herrschaft zu erobern im Begriff gewesen sei; damals habe es sich für das Proletariat noch nicht darum handeln können, die Bourgeoisie als Klasse zu zertrümmern; der Kampf um besseren Lohn und bessere Arbeitsbedingungen, der Zusammenschluß nach Berufen und die Interessenvertretung durch die Instanzen seien in jener Phase an der Tagesordnung gewesen. "Diese Form der Organisation hat schon vor dem Kriege dazu geführt, daß die Arbeiter nicht in der Lage waren, in Massenstreiks ihre Kräfte mit dem Kapitalismus zu messen."<sup>33</sup> In der gegenwärtigen Phase, der Endphase des Kapitalismus, erfordere der Kampf mit der Bourgeoisie andere Organisationsformen. - In der etwa einen Monat später erscheinenden Broschüre des ehemaligen Bremer IKD-Sprechers und politischen Gefährten Kniefs und Frölichs, Karl Beckers<sup>34</sup>, wurde diese historische Charakterisierung übernommen<sup>35</sup>;

30) S. KAZ (Hamburg), 1. Jg. (1919), Nr. 99.

31) Ibidem.

32) Der Vortrag wurde gleich darauf gedruckt und erschien Ende August 1919; Fritz Wolffheim, Betriebsorganisation oder Gewerkschaft?, Hamburg 1919.

33) Ibidem, p. 9.

34) Karl Becker, Der Kampf um die Allgemeine Arbeiter-Union, Bremen 1920. S. auch die Ankündigung der Broschüre in: KAZ (Hamburg), 1. Jg. (1919), Nr. 155.

35) Karl Becker, Der Kampf um die Allgemeine Arbeiter-Union, p. 3-6. Besonderen Akzent legt Becker auf das Bürokratierungs-Phänomen. Die Regierung der Mehrheits-Sozialisten beschreibt er: "So gesellt sich zu der alten sozialdemokratischen Gewerkschafts- und Parteibürokratie eine Staatsbürokratie, die alle drei eng mit einander verbunden sind".

auch seine Überlegungen mündeten in die Forderung nach der organisatorischen Leitung der wirtschaftlichen Massenkämpfe durch die zur "Allgemeinen Arbeiter-Union" zusammengefaßten Betriebsorganisationen, auf deren spontane Entstehung er mit Nachdruck hinwies. Der Gedanke der Betriebsorganisationen und ihrer Zusammenfassung in der "Allgemeinen Arbeiter-Union" sei in den Massen selbst aufgetaucht und habe beständig an Boden gewonnen<sup>36</sup>. Becker war aber anders als die Hamburger Unionisten der Meinung, die politische Partei dürfe nicht in der AAU aufgehen. Für Becker waren die Unionen spontan etablierte Gewerkschaftsorganisationen, deren sich die KPD bedienen sollte, statt innerhalb der alten Verbände revolutionäre Sisyphus-Arbeit zu leisten. Diesem Konzept für die AAU schloß sich im August 1919 Paul Frölich noch vorbehaltlos an<sup>37</sup>. Er war noch jetzt der Meinung: "Je mehr wir in große Kämpfe hineinkommen, umso mehr kann der Ruf: Heraus aus den Gewerkschaften! Massenparole werden"<sup>38</sup>. Becker und Frölich sollten dieses Konzept erst Anfang 1920 aufgeben. - Eine ganz ähnliche Rolle wie die Bremer Linkskommunisten dachte in Berlin der Kreis um Dr. Karl Schröder den revolutionären Betriebsorganisationen zu und propagierte seine Vorstellungen im Publikationsorgan des Wirtschaftsbezirks Groß-Berlin der KPD(S).

Wie die Organisation der AAU konkret auszusehen habe, zeigten die Bremer und Hamburger Linkskommunisten mit dem Ende August 1919 vorgelegten Statut der "Allgemeinen Arbeiter-Union"<sup>39</sup>, dem ersten organisatorischen Manifest des Unionismus. Das Statut geht davon aus, daß alle bestehenden Arbeiterorganisationen revolutionär vollkommen versagt haben, - ein Reflex der in der zweiten Jahreshälfte 1919 vorherrschenden Resignation unter den revolutionären Arbeitern. In der "Allgemeinen Arbeiter-Union" sollten sich alle Arbeiter und Angestellten mit mehr als 14 Jahren in Betrieben mit mehr als 20 Arbeitnehmern zu Betriebsorganisationen zusammenschließen; sie sollten für je 50 in den Betriebsorganisationen organisierte Arbeiter einen Obmann wählen; aus den Obleuten eines Ortes sollte ein Zentralschuss des Ortes gewählt werden, der sich mit Nachbarorten zu Bezirken und Wirtschaftsgebieten organisatorisch und agitatorisch zusammenschließen hatte. Als Präventivmaßnahmen gegen bürokratische Erstarrung der Organisation lehnte man Unterstützungsleinrichtungen

36) Ibidem, p. 13: "Ganz elementar kam das; ein Beweis dafür, daß diese Kampforganisation für den wirtschaftlichen Massenkampf kein Gebilde ist, das in den Köpfen kommunistischer Führer konstruiert wurde."

37) S. seinen Aufsatz in: "Kommunistische Räte-Korrespondenz", 1. Jg. (1919), Nr. 11: Gewerkschaften und Räte-system.

38) "Kommunistische Räte-Korrespondenz", 1. Jg. (1919), Nr. 11.

39) S. KAZ (Hamburg), 1. Jg. (1919), Nr. 99. Das Statut wurde auch als Broschüre verteilt. S. den dokumentarischen Anhang Nr. IV.

gen kategorisch ab; alle Funktionen innerhalb der Organisation waren ehrenamtlich auszuführen und die Wahlen jederzeit widerrufbar; mindestens einmal monatlich hatte die Mitgliederversammlung zusammenzutreten als höchste Instanz am Orte. Im gegenwärtigen Stadium hatte gemäß dem Statut die AAU ihre Hauptaufgabe in der Propaganda für das Räteystem zu sehen. "Bei dem Siege der sozialen Revolution übernimmt die "Allgemeine Arbeiter-Union" als die Organisation der gesamten werktätigen Klasse die Leitung der Produktion, die Räteorganisation wird dann die Wirtschaftsorganisation der neuen Gesellschaft"<sup>40</sup>. - Der deutsche Unionismus war im August 1919 organisatorisch in Ansätzen, ideologisch in den Grundzügen etabliert. Seiner Ausbreitung standen außer den Widrigkeiten des Ausnahmezustandes die organisatorische Überlegenheit der "Freien Vereinigung" und die mit den Leitsätzen zur Gewerkschaftsfrage auf dem 2. Kongreß der KPD(S) im Oktober 1919 eingeleitete Gewerkschaftspolitik der Parteizentrale entgegen.

## 2. Die Gründung der rheinland-westfälischen "Freien Arbeiter-Union"

Die "Freie Vereinigung" der Syndikalistinnen war bereits in der Generalstreikbewegung im Ruhrgebiet im April 1919 neben der KPD(S) und der USPD die dritte treibende Kraft gewesen innerhalb der "Allgemeinen Bergarbeiter-Union". Nach der Niederwerfung des Generalstreiks durch die mehrheitssozialdemokratische Regierung und unter Mithilfe der "Freien Gewerkschaften" trieb die Erbitterung über diese Ereignisse der "Freien Vereinigung" die revolutionären Arbeiter in großer Zahl zu. Erst jetzt erhielt die Organisation eine wirkliche Massenbasis. Wenn die Syndikalistinnen in ihrer Agitation den niedergeworfenen Ruhr-Generalstreik darstellten als Kampf "um Brot und Freiheit gegen die Vereinigung von Kapital, Militarismus, sozialdemokratischer Regierung und dem Führertum der im Gewerkschaftsbund zusammengeschlossenen Zentralverbände"<sup>1</sup>, so entsprach das genau den Erfahrungen der radikalen Arbeiter und ließ sie Vertrauen fassen zur "Freien Vereinigung". Die "Allgemeine Bergarbeiter-Union" war Ende April durch die Verhaftung ihrer Führer und dadurch, daß das gesamte Adreßmaterial mit den Namen ihrer Vertrauensleute durch Verrat in die Hände der Polizei gefallen war, vollkommen zerstört worden<sup>2</sup>. Die

40) Ibidem.

1) "Der Syndikalist", 1. Jg. (1919), Nr. 21; Sozialdemokratie und Bergarbeiterstreik.

2) S. dazu den sehr aufschlußreichen Bericht in: KAZ (Hamburg), 1. Jg. (1919), Nr. 128; Die Arbeiter-Union im Reich.

Syndikalistinnen, die sich am Wiederaufbau der Bergarbeiter-Union nicht mehr beteiligten, sondern eine eigene Bergarbeiter-Föderation aufbauten<sup>3</sup>, hatten den größten Zuwachs aus den Reihen der Arbeiter, die sich enttäuscht von ihren alten Verbänden abwandten; die alten Gewerkschaftsverbände verloren von April bis Juni 1919 insgesamt etwa ein Viertel ihrer Mitglieder bei den Bergarbeitern des Ruhrgebiets, in einigen Bezirken sogar fast die Hälfte<sup>4</sup>. - Fritz Kater schrieb Anfang Mai 1919, die "Freie Vereinigung" sei in schnellem Aufstieg begriffen. "Der Syndikalismus ist nun auch in Deutschland gefestigt und zieht die Arbeiter, vorwiegend des Bergbaues, der Montan- und Metallindustrie in Massen in seinen Bann"<sup>5</sup>. Der Erfolg der syndikalistischen Agitation beruhte vor allem auf der heftigen Polemik der "Freien Vereinigung" gegen den "Verrat" der gewerkschaftlichen Verbandsvorstände. Einen ebenso plastischen wie skurrilen Eindruck von der Praxis dieser polemischen Werbung für die Syndikalistinnen vermittelt z. B. ein Flugblatt von Anfang Juli 1919, in dem es von den Gewerkschaftsführern u. a. heißt<sup>6</sup>:

"Das erbärmlichste und traurigste ist es aber, daß sie diese Gelder von den Groschen der Arbeiter und nicht vom Kapital nehmen, oder sollten sie dort auch Einkommen haben, weil man so wenig hört, daß sie diese Herren belästigen? Also Augen aufgemacht Bergarbeiter! Laßt Euch nicht in ihren Joch zwingen, setzt Euch zur Wehr und wenn Ihr Euch organisiert, dann in die Freie Vereinigung der Bergarbeiter, wo Ihr selbst bestimmt, wieviel Ihr zahlt und was mit dem Gelde gemacht werden soll. Wir haben keine Beamten. Das zuletzt aufgenommene Mitglied hat genau soviel Recht wie der Vorsitzende, der bloß den Namen trägt, aber keinen Pfennig erhält. Wer aber nicht soviel Geld übrig hat, der bleibe fern und kaufe sich Fett oder seinen Kindern Schuhe, anstatt diese Verbandsbonzen dick und reich zu mästen. Bergarbeiter legt Eure Verbandsbücher auf einen Haufen und macht ein Höllefeuer daraus, an dem sich die Verbandsvertreter, die sie kalt für ihre Mitglieder und Arbeiter sind, etwas erwärmen und auftauen können. - Mit Hand und Gruß "Freie Vereinigung" der Bergarbeiter genannt Syndikalistinnen"<sup>7</sup>.

3) "Der Syndikalist", 1. Jg. (1919), Nr. 22.

4) S. Peter von Oertzen, Die großen Streiks . . . , loc. cit. , p. 235. Von Oertzen irrt allerdings, wenn er meint, die Ausgetretenen hätten sich "überwiegend der neu gegründeten Allgemeinen Bergarbeiter-Union" angeschlossen. S. KAZ (Hamburg) 1. Jg. (1919), Nr. 128: "Die am Essener Beschluß - eine Allgemeine Bergarbeiter-Union ins Leben zu rufen - festhaltenden Delegierten und Bergarbeiter konnten sich erst viel später so wieder zusammenfinden, um an die Ausführungen des Beschlusses zu gehen".

5) "Der Syndikalist", 1. Jg. (1919), Nr. 20.

6) Grammatik, Orthographie und Interpunktion des Originals sind beibehalten.

7) Zitiert in: Hans Spethmann, Zwölf Jahre Ruhrbergbau, Berlin 1928, Bd. II, p. 19.

Mitte August 1919 wurde im Verbandsorgan der "Freien Vereinigung" "als Erfolg der mündlichen und schriftlichen Agitation zunächst ein Mitgliederbestand von 60 000"<sup>8</sup> vermeldet. Ende desselben Monats konstituierte sich als erste syndikalistische Föderation in Deutschland die der Bergarbeiter. Innerhalb dieses überregionalen Zusammenschlusses der Bergarbeiter bewirkte die Diskussion um den Aufbau der Föderation zwischen der "Freien Vereinigung", der "Allgemeinen Arbeiter-Union" und der "Allgemeinen Bergarbeiter-Union", daß das Berufsverbandsprinzip des Syndikalismus<sup>9</sup> zugunsten des unionistischen Schachtorganisations-, bzw. Betriebsorganisations-Prinzips aufgegeben wurde<sup>10</sup>. Anstelle des komplizierteren und erst noch auszubauenden Organisationsmusters des Syndikalismus, das die berufsweise Zusammenfassung der Arbeiter vorsah und die Vereinigung dieser Berufsverbände an einem Ort zum Ortsverein oder zur Arbeiterbörse, setzte sich das auf den bereits bestehenden revolutionären Betriebsräten unmittelbar aufbauende Betriebsorganisations-Schema durch. In noch offensichtlicherer Form als innerhalb der Bergarbeiter-Föderation der "Freien Vereinigung" trat das In- und Nebeneinander syndikalistischer und unionistischer Prinzipien zu Tage in der Gründung der rheinland-westfälischen "Freien Arbeiter-Union", die sich am 15. und 16. September 1919 auf einer nach Düsseldorf einberufenen Konferenz der revolutionären Gewerkschaftsgruppen konstituierte.

Mit der Absicht der organisatorischen Verschmelzung waren auf dem Kongreß zusammengekommen: die "Freie Vereinigung" der Syndikalisten, der "Allgemeine Arbeiter-Verband", die "Allgemeine Bergarbeiter-Union", die "Allgemeine Arbeiter-Union" (Essen) und die "Allgemeine Deutsche Arbeiter-Union" (Düsseldorf)<sup>11</sup>. Die 105 Delegierten des Kongresses verteilten sich in folgender Weise auf die vertretenen Organisationen: "Freie Vereinigung" 46 Delegierte als Vertreter von 99 Ortsgruppen, "Allgemeiner Arbeiter-Verband" 33 Delegierte als Vertreter von 30 Ortsgruppen, "Allgemeine Bergarbeiter-Union" 14 Delegierte, "Allgemeine Deutsche Arbeiter-Union" (Düsseldorf) 8 Delegierte, "Allgemeine Arbeiter-Union" (Essen) 4 Delegierte<sup>12</sup>. Diese Zahlen geben einen Eindruck von der relativen Stärke

8) "Der Syndikalist", 1. Jg. (1919), Nr. 36.

9) Vgl. Fritz Kater: Ortsverein oder Betriebsorganisation?, in: "Der Syndikalist", 2. Jg. (1920), Nr. 2. Kater tritt dort nachdrücklich für das Berufsverbandsprinzip ein, das auch in der Prinzipienklärung des Gründungskongresses der FAUD postuliert wird; er weist aber darauf hin, daß die Bergarbeiter der Ruhr die Schachtorganisation vorgezogen haben.

10) S. den Statuten-Entwurf für die Schachtorganisation der Bergarbeiter in: "Der Syndikalist", 1. Jg. (1919), Nr. 47.

11) Hierzu und zum Folgenden s. KAZ (Hamburg), 1. Jg. (1919), Nr. 128; "Der Kommunist", (Bremen) 1. Jg. (1918/19), Nr. 139; "Der Syndikalist", 1. Jg. (1919), Nr. 42.

12) "Der Syndikalist", 1. Jg. (1919), Nr. 42.

der einzelnen Gewerkschaftsgruppen. Es waren "die Mitglieder dieser Organisationen, insbesondere die Bergarbeiter"<sup>13</sup>, die auf Zusammenschluß drängten, um die politische Schlagkraft der sozialrevolutionären Gewerkschaften im Ruhrgebiet zu erhöhen.

Außer der "Freien Vereinigung" hatten auch die übrigen auf dem Kongreß vertretenen Gruppen von der Austrittsbewegung der Bergarbeiter aus den alten Verbänden nach dem Ende des Generalstreiks Ende April 1919 profitiert. - Die älteste dieser vier Organisationen, der "Allgemeine Arbeiter-Verband", war schon 1917 aus der lokalen Opposition gegen die Kriegspolitik der deutschen Gewerkschaften in Düsseldorf entstanden. Der Verband hatte sich vor allem zum Sprecher radikaler Tarifforderungen gemacht<sup>14</sup>. Während ähnliche Oppositionsgruppen im Ruhrgebiet, z. B. der "Allgemeine Arbeiter-Verband" in Duisburg<sup>15</sup>, bald nach dem Novemberumsturz den Anschluß an die "Freie Vereinigung" gefunden hatten, blieb der Düsseldorfer Verband kraft seiner starken lokalen Verwurzelung selbständig und erhielt neue Impulse durch den Zustrom von Bergarbeitern ab Ende April 1919. Als nach der "Freien Vereinigung" stärkste Gruppierung auf dem Gründungskongreß der FAU erwies er starke organisatorische Beharrungskraft: "Der Allgemeine Arbeiter-Verband hat sich verschmolzen aus der Erkenntnis der taktischen Notwendigkeit, aufgelöst hat sich unser Verband jedoch nicht"<sup>16</sup>. - Auf den Resten der ersten am 30. 3. 1919 in Essen gegründeten "Allgemeinen Bergarbeiter-Union" hatte sich von Mai bis September mit der Förderung der KPD(S), aber dennoch nur langsam ein neuer Organisationskern in der Illegalität aufgebaut. Die Hamburger KAZ schrieb, nachdem unter den beschwerenden Umständen des Belagerungszustandes die Grundlage der zweiten Bergarbeiter-Union geschaffen worden sei, habe man eine umfangreiche Agitation nicht nur im Ruhrgebiet, sondern in allen Kohlenrevieren Deutschlands begonnen und in kurzer Zeit hätten sich Tausende der Organisation angeschlossen<sup>17</sup>. Besonders aus dieser gleichfalls in der FAU verschmolzenen, aber nicht aufgelösten Organisation rekrutierte sich bald nach dem September-Kongreß der größte Teil der partei-kommunistisch orientierten

13) KAZ (Hamburg), 1. Jg. (1919), Nr. 128.

14) "Der Syndikalist", 1. Jg. (1919), Nr. 53.

15) "Der Syndikalist", 1. Jg. (1919), Nr. 18, Briefkasten: "Auf Anfrage teilen wir mit, daß nur der Düsseldorfer Allgemeine Arbeiter-Verband außerhalb unserer syndikalistischen Bewegung steht. Der Allgemeine Arbeiter-Verband Duisburg hat den "Syndikalist" obligatorisch eingeführt."

16) "Der Syndikalist", 1. Jg. (1919), Nr. 53; Mitteilung an die Mitglieder des bisherigen Allgemeinen Arbeiter-Verbandes, jetzt verschmolzen in der "Freien Arbeiter-Union".

17) KAZ (Hamburg), 1. Jg. (1919), Nr. 128; "Der Kommunist" (Bremen), 1. Jg. (1918/19), Nr. 139.



Gelsenkirchener Richtung der FAU, die auch nach der Gründung der KAP in - wenn auch dauernd in Frage gestellter - Verbindung mit der KPD blieb und aus der die "Union der Hand- und Kopfarbeiter Deutschlands" 1921 hervorging. - In der "Allgemeinen Deutschen Arbeiter-Union" hatten sich die Kommunalarbeiter in Düsseldorf während der revolutionären Ereignisse einen eigenen Verband geschaffen<sup>18</sup>. Von diesem Verband wie von der am schwächsten repräsentierten Essener AAU, die gerade erst einen Monat alt war, ist nicht mit Bestimmtheit zu sagen, in welchem Ausmaße die ideologische Klärung in Anlehnung an das von den Hamburger und Bremer Linkskommunisten vertretene Programm des Unionismus im September bereits vollzogen war; das selbstbewußte Auftreten der linkskommunistischen Vertreter des Unionismus in den Verhandlungen des Kongresses zeigte aber, daß sie sich deutlich von den Syndikalisten unterschieden wissen wollten. Noch vor dem Gründungskongreß der FAUD im Dezember 1919 wurde vollends klar, daß die Essener AAU nicht daran dachte, die syndikalistischen Grundsätze der ehemaligen "Freien Vereinigung" tatsächlich zu übernehmen<sup>19</sup>. - Die "Freie Vereinigung" selbst schließlich hatte vor dem ersten Weltkrieg schon im Ruhrgebiet neben Berlin ihren organisatorischen Schwerpunkt. Sie bestand dort seit 1901 und hatte bis 1914 feste Kader etabliert. Der "Syndikalist" berichtete gelegentlich, daß trotz der Unmöglichkeit jeglicher agitatorischer Betätigung unter dem Druck der Kriegsgesetze seit August 1914 es gerade in diesen Jahren vor allem bei den Bergarbeitern des Ruhrgebietes zu "dämmern" begonnen habe. "Die Erkenntnis von dem wahren Wesen ihrer alten Organisationen ging ihnen auf, und mehr und mehr begann sich revolutionär-gewerkschaftlicher Geist durchzusetzen"<sup>20</sup>. Diese Disposition der Ruhr-Bergarbeiterschaft für die Aufnahme syndikalistischer Agitation führte zur sozialen Umstrukturierung der Mitgliedschaft der "Freien Vereinigung"; war bis zum Ausschluß aus der SPD (1908) die Berufsgruppe der Maurer fraglos die stärkste in der "Freien Vereinigung" gewesen, so rekrutierten sich nun ihre Mitglieder vor allem aus den Reihen der Bergarbeiter. Der Hauptorganisator des Syndikalismus im Ruhrgebiet war vor wie nach dem Kriege der Fliesenleger Carl Windhoff; besonders seinem Verhandlungsgeschick war das Zustandekommen der September-Konferenz der sozialrevolutionären Gewerkschaften in Düsseldorf zu verdanken<sup>21</sup>.

Die durch Herkunft und Eigenart der an diesem Zusammenschluß zur rheinland-westfälischen FAU beteiligten Organisationen bedingten

18) KAZ (Hamburg), 1. Jg. (1919), Nr. 128.

19) S. KAZ (Hamburg), 2. Jg. (1920), Nr. 4; Die Essener AAU gegen die Syndikalisten.

20) "Der Syndikalist", 1. Jg. (1919), Nr. 42.

21) So Rudolf Rocker, Memoiren, Bd. III, p. 194.

innerorganisatorischen Spannungen und Schwierigkeiten zeigten sich schon in den Verhandlungen der Gründungskonferenz. Es standen einander gegenüber das von den Linkskommunisten vertretene Programm des Unionismus<sup>22</sup> und das von der "Freien Vereinigung" vertretene Programm des Syndikalismus. Am ersten Verhandlungstage (15.9.1919) stellte jede der fünf vertretenen Gruppen einen Referenten, der die Prinzipien seiner Organisation darzulegen hatte. Sofort bildeten sich die beiden Positionen heraus. In der Diskussion der Grundlagen der neuen Organisation forderte Rudolf Rocker von der "Freien Vereinigung" zur Einigung auf der Grundlage des 1906 von deren 7. Kongreß angenommenen Programms auf<sup>23</sup>, dessen wichtigste Passagen verlesen wurden. Fritz Kater erklärte, die "Freie Vereinigung" sei nicht bereit, irgendwelche Abstriche an diesem Programm zu machen. Daraufhin traten am zweiten Verhandlungstag die Vertreter der "Union", denen sich ein Teil der Syndikalisten anschloß, zusammen und stellten "an die extremen Syndikalisten ein Ultimatum, eine auf der Grundlage der Betriebsorganisation, in Industriegruppen gegliederte, auf dem Boden des Rätessystems stehende Organisation zu gründen"<sup>24</sup>. Sollte die "Freie Vereinigung" dieses Ultimatum nicht beachten, so wollten die Delegierten der Unionen den Kongreß verlassen und in einer besonderen Konferenz den Zusammenschluß ohne die Syndikalisten vollziehen. Nach kurzer Beratung erklärte Kater für die "Freie Vereinigung", die intransigente Haltung aufgeben zu wollen, und man kam zu einer Einigung. Der Name der neuen Organisation "Freie Arbeiter-Union (Syndikalisten)" zeigte die Vereinigung der beiden Positionen an; man nahm den populär werdenden Begriff der Union auf, ohne auf das Etikett "Syndikalismus" zu verzichten. Auch die gemeinsamen Richtlinien<sup>25</sup>, die man schließlich annahm, trugen alle Zeichen des Kompromisses. Über die allgemeinen Prinzipien wie den revolutionär-wirtschaftlichen Klassenkampf und die direkte Aktion (Punkt II) konnte man sich leicht einigen; ebenso über das Unterstützungswesen (Punkt IV). Schwieriger war die Einigung über die Organisationsform und die Stellung zu den politischen Parteien. Zwar setzten die Syndikalisten ihr Berufsverbandsprinzip

22) Vgl. Rockers - sicherlich nicht unparteiische - Charakterisierung der unionistischen Wortführer: "Die meisten von ihnen waren erst seit kurzer Zeit in die revolutionäre Bewegung hineingeraten und verfügten nicht gerade über großes geistiges Gepäck, dafür aber über eine ganze Flut leerer Schlagworte, die sie hauptsächlich bei den Kommunisten aufgelesen hatten". Rudolf Rocker, Memoiren, Bd. III, p. 194.

23) S. "Der Syndikalist", 1. Jg. (1919), Nr. 42. Rocker versuchte u. a. gegenüber den Linkskommunisten damit zu argumentieren, daß das Rätessystem keine bolschewistische Erfindung sei, sondern schon vor 1870 von den romanischen Gewerkschaften auf internationalen und nationalen Kongressen vertreten worden sei.

24) KAZ (Hamburg), 1. Jg. (1919), Nr. 128.

25) S. "Der Syndikalist", 1. Jg. (1919), Nr. 42. S. auch den dokumentarischen Anhang Nr. VI.

durch, aber die bei weitem stärkste Föderation, die der Bergarbeiter, baute sich nach unionistischem Muster aus Schachtorganisationen auf (Punkt I, b). In der Stellung zu den politischen Parteien waren zu dieser Zeit die Syndikalisten noch selbst uneins; aus der Empfehlung der Dezemberzusammenkunft 1918, sich den linken Parteien anzuschließen, war jetzt eine Kann-Formel geworden (Punkt V). Daß sich Rocker, der die Parteizugehörigkeit überhaupt verwarf, jetzt noch nicht durchsetzte, lag sicherlich nicht zuletzt an den Linkskommunisten und ihrem Einfluß auf die Richtlinien. - Auf der Gründungskonferenz der rheinland-westfälischen FAU setzten sich die Syndikalisten kraft ihrer solideren ideologischen und organisatorischen Grundlagen gegen den sich formierenden, linkskommunistischen Unionismus durch. Die Einigung kam jedoch nicht ohne Konzessionen von seiten der Syndikalisten zustande; daß sie dauern würde, war von Anfang an nicht sehr wahrscheinlich. Rudolf Rocker, der an der Einigungskonferenz führend beteiligt war, schrieb im Rückblick über die mit der "Freien Vereinigung" verschmolzenen Organisationen: "Rein gefühlsmäßig standen uns diese Organisationen sehr nahe, obgleich sie mit unseren Grundsätzen nur oberflächlich bekannt waren"<sup>26</sup>. Der Zusammenschluß war mehr als ein Kartellverhältnis, in dem jede Gruppe ihre organisatorische Selbständigkeit behalten hätte, er war eine Verschmelzung; aber die heterogenen Elemente dieser Verschmelzung verhinderten, daß sich jemals ein kohärentes neues Organisationsgebilde daraus ergab. Sobald im Reich die Bergarbeiter-Union größere Arbeitermengen anziehen begann und Arbeiter-Unionen nach dem Essener Beispiel sich auszubreiten angingen, und sobald der theoretische Klärungsprozeß im deutschen Unionismus weiter vorgeschritten war, schieden diese unionistischen Elemente aus der Verbindung in der FAU aus. Im Dezember 1919 schien der Zusammenhalt noch möglich und die FAU konstituierte sich im Reichsmaßstabe als "Freie Arbeiter-Union Deutschlands" (FAUD). Doch schon im Februar 1920 hielten die Unionisten ihre erste selbständige Reichskonferenz ab. Die Fluktuation zwischen beiden Organisationen, der FAUD und der sich bald darauf konstituierenden AAUD, war in den folgenden Jahren aufgrund der aufgezeigten Affinitäten immer sehr stark; die Grenzen waren an vielen Orten unscharf und die lokalen erneuten Vereinigungen nicht selten. Tendenziell entwickelten sich jedoch der deutsche Syndikalismus und der deutsche Unionismus seit Anfang 1920 auseinander, und sie blieben getrennt bis zu ihrem gemeinsamen und unwiderrufbaren Ende nach der nationalsozialistischen Machtergreifung.

<sup>26</sup> Rudolf Rocker, Memoiren, Bd. III, p. 193.

### 3. Die Abspaltung der linkskommunistischen Opposition auf dem Heidelberger Parteitag der KPD(S)

Die KPD(S) hatte in der Aktionsphase seit ihrer Gründung bis Ende April 1919 ihre führenden Persönlichkeiten durch den Tod verloren (Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht, Leo Jogiches, Johann Knief u. a.) und ihre Organisation war zerrüttet; sie bestand im wesentlichen aus Organisationskernen in den Großstädten und im mitteldeutschen und rheinischen Industriegebiet, denen gegenüber die Berliner Zentrale ziemlich macht- und einflußlos war, zumal sie - wie im Kriege der "Spartakus"-Bund - durch den permanenten Belagerungszustand seit April 1919 wiederum in der Illegalität arbeiten mußte<sup>1</sup>; das Zentralorgan der KPD(S), die "Rote Fahne", war im Januar und März 1919 und vom Mai bis Dezember am Erscheinen gehindert. In der Zeit der Aktionsstille seit Ende April setzte sich Paul Levi, der durch Kooptation und eigentlich gegen seinen Willen in die Zentrale gewählt worden war, mit einem Kurs durch, der in vorbedachter Weise die Linkskommunisten und die Syndikalisten aus der Partei hinauszudrängen suchte. In ihnen sah Levi die Verantwortlichen für die Niederlagen während der Aktionsphase und damit die Schuldigen an der gegenwärtigen Zerrüttung der Partei. Er erkannte sehr genau, daß die Enttäuschung über die Ergebnislosigkeit jener Kämpfe große Mengen der Arbeiter für neue Organisationsformen und radikalere Lösungen empfänglich gemacht hatte, wie sie in den Kreisen der Linkskommunisten und der Syndikalisten umliefen. Er mahnte, auch dann müsse der Kommunist fest bleiben, "wenn die Krisis des Proletariats sich auslebt in scheinrevolutionären Phrasen syndikalistischer Herkunft"<sup>2</sup>. Nicht das mache den Kommunisten aus, daß er jeweils die radikalste Phrase gebrauche, sondern daß er jeweils über die klarste Einsicht in die soziale Situation verfüge. Paul Levis Maßnahmen zur Herstellung der Autorität der Partei-Zentrale waren die ersten Schritte auf dem Wege zur organisatorischen Zentralisierung, die sich auf dem 5. Kongreß der KPD(S) im Oktober 1920 erst endgültig durchsetzte; sie schienen Mitte 1919 in besonderer Weise durch die Situation der Illegalität gerechtfertigt und hatten noch nichts mit dem "demokratischen Zentralismus" der Bolschewiki zu tun; Levis Zentralisierungsmaßnahmen in der Partei resultierten aus der Aporie, in welche die Partei in den vergangenen Mo-

<sup>1</sup> Vgl. dazu den Geschäftsbericht der Zentrale in: Bericht vom 2. Parteitag der KPD(S), p. 26 ff.

<sup>2</sup> "Die Internationale, eine Wochenschrift für Praxis und Theorie des Marxismus", 1. Jg. (1919), Heft 15/16, p. 284.

naten mit dem auf dem Gründungskongreß festgelegten Kurs geraten war.

Paul Levi setzte sich dennoch mit seinen Bemühungen um die organisatorische Straffung der KP der heftigsten Kritik aus. Anfang August 1919 analysierten z. B. die Hamburger Linkskommunisten diese Zentralisierungstendenzen in der Partei als Folgeerscheinung davon, daß bis vor kurzem nicht unerhebliche Teile ihrer Mitglieder in der USPD organisiert gewesen seien, einer Partei, die wie die SPD "eine Organisation zur Beherrschung der Massen durch ihre Führer"<sup>3</sup> sei. Die aus der linksradikalen Bewegung hervorgegangene KPD(S) habe jedoch als Partei der Massenbewegung mit dem Führerprinzip grundsätzlich gebrochen; sie habe ihre Hauptaufgabe darin zu sehen, "für eine in ihren Bewegungen von allen bürokratischen Fesseln befreite Masse die passendste Form der Organisation zu finden"<sup>4</sup>, die es den Massen gestatte, selbst handelnd auf den Plan zu treten. - Zum ersten Zusammenstoß zwischen den durch die Hamburger Organisation vertretenen Linkskommunisten und der Partei-Zentrale kam es auf der Mitte August 1919 in Frankfurt/Main abgehaltenen Reichskonferenz der KPD(S)<sup>5</sup>. Paul Levi trat dort in seinem Referat wiederum für die Arbeit in den Parlamenten ein und verwarf den Einheitsorganisations-Gedanken, ohne bereits die Parole von der Arbeit innerhalb der bestehenden Gewerkschaften auszugeben<sup>6</sup>. Gleichzeitig begann er seine Polemik gegen die Hamburger Kommunisten, in denen er den "Sammel-punkt der Opposition"<sup>7</sup> sah. Levi hatte keinen leichten Stand gegen die in fast allen Organisationen im Reiche noch immer vorherrschende linkskommunistische Tendenz. Die taktischen Verfahrensweisen, die er in dieser Lage anwandte, um seine Grundsätze durchzusetzen, entsprachen sicherlich nicht dem demokratischen Prinzip der Willensbildung; sie wurden von den Hamburgern prompt als "die ersten Ansätze eines neuen Bonzentums . . . , das sich in der kommunistischen Partei einzunisten versucht"<sup>8</sup> denunziert. Während auf der Konferenz im August den 22 Reichsbezirken der Partei, die zum Teil weit über 10 000 Mitglieder hatten, nur jeweils 1 Delegierter zugestanden worden war, waren die stimmberechtigten Mitglieder der Zentrale fast

3) KAZ (Hamburg), 1. Jg. (1919), Nr. 83; Die Wurzeln der Diktatur.

4) Ibidem. In diesen Argumenten tauchen kaum verändert die Grundgedanken, welche die ISD während des Krieges dem "Spartakus"-Bund entgegenhielten, wieder auf; Bruch mit dem bürokratischen Führerprinzip in der Partei und rigorose Trennung von der USPD.

5) Vgl. zum Folgenden; KAZ (Hamburg), 1. Jg. (1919), Nr. 96; "Kommunistische Rätekorrespondenz", 1. Jg. (1919), Nr. 15/16.

6) In diesem Sinne noch das Rundschreiben zur Gewerkschaftsfrage der Zentrale vom 28. 8. 1919. Vgl. Rudolf Rettig, op. cit., p. 19 f.

7) KAZ (Hamburg), 1. Jg. (1919), Nr. 96.

8) KAZ (Hamburg), 1. Jg. (1919), Nr. 96.

vollständig erschienen und hatten - nach dem Bericht der Hamburger - alle Redakteure, Bezirkssekretäre und Wanderredner eingeladen und "eine ganze Zahl guter Freunde und getreuer Nachbarn zur Unterstützung mitgebracht"<sup>9</sup>; hätte sich auf diese Weise eine Mehrheit für die Zentrale ergeben, so wäre die Spaltung der Partei, die sich dann im Oktober 1919 in den ersten Ansätzen vollzog, bereits jetzt zustande gekommen. Die von der Zentrale erstrebte Mehrheit fand sich nicht, da die versammelten Redakteure und Bezirkssekretäre überwiegend zu der Position der Linkskommunisten neigten. Man setzte für die innerhalb der nächsten 8 Wochen einzuberufende erneute Reichskonferenz einen bestimmten Wahlmodus fest; die Zentrale legte sich jedoch nicht darauf fest, daß nur die von den Organisationen gewählten Delegierten stimmberechtigt seien. - Auf dem vom 20. bis 24. 10. 1919 einberufenen 2. Parteitag der KPD(S), dem sogenannten Heidelberger Parteitag<sup>10</sup>, wurde dann mit 24 gegen 18 Stimmen der Zentrale das Stimmrecht zugesprochen und damit erst die Voraussetzung für den Sieg des Levi-Kurses geschaffen.

In den Gegensätzlichkeiten zwischen der Zentrale und der linkskommunistischen Opposition stießen die Haltungen aufeinander, die während des Krieges bereits die Führer des "Spartakus"-Bundes von ihrer eigenen radikalen Gefolgschaft und von den ISD unterschieden hatten und die auf dem Gründungskongreß der KPD(S) den Kreis um Rosa Luxemburg der linkskommunistischen Majorität konfrontiert hatten<sup>11</sup>. Nach der Frankfurter Reichskonferenz kommentierten die Bremer Linkskommunisten die Haltung der Zentrale, man könne sich des Ein-drucks nicht erwehren, daß es sich bei ihrem Eintreten für die Arbeit in den bestehenden Gewerkschaftsverbänden, zu der sie nun eindeutig neigte, um dieselbe fehlerhafte Stellungnahme handele, "die die Spartakusleute während des Krieges zur Parteispaltung einnahmen"<sup>12</sup>. Die Hamburger Linkskommunisten führten den mangelnden Willen der Zentrale, eine auf dem Willen der Parteimitglieder basierende Konferenz einzuberufen, auf die Tradition des "Spartakus"-Bundes zurück: "Die Führer - frühere Mitglieder des "Spartakus"-Bundes und solche, die jetzt "spartakistischer" geworden sind wie die Spartakisten - erachten es für ihre Aufgabe, die Führerdiktatur in der KPD zu errichten"<sup>13</sup>. Diese historische Inbezugsetzung des Verhältnisses zwischen der Levi-Zentrale und den Linkskommunisten führte schließlich

9) Ibidem.

10) Der Parteitag fand illegal statt; daher mußte der Verhandlungsort von Tag zu Tag gewechselt werden; er befand sich nacheinander in Wachenburg, Heidelberg, Mannheim und auf dem Dillsberg am Neckar.

11) Vgl. dazu den Abschnitt über den Gründungskongreß der KPD(S).

12) "Der Kommunist", (Bremen) 1. Jg. (1918/19), Nr. 135 Beilage.

13) KAZ (Hamburg), 1. Jg. (1919), Nr. 153.

dazu, daß Laufenberg und Wolffheim überhaupt den Spartakismus in Gegensatz stellten zum Kommunismus<sup>14</sup>, ohne allerdings damit volle Zustimmung im eigenen Lager zu finden, und ohne auch damit ganz recht zu haben, denn die linkskommunistische Tendenz war ja durchaus in den Mitgliederschichten des "Spartakus"-Bundes zahlreich vertreten gewesen. - Auf dem 2. Parteitag im Oktober 1919 fand also die große Auseinandersetzung zwischen der Zentrale und den Linkskommunisten statt, deren Sprecher wiederum die Hamburger waren. Paul Levi griff in diesem Kampf mit dem Linkskommunismus aus taktischen Gründen eine Invektive auf, die vor dem ersten Weltkrieg vom rechten Flügel und vom Zentrum der SPD auf die Linksradiكالen um Rosa Luxemburg angewandt worden war; er nannte die Haltung des linken Flügels der Partei "Syndikalismus"<sup>15</sup>. Er hypostasierte die taktischen und organisatorischen Differenzen seit dem Gründungskongreß zu einem Kampf zwischen Marxismus und Syndikalismus in der Partei<sup>16</sup>. Namentlich Laufenberg und Wolffheim suchte er in seinem Referat über die politische Lage an Hand ihrer Zeitschriften- und Broschürenliteratur nachzuweisen, daß sie nicht mehr das Recht hätten, sich als Kommunisten zu bezeichnen und folglich für die Partei nicht mehr tragbar seien. Er zitierte u. a. einen Artikel Heinrich Vogelers, der in der Hamburger KAZ geschrieben hatte, man müsse "mit syndikalistischen Kampfmit-teln" zur "kommunistischen klassenlosen Gesellschaft" gelangen. Nun war Vogeler, der intellektuelle Enthusiast der Revolution und politische Neuling, zwar mit seiner Vermengung syndikalistischer und unionistischer Theoreme weitgehend typisch für die linkskommunistischen Massen, für den Hamburger Unionismus war er aber gerade nicht repräsentativ. Laufenberg und Wolffheim, denen sich u. a. auch Karl Becker aus Bremen anschloß, hatten dann auch leichtes Spiel, den Anwurf des "Syndikalismus" zurückzuweisen; sie zeigten sich mit Recht erstaunt, daß noch vor zwei Monaten auf der Frankfurter Reichskonferenz vom prinzipiellen Gegensatz zwischen dem Kommunismus und ihrem "Syndikalismus" nicht die Rede gewesen sei<sup>17</sup>, und sie konnten darauf hin-

14) S. Heinrich Laufenberg/Fritz Wolffheim, Kommunismus gegen Spartakismus. Eine reinliche Scheidung, Hamburg 1920.

15) Daß sich Levi des Unterschiedes zwischen den Syndikalisten und den Linkskommunisten sehr wohl bewußt war, verrät z. B. eine Formulierung in der Diskussion um die Haltung der Partei während der Kämpfe im Ruhrgebiet nach dem Kapp-Putsch, in der er beide säuberlich auseinanderhält; er redet dort vom "Ausgleiten der Syndikalisten und unserer früheren Opposition", Bericht über den 4. Parteitag der KPD(S) am 14. und 15. April 1920, Berlin 1920, p. 21.

16) Vgl. "Die Internationale", 1. Jg. (1919), Heft 15/16, p. 284; "Die Frage war die, ob die marxistische Schule dem Gang der proletarischen Revolution gemäß sei oder durch syndikalistische - sie nennen es Gedanken - zu ersetzen sei".

17) Bericht vom 2. Parteitag der KPD(S), p. 38.

weisen, daß im Norden nicht die Absicht bestehe, sich mit den Syndikalisten zusammenzuschließen - wie das im Ruhrgebiet in der FAU geschehen war -, daß im Gegenteil im "Syndikalist" gerade eine heftige Attacke gegen die Hamburger Unionisten erfolgt sei<sup>18</sup>. Laufenberg war sachlich im Recht, wenn er behauptete, daß die Zentrale "einen Popanz des in der Partei umgehenden Syndikalismus"<sup>19</sup> aufgerichtet habe.

Paul Levi postulierte in offensichtlicher Wendung gegen den norddeutschen Linkskommunismus in seinen dem Parteitag unterbreiteten "Leitsätzen über kommunistische Grundsätze und Taktik"<sup>20</sup> abermals die Teilnahme an Parlamentswahlen und die fraktionsmäßige Zusammenschließung der Kommunisten innerhalb der bestehenden Arbeiter-räte; die "Vereinigung der zielklarsten Proletarier" in der Organisationsform der politischen Partei hielt er ebenso für unentbehrlich für den siegreichen Kampf um die Diktatur des Proletariats wie "straf-feste Zentralisation" innerhalb einer solchen Partei. Als uneingestandene Prämissen des Verhaltens der Partei in der Aktionsphase und ein "von Anarchisten und Syndikalisten gepriesenes, tatsächlich aber gegenrevolutionäres Mittel" verwarf er die Sabotage, die passive Resistenz und die Vorstellung, daß der Generalstreik ein einmaliger, kraft der Organisation beliebig anwendbarer revolutionärer Akt sei. Die Absicht dieser Leitsätze zeigte sich im Schlußsatz, in dem es hieß, Mitglieder der KPD, die diese Anschauungen über Wesen, Organisation und Aktion der Partei nicht teilten oder ihnen in Wort und Schrift entgegengehandelt hätten, seien aus der Partei auszuschließen<sup>21</sup>. Die Leitsätze Paul Levis wurden von dem Parteitag mit unwesentlichen Modifikationen<sup>22</sup> von 31 stimmberechtigten Kongreßteilnehmern - darunter 8 Stimmen der Zentrale - angenommen; 18 Delegierte stimmten dagegen und galten damit als aus der KPD(S) ausgeschlossen; die Spaltung der deutschen Kommunistischen Partei zeichnete sich ab. Wolffheim erklärte, man werde von nun an eine "Kommunistische Partei Deutschlands (Spartakusbund)" haben und eine "Kommunistische Partei Deutschlands", die den gesamten Norden, das Rheinland, Berlin und Teile Sachsens umfassen werde<sup>23</sup>. - Die ausgeschlossenen Dele-

18) Ibidem, p. 34.

19) Ibidem, p. 34.

20) Ibidem, p. 3-6. S. auch den dokumentarischen Anhang Nr. VIII.

21) Ibidem, p. 6. Der letzte Teil des Satzes ("... oder ihnen in Wort und Schrift entgegengehandelt haben...") wurde dann mit 23 gegen 19 Stimmen gestrichen. S. ibidem, p. 42.

22) S. ibidem, p. 42.

23) Ibidem, p. 43. Am 4. Verhandlungstag wurden dann insgesamt 25 Kongreßteilnehmer von der Partei ausgeschlossen; von ihnen kamen 5 aus Berlin, 4 aus Hamburg, 7 aus Bremen, 4 aus Hannover, je 1 aus Dresden, Magdeburg, Lübeck und Essen plus 1 Wanderredner. S. ibidem, p. 45.



gierten protestierten gegen das ganze Verfahren, das sie als eine Überrumpelung bezeichneten, und besonders gegen die unerwartete Vorlage der Leitsätze Levis, die erst in letzter Minute im Reiche bekannt gemacht worden waren<sup>24</sup> und also von der Mitgliedschaft gar nicht diskutiert werden konnten. Die Zentrale führte in der Folgezeit die Schwierigkeit der Verbindung unter dem Belagerungszustand an als - nicht ganz überzeugendes - Alibi für dies Versäumnis. - Die weiteren Verhandlungen des 2. Parteitages nach dem Ausschluß der 18 Oppositionellen zeigten übrigens, daß durch diesen Akt keineswegs vollkommene Klarheit in den wesentlichen taktischen Fragen der Partei geschaffen worden war. In der Diskussion der Leitsätze über den Parlamentarismus wurden weiterhin Stimmen laut, die gegen die Beteiligung an Parlamentswahlen im gegenwärtigen Augenblick sprachen<sup>25</sup>. In der Diskussion der noch heikleren Gewerkschaftsfrage trat nach wie vor der rheinland-westfälische Korreferent für den Austritt aus den alten Verbänden und für den Ausbau der "Allgemeinen Arbeiter-Union" ein<sup>26</sup>; Levis Leitsätze zur Gewerkschaftsfrage hatten ohnehin die prinzipielle Forderung nach der Bekämpfung der Gewerkschaftsbürokratie innerhalb der alten Verbände erweitert um den Zusatz, daß der Kampf auch - "wenn es sein muß"<sup>27</sup> - außerhalb der Gewerkschaften geführt werden könnte; dies räumte er namentlich dem Ruhr-Bergarbeiterrevier ein und erkannte damit das fait accompli der "Allgemeinen Bergarbeiter-Union" an. Mit dieser Festlegung der Gewerkschaftstaktik auf die Arbeit innerhalb der alten Verbände und der gleichzeitigen Anerkennung der dieser Direktive konträren, aber nicht mehr aus der Welt zu schaffenden selbständigen Unionsbildung der Bergarbeiter begannen die endlosen Streitigkeiten, die in den folgenden Jahren die KPD-Zentrale mit ihren selbständigen Gewerkschaftsverbänden auszutragen hatte.

Mit der Spaltung der KPD(S) während der Phase der revolutionären Ernüchterung im Oktober 1919 traten etwa gleichzeitig zwei Theorien von der Rolle der Partei in der Revolution im deutschen Kommunismus hervor, die sich beide auf Rosa Luxemburgs politische Vorstellungen beriefen. Die Autoren dieser beiden Konzeptionen, Karl Radek und Anton Pannekoek, hatten vor dem Weltkrieg gemeinsam zu den Linksradikalen in der SPD gehört. Karl Radek stützte jetzt die Posi-

24) S. die Erklärung der Oppositionellen; Ibidem, p. 43 f. Nach der Darstellung der Hamburger KAZ (1. Jg. (1919), Nr. 153) waren die Leitsätze erst einige Tage vor Beginn des Kongresses im Erfurter "Kommunist" und in der Hanauer "Freiheit", also nur in 2 Provinzblättern der KPD(S), veröffentlicht worden.

25) Bericht vom 2. Parteitag der KPD(S), p. 45-51.

26) S. ibidem, p. 57 f.

27) Ibidem, p. 66.

tion der KPD(S)-Zentrale, Anton Pannekoek versuchte, die Position der linkskommunistischen Mehrheit zu untermauern. - Radek, seit Ende 1918 aus der Sowjetunion wieder nach Deutschland zurückgekehrt und seit dem 12. 2. 1919 zwar inhaftiert, aber nicht politisch isoliert<sup>28</sup>, hatte an den Heidelberger Parteitag ein Begrüßungsschreiben gerichtet<sup>29</sup>, das bei Eröffnung des Kongresses verlesen wurde und mit dem Levis Leitsätze in allen wesentlichen Punkten übereinstimmten. Beide, Radek und Levi, ließen sich - ohne dies öffentlich einzugestehen, von den linkskommunistischen Kritikern aber sofort denunziert - von der Idee leiten, daß die KPD(S) zu ihrer organisatorischen Konsolidierung der Einbeziehung des linken Flügels der USPD bedürfe. Ein Mittel zu diesem Zweck war die Absage an die Grundsätze des Linkskommunismus; Radek schien dabei der Gedanke des organisatorischen Bruches mit der Linksoption in der KP ferner zu liegen als Levi. - In der Frage der Wahlbeteiligung warnte Radek den Kongreß vor jeder Festlegung der Partei; sie sei "weder eine prinzipiell parlamentarische Partei wie die Sozialdemokratie, noch eine prinzipiell antiparlamentarische Partei wie die Anarchisten"<sup>30</sup>. Stehe man mitten im revolutionären Kampfe, so brauche man selbstverständlich das Parlament nicht; in einer Situation der revolutionären Erschöpfung der Masse, der Unterdrückung der Organisation usw. seien kommunistische Vertreter im Parlament jedoch von der größten Wichtigkeit, um die Massen nach der Niederlage wieder zu sammeln<sup>31</sup>. - In den Gewerkschaften gelte es, die "konterrevolutionäre Gewerkschaftsbürokratie"<sup>32</sup> zu bekämpfen; werde man als Unterlegener ausgeschlossen, so sei die Vereinigung in neuen Organisationen gerechtfertigt; es sei aber ein unnützes Beginnen, von vornherein gegen die Millionenverbände der bestehenden Gewerkschaften "mit solchen aus dem Ärmel geschüttelten Neuorganisationen"<sup>33</sup> wie den Unionen aufkommen zu wollen. Mit den Unionsbildungen isoliere man sich nur von den Massen, die nach wie vor den alten Gewerkschaften zuströmten. - Schließlich trat Radek wie Levi für straffe Zentralisierung der Parteiorganisation ein. Wer im Bür-

28) Vgl. zu Radeks Tätigkeit im Jahre 1919 die Darstellung: Otto Ernst Schüddekopf, Karl Radek in Berlin, ein Kapitel deutsch-russischer Beziehungen im Jahre 1919, in: Archiv für Sozialgeschichte, Bd. 2 (1962), p. 87 ff. Schüddekopf stellt vorzugsweise die außenpolitischen Implikationen der Tätigkeit Radeks dar.

29) Es wurde von der Parteizentrale als Broschüre herausgegeben: Karl Radek, Zur Taktik des Kommunismus, ein Schreiben an den Oktober-Parteitag der KPD, Berlin 1919.

30) Ibidem, p. 6.

31) Vgl. dazu Levis Leitsätze über den Parlamentarismus, in denen mit anderen Worten das Gleiche gesagt wird. S. Bericht vom 2. Parteitag der KPD(S), p. 62 ff.

32) Karl Radek, Zur Taktik des Kommunismus, p. 7.

33) Ibidem, p. 7. Vgl. dazu Levis Leitsätze über die Gewerkschaftsfrage, in: Bericht vom 2. Parteitag der KPD(S), p. 64 ff.

gerkrieg und unter dem Belagerungszustand Föderalismus und konsequente Demokratie innerhalb der Partei fordere, der löse praktisch die Partei in eine Reihe von Ortsgruppen auf, "in denen allerhand Götter kleineren Formats als angebliche Willensvollstrecker der örtlichen Mitgliedschaften ihrer persönlichen Unklarheit und Wirrköpfigkeit fröhnen können"<sup>34</sup>. Radeks und Levis Forderung nach zentralisierter Führung der Partei entsprang ihrer Vorstellung von der Partei als Zusammenfassung des klassenbewußtesten Teils des Proletariats, als dessen revolutionärer Avantgarde. Levi hatte der Opposition vorgeworfen, sie wolle "die klare Einsicht der Vorhut der Arbeiterklasse durch den chaotischen Trieb der in Gärung geratenen Massen"<sup>35</sup> ersetzen. Radek schrieb, die Partei sei nicht die Masse der "unbewußten Kommunisten, die erst durch Prügel klug werden", sie solle vielmehr das Bewußtsein des Proletariats darstellen. "Die Parteileitung, die aus den reifsten, entschiedensten Elementen des Kommunismus besteht"<sup>36</sup>, müsse im Rahmen der allgemeinen Richtlinien des Kommunismus oft schnell entscheiden, den Kurs der Partei bestimmen, Losungen ausgeben können. - Radek und Levi rechneten bei ihren taktischen Reflexionen von der gegenwärtigen Stagnationsphase ausgehend mit einem langen und langsamen Gang der deutschen Revolution. Radek gab zu bedenken, die wirtschaftliche Not könne im Winter 1919/20 wieder spontane Kämpfe bringen, das sei aber nicht zwangsläufig so und außerdem könne das Proletariat sie verlieren<sup>37</sup>. Levi erwartete den Tiefpunkt der Krise des deutschen Kapitalismus erst 1926<sup>38</sup>. Gegen diese Einschätzung der revolutionären Lage wandte sich Laufenberg in seinem Bericht über den Parteitag vor der Hamburger Organisation<sup>39</sup>. Seine Sicht der revolutionären Lage kann als typisch für die linkskommunistische Erwartenshaltung gelten<sup>40</sup>. Er hielt der Zentrale entgegen, daß ihre Taktik nur dann begründet sei, wenn man glaube, die "revolutionäre Kraft der Masse sei erlahmt und mit dem Aufstand der Masse sei vor der Hand nicht mehr zu rechnen"<sup>41</sup>. Das deutsche Proletariat habe aber nicht die Zeit, noch ein halbes Dutzend Jahre mit der Ergreifung der Macht zu warten; der kommende Winter bringe wahrscheinlich die Entscheidung. Verliere man das Vertrauen in die spontane revolutionäre Kraft der Massen, so bleibe einem allerdings nur "der Weg der

34) Karl Radek, Zur Taktik des Kommunismus, p. 11.

35) Bericht vom 2. Parteitag der KPD(S), p. 62.

36) Karl Radek, Zur Taktik des Kommunismus, p. 11.

37) Karl Radek, ibidem, p. 6.

38) S. Bericht vom 2. Parteitag der KPD(S), p. 14.

39) S. KAZ (Hamburg), 1. Jg. (1919), Nr. 160; Bericht von der Reichskonferenz.

40) Vgl. z. B. in diesem Sinne Fritz Sturm: Die Differenzen in der Frage zum Parlamentarismus, in: "Der Kommunist", (Bremen) 2. Jg. (1919), Nr. 135 Beilage.

41) KAZ (Hamburg), 1. Jg. (1919), Nr. 160.

künstlich organisierten Verschwörung"<sup>42</sup>, den die Zentrale beschriften habe; sie habe abermals eine "Führerorganisation" aufgerichtet und nicht eine Organisation der unmittelbaren Selbsttätigkeit der Arbeiter, eine "Klassenorganisation", wie sie in den Unionen angelegt sei.

Anton Pannekoek, der unmittelbar nach dem Novemberumsturz nach Deutschland zurückgekehrt war, als ständiger Mitarbeiter der Bremer "Arbeiterpolitik" gearbeitet und für die IKD agitiert hatte<sup>43</sup>, nahm bald nach dem 2. Parteitag der KPD(S) Stellung für die ausgeschlossenen Oppositionellen. Nachdem er schon im Dezember 1919 in einer abwägenden Artikelserie im Bremer "Kommunist"<sup>44</sup> sich mit der Taktik der nordwestdeutschen Linkskommunisten solidarisch erklärt hatte, vereinigte er in den ersten Monaten des Jahres 1920 deren taktische Vorstellungen mit seinen vor und während des Weltkrieges aufgestellten politischen Prämissen und verdichtete sie zur Kohärenz einer politischen Theorie<sup>45</sup>. - Für Pannekoek waren die in Radeks Begrüßungsschreiben an den 2. Parteitag formulierten taktischen Forderungen "der schärfste Ausdruck" dessen, was er den in der dritten Internationale wieder aufkommenden "Opportunismus"<sup>46</sup> nannte. Er stellte im internationalen Kommunismus eine Tendenz fest, die große Menge der Arbeiter, die noch abseits standen, zur praktischen Parteiarbeit heranzuziehen und daher das Verbindende der verschiedenen Arbeiterparteien hervorzuheben; neben dieser "opportunistischen" Tendenz stand - nach Pannekoek - eine andere, die "durch Wort und Tat die Köpfe revolutionieren" wollte und dazu die neuen Prinzipien des Klassenkampfes in revolutionärer Zeit schärfstens abhob von den überkommenen Anschauungen<sup>47</sup>; er nannte diese Tendenz die "radikale". - Der "Opportunismus" gehe von der falschen Vorstellung aus, daß man eine möglichst mitgliederreiche Partei haben müsse, um die Revolu-

42) Ibidem.

43) S. z. B.: Anton Pannekoek, Bolschewismus und Demokratie. Vortrag, gehalten vor der Ortsgruppe Neumünster der Internationalen Kommunistischen Partei, Neumünster 1919.

44) S. "Der Kommunist", (Bremen) 2. Jg. (1919), Nr. 201-204; Taktische und organisatorische Streitfragen; die Artikelserie erschien unter Pannekoeks Pseudonym Karl Horner.

45) S. Anton Pannekoek, Weltrevolution und kommunistische Taktik, Wien 1920; Pannekoek schrieb diese Zusammenfassung seiner linkskommunistischen Ideen im Hinblick auf den 2. Komintern-Kongreß im Juli 1920. Die Schrift erschien zuerst als Zeitschriftenaufsatz in dem Wiener KP-Organ "Kommunismus, Wochenschrift für Theorie und Praxis des revolutionären Marxismus", 1. Jg. (1920), Heft 28/29, p. 976-1018, unter dem Titel: Die Entwicklung der Weltrevolution und die Taktik des Kommunismus. Diese Zeitschriftenfassung ist neuerdings wieder abgedruckt worden von einer "Projektgruppe Räte" in Westberlin in der Publikation: Parlamentarismusdebatte, Pannekoek, Lukács u. a., Berlin 1968, p. 20-62.

46) Ibidem, p. 11.

47) Ibidem, p. 8. Man erkennt unschwer, daß Pannekoek in der opportunistischen Tendenz die Fortsetzung der Anlehnungspolitik des "Spartakus"-Bundes an die USPD sah, die radikale Tendenz als Fortsetzung der Haltung der ISD bzw. IKD.

tion zu machen; weder eine Massenpartei, noch eine Parteienkoalition sei jedoch dazu imstande; die bestimmenden Kräfte der Revolution liegen in den psychischen Faktoren, "tief im Unterbewußtsein der Massen und in den großen weltpolitischen Ereignissen"<sup>48</sup>. Es sei die Aufgabe der Partei, in der revolutionären Situation den Massen mit unverwässerten, möglichst scharf umrissenen Grundsätzen aufzuwarten. Diese klaren Grundsätze verwische die Taktik des "Opportunismus". Die vorübergehende Stagnation der Entwicklung der Weltrevolution war nach Pannekoek kein Grund, zu den historisch überlebten Kampfformen des Parlamentarismus und der Gewerkschaftsarbeit zurückzukehren, die charakteristisch gewesen waren für die zweite Internationale. Der Parlamentarismus verbot sich im Stadium der Revolution aus zwei Gründen: Zum ersten war er die "typische Form des Kampfes mittels Führer, wobei die Massen eine untergeordnete Rolle spielten"<sup>49</sup>; er hemmte die eigene, zur Revolution notwendige Aktivität der Massen. Zum anderen hatte er nach Pannekoeks Beobachtung die unvermeidliche Tendenz, den revolutionären Willen der Parlamentarier zu korrumpieren. Habe man einmal den legalen Boden des Parlaments betreten, könne man nicht umhin, zur Sicherung der eigenen Stellung zu den Mitteln kleinlicher Diplomatie zu greifen; "schließlich dient nicht mehr das Parlament als Mittel zum Kommunismus, sondern der Kommunismus als werbende Losung steht im Dienste der parlamentarischen Politik"<sup>50</sup>. Pannekoek stellte sich hinter die antiparlamentarische Entscheidung des Gründungskongresses der KPD(S); sie entsprang gemäß seiner Deutung "nicht der unreifen Illusion eines leichten, raschen Sieges, sondern dem Bedürfnis, sich von der geistigen Abhängigkeit von Parlamentsvertretern zu befreien . . . , da man jetzt den Weg zur eigenen Aktion in dem Aufbau des Räteystems vor sich sah"<sup>51</sup>. - In den Gewerkschaften, den unmittelbar aus den Bedürfnissen der Arbeiterklasse entstandenen Einrichtungen, hatte Pannekoek schon vor dem Kriege die eigentlich adäquaten Organisationen des Klassenkampfes gesehen<sup>52</sup>. In der Form der durch den Bürokratisierungsprozeß in die bestehende kapitalistische Ordnung integrierten Riesenorganisation waren sie ihm Relikte der vorrevolutionären Epoche, sie waren zu einem

48) S. Anton Pannekoek, Weltrevolution, p. 9.

49) Ibidem, p. 18.

50) Ibidem, p. 19. Vgl. dazu auch: Anton Pannekoek, Bolschewismus und Demokratie, p. 12: "Soweit aber die gewählten Parlamentarier bemüht sind, dem Volkswillen zu genügen, sind sie bald umgarnt von dem parlamentarischen Schmutz, Parteidisziplin, Kulissenschleberei, Intrigen, Redseligkeit, und die parlamentarische Regierung der Parteihäupter ist schon so gut wie unabhängig vom Volkswillen . . ."

51) Anton Pannekoek, Weltrevolution, p. 20.

52) S. oben den Abschnitt über Pannekoeks Theorie der revolutionären Massen und seinen Organisationsbegriff; s. auch: Anton Pannekoek, Weltrevolution, p. 21 ff.

"Organ der Herrscher" geworden. In der Beantwortung der Frage, wie der Kampf gegen die Gewerkschaftsbürokratie aufzunehmen sei, trat Pannekoek Radek mit aller Schärfe entgegen<sup>53</sup>. Es sei unnützlich, innerhalb der großen Gewerkschaftsverbände arbeiten zu wollen, denn diese Verbände seien aufgrund ihrer gesamten Struktur untauglich zu revolutionären Zwecken. Die siegreiche Revolution werde sie hinwegfegen und Arbeiterunions würden sich in ihrem Verlauf an deren Stelle in Betrieb, Industrie, Wohnort, Bezirk usw. spontan etablieren. Die Unions, in denen Pannekoek Nachbildungen der russischen Sowjets sehen wollte<sup>54</sup>, seien in Deutschland ohne großen Erfolg geblieben, weil ihre Propaganda mit dem Niedergang der Revolution zusammengefallen sei. "In revolutionären Zeiten werden aber die Arbeiter genötigt sein, die Betriebsorganisation zur Grundlage ihres Zusammenschlusses zu machen"<sup>55</sup>. - In der Argumentation Pannekoeks gegen die von Radek geförderten Zentralisierungsbestrebungen der KPD(S) traten die Grundgedanken seiner politischen Theorie besonders klar hervor. Wie die Zentrale die Linkskommunisten "Syndikalisten" genannt hatte, bezeichnete er die Politik der Zentrale als eine Art "neuen Blanquismus"<sup>56</sup>. Er meinte damit die gerade in den Schriften Radeks hervorgetretene Auffassung, eine revolutionäre Minderheit könne die politische Gewalt erobern und in der Hand behalten, "und dies sei die Eroberung der Herrschaft durch das Proletariat"<sup>57</sup>. Eine solche quasi-konspiratorische, von den Massen abgelöste Politik führe allenfalls zur Diktatur der kommunistischen Partei, niemals zur Diktatur des Proletariats als Klasse. Eine solche Partei, die als proletarische Elite die Revolution für die Massen machen wolle, sei unter Umständen in Rußland gerechtfertigt, wo es die Trägheit der ungeheuren Bauernmassen zu überwinden gegolten habe; in den westeuropäischen Industriestaaten hingegen müsse die Revolution aus der Spontaneität der Arbeitermassen selbst entstehen; hier stelle sich vor allem das Problem, den tief verwurzelten Einfluß der bürgerlichen Kultur auf das Proletariat zu überwinden, das Proletariat in der Aktion zum eigenen Bewußtsein zu bringen. - Wie gerade die Vorgänge in der KPD(S) gezeigt hätten, lä-

53) S. Pannekoeks Karl-Horner-Artikel in: "Der Kommunist", (Bremen) 3. Jg. (1920), Nr. 22: Die Gewerkschaftsfrage.

54) S. Anton Pannekoek, Weltrevolution, p. 23: "Noch absichtlicher der Sowjetidee nachgebildet, aber schwach durch das Stagnieren der Revolution, sind die "Unions" in Deutschland. Jede Neubildung solcher Art, die die zentralisierten Verbände und ihre innere Festigkeit schwächt, räumt ein Hemmnis der Revolution aus dem Wege und schwächt die konterrevolutionäre Macht der Gewerkschaftsbürokratie".

55) S. Pannekoek in: "Der Kommunist" (Bremen), 3. Jg. (1920), Nr. 22.

56) S. seinen Karl-Horner-Artikel: Der neue Blanquismus, in: "Der Kommunist" (Bremen), 3. Jg. (1920), Nr. 27.

57) Ibidem.

ge es in der letzten Konsequenz der Radekschen Vorstellungen, nicht einmal die ganze KP die Diktatur ausüben zu lassen, sondern allein die Zentrale<sup>58</sup>.

Vergleicht man die Vorstellungen Pannekoeks und Radeks Ende des Jahres 1919 über den Weg, den die KPD(S) einzuschlagen habe, mit der Diskussion, die Rosa Luxemburg 1904 mit Lenin über die Organisation der russischen Sozialdemokratie führte, so sind gewisse Analogien nicht von der Hand zu weisen. Pannekoek verfocht im engsten Anschluß an Rosa Luxemburg die schöpferische Initiative der Massen gegen den Führungsanspruch eines allgewaltigen zentralen Komitees. Wenn Paul Levi die "klare Einsicht der Vorhut der Arbeiterklasse" gegen den "chaotischen Trieb der in Gärung geratenen Masse" ausspielte, so stellte er sich - wissentlich oder unwissentlich - hinter Lenins Organisationsvorstellungen, und seine Argumentation war der Kautskys von der "bunt gemischten Masse" aus dem Jahre 1912 gar nicht so unähnlich<sup>59</sup>. Er teilte jedenfalls nicht mehr den Glauben an die konstruktiv-revolutionären Möglichkeiten der modernen Massen. Die theoretische Folgerichtigkeit im Weiterdenken von den Spontaneitätsvoraussetzungen der sozialdemokratischen Linksradiكالen vor 1914 und bei deren Applikation auf die gegenwärtige Situation (1919) lag bei Pannekoek. Seine politische Theorie stand und fiel mit der Behauptung, daß die den modernen industrieproletarischen Massen innewohnenden revolutionären Energien die Transformation der kapitalistischen Ordnung zustande zu bringen fähig seien. Wurde diese Behauptung durch den Gang der deutschen Revolution bestätigt - und daran glaubten die meisten linkskommunistischen Intellektuellen bis etwa 1923 - so wäre sie entwicklungsfähig gewesen. Wurde sie aber in der Revolution widerlegt, so mußte eine auf dieser raison d'être sich gründende Organisation zwangsläufig eine sektiererische Entwicklung nehmen. - Pannekoek behielt nach der Gründung der KAPD im April 1920 seine Stellung des intellektuellen Mentors der deutschen Linkskommunisten bei, ohne eine gewisse skeptische Distanz zu dem Entwicklungsgang der Partei und ihrer Union ganz aufzugeben. In unmittelbarer Weise vertrat

58) "Und in weiterer Konsequenz dieser Lehre ist es wieder nicht die ganze kommunistische Partei, sondern ihre Zentrale, die diese Diktatur ausübt, zuerst innerhalb der Partei selbst, wo sie aus eigener Machtvollkommenheit Personen ausschließt und eine Opposition mit schädlichen Mitteln hinauswirft. Auch in dem, was Struthahn (Pseudonym Karl Radeks, d. Verf.) darüber sagt, liegt an sich viel Wertvolles; aber die stolzen Worte über die Zentralisierung der revolutionären Kraft in den Händen altbewährter Vorkämpfer würden mehr Eindruck machen, wenn man nicht wüßte, daß sie zur Verteidigung einer kleinen opportunistischen Politik der Mogelei mit den Unabhängigen und der Sehnsucht nach der Parlamentarischen Bühne dienen solle". "Der Kommunist" (Bremen), 3. Jg. (1920), Nr. 22.

59) S. oben den Abschnitt über Pannekoeks Theorie der revolutionären Massen und seinen Organisationsbegriff.

Pannekoeks politischer Gefährte und Freund, der Schriftsteller Herman Gorter, bereits seit Ende 1918 dessen Theorien zuerst innerhalb der linkskommunistischen Opposition, später innerhalb der KAPD.

Wie Pannekoek die radikale Konsequenz aus Rosa Luxemburgs Spontaneitätsprämissen zog, so stand Radek Ende 1919 zu der taktischen Haltung Rosa Luxemburgs, wie sie sich in deren Entscheidung für die Parlamentsarbeit und in ihrer Haltung zur Gewerkschaftsfrage auf dem Gründungskongreß der KPD(S) abgezeichnet hatte. Er konnte sich als legitimer Verwalter von Rosa Luxemburgs politisch-taktischem Vermächtnis in der revolutionären Depressionsphase der zweiten Jahreshälfte 1919 verstehen, nachdem alle spontanen Massenaktionen ergebnislos niedergeschlagen worden waren. Erstaunlich ist nicht seine Argumentation zugunsten des Levi-Kurses, sondern seine Abwendung von den früher mit Pannekoek geteilten Spontaneitätsprämissen der sozialdemokratischen Linken vor dem ersten Weltkrieg. Diese Wendung erfolgte während seiner Tätigkeit 1917/18 in Rußland und unter dem unmittelbaren Eindruck der Leninschen Taktik. Im Zusammenhang mit den bolschewistischen Säuberungsaktionen gegen die russischen Anarchisten im April 1918 hatte Radek bereits die Vorstellung, daß "in der Revolution alles auf der Selbständigkeit der Massen aufbauen"<sup>60</sup> müsse, als gegenrevolutionär und kleinbürgerlich gekennzeichnet und sich für die wirtschaftliche und organisatorische Zentralisation ausgesprochen. Lenin erwähnt gelegentlich Radeks Konversion vom Standpunkt des linken Kommunismus im Jahre 1918<sup>61</sup>. Ähnlich den ehemaligen Bremer Linksradiكالen Paul Frölich und Karl Becker nahm Radek allerdings in der KPD(S) dann z. B. bei der Gelegenheit des Kapp-Putsches und der März-Aktion eine besondere linke Haltung in taktischen Fragen ein; weder er noch die übrigen Mitglieder der Gruppe um die "Arbeiterpolitik" konnten sich so schnell von ihren linksradikalischen Ursprüngen lösen.

Die beiden aufgezeigten konträren organisatorisch-taktischen Entwürfe in der deutschen KP am Ende des ersten Jahres ihrer Existenz, über deren tatsächliche Verbreitung in den kommunistischen Mitgliedschaften mit Sicherheit nichts auszusagen ist, die man aber nicht überschätzen darf, entwickelten sich 1920 folgerichtig weiter. Der von Paul Levi und Karl Radek inaugurierte Kurs der Partei führte im Dezember 1920 zur Vereinigung der KPD(S) mit dem linken Flügel der USPD und

60) Karl Radek, Anarchismus und Räteregierung, aus dem Russischen übersetzt und mit einem Vorwort von Fritz Sturm, Hamburg o. J. (1919), p. 11. Die Broschüre erschien zuerst als Artikelserie zur Rechtfertigung der bewaffneten Aktion gegen die russischen Anarchisten im Zentralorgan der Bolschewiki.

61) S. W. I. Lenin, Der "linke Radikalismus", die Kinderkrankheit im Kommunismus, in: W. I. Lenin, Ausgewählte Werke, Berlin 1963, Bd. III, p. 407.



machte damit erst die deutsche KP zur Massenpartei, in der die Prinzipien der organisatorischen Zentralisation, der Beteiligung an Parlamentswahlen und der kommunistischen Arbeit in den Verbänden des ADGB sich durchsetzten. Diejenigen Kräfte im deutschen Kommunismus, die diesen Kurs ablehnten, aber keineswegs geschlossen zu dem in Pannekoeks Überlegungen skizzierten Programm standen, fanden sich zum größten Teil in der im April 1920 gegründeten "Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands" (KAPD) zusammen, in der sich Pannekoeks Denken besonders durch die Vermittlung seines Landsmanns Herman Gorter durchsetzte, die aber schon bald wichtige Gruppierungen im Verlauf ihres theoretischen Klärungsprozesses wieder abstieß.

## VI. GRÜNDUNG UND ENTWICKLUNG DER "FREIEN ARBEITER-UNION DEUTSCHLANDS (SYNDIKALISTEN)" (FAUD(S))

### 1. Der Gründungskongreß der "Freien Arbeiter-Union Deutschlands (Syndikalisten)" im Dezember 1919 und sein Programm

Die Politik der Levi-Zentrale der KPD(S) führte nicht nur zum Bruch mit dem größten Teil der Linkskommunisten, sie bemühte sich auch, einen möglichst klaren Trennungsstrich zwischen den eigenen Organisations-Prinzipien und denen der Syndikalisten von der "Freien Vereinigung" zu ziehen. Die offene Distanzierung von den Syndikalisten begann ziemlich genau mit dem Ende der Aktionsphase und mit dem Beginn des Massenzulaufs zu der "Freien Vereinigung" im Juni 1919. Mitte Juni hatte die Zentrale in einem Aufruf<sup>1</sup> die syndikalistische Propaganda in ihren Reihen untersagt. Die Zentrale erklärte die syndikalistische Agitation insofern mit dem Kommunismus für unvereinbar, als diese gegen die Organisationsform der politischen Partei und gegen die Zentralisierung in der Organisation auftrat und für revolutionäre Teilaktionen politischen Charakters im gegenwärtigen Moment. Die theoretische Auseinandersetzung mit dem Syndikalismus wurde im Juli und August von seiten der Zentrale fortgesetzt. Ein Beitrag in der theoretischen Monatsschrift der KPD(S), der "Internationale"<sup>2</sup>, versuchte im Juli 1919 nachzuweisen, daß der Syndikalismus nichts weiter sei als "ein verärgerter Bruder des opportunistischen Gewerkschaftlers". "Seine Organisationsideale und seine Taktik des wirtschaftlichen Kampfes sind nichts anderes als ein aus der Verärgerung entstandenes Spiegelbild der Gewerkschaftsbewegung"<sup>3</sup>. Der Syndikalismus habe es niemals zur eigenen Ideologiebildung gebracht, usw.; der Aufsatz analysierte richtig, wenn er den deutschen Syndikalismus der "Freien Vereinigung" als reines Oppositionsgebilde ohne feste Ideologie be-

1) S. "Der Kämpfer, Kommunistische Partei Deutschlands (Spartakusbund), Bezirk Groß-Berlin", 1. Jg. (1919), Nr. 20/21. Der "Kämpfer" erschien als Ersatz für das verbotene Zentralorgan der KPD(S), die "Rote Fahne". S. auch den dokumentarischen Anhang Nr. VII. Daß der Aufruf wirklich an die Mitglieder der "Freien Vereinigung" gerichtet war, zeigt die ausdrückliche Wendung an die gewerkschaftlich Organisierten in der KPD. Der Gebrauch des Begriffes "Syndikalismus" als Invektive gegen die Unionisten in der KPD wurde erst nach dem 2. Parteitag im Oktober geläufig. Vgl. auch die Reaktion der "Freien Vereinigung" auf den Aufruf im: "Syndikalist", 1. Jg. (1919), Nr. 32: Die KPD und die Syndikalisten.  
2) M. J. Braun, Gewerkschaft, Partei und Arbeiterrat (Beitrag zur Beurteilung des Syndikalismus), in: "Die Internationale, eine Wochenschrift zur Praxis und Theorie des Marxismus," 1. Jg. (1919), Heft 5/6, p. 6. ff.  
3) Ibidem, p. 8

schrieb, denn zu einer solchen neuen ideologischen Identität kam diese Organisation nach ihrem Ausschluß aus der SPD (1908) erst wieder mit dem Programm des Gründungskongresses der FAUD im Dezember 1919. Die Analyse ging fehl, soweit sie diese Charakterisierung des deutschen Syndikalismus auf die internationale Bewegung ausdehnte; es war dem "Syndikalist" ein leichtes, auf die überaus fruchtbare Theoriebildung in den romanischen Ländern hinzuweisen<sup>4</sup>. - Scharf und gründlich wurde schließlich die Abgrenzung des Kommunismus gegen den Syndikalismus in einem zuerst als Vortrag im Juni gehaltenen, dann im August (1919) von der Zentrale als Broschüre herausgegebenen Beitrag<sup>5</sup> vollzogen. Er erklärte die antietatistischen Vorstellungen des Syndikalismus für illusorisch; man werde sehr wohl nach Eroberung der Diktatur des Proletariats die Staatsmaschinerie benützen müssen zur Sicherung der Herrschaft des Proletariats. In der Organisation wie im Wirtschaftsleben bedeute Zentralismus in der modernen Industriegesellschaft eine wünschenswerte Konzentration der Kräfte. Der Beitrag forderte den Ausschluß von allen Verwirrung in die Partei tragenden prinzipiellen Syndikalisten. - Die Impulse zur Trennung zwischen Kommunismus und Syndikalismus gingen von der Partei-Zentrale aus. Die Berliner Geschäftskommission der "Freien Vereinigung", die im Dezember 1918 ihren Mitgliedern den Anschluß an die linksradikalen Gruppierungen empfohlen hatte, beschwor zuerst die gemeinsamen Kämpfe und dann die verwandten Zielsetzungen; sie reagierte jeweils auf die Angriffe der KPD(S)-Zentrale mit mehr oder weniger sachlichen Gegenpolemiken. Seit sich aber in der zweiten Jahreshälfte von 1919 Rockers Kurs bei den Syndikalisten durchzusetzen begann, ergriff man auch von der Seite der "Freien Vereinigung" die Initiative zur Klärung der Fronten. Der "Syndikalist" sprach bald nur noch pauschal von den "drei sozialdemokratischen Parteien", und er meinte die SPD, die USPD und die KPD(S). Er grenzte die "Freie Vereinigung" als Organisation der "freiheitlichen Kommunisten" gegen die "Staatskommunisten" der KPD ab.

Das intensive Bemühen der KPD(S)-Zentrale und der Geschäftskommission der Syndikalisten um die möglichst klare Herausstellung der jeweils spezifischen Organisations-Grundsätze resultierte nicht zuletzt daraus, daß in den Mitgliederschichten weit über die Aktionsphase bis Mai 1919 hinaus die prinzipiellen Unterschiede zwischen beiden Organisationen weder erkannt noch anerkannt wurden. Der "Syndikalist" veröffentlichte Leserbriefe, in denen von der "völligen Über-

4) S. "Der Syndikalist", 1.Jg.(1919), Nr.37; Der Syndikalismus und seine Gegner.

5) F. Brandt, Syndikalismus und Kommunismus, Berlin 1919. Vgl. auch die Stellungnahme der FAUD in: "Der Syndikalist", 2.Jg.(1920), Nr.1.

einstimmung in geistiger, ökonomischer und politischer Hinsicht"<sup>6</sup> zwischen Synökalismus und Kommunismus die Rede war. Fritz Kater stellte auf der Gründungskonferenz der rheinland-westfälischen FAU Mitte September fest, daß trotz der Ausschluß-Androhungen der KPD(S)-Zentrale und trotz der Erklärung der unmittelbar vorausgegangenen Reichskonferenz der USPD, man könne nicht zugleich Unabhängiger Sozialdemokrat und Syndikalist sein, der größte Teil der anwesenden Delegierten und der größte Teil der Arbeitermassen, die sie vertraten, dennoch einer der beiden Parteien angehörte<sup>7</sup>. Diese Doppelzugehörigkeit zur syndikalistischen Organisation und zur Kommunistischen Partei war auch später noch - nachdem der 13. Kongreß der Syndikalisten seinerseits die ausschließliche Zugehörigkeit zur FAUD gefordert hatte - noch durchaus häufig. Diese Doppelzugehörigkeit war für die neu in die Organisation Hinzugekommenen charakteristisch; die langjährigen, prinzipienfesten Anarchisten oder Syndikalisten wandten sich spätestens bei der Durchsetzung des Levi-Kurses von der KPD(S) wieder ab<sup>8</sup>.

Trotz der gewissen Trägheit der Mitgliederschichten divergierten die Entwicklungslinien der Kommunistischen Partei und der "Freien Vereinigung" in der zweiten Hälfte des Jahres 1919. So oberflächlich auch der Zusammenschluß der FAU in Rheinland-Westfalen im September des Jahres gewesen sein mochte, er gab doch ohne Zweifel der in ihr dominierenden "Freien Vereinigung" der Syndikalisten einen erheblichen organisatorischen Auftrieb. Schon auf der September-Konferenz hatte Kater gefordert, dieser Zusammenschluß müsse sich möglichst bald auf Reichsebene vollziehen. Außerhalb des Ruhrgebiets hatten sich im Laufe des Jahres unter ähnlichen Bedingungen Ortsvereine der "Freien Vereinigung" in Berlin und Umgebung, in Thüringen, Sachsen, Schlesien, Süddeutschland und in den Hafenstädten der Ost- und Nordseeküste aufgebaut<sup>9</sup>. Während einer dreiwöchigen Aufhebung des Belagerungszustandes traten vom 27. bis 30. Dezember 1919 in Berlin alle angeschlossenen Organisationen zum 12. Reichskongreß der "Freien Vereinigung" zusammen, der zum Gründungskongreß der FAUD(S) wur-

6) "Der Syndikalist", 1.Jg.(1919), Nr.2/3. Vgl. auch "Kommunistische Räte-Korrespondenz", 1.Jg.(1919), Nr.12.

7) S. "Der Syndikalist", 1.Jg.(1919), Nr.42.

8) Vgl. dazu Rudolf Rocker, Memoiren, Bd.III, p.383. Er berichtet von einer "ganzen Anzahl alter anarchistischer Genossen in Deutschland, die sich nach dem 1.Kongreß der KP in Berlin der neuen Partei sogar direkt anschlossen, weil sich jener Kongreß gegen die parlamentarische Betätigung erklärt hatte." - Sieben Monate danach "erkannten die meisten ihren Irrtum und traten aus der Partei wieder aus."

9) Nach Rudolf Rocker, Memoiren, Bd.III, p.192.

de<sup>10</sup>. 109 Delegierte vertraten nach Angaben der Geschäftskommission 111 675 Mitglieder<sup>11</sup>. Der Zusammenschluß im Ruhrgebiet, dem bei weitem bedeutendsten Rekrutierungsfeld der Organisation, vom September des Jahres wurde bestätigt und die "Freie Vereinigung" wurde im ganzen Reich umbenannt in "Freie Arbeiter-Union Deutschlands (Syndikalisten)". Die Wiederaufnahme des Namens der rheinland-westfälischen Zusammenfassung der sozialrevolutionären Gewerkschaftsgruppen war insofern im Dezember 1919 schon nicht mehr berechtigt, als zu dieser Zeit die unionistischen Elemente der Vereinigung bereits im Ruhrgebiet wie im ganzen Reich im Begriff waren, sich aus dem Organisationsbereich des Syndikalismus herauszulösen<sup>12</sup>; durch den Kongreß selbst konnte diese Entwicklung zur organisatorischen Absonderung der Unionisten nur beschleunigt werden, denn die von ihm angenommene Prinzipienklärung gab der Organisation in mehrfacher Hinsicht eine ganz neue Orientierung.

Die Berliner Geschäftskommission hatte - vermutlich aus dem begründeten Gefühl des Ungenügens an den programmatischen Generalformeln der Organisation seit 1908 - Rudolf Rocker damit beauftragt, ein neues Programm auszuarbeiten. Rockers "Prinzipienklärung des Syndikalismus" wurde seit Mitte November (1919) den Mitgliedern der "Freien Vereinigung" zur Diskussion gestellt<sup>13</sup>. Auf dem Gründungskongreß stand seine Rede<sup>14</sup> zur Erläuterung der Prinzipienklärung im Mittelpunkt; sie markierte einen Wendepunkt in der Entwicklung der syndikalistischen Organisation mit ihrer Stellungnahme zum Verhältnis der FAUD zu den politischen Parteien und zur Diktatur des Proletariats. - Rocker erklärte die politischen Parteien als ebenso dem Bürgertum eigen wie den nicht davon zu trennenden Parlamentarismus; wenn man die Parteien prinzipiell ablehne, so stelle man sich unmittelbar in die Tradition der Ersten Internationale, die ursprünglich ausschließlich wirtschaftliche Organisationen anerkannt habe. Das Streben nach Erlangung der politischen Macht habe nichts mit Sozialismus zu tun. "Wenn ein Syndikalist dieser oder jener Partei angehört, so ist das Privatsache. Die wirtschaftliche Organisation der Syndikali-

10) Man zählte die folgenden Kongresse der FAUD im Anschluß an die Zählung der "Freien Vereinigung"; der 12. Kongreß der FAUD war also eigentlich deren erster.

11) Vgl. "Der Syndikalist", 2. Jg. (1920), Nr. 1.

12) Vgl. dazu unten den Abschnitt über die Gründung der AAUD. S. dazu auch den Bericht der Hamburger Linkskommunisten über den Gründungskongreß der FAUD in: KAZ (Hamburg), 2. Jg. (1920), Nr. 3.

13) S. "Der Syndikalist", 1. Jg. (1919), Nr. 50. S. den Text der Prinzipienklärung im dokumentarischen Anhang Nr. IX. Sie erschien auch als Broschüre: Rudolf Rocker, Die Prinzipienklärung des Syndikalismus, Berlin 1920.

14) S. "Der Syndikalist", 2. Jg. (1920), Nr. 2.

sten hat mit keiner politischen Partei etwas zu tun"<sup>15</sup>. Diese Festlegung des Verhältnisses zur KPD - denn diese war neben der USPD die einzige überhaupt in Frage kommende Partei - war erst ein Schritt auf dem Wege der Umkehrung der anfänglichen Empfehlung der "Freien Vereinigung" an ihre Mitglieder, sich den linken Parteien anzuschließen, zum Verbot der Parteizugehörigkeit, das auf dem 13. Kongreß im folgenden Jahre ausgesprochen wurde. - Gegen die Diktatur des Proletariats wandte sich Rocker, soweit sie die Diktatur einer Partei bedeute; die Formel habe mit Sozialismus wiederum nichts zu tun, sie stamme aus dem Arsenal der Bourgeoisie.

"Wenn unter Diktatur des Proletariats nichts anderes verstanden wird als Ergreifung der Staatsmaschine durch eine Partei, wenn man darunter nur die Etablierung eines neuen Staates versteht, dann sind die Syndikalisten geschworene Gegner einer solchen Diktatur. Wenn aber darunter verstanden werden soll, daß das Proletariat den besitzenden Klassen diktieren will, ihre Privilegien aufzugeben, also nicht mehr eine Diktatur von oben nach unten, sondern Auswirkung der Revolution von unten nach oben, dann sind die Syndikalisten Anhänger und Vertreter der Diktatur des Proletariats"<sup>16</sup>.

Der in Rockers Rede angedeutete Kurs wurde in der folgenden Zeit vor allem von der Berliner Geschäftskommission der FAUD vertreten; den auch nur ansatzweise theoretisch geschulten Kommunisten in der FAUD mußte die Ablehnung der Parteiarbeit und die Verwerfung der Diktatur des Proletariats als Ziel des Kampfes unannehmbar sein. Entsprechende Stimmen wurden auf dem Gründungskongreß laut; ein Sprecher der Bergarbeiter des Ruhrgebiets versprach, im nächsten Jahre würden 200 000 Bergarbeiter in syndikalistischem Sinne organisiert sein; dazu müsse man aber den Namen "Syndikalisten" fallen lassen. "Teilweise seien die Syndikalisten den Bergarbeitern nicht revolutionär genug"<sup>17</sup>.

Sowohl die Ablehnung von Partei und Diktatur des Proletariats wie die Forderung der Gewaltlosigkeit in Rockers Programm, gegen die auch bereits auf dem Gründungskongreß Einspruch erhoben wurde<sup>18</sup>,

15) "Der Syndikalist", 2. Jg. (1920), Nr. 2. Diese Bestimmung des Verhältnisses der syndikalistischen Organisation zu den politischen Parteien entsprach noch etwa derjenigen in der Charte d'Amiens der französischen CGT von 1906; dort hieß es - um eine Nuance weniger restriktiv - : "... Les organisations confédérées (n'ont) pas, en tant que groupements syndicaux, à se préoccuper des partis et des sectes qui en dehors et à côté, peuvent pour suivre en toute liberté, la transformation sociale." Zitiert bei Colette Chambelland, op. cit., p. 39.

16) "Der Syndikalist", 2. Jg. (1920), Nr. 2.

17) KAZ (Hamburg), 2. Jg. (1920), Nr. 3.

18) Ein Düsseldorfer Kommunist trat Rockers prinzipieller Gewaltlosigkeits-Forderung entgegen mit dem Argument, man müsse die dem Sozialismus feindlichen Kräfte mit Waffengewalt zur Mitarbeit zwingen. S. "Der Syndikalist", 2. Jg. (1920), Nr. 2.

resultierten aus seiner anarchistischen Theorie, die er ganz unter dem Einfluß Peter Kropotkins<sup>19</sup> während seiner langjährigen Redakteurtätigkeit im Kreise der ostjüdischen Gemeinde im Londoner east-end entwickelt hatte. Ihre Zusammenfassung legte er nun in seiner Prinzipienklärung des Syndikalismus vor. - Kropotkin, der Theoretiker des kommunistischen Anarchismus, verwarf - gegen Marx gerichtet - die Dialektik als methodologische Basis der politischen Ökonomie und forderte deren Ersetzung durch die deduktiv-induktive Methode der Naturwissenschaften<sup>20</sup>. Zweck des politisch-ökonomischen Studiums sollte die Ermittlung der menschlichen Bedürfnisse und der Mittel zu ihrer Befriedigung sein. Da das Endziel jeder Wissenschaft eine Anweisung für das praktische Leben sei, "muß sie studieren, mit welchen Mitteln die Summe der gegenwärtigen und zukünftigen Bedürfnisse am besten unter dem geringsten Arbeitsaufwand und mit den besten Resultaten für die Allgemeinheit zu befriedigen ist"<sup>21</sup>. Die kapitalistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung kann die Grundforderung der optimalen Bedürfnisdeckung nicht erfüllen, sie muß folglich durch ein nach ganz anderen Grundsätzen aufgebautes Produktions- und Distributionssystem ersetzt werden. Spezifika des kapitalistischen Ausbeutungssystems sind für Kropotkin die Tatsachen der Arbeitsteilung und der Zentralisation. Er hielt beide Entwicklungen nicht für irreversibel und unternahm es wiederholt, Trends in der Gegenwart (um 1900) nachzuweisen, die Dezentralisierung und Beseitigung der Arbeitsteilung intendierten. Solche Trends glaubte er erkennen zu können - und er untermauerte seine Beobachtungen durch umfangreiche statistische

19) Peter Kropotkin, geb. am 9.12.1842 in Moskau, kam aus einem der ältesten russischen Adelsgeschlechter; er diente von 1862-67 als Offizier der zaristischen Armee; danach Studium der Naturwissenschaften, insbesondere der Geographie; bedeutende wissenschaftliche Publikationen über die Gletscherforschung; 1872 auf einer Reise nach Belgien und in die Schweiz Bekanntschaft mit Bakunin und begeisterter Anhänger des Bakunisten-Flügels der ersten Internationale; nach der Rückkehr nach Rußland intensive politische Arbeit mit den Nihilisten; 1874 verhaftet und 1876 Flucht nach England; dann Redaktion der anarchistischen Zeitschrift "La Révolte" in der Schweiz und Ausweisung; 1883 in Lyon 5 Jahre Gefängnis wegen anarchistischer Agitation; im Januar 1886 begnadigt und bis 1918 im Exil in London. Nach der russischen Oktoberrevolution Rückkehr nach Rußland; dort bald im Gegensatz zur Regierung der Bolschewiki; lebte während seiner beiden letzten Jahre zurückgezogen in der Provinz und starb 1921; die FAUD unternahm in dieser Zeit große Spendenaktionen für Kropotkin. Vgl. auch den Nachruf Rudolf Rockers auf Kropotkin in "Der Syndikalist", 3. Jg. (1921), Nr. 7.

20) Vgl. dazu und zum folgenden die Zusammenfassung der Ideen Kropotkins durch Rudolf Rocker, welche die für Rocker bedeutenden Momente in Kropotkins Denken hervortreten läßt, in seinem Vorwort zu; Peter Kropotkin, Die Eroberung des Brotes, Wohlstand für alle, Berlin 1919 (Kater-Verlag).

21) S. ibidem, p. 9.

Faktenkompilationen<sup>22</sup> - im Ausbau nationaler Industrien und in der Intensivierung und den Autarkiebestrebungen der Landwirtschaft. Im Gegensatz zu den marxistischen Analysen versuchte er empirisch nachzuweisen, daß die Kleinindustrien in der jüngsten geschichtlichen Entwicklung nicht aufgerieben worden seien, sondern sich sehr wohl behauptet und konsolidiert hätten. In der von Kropotkin propagierten kleinindustriellen und agrarischen Gesellschaft sollte es zur Vereinigung von Industrie, Landwirtschaft und Handwerk, von körperlicher und geistiger Arbeit kommen. - Die Basis dieser neuen Gesellschaft, einer Föderation selbständiger Produktionsgemeinschaften, wäre nach Kropotkin die Solidarität, die verantwortliche Selbsttätigkeit der Produzierenden; sie würde an die Stelle der Prinzipien der Autorität und der Zentralisation treten, auf denen die gegenwärtige Gesellschaft beruhe<sup>23</sup>. Den Beweis, daß eine solche Gesellschaft realisierbar sei, versuchte er in der Form einer antidarwinistischen Anthropologie zu entwickeln, die die Solidarität und wechselseitige Hilfe als entwicklungsgeschichtliches Moment aufzeigte<sup>24</sup>. Diesem Grundgedanken des "Gesetzes von der gegenseitigen Hilfe" und des "Solidaritäts- und Sozialtriebes" widmete Kropotkin noch sein letztes Werk<sup>25</sup>, die durch seinen Tod (1921) unvollendet gebliebene, breit angelegte "Ethik". In dieser Anthropologie wurzelte Kropotkins grenzenloser Glaube an die Spontaneität der Massen<sup>26</sup>; sein Spontaneitätsbegriff war letztlich ahistorisch und damit ganz verschieden von dem des Linkskommunismus; Pannekoek z. B. präzisierte immer wieder, daß die revolutionären Qualitäten erst den modernen industrie-proletarischen Massen eigen seien<sup>27</sup>. Die ahistorische Beschaffenheit des kommunistischen Anarchismus kommt noch klarer zum Vorschein im Denken Gustav Landauers, des deutschen Übersetzers Kropotkins, der gleichfalls großen Einfluß auf Rocker ausübte<sup>28</sup>. Rocker paraphrasierte z. B. Landauers voluntaristische Grundsätze: "Nicht die Zeit, nicht die ökonomischen Ver-

22) Vgl. dazu Peter Kropotkin, Die Eroberung des Brotes, p. 148 ff.; und; Peter Kropotkin, Landwirtschaft, Industrie und Handwerk, Berlin 1921, p. 1-31.

23) Vgl. dazu die frühe Schrift Kropotkins; La loi et l'autorité. Paris 1913, die auch in deutscher Übersetzung verbreitet war.

24) S. Peter Kropotkin, Gegenseitige Hilfe in der Tier- und Menschenwelt, Berlin 1921 (Kater-Verlag).

25) S. Peter Kropotkin, Ethik, Bd. I, Ursprung und Entwicklung der Sittlichkeit, Berlin 1923 (Kater-Verlag).

26) Vgl. dazu z. B. Peter Kropotkin, Die Französische Revolution, Leipzig 1909.

27) Vgl. den Abschnitt über Pannekoeks Theorie der revolutionären Massen und seinen Organisationsbegriff.

28) Rocker machte seine persönliche Bekanntschaft durch Kropotkin, als Landauer 1901 neun Monate in London weilte. S. Rudolf Rocker, Memoiren, Bd. II, p. 131. Vgl. auch Rocker über Landauer, ibidem, p. 122-135.

hältnisse, nur unsere innerste Erkenntnis, unser Wollen können die Brücke schlagen, die uns aus der Welt der Lohnsklaverei ins Neuland des Sozialismus führen kann"<sup>29</sup>.

Die theoretischen Passagen über Autorität, Zentralisation und Staat in der Prinzipienklärung der FAUD (Abs. 10 bis 17) gingen direkt auf Kropotkins Anarchismus zurück. Die organisatorischen Passagen der Prinzipienklärung, die in den Statuten der FAUD(S) noch einmal präzisiert wurden<sup>30</sup>, knüpften an die bisherige Praxis der "Freien Vereinigung" an, waren aber zugleich stärker beeinflusst vom französischen Beispiel des revolutionären Syndikalismus<sup>31</sup>. - In Frankreich war die doppelte Gliederung der revolutionär-syndikalistischen Organisation in vertikale und horizontale Verbände aus der 1902 erfolgten Vereinigung der vertikal aufgebauten CGT mit den regionalen "bourses de travail" entstanden. Obwohl die Schwierigkeiten bei der Durchführung dieses in Prinzipienklärung und Statuten vorgesehenen Schemas bleibender Diskussionsgegenstand im "Syndikalist" war und trotz intensiver Agitation wurde dieser Aufbau der FAUD von den Arbeitern nur schwer verstanden und kam über Ansätze nicht hinaus. Zunächst sollten sich an einem Ort jeweils "Vereinigungen aller Berufe" bilden; kamen in ihnen mehr als jeweils 25 Personen desselben Industriezweiges<sup>32</sup> zusammen, so hatten diese Ortsvereine für den betreffenden Zweig zu konstituieren. Der Überblick über die im November 1922 bestehenden Ortsvereine der FAUD läßt einigermaßen solide Rückschlüsse auf die soziale Zusammensetzung der Mitgliedschaft der Organisation zu<sup>33</sup>. Die Geschäftskommission zählte zu dieser Zeit im Reiche 214 "Vereinigungen aller Berufe"; die bei weitem stärkste Industriegruppe stellten die Bergarbeiter mit 126 Ortsvereinen<sup>34</sup>; es folgten die Metallar-

29) Rudolf Rocker, Sozialdemokratie und Anarchismus, p. 4.

30) S. "Der Syndikalist", 2. Jg. (1920), Nr. 1.

31) Die Kenntnis des französischen revolutionären Syndikalismus war jetzt verbreiteter als vor dem Weltkriege. Es wurden vom Kater-Verlag u. a. folgende Broschüren vertrieben: Emile Pouget, Der Syndikalismus, Berlin 1919; Georges Yvetot, Das ABC des Syndikalismus, Wien 1919. In den folgenden Jahren stand die FAUD auch in Kontakt mit der revolutionären Minderheit im französischen Syndikalismus, der CGTU; vgl. Augustin Souchys "Briefe aus Paris" in "Der Syndikalist", 3. Jg. (1921), Nr. 25 ff. Die CGTU, die sich noch wiederholt spaltete, trat der auf Grund der deutschen Initiative 1922 gegründeten syndikalistischen Internationale nicht bei.

32) Mit der Durchsetzung des neuen Kurses begann sich das Industrieverbands-Prinzip auf Kosten des Berufsverbandes, der in der "Freien Vereinigung" bisher gültig war und an dem offenbar besonders Fritz Kater hing, durchzusetzen. Eine Zeit lang war in unentschiedener Weise die Rede vom "Berufs- bzw. Industrie-Verband".

33) Folgende Zahlen aus: "Der Syndikalist", 4. Jg. (1922), Nr. 47.

34) In der Tatsache, daß Bergarbeiter und Metallarbeiter - also die bestbezahlten Teile des Proletariats - das Gros der FAUD-Mitglieder ausmachten, mag man ein weiteres Indiz dafür sehen, daß es sich bei den Angehörigen der linksradikalen Organisationen keineswegs nur

beiter mit 80, die Bauberufe mit 43, Verkehrsarbeiter mit 12, Lederarbeiter mit 2, Glaser, Töpfer und Kopfarbeiter mit je 1 Ortsverein. Diese Reihenfolge kann als konstant angenommen werden; besonders die stärkste Repräsentanz der Berg- und Metallarbeiter steht außer Frage. - Die lokalen Vereine hatten völliges Selbstbestimmungsrecht und eine eigene, den jeweiligen örtlichen und wirtschaftlichen Verhältnissen angepaßte Satzung, die lediglich den Grundsätzen der FAUD nicht widersprechen durfte. Diese Vereine sollten sich vertikal zu Industrieföderationen auf Reichsebene zusammenschließen; von den insgesamt 12 vorgesehenen Industrieföderationen kamen in der Geschichte der FAUD nur 5 zustande: 1. Föderation der Bergarbeiter, 2. Föderation der Bauarbeiter, 3. Föderation der Metall-Industriearbeiter, 4. Föderation der Holzarbeiter, 5. Föderation des Bekleidungs- und Verkehrsgewerbes<sup>35</sup>. - Sobald mehrere Ortsvereine in einem Orte oder engeren Bezirk vorhanden waren, sollten diese in horizontalem Zusammenschluß eine Arbeiterbörse bilden. Auf der ersten Reichskonferenz der Arbeiterbörsen im Juni 1922 bestanden 32 davon, in denen 204 FAUD-Ortsvereine, d. h. etwa die Hälfte der zu jener Zeit bestehenden, zusammengefaßt waren<sup>36</sup>. Da die Arbeiterbörsen nur dort zustande kamen, wo mehrere Ortsvereine auf engerem geographischen Raum existierten, gibt ihre Verteilung über das Reich eine klare Vorstellung von den organisatorischen Schwerpunkten der FAUD(S): 14 Börsen bestanden im Ruhrgebiet, 7 im mitteldeutschen Industriegebiet und die restlichen 11 in Großstädten. Die in der Prinzipienklärung vorgesehene Reichs-Föderation der Arbeiterbörsen kam auf der selben Konferenz nicht zustande. - Die wichtigsten überregionalen Einrichtungen der FAUD waren der Kongreß, die Geschäftskommission und das obligatorische Verbandsorgan "Der Syndikalist". Der Kongreß, der mindestens alle 2 Jahre einberufen werden mußte, war die oberste Vertretung der FAUD und wurde von den Ortsvereinen beschickt, von denen - nach französischem Vorbild - jeder unabhängig von seiner Mitgliederzahl das gleiche Stimmrecht hatte. Der Kongreß entschied über die eingegangenen Anträge und überwachte die Tätigkeit der Geschäftskommission, deren Wahl ihm auch oblag. - Die Geschäftskommission

um die "besonders armen, verelendeten und verbitterten Arbeiterschichten" (Arthur Rosenberg) handelte. Eine ganz überzeugende soziologische Feldstudie der sozialen Zusammensetzung der linksradikalen Organisationen ist aufgrund des spärlichen statistischen Materials wohl kaum jemals möglich.

35) S. Fritz Katers Rechenschaftsbericht in: "Die Internationale, Organ der Internationalen Arbeiter-Assoziation", 2. Jg. (1926), Nr. 5.

36) "Der Syndikalist", 4. Jg. (1922), Nr. 24. S. dort auch die Aufstellung der einzelnen Arbeiterbörsen. Vgl. weiterhin: Franz Barwich, Die Arbeiterbörsen des Syndikalismus, Berlin 1923.



hatte ihren ständigen Sitz in Berlin und war das oberste Exekutivorgan der FAUD. Ihre Tätigkeit war eingeschränkt auf die mündliche und schriftliche Verbreitung der syndikalistischen Doktrin und auf die Vermittlung zwischen den einzelnen Lokalorganisationen zum Zwecke der Solidarität in Streik- und Aussperrungsfällen; über Unterstützungskassen verfügte sie nicht. Jeder Ortsverein hatte mindestens 1 % des Wochenlohnes jedes seiner Mitglieder als wöchentlichen Beitrag das ganze Jahr hindurch einzuziehen, - eine Beitragssumme, die unter der des ADGB lag. 1919 war von den einzelnen Industrieföderationen ein vierteljähriger Beitrag von 10 Pfennigen pro Mitglied, von noch nicht föderierten Vereinen ein monatlicher Beitrag von 10 Pfennig pro Mitglied an den Agitationsfond der Geschäftskommission vorgesehen. Grundsätzlich waren alle Funktionen in der FAUD ehrenamtlich; in der Regel wurden aber etwa 5 Mann für ihre Agitationsarbeit entschädigt<sup>37</sup>, und zwar mit einer Summe, die von der Berliner Arbeiterbörse festgesetzt wurde. Den Vorsitz der Geschäftskommission hatte bis 1930 Fritz Kater inne; er ging dann auf ein jüngeres, während der zwanziger Jahre zur Bewegung gestoßenes Mitglied, den dreißigjährigen gelernten Schlosser Reinhold Busch über<sup>38</sup>. - Als wichtigstes Agitationsmittel gab die Geschäftskommission die Wochenschrift "Der Syndikalist" heraus, in der neben grundsätzlichen theoretischen Erörterungen alle Bekanntmachungen, die die Gesamtorganisation betrafen, gedruckt wurden. Der "Syndikalist" erreichte 1920 mit etwa 120 000 Exemplaren seine höchste Auflageziffer<sup>39</sup>; 1922 stand sie bei 78 000<sup>40</sup>, 1924 nach Angaben der Geschäftskommission bei 25 000<sup>41</sup>. Die Redaktion des "Syndikalist" ging von den beiden Vorkriegs-Mitgliedern der Bewegung Max Winkler und Fritz Köster auf Augustin Souchy über, der sie 1930 Helmut Rüdiger übergab. Neben dem "Syndikalist" erschien vom 1. Juli 1921 bis Januar 1924 als wichtigstes Publikationsorgan der FAUD "Die Schöpfung, sozialrevolutionäres Organ für das sozialistische Neuland" als Sprachrohr der Ruhr-Opposition in Düsseldorf. Außerdem gaben die Holz-, Metall- und Bauindustrie-Föderationen eigene Blätter heraus und Rocker bezeugt die Existenz "einer ganzen Anzahl

37) S. "Der Syndikalist", 1. Jg. (1919), Nr. 54; Föderalismus und Zentralismus in der Praxis: "Dem gegenüber betragen die Verwaltungskosten bei unseren föderativen Vereinigungen fast null! Bei 150 000 bis 200 000 Mitgliedern mit etwa 6 Millionen Mark Beiträgen werden bisher nur 6 Kopfarbeiter in ganz Deutschland besoldet."

38) S. Rudolf Rocker, Biographie von Fritz Kater, p. 16.

39) Rudolf Rocker, Memoiren, Bd. II, p. 196. S. auch "Der Syndikalist", 2. Jg. (1920), Nr. 12.

40) "Der Syndikalist", 4. Jg. (1922), Nr. 47.

41) "Die Internationale", (IAA), 2. Jg. (1926), Nr. 5.

kleiner lokaler Organe"<sup>42</sup>, die in der Regel nur kurze Zeit erschienen. Ab 1924 gab die Berliner Geschäftskommission noch zusätzlich das Organ der syndikalistischen Internationale, der "Internationalen Arbeiter-Assoziation", heraus, das ab 1934 in Amsterdam weiter erschien. Die überaus rührige Tätigkeit des syndikalistischen Verlagshauses Fritz Katers<sup>43</sup> wurde auch nach dem organisatorischen Niedergang der FAUD fortgesetzt; 1929 gründete man eine "Gilde freier Bücherfreunde", die zweimonatlich bis 1933 die Zeitschrift "Besinnung und Aufbruch" herausgab. Noch nach der nationalsozialistischen Machtübernahme versuchten die deutschen Syndikalisten, ihre publizistische Tätigkeit illegal fortzusetzen<sup>44</sup>.

An Nebenorganisationen baute die FAUD eine Jugendorganisation und einen Frauenbund auf. Bald nach der Gründungskonferenz konstituierte sich am 18. Januar 1920 die "Föderation der revolutionären Jugend deutscher Sprache"<sup>45</sup>, die in Berlin ein eigenes Blatt mit dem Namen "Die Freie Jugend" und ab Dezember 1920 eine Beilage zum "Syndikalist" unter dem Titel "Die Junge Menschheit" herausgab. Aus der Jugendorganisation gingen eine ganze Reihe späterer Führer der FAUD hervor und Rocker weist mit besonderem Stolz auf den zahlreichen Anhang der FAUD unter den Jugendlichen hin<sup>46</sup>. - Etwa gleichzeitig bildete sich der "Syndikalistische Frauenbund" als Vereinigung von Hausfrauen, die nicht in der Industrie beschäftigt waren; der Frauenbund, in dem Rockers Frau Milly Witkop<sup>47</sup> führend tätig war, verfügte über eine Monatsbeilage im "Syndikalist" und eine in Dresden erscheinende Zeitschrift, "Die schaffende Frau". - Obwohl das Gesamtschema des

42) Rudolf Rocker, Memoiren, Bd. II, p. 196. So erschien z. B. in Mannheim: "Arbeiterbörse, Sozialrevolutionäres Organ der Freien Arbeiter-Union Süddeutschlands (Syndikalisten)", 1. Jg. (1920).

43) Vgl. dazu den bibliographischen Anhang, in dem in Parenthese die Druckerzeugnisse des Kater-Verlages vermerkt sind.

44) Rocker erwähnt die unter dem Schutztitel "Deutschtum im Ausland" und "Blätter zur Pflege deutscher Art, hrgg. vom Verband deutscher Schulen im Ausland" herausgegebenen Zeitungen, von denen etwa 7 Nummern erschienen. Im Januar 1934 erschien "Soziale Revolution, Organ der deutschen Anarcho-Syndikalisten im Ausland, angeschlossen an die IAA", Paris/Stockholm; ein hektographiertes, illegal in Deutschland erscheinendes Blatt mit dem gleichen Titel ist in jener Zeitung abgebildet.

45) S. "Der Syndikalist", 2. Jg. (1920), Nr. 5.

46) Rudolf Rocker, Memoiren, Bd. III, p. 405: "Wenn die FAUD während der ersten Jahre der Revolution einen so starken Aufschwung nehmen konnte, so war dies hauptsächlich dem Umstand zuzuschreiben, daß sie die Kraft besaß, junge Menschen anzuziehen ... Die ganze Bewegung in Thüringen bestand fast nur aus jungen Genossen. Starke Jugendbewegungen bestanden in Leipzig, Dresden, Chemnitz, im Rheinland, Schlesien und fast überall in Mittel- und Süddeutschland."

47) Milly Witkop-Rocker (1886 - 1955) war ukrainische Jüdin, die nach London ausgewandert war; sie machte Rockers Bekanntschaft während seiner Tätigkeit in London; s. Rockers Memorial; Rudolf Rocker, Milly Witkop-Rocker, Berkley-Heights 1956.

Aufbaus der FAUD zu kompliziert war, fand der extrem föderative Grundgedanke in den ersten Nachkriegsjahren, in denen - wie ein zeitgenössischer Beobachter gelegentlich im Zusammenhang mit Organisationsfragen feststellte - der "anarchistische Kommunismus zur Salonmode geworden"<sup>48</sup> war in den deutschen Arbeiterorganisationen, starke Resonanz.

Mit einem gewissen Recht feierten die deutschen Syndikalisten auch die in den ersten Nachkriegsjahren häufig geübte Praxis des Massen- und Generalstreiks als Sieg der von ihnen propagierten direkten Aktion<sup>49</sup>. Als Verzweigungstaktik ist die direkte Aktion allerdings so alt wie die Arbeiterbewegung und an ihrer Ausübung um 1918 war die Agitation der "Freien Vereinigung" nur unmaßgeblich beteiligt. Zum System wurde sie in der Theorie und Praxis des französischen revolutionären Syndikalismus entwickelt<sup>50</sup> und nach dessen Vorbild in Deutschland seit 1904 von den Anarchisten um den "Freien Arbeiter" propagiert<sup>51</sup>. Die Methodik der direkten Aktion umfaßte die weite Skala vom einfachen Betriebsstreik bis zum Generalstreik, der die soziale Revolution einleiten sollte, und alle Formen der Sabotage, von der cancany-Taktik (bewußt langsame und schlechte Arbeitsausführung) bis zur gewaltsamen Zerstörung der Produktionsmittel<sup>52</sup>. - Die geläufigste Form der Verweigerung der Arbeitsleistung war auch in der "Freien Vereinigung" (bzw. der FAUD) der Streik. Gemäß der auf dem Gründungskongreß angenommenen Streikresolution hatte jeder Ortsverein völlige Dispositionsfreiheit über Anfang und Abschluß eines Streiks und war verpflichtet, sich im Streikfalle aus eigenen Mitteln 14 Tage lang zu finanzieren. Nur im äußersten Notfalle rief die Geschäftskommission, die selbst über keine Unterstützungskassen verfügte, die anderen Organisationen im "Syndikalist" zur Solidarität auf und leitete die daraufhin eingehenden Gelder weiter. Die numerisch schwachen Vereine der FAUD waren im Rahmen dieser Streikregelung und angesichts der riesenhaften Verbände des ADGB und der straff organisierten Unternehmerverbände zu selbständigen Aktionen nicht fähig. Sie entfalteten

48) Eugen Prager, op. cit., p. 14.

49) S. Absatz 21 der Prinzipienklärung der FAUD. Rocker auf dem Gründungskongreß: "Die politischen Parteien, die sich nur mit dem Parlamentarismus befaßt haben, greifen heute zu den Kampfmitteln der direkten Aktion wie Generalstreik, Boykott, Räteystem usw., weil ihre eigenen Waffen verbraucht sind." "Der Syndikalist", 2. Jg. (1920), Nr. 2.

50) Als klassische Schrift über die Methoden der direkten Aktion gilt die Darstellung des französischen militanten Syndikalisten Emile Pouget, *Le sabotage*, Paris 1910.

51) S. Arnold Roller, *Die direkte Aktion, Revolutionäre Gewerkschaftstaktik*, New York 1912. Vgl. dazu auch den Abschnitt über die "Vereinigung Unabhängiger Sozialisten" und die anarchistischen Gruppierungen in Deutschland.

52) Vgl. Robert Goetz-Girey, op. cit., p. 53 ff. Die gewaltsamen Praktiken wurden von den deutschen Wortführern des Syndikalismus nicht aufgenommen.

ihre Aktivität in den spontanen Massenstreiks und innerhalb der vom ADGB beschlossenen Lohnkämpfe. - Die von der FAUD durch die Methoden der direkten Aktion angestrebte neue Gesellschaft sollte auf dem Räteystem aufbauen. Obwohl Rocker bis ins Jahr 1919 hinein die russischen Räte für eine ausgesprochen syndikalistische Organisationsform hielt und obwohl die "Freie Vereinigung" bis zur Durchsetzung des neuen Kurses seit Dezember 1919 das revolutionäre Beispiel Rußlands nicht in Frage stellte<sup>53</sup>, war die syndikalistische Rätekonzeption doch nicht unwesentlich vom Räteystem nach bolschewistischem Vorbild, wie es die KPD-Zentrale und der linke Flügel der USPD vertraten, verschieden<sup>54</sup>. Bei zweifelloser Affinität beider Rätevorstellungen<sup>55</sup> war das, was die Syndikalisten seit Dezember 1919 Räteystem nannten, nichts anderes als die aktuelle Umbenennung der herrschaftslosen Gesellschaftskonzeption, wie sie schon vom anarchistischen Flügel der ersten Internationale vertreten worden war; Rocker wies in seinen Erläuterungen zu der Prinzipienklärung auf dem Gründungskongreß darauf hin, daß sogar schon der Name "Arbeiterrat" in der französischen Schweiz und in Spanien innerhalb der ersten Internationale aufgetaucht sei. - Die deutschen Syndikalisten verstanden sich als Anhänger des "reinen Räteystems"<sup>56</sup>, das gemäß der Prinzipienklärung (Abs. 6 ff.) auf den bestehenden syndikalistischen Organisationsgrundlagen aufzubauen war. Der erste Schritt der gesellschaftlichen Reorganisation bestand in der Eroberung der Werkstätten, der Betriebe und des Bodens, welche der Verwaltung der Produzenten selbst unmit-

53) Vgl. dazu Eduard Willeke, *Die Ideenwelt des deutschen Syndikalismus*, in: *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik*, 128. Bd. (1928), p. 894. - In der ersten Hälfte des Jahres 1919 wurde vom "Syndikalist" noch Lenins "Staat und Revolution" als Agitationsschrift empfohlen; deren Forderung der "Zerstörung der Staatsmaschine" war den Syndikalisten zu dieser Zeit noch wichtiger als die Seitenhiebe gegen den Kropotkinschen Anarchismus, die darin enthalten sind; s. W. I. Lenin, *Staat und Revolution*, Berlin 1918 (Aktions-Verlag), p. 92 etc.

54) Vgl. dazu die treffendste vergleichende Analyse: Karl Korsch, *Das sozialistische und das syndikalistische Sozialisierungsprogramm*, in: "Der Sozialist", 1. Jg. (1919), p. 402 ff.; Karl Diehl (*Die Diktatur des Proletariats und das Räteystem*, Jena 1924, p. 71 ff.) und Willeke (loc. cit.) überbetonen den Zusammenhang beider Konzeptionen; Diehl meint, daß die syndikalistischen Ideen auch von größtem Einfluß auf die Ausbildung der bolschewistischen Lehre gewesen seien; er ließ sich von den äußeren Analogien zu sehr bestechen. Willeke bringt das Verhältnis auf die wohl zutreffendere Formel: "Man könnte den Rätegedanken, wenigstens in seiner ursprünglichen Form, als den spontanen und den Syndikalismus, soweit es sich dabei um die revolutionäre Richtung handelt, als fein ausgeklügelte Ausdrucksform ein und derselben Grundeinstellung bezeichnen."

55) Vgl. hierzu und zum folgenden auch: Peter von Oertzen, *Betriebsräte*, p. 210 ff.

56) "Der Syndikalist", 1. Jg. (1919), Nr. 30 usw. Vgl. zum folgenden auch: Franz Barwich, *Der kommunistische Aufbau des Syndikalismus im Gegensatz zum Parteikommunismus und Staatskommunismus, der Rätegedanke von unten auf!* Berlin 1923.

telbar unterstellt werden sollten. Im stufenweisen Aufbau von unten nach oben über die Kreise und Bezirke bis zu den insgesamt 12 Industrieföderationen auf Reichsebene, die aber alle nur Koordinationsfunktionen haben sollten, vollzog sich dann die Organisation der Produktion. Um eine konsequente Bedarfsdeckungswirtschaft aufzubauen, bedurfte es darüber hinaus einer "Organisation der Konsumtion". Diese Aufgabe fiel den Arbeiterbörsen zu, die außerdem alle Funktionen der bürgerlichen Kommunalverwaltung übernehmen sollten. Nach dem Siege der sozialen Revolution fungierten die Arbeiterbörsen als statistische Büros, die festzustellen hatten, welche Bedarfsartikel vorhanden waren und welche fehlten. Die Ergebnisse sollten an die oberste Vertretung, die Föderation der Arbeiterbörsen, weitergegeben werden und diese teilte den Industrieföderationen mit, welche Güter gebraucht würden, woraufhin diese deren Produktion veranlaßten. Sämtliche Angelegenheiten, z. B. kultureller Art, die nicht im unmittelbaren Zusammenhang mit diesem Produktions- und Distributionsmechanismus standen, sollten den lokalen Gruppen überlassen bleiben. Allenfalls einige oberste Räte, die sich aus den Industrieföderationen und der Föderation der Arbeiterbörsen rekrutierten und rein repräsentative Funktionen hatten, waren als Vertretung gegenüber dem Ausland vorgesehen. - Diese Rätekonzeption, über deren Durchführbarkeit im einzelnen zu reden die Theoretiker der FAUD sich weigerten<sup>57</sup>, unterschied sich klar von der der Bolschewiki. Gemeinsam war der sozialrevolutionäre Anspruch, die Ablehnung des Parlamentarismus und jeder Arbeit in den bestehenden gesetzlichen Körperschaften; in der unmittelbar taktisch ausschlaggebenden konstruktiven Zielsetzung waren beide geradezu konträr:<sup>58</sup> Die Syndikalisten wollten die sofortige Errichtung einer Gesellschaft aus autonomen Produktionsgenossenschaften, die Absorption aller politischer Funktionen durch die Wirtschaftsorganisationen und damit schließlich die Abschaffung des Staates; das am Bolschewismus orientierte Räte-system, das von der KPD-Zentrale und von der linken USPD um den Jahreswechsel 1919/20 vertreten wurde, sah im Gegensatz dazu eine starke zentrale Instanz vor und propagierte den politischen Klassenkampf mit der Diktatur des Proletariats als nächstem Ziel.

Das auf dem Gründungskongreß der FAUD angenommene Programm blieb bis 1933 ohne wesentliche Abänderung gültig. Mit einem gewissen Recht hat man den Gründungskongreß im Dezember 1919 den Höhepunkt des deutschen Syndikalismus genannt<sup>59</sup>. Im Dezember 1919 fand sich der größte Teil der sozialrevolutionären Gewerkschaften noch einmal unter einem gemeinsamen Programm, im Februar 1920 schon

57) S. Willeke, loc. cit., p. 880.

58) Vgl. im gleichen Sinne: Peter von Oertzen, Betriebsräte, p. 211.

59) Eduard Willeke, loc. cit., p. 872 f.

hielten die Unionisten ihren ersten selbständigen Reichskongreß ab - auf Kosten des Mitgliederbestandes der FAUD(S); bald schon nach dem Gründungskongreß setzte auch innerhalb der FAUD(S) die Diskussion um dessen Programm ein und die Organisation begann, sich in verschiedene Richtungen aufzuspalten.

## 2. Die politische Haltung der Berliner Geschäftskommission der FAUD(S)

Ein russischer Beobachter der internationalen Syndikalisten-Bewegung nach dem Weltkriege bemerkte gelegentlich, es gebe drei Richtungen im gegenwärtigen Syndikalismus: den reformistischen Flügel, den revolutionären Flügel und den "Syndikalist"; der "Syndikalist" war das Organ der FAUD-Geschäftskommission, die in den folgenden Jahren der konsequenteste Vertreter des von Rudolf Rocker auf dem Gründungskongreß der FAUD(S) im Dezember 1919 vorgelegten und vom Kongreß angenommenen Programms wurde. Während die wichtigsten Sprecher der Geschäftskommission (Rudolf Rocker, Augustin Souchy, Fritz Oerter) ihre anarchistischen Grundsätze bereits in die Bewegung der deutschen Syndikalisten mitgebracht hatten, mußten sich Fritz Kater und die älteren Mitglieder der "Freien Vereinigung" - soweit sie mit dem neuen Kurs einverstanden waren und nicht wie Karl Roche z. B. aus der Bewegung ausschieden<sup>2</sup> - diese neuen Grundlagen erst aneignen. Kater wurde erst während einer gemeinsam mit Rocker verbrachten Schutzhaftzeit im Februar und März 1920 mit den Ideen des kommunistischen Anarchismus näher vertraut<sup>3</sup>. Rocker berichtet, durch den täglichen Verkehr miteinander im Gefängnis "vollendete sich bei ihm erst eine neue Phase seiner geistigen Entwicklung, die schon lange begonnen, aber noch keinen Abschluß gefunden hatte"<sup>4</sup>. Die auf dem 13.

1) Sinowjew, zitiert bei Eduard Willeke, loc. cit., p. 877.

2) Roches Kritik an der Geschäftskommission ist zweifellos weitgehend typisch für die Kräfte, die den neuen Kurs nicht mitmachten; s. Roche im "Syndikalist", 2. Jg. (1920), Nr. 21: "Wollen wir zum Sozialismus, so kann es nur durch die rücksichtsloseste Klassenkampfführung geschehen, dann müssen wir so handeln, wie wir behandelt werden. Wer den Vollzug der Revolution zum Sozialismus anders darstellt, ist ein politisches Kind oder persönlich feige." Roche befürwortete die Diktatur des Proletariats und lehnte die Gewaltlosigkeits-Parolen der Berliner Geschäftskommission ab.

3) Rocker beschreibt Kater Ende 1919 als einen "Sozialrevolutionär alter Schule, den der Syndikalismus zwar auf neue Bahnen gebracht, der aber in vielen Hinsichten noch ziemlich stark von den ersten sozialistischen Ideengängen beeinflußt wurde, die er in seiner Jugend empfangen hatte." Rudolf Rocker, Memoiren, Bd. III, p. 139.

4) Ibidem, p. 140.

Kongreß der FAUD im Oktober 1921 beschlossene Namensänderung der Organisation zeigte den Abschluß der Anarchismus-Rezeption durch die Geschäftskommission an; der Name der FAUD wurde ergänzt durch die Parenthese "Anarcho-Syndikalisten" mit der Begründung, zeigen zu wollen, daß "der deutsche Syndikalismus die praktische Organisationsform des kommunistischen Anarchismus"<sup>5</sup> sei. Daß dies der Fall wäre, wurde allerdings besonders von der Gruppe in Zweifel gezogen, die seit April 1919 mit der erneuten Herausgabe des "Freien Arbeiter" die anarchistische Vorkriegs-Tradition fortsetzte. Rocker hatte anfänglich - bevor er sich in der "Freien Vereinigung" mit seinem Programm durchgesetzt hatte - dieser Gruppe seine Mitarbeit zugesagt<sup>6</sup>, die sich als "Föderation kommunistischer Anarchisten" konstituierte. Auch Souchy und Oerter schrieben im "Freien Arbeiter", der 1920 mit einer Auflageziffer von etwa 7000 in Berlin erschien<sup>7</sup>. Das Programm der Föderation<sup>8</sup> stammt vermutlich von Rocker; er überwarf sich aber im Laufe des Jahres 1919 mit dem Herausgeber des "Freien Arbeiter", Rudolf Oestreich, angeblich wegen dessen Autokratismus und wegen antisemitischer Züge seines Blattes<sup>9</sup>. - Wegen weiterer persönlicher Streitigkeiten kam es noch zur Spaltung innerhalb der Gruppe um den "Freien Arbeiter"; die Gegner Oestreichs bildeten schließlich mit Erich Mühsam eine "Anarchistische Vereinigung". Erich Mühsam führte nach seiner Amnestierung (1924) die Tradition des Landauerischen Anarchismus fort mit der Herausgabe der Zeitschrift "Fanal", die ab Oktober 1926 als Ein-Mann-Unternehmen erschien, und deren Redaktion Rudolf Rocker gelegentlich aushilfsweise übernahm; Rocker bezeichnet Mühsam als einen seiner "vertrautesten Freunde jener Zeit"<sup>10</sup>. Auch hier zeigt sich wiederum, daß es besonders der Anarchismus Landauers war, der mit dem Kropotkinschen kommunistischen Anarchismus von der Berliner Geschäftskommission fortgesetzt wurde<sup>11</sup>. - Soweit die sehr heftigen Auseinandersetzungen des 13. Kongres-

5) "Der Syndikalist", 3. Jg. (1921), Nr. 38 Beilage.

6) Im Verlag des "Freien Arbeiter" erschienen 1919 Rockers Flugschriften "Sozialdemokratie und Anarchismus" und "Zur Geschichte der parlamentarischen Tätigkeit in der modernen Arbeiterbewegung", beides ursprünglich in Mosts "Freiheit" um 1898 herum erschienene Arbeiten.

7) S. Karl Diehl, Über Sozialismus, Kommunismus, Anarchismus, Jena 1922, p. 109.

8) S. "Der Freie Arbeiter", 12. Jg. (1919), Nr. 13.

9) Oestreich führte später sogar einen Prozeß gegen Rocker wegen der Besitzrechte an einer Bibliothek deutscher anarchistischer Emigranten in London.

10) Rudolf Rocker, Memoiren, Bd. III, p. 374 ff.

11) Rocker bemerkt: "Erich Mühsam gehörte nicht der FAUD an, stand jedoch mit den Genossen der anarcho-syndikalistischen Bewegung im besten Einvernehmen und sprach häufig in ihren Versammlungen in Berlin und im Lande." Rudolf Rocker, Memoiren, Bd. III, p. 385.

ses der FAUD ideologische Ursachen hatten, wurden sie - von der Oestreich-Gruppe geschürt - von der Opposition im Namen des Anarchismus gegen den Syndikalismus ausgefochten. Diese ideologische Polemik verfiel jedoch nicht und Souchy hatte zweifellos recht, wenn er angesichts dieses Streites feststellte, innerhalb des deutschen Syndikalismus "ging die Bewegung so weit den freiheitlichen Prinzipien entgegen, daß in der Tat die Anarchisten allen Grund haben können, zufrieden zu sein"<sup>12</sup>. Gerade die Intransigenz, mit der die Geschäftskommission die Prinzipien des kommunistischen Anarchismus vertrat, war für die weitere Entwicklung der Organisation von größter Bedeutung.

Der politischen Haltung der Geschäftskommission war nach dem 12. Kongreß die Neigung zur lediglich aufklärerisch werbenden politischen Sekte inhärent; soweit sie durch diese Richtung repräsentiert wurde, entwickelte sich die ehemalige "Freie Vereinigung" von einer Organisation proletarischer Interessenvertretung zu einer Organisation für kommunistisch-anarchistische Propaganda und Agitation, als welche sie allerdings Erstaunliches leistete<sup>13</sup>. Die Haltung der Geschäftskommission resultierte unmittelbar aus dem neuen Programm selbst, das von der Überzeugung ausging, daß "der Sozialismus letzten Endes eine Kulturfrage" (Prinzipienerklärung Abs. 16) sei<sup>14</sup>. Im unmittelbaren Anschluß an Landauer wollten die Kreise um die Geschäftskommission zuerst die "Revolutionierung der Köpfe"; man verstand sich als Kulturbewegung und war als solche im Hinblick auf die erstrebte soziale Transformation primär an der Umerziehung der Individuen und nicht an der Anziehung der Massen interessiert. Rocker hatte auf dem Gründungskongreß gefordert, "man solle nicht so sehr darauf achten, große Massen zu organisieren, sondern die Hauptsorge gelte der Aufklärung der Mitglieder"<sup>15</sup>. Aus dem Bedürfnis, die eigene Doktrin so scharf wie möglich von der ihr benachbarten politischen Theorienbildung abzuheben, erklärt sich die intransigente Haltung der Berliner Geschäftskommission gegenüber der KPD einerseits und den linkskommunistischen Organisationen (AAUD und KAPD) andererseits.

12) "Der Syndikalist", 3. Jg. (1921), Nr. 42.

13) Rückblickend sah Rocker 1947 in dieser Tätigkeit das eigentliche Verdienst der FAUD: "Denn wenn auch die FAUD in ihren besten Zeiten keine großen, selbständigen Aktionen unternehmen konnte, so hat sie doch viel dazu beigetragen, das geistige Erbe des freiheitlichen Sozialismus zu wahren und zu mehren, was gerade in einem so autoritären Lande wie Deutschland als ihr größtes Verdienst bezeichnet werden muß." Rudolf Rocker, Zur Betrachtung der Lage in Deutschland. Die Möglichkeiten einer freiheitlichen Bewegung, New York, London, Stockholm 1947, p. 10.

14) Vgl. dazu z. B. Karl Roche, Der proletarische Ideenmensch, Berlin o. J. (1919) (Kater-Verlag).

15) "Der Syndikalist", 2. Jg. (1920), Nr. 2.

Die folgenreichste Entschließung des Gründungskongresses der FAUD(S) war die Definition der negativen Stellung zu den politischen Parteien und zur Diktatur des Proletariats nach bolschewistischem Muster. Von der ablehnenden Haltung in beiden Punkten rückte die Geschäftskommission auch dann nicht ab, als sie als einzige der von der VKPD zur Bildung einer proletarischen Einheitsfront aufgerufenen Organisationen<sup>16</sup> diese Aufforderung beantwortete. Den am 7.1.1921 in der "Roten Fahne" erschienenen Aufruf beantwortete sie mit dem Hinweis auf ihre Prinzipienklärung, die alle Bestrebungen zur Abschaffung der Wirtschaftsmonopole und der Gewaltherrschaft des Staates gutheiße<sup>17</sup>. Die Geschäftskommission erklärte sich bereit, den Mitgliedern der FAUD die Unterstützung der von der VKPD beabsichtigten Aktionen - vorwiegend sozialpolitischen Maßnahmen - zu empfehlen. Voraussetzung sei, daß alle an den Aktionen beteiligten Organisationen gleichberechtigt mitwirkten, da die Syndikalisten "selbstredend nach wie vor jede Unterordnung unter irgendeine politische Partei und jede Diktatur prinzipiell ablehnen"<sup>18</sup>. Da die Geschäftskommission damit nichts Neues gesagt und keine Konzession gemacht hatte, veröffentlichte die Zentrale der VKPD den Antwortbrief der FAUD gar nicht erst. Die Aktionsgemeinschaft zwischen Syndikalisten und KP in der ersten Phase der Revolution bis Mitte 1919 war unwiderruflich vorüber. Nach den großen bewaffneten Kämpfen im Anschluß an den Kapp-Putsch und nach der März-Aktion der VKPD machte die Geschäftskommission jeweils die Zugehörigkeit ihrer Mitglieder zur KPD und USPD für deren Teilnahme an den erfolglosen Insurrektionen verantwortlich. Unmittelbar nach der Niederwerfung der Kämpfe im Ruhrgebiet Ende März 1920 forderte der "Syndikalist" zuerst ohne Umschweife: "Wer nicht den politischen Parteien den Rücken kehrt, muß aus unserer Bewegung ausscheiden." Diese Forderung setzte sich auf dem 13. Kongreß der FAUD (9. bis 14.10.1921) durch. Souchy begründete den Ausschließlichkeitsanspruch der FAUD damit, daß sich durch den Verlauf der Revolution in Rußland und in Deutschland herausgestellt habe, daß "die politischen Parteien, auch die sogenannte kommunistische, ein größerer Hemmschuh als Beförderer der sozialen Revolution"<sup>19</sup> seien. Die vom Kongreß angenommene Resolution über die Stellung zu den Parteien erklärte:

16) Folgende Organisationen waren angesprochen: ADGB, AFA, AAU, FAU(S), SPD, USPD, KAPD. Vgl. auch: Werner T. Angress, op. cit., p. 92.

17) "Der Syndikalist", 3. Jg. (1921), Nr. 3.

18) "Der Syndikalist", 3. Jg. (1921), Nr. 3.

19) "Der Syndikalist", 2. Jg. (1920), Nr. 16. Vgl. auch "Der Syndikalist", 2. Jg. (1920), Nr. 19; Partei oder Gewerkschaften.

"Der Föderalismus verlangt Selbstverwaltung und Entscheidungsfreiheit auf allen Gebieten des wirtschaftlichen und geistigen Lebens und lehnt jede inorganisatorische Einwirkung aller Parteien und gleichwertiger Organisationen ab. Demzufolge können Mitglieder syndikalistischer Organisationen einer politischen Partei nicht angehören"<sup>20</sup>.

Diese Formel, die an Radikalität die Bestimmung des Verhältnisses zu den Parteien im französischen revolutionären Syndikalismus bei weitem übertraf, war vorerst eine ziemlich abstrakte Forderung, der - zumal im Ruhrgebiet - in der Praxis nur der geringere Teil der syndikalistisch Organisierten entsprach. Daß die Geschäftskommission sie durchzusetzen vermochte, lag nicht zuletzt daran, daß die große Menge der parteikommunistisch orientierten FAUD-Anhänger der Gelsenkirchener Richtung sich Ende 1920 organisatorisch verselbständigt hatte<sup>21</sup>.

In ähnlicher Weise wie gegen die KPD versuchte die Geschäftskommission, sich in aller Schärfe gegen die KAP und die AAU abzugrenzen; sie bezeichnete es als bewußte und absichtsvolle Lüge der bürgerlichen Presse, "wenn sie die KAP und AAU als syndikalistisch bezeichnet. Wir stehen in keiner Verbindung mit beiden Organisationen"<sup>22</sup>. Formulierungen wie die folgenden wurden zwischen 1920 und 1923 zu Stereotypen in der Argumentation der Geschäftskommission und sind bezeichnend für ihren anarchistischen Dogmatismus<sup>23</sup>:

"Wir Syndikalisten dürfen uns nicht in der Beurteilung der KAP von dem anarchistischen, oder richtiger föderativen Charakter dieser Partei - wir denken hier vornehmlich an die völlige Autonomie ihrer lokalen Gruppen und an das entschlossene Brechen mit dem Bonzensystem - beirren lassen. Geistig und politisch ist die KAP dagegen auf extremsten Marxismus eingestellt. - Unsere Stellung zur KAP kann nur eine Stellung zum Marxismus sein"<sup>24</sup>.

Als im April 1921 eine Vereinbarung mit der AAU und gemeinsame Richtlinien von den Berliner Vereinen beider Organisationen ausgear-

20) "Der Syndikalist", 3. Jg. (1921), Nr. 42.

21) Vgl. dazu unten den Abschnitt über die FAU Gelsenkirchener Richtung und die Union der Hand- und Kopfarbeiter.

22) "Der Syndikalist", 2. Jg. (1920), Nr. 21; vgl. auch Nr. 27, 40 usw.

23) Vgl. Curt Geyer, Der Radikalismus in der deutschen Arbeiterbewegung. Ein soziologischer Versuch, Jena 1923, p. 51: "Die Exklusivität, die absolute Schärfe der Abgrenzung kommt am wenigsten von ganz und gar entgegengesetzten Dogmen, von Theorien, deren Gedankengänge der eigenen Haltung ganz fremd sind, sondern von Anschauungen und Theorien, deren Züge, ohne dogmatisch erstarrt zu sein, sich den eigenen nähern und mannigfache Gemeinsame mit ihnen haben."

24) "Der Syndikalist", 2. Jg. (1920), Nr. 40.



beitet wurden<sup>25</sup>, gehörte die Geschäftscommission zu den Kräften, die diese Annäherung scheitern ließen.

Eine ähnlich kompromißlose Stellung wie zu den politischen Parteien nahm die Geschäftscommission zu den gesetzlichen Betriebsräten ein. Schon im August 1919 hatte Karl Roche im Namen der "Freien Vereinigung" erklärt, die syndikalistischen Arbeiter könnten sich an den gesetzlichen Betriebsräten nicht beteiligen, da sie den Klassenkampf mit den Methoden der direkten Aktion führten. "Die syndikalistischen Kampfmittel sind mit den Aufgaben eines Betriebsrates unverträglich"<sup>26</sup>. Auf dem Gründungskongreß der FAUD(S) kam ein Kompromiß zustande, indem man diese in einer Resolution zur Betriebsrätefrage zwar prinzipiell ablehnte, aber gleichzeitig einräumte, daß örtliche Verhältnisse, organisatorische und praktische Gründe in den Betriebsbelegschaften zu einer Beteiligung von FAUD-Mitgliedern an den Wahlen zu den Betriebsräten führen könnten<sup>27</sup>. Gleich nach dem Kongreß setzte im "Syndikalist" eine andauernde und heftige Kampagne zum Boykott der Wahlen zu den Betriebsräten ein<sup>28</sup>, und diese Haltung der Geschäftscommission blieb auch in den folgenden Jahren unverändert. Eine besondere Position nahmen in dieser wie in vielen anderen Fragen die FAUD-Organisationen im Ruhrgebiet ein, die sich niemals in ihrer Mehrheit dem Einfluß der Berliner Geschäftscommission unterwarfen. Sie beteiligten sich zum Teil und mit nicht geringen Erfolgen<sup>29</sup> an den Betriebsrätewahlen.

Eine weitere Eigenart der politischen Haltung der Berliner Geschäftscommission waren die Gewaltlosigkeits-Parolen, die sie in Umlauf setzte. Schon vor dem Weltkriege hatte die antimilitaristische Agitation eine große Rolle in der Tätigkeit der "Freien Vereinigung" gespielt. Rocker war Mitte 1919 durch seine pazifistische Agitation in Deutschland bekannt geworden und seine Forderung nach Umstellung der Rüstungsbetriebe auf die Produktion landwirtschaftlicher Geräte war seitdem Programmpunkt der Geschäftscommission geworden. Auf dem Gründungskongreß im Dezember (1919) hatte Rocker erklärt, die Syndikalistens seien grundsätzliche Gegner jeglicher Gewalt, aber die soziale Revolution könne "auch nicht mit Glacéhandschuhen durchgeführt werden"<sup>30</sup>. Zum radikaleren Sprecher der Gewaltlosigkeit machte

25) S. dazu den folgenden Abschnitt über die Düsseldorfer Opposition in der FAUD(S).

26) "Der Syndikalist", 1. Jg. (1919), Nr. 36.

27) "Der Syndikalist", 1. Jg. (1920), Nr. 1.

28) S. "Der Syndikalist", 2. Jg. (1920), Nr. 3, 5, 6 Beilage, 9, 25 usw.

29) S. von Saurma-Jeltsch, op. cit., p. 53. Dort als Ergebnis der Betriebsrätewahlen vom Ende April 1920 für das Ruhrgebiet: "Freie Gewerkschaften": 402 Mandate; Syndikalistens: 340 Mandate; Christliche Gewerkschaften: 134 Mandate; Polnische Gewerkschaften: 51 Mandate.

30) "Der Syndikalist", 2. Jg. (1920), Nr. 2.

sich Fritz Oerter im Laufe des Jahres 1920; er verbannte die Gewalt als eine Form der Herrschaft und forderte unter Berufung auf Kropotkin die Ersetzung der Gewalt im proletarischen Emanzipationskampfe durch die Solidarität<sup>31</sup>. Ende 1920 stellte der "Syndikalist" zwei Strömungen der Bewegung in dieser Frage fest: eine, "die die absolute Gewaltlosigkeit wolle, und die etwa in Fraenkl<sup>32</sup> und Oerter" sich verkörpere und eine andere, "die für die bedingte Gewalt"<sup>33</sup> sei. - Mit diesem von der Berliner Geschäftscommission vertretenen Grundsatz der Gewaltlosigkeit hing ihre quietistische Haltung zu den großen bewaffneten Aktionen des Proletariats zusammen, die sie als "Putsche" ablehnte; im März/April 1920 und im März 1921 stritt sie jedesmal zuerst die Beteiligung von FAUD-Mitgliedern an den Kämpfen heftig ab, mußte deren Teilnahme aber dann doch post festum sanktionieren<sup>34</sup>. Die wenigen Aktionen, zu denen von der Geschäftscommission die Initiative mit ausgegangen war, oder die sie zumindest billigte, blieben von untergeordneter Bedeutung. Im Sommer 1920 führte die FAUD z. B. mit der AAU und der KAP gegen die Direktiven der KPD gemeinsame Sabotageakte zur Verhinderung von Waffentransporten zur Unterstützung Polens im russisch-polnischen Kriege erfolgreich<sup>35</sup>. Als auf dem Höhepunkt der inflationären Entwicklung in der zweiten Hälfte des Jahres 1923 die Geschäftscommission aus ihrer Reserve hervortrat und - in der tatsächlich für die wirtschaftskämpferischen Methoden der FAUD extrem günstigen Situation<sup>36</sup> - seit dem September 1923 im "Syndikalist" zum Generalstreik aufrief, war der ohnehin vergleichsweise geringe Mitgliederbestand der Organisation so zusammengeschrunpft, daß ihre Aufrufe nur eine hilflose Geste blieben.

Mit diesen Aufrufen ging die Selbstkritik aus den Reihen der Geschäftscommission einher; man ließ sich keine Illusionen darüber, daß die FAUD als Kulturbewegung versagt hatte oder doch ohne Erfolg geblieben war. Rudolf Rocker schrieb schon Ende November 1921 nach dem deprimierenden Eindruck des 13. Kongresses an Max Nettlau, er

31) Vgl. "Der Syndikalist", 2. Jg. (1920), Nr. 30; Gewalt und Gewaltlosigkeit; vgl. auch Fritz Oerter, Gewalt oder Gewaltlosigkeit, Dresden 1921.

32) Victor Fraenkl (1869 - 1951) Dr. jur., war Justizrat in Berlin und der politische Strafverteidiger der Linksradiakalen; er verteidigte u. a. Max Hoelz und Karl Plattner in ihren politischen Prozessen; er war der Vorsitzende der "Freien Vereinigung der Kopfarbeiter" in Berlin, später führendes Mitglied der FAUD; 1933 drang er bis zu Görings Ministerium vor, um Gerechtigkeit für den eingekerkerten Erich Mühsam zu fordern; 1934 Emigration und 1951 Tod im Exil in Locarno. S. den Nachruf in: "Die Freie Gesellschaft", 3. Jg. (1952), Nr. 29.

33) "Der Syndikalist", 2. Jg. (1920), Nr. 44.

34) Vgl. das Kapitel über die linksradikalen Organisationen in der Aktion.

35) Vgl. "Der Syndikalist", 2. Jg. (1920), Nr. 30. Vgl. auch Bernhard Reichenbach, loc. cit., p. 123.

36) Vgl. zur wirtschaftlichen Lage: Arthur Rosenberg, Geschichte, p. 152 f.

habe oft den Eindruck, daß ein guter Teil der deutschen Anarchisten nichts anderes als "durch anarchistischen Einfluß verdorbene Sozialdemokraten"<sup>37</sup> sei; nur so lasse sich erklären, daß so viele zur Kommunistischen Partei übergelaufen seien, "die doch von Anfang an autoritär bis auf die Knochen war"<sup>38</sup>. In einer der Selbstkritiken vom Ende des Jahres 1923 gestand man sich ein, daß von der an sich schon unbedeutenden Zahl der Mitglieder nur ein ganz kleiner Teil in föderalistischem Sinne arbeite und Anteil nehme an allen Aufgaben der Bewegung; wahrscheinlich seien das nur 2000 bis 3000 Anhänger; "die anderen handeln nicht anders wie die Zentralverbände, auch sie verlassen sich auf die gewählten Vorstände, zahlen Beiträge und besuchen hin und wieder eine Versammlung"<sup>39</sup>. Rockers Beurteilung war genau zutreffend; aus der Sozialdemokratie hervorgehend hatte die "Freie Vereinigung" vor dem Weltkriege mit dem Ausschluß aus der SPD (1908) ihre eigentliche raison d'être verloren und rezipierte nur oberflächlich die Doktrin des revolutionären Syndikalismus; nach dem Novemberumsturz war die Anlehnung an die linksradikalen Parteien daher zu erwarten; nachdem die Organisation unter dem Einfluß der anarchistischen Tradition schließlich zu einem wirklich neuen Programm gekommen war und sich auch von der KPD lossagte in der Konsequenz dieses Programms, da reduzierte sie sich zu einer - allerdings außerordentlich rührigen - politischen Sekte. Als man auf dem 15. Kongreß der FAUD im April 1925 in Dresden darüber diskutierte, ob man als Kampforganisation oder als Sekte weiter existieren sollte<sup>40</sup>, da war die Organisation bereits wieder faktisch zur Sekte geworden und bestand als solche bis 1933.

Die Prinzipienklärung und die sie mit radikaler Strenge vertretende Geschäftskommission hatten weit geringeren Einfluß als in Berlin im Ruhrgebiet. Dort entstanden im Laufe des Jahres 1920 zwei starke Oppositionsbewegungen gegen die politische Haltung der Berliner Geschäftskommission; eine Opposition innerhalb der Organisation gegen die "Berliner Prinzipienwächter"<sup>41</sup>, die ideologische Hilfe aus den Anarchisten-Kreisen um den "Freien Arbeiter" erhielt; und eine oppositionelle Bewegung, die - ohne jemals ganz in die syndikalistische Bewegung integriert gewesen zu sein - nicht bereit war, den Kontakt mit der KPD zu lösen, und die sich gegen Ende des Jahres als

37) Brief Rudolf Rockers an Max Nettlau vom 30. 11. 1921, in: Korrespondenz Rudolf Rocker - Dr. Max Nettlau, Anarchismus-Archiv des IISG (Amsterdam).

38) Ibidem.

39) "Der Syndikalist", 5. Jg. (1923), Nr. 31: Was der nahende Zusammenbruch bringen kann und was er bringen könnte.

40) "Der Syndikalist", 7. Jg. (1925), Nr. 16.

41) "Die Schöpfung", 1. Jg. (1921), Nr. 54.

"Freie Arbeiter-Union, Gelsenkirchener Richtung" zusammenschloß und einen eigenen Weg ging.

### 3. Die Düsseldorfer Opposition um "Die Schöpfung"

Eine starke Strömung in der FAUD des Ruhrgebiets war nicht bereit, den Weg, den die Berliner vorzeigten, mitzugehen. Ihre Opposition ergab sich aus Ursachen taktischer, ideologischer und persönlicher Art und war in sich nicht homogen. Sie gruppierte sich um das ursprünglich als syndikalistische Tageszeitung geplante, dann in unregelmäßiger Folge erscheinende Publikationsorgan "Die Schöpfung"<sup>1</sup>, das vom Juli 1921 bis Januar 1924<sup>2</sup> in Düsseldorf erschien. Herausgeber war der gelernte Fliesenleger und ehemalige Redakteur des "Pionier" Fritz Köster. - Etwas vereinfachend könnte man sagen, daß in diesen Kreisen vor allem der Unmut der Aktivisten gegen die dogmatische Haltung und die taktische Unbeweglichkeit der Geschäftskommission zum Ausdruck kam. In Ansätzen war dies die gleiche Motivation wie die der aktivistischen Mitgliederschichten des deutschen Anarchismus 1897, die damals eine ihren täglichen Nöten adäquatere Politik forderten als Landauer sie entwickelte<sup>3</sup>. Ein die Entwicklung der FAUD genau beobachtender Kritiker fragte die Geschäftskommission 1922 in der "Schöpfung", ob man denn ohne Konzessionen und Kompromisse auskommen könne. "Die brutalen ökonomischen und sozialen Verhältnisse schlagen uns andauernd unsere Prinzipien um die Ohren. Wir haben zu wählen"<sup>4</sup>. Er sah die Wahl zwischen dem Wege, der unwiderruflich zur orthodoxen Sekte führe, und der Bahn, die die Tradition sozialrevolutionären Gewerkschaftertums weitergehe. Er warf der Geschäftskommission vor, in einer Situation, in der alles auf die "Interessengemeinschaft" des Proletariats ankomme, ausschließlich die Pflege der "Ideengemeinschaft" zu betreiben. In diesem Sinne schrieb der österreichische Anarchist Rudolf Großmann<sup>5</sup> unter seinem

1) Bereits während der Kapp-Tage im März/April 1920 hatten die Syndikalisten des Rheinland-westfälischen Industriegebiets den Versuch gemacht, ein eigenes Organ zu schaffen. Kurzfristig erschien diese Zeitschrift mit dem Namen "Die Schöpfung" in Elberfeld. S. "Die Schöpfung", 1. Jg. (1921), Nr. 6.

2) Mitteilung der Landes- und Stadt-Bibliothek Düsseldorf vom 30. 10. 1963.

3) Vgl. oben den Abschnitt über die "Vereinigung Unabhängiger Sozialisten" und die anarchistischen Gruppierungen in Deutschland.

4) "Die Schöpfung", 1. Jg. (1921/22), Nr. 135.

5) Großmann war als junger Mann in die USA ausgewandert; dort wurde er wegen führender Beteiligung an einem Weberstreik zu 5 Jahren Gefängnis verurteilt; floh aus den USA und lebte einige Zeit nach der Jahrhundertwende in London; zerstritt sich mit den dortigen Anarchisten (u. a. Rocker) und ließ sich in Wien nieder; nach: Rudolf Rocker, Memorien, Bd.

Pseudonym Pierre Ramus in der "Schöpfung"; Großmann wollte die FAUD als "revolutionierende Aktionsbewegung" verstanden wissen im Gegensatz zur Geschäftskommission, die vorerst nur durch Agitation und Organisation wirken wollte<sup>6</sup>. Im gleichen Sinne schrieb Theodor Plievier<sup>7</sup>, zu dieser Zeit der Dithyrambiker des Anarchismus<sup>8</sup> und führendes Mitglied der FAUD. Unermüdlich bestand die "Schöpfung" auf Gegenwartsaktionen. Anfang September 1921 trat die FAUD Rheinland-Westfalens mit einem Aktionsprogramm hervor, das u. a. ein befristetes Ultimatum an die Reichsregierung und an die Arbeitgeberverbände vorsah, nach dessen Ablauf der Generalstreik des Gesamtproletariats einsetzen sollte<sup>9</sup>. Bezeichnenderweise nahm der "Syndikalist" von diesem Aktionsprogramm gar keine Notiz. Der aktivistischen Grundhaltung der Düsseldorfer Opposition entsprach die wilde Experimentierfreude, die in ihren Kreisen entfaltet wurde. Als nach dem Märzgeschehen von 1921 für längere Zeit keine größeren Aktionen mehr zustande kamen, wandte man die Energien auf die Verwirklichung der Siedlungstheorien, die von Gustav Landauer entwickelt worden waren und die zum Programm und zur Agitation der "Föderation kommunistischer Anarchisten" gehörten<sup>10</sup>. Einige solcher Siedlungszellen kamen nach dem Vorbild von Vogelers Worpweder Barkenhoff in der Gegend um Düsseldorf zustande<sup>11</sup>. Auch von den österreichischen Anarchisten um Großmann wurden solche Siedlungsversuche unternommen<sup>12</sup>. Ein weiteres eifrig betriebenes Projekt des Kreises um die "Schöpfung"

II, p. 456; er gab ab November 1918 in Klosterneuburg bei Wien die Zeitschrift "Erkenntnis und Befreiung. Organ des herrschaftlosen Sozialismus" heraus; er stand in dauerndem Kontakt mit der deutschen anarchistischen Bewegung.

6) S. z. B. "Die Schöpfung", 1. Jg. (1921), Nr. 42.

7) Theodor Plievier (1892 - 1955), Proletarietkind aus Berlin-Wedding, verließ mit 17 Jahren Berlin; Wanderschaft durch Österreich, Ungarn, Holland, Rußland, Südamerika; abwechselnd Minenarbeiter, Dolmetscher, Segelschiffmatrose, Viehtreiber usw.; im ersten Weltkrieg bei der kaiserlichen Marine und aktive Teilnahme an der Revolution in Wilhelmshaven; Redakteur des Arbeiter- und Soldatenrates in Kiel, dann linksradikaler Volksredner, Publizist; 1929 Revolutionsroman: "Des Kaisers Kulis"; 1933 Emigration in die UdSSR; nach zweitem Weltkrieg Roman-Trilogie: Stalingrad/Moskau/Berlin; vgl. das Plievier-Heft des FAUD-Organs "Besinnung und Aufbruch" November 1932; s. auch: Harry Wilde, Theodor Plievier, Nullpunkt der Freiheit, München/Wien/Basel 1965; dort viel Atmosphärisches aus den anarchistischen Kreisen in Deutschland nach 1918, s. p. 9-88.

8) S. Theodor Plievier, Anarchie, Weimar o.J. (1919).

9) S. "Die Schöpfung", 1. Jg. (1921), Nr. 46.

10) Vgl. dazu die Artikelserie: Gustav Landauer und die sozialistische Siedlungsaktion, in: "Der Freie Arbeiter", 13. Jg. (1920), Nr. 26 ff.

11) Weitere Siedlungen dieser Art bezeugt Großmann 1921 in Deutschland; Habertshof, Bergfried (Bayern), Schlüchtern, Frankenfeld und Blankenburg; s. "Erkenntnis und Befreiung", 3. Jg. (1921), Nr. 28.

12) S. "Erkenntnis und Befreiung", 1. Jg. (1919), Nr. 25 und 31.

war die Errichtung weltlicher Schulen im Geiste des spanischen Anarchisten und Pädagogen Francisco Ferrer; auch hier gab es einige Ansätze zur Verwirklichung des Projekts<sup>13</sup>.

Im Ruhrgebiet, wo ja im September 1919 der organisatorische Zusammenschluß der Syndikalistinnen mit den Unionisten vorübergehend vollzogen worden war, wurde niemals eine so strenge dogmatische Grenze zwischen FAU und AAU eingehalten, wie dies durch die Berliner Geschäftskommission gefordert wurde; die Grenzen zwischen beiden Organisationen waren hier noch mehr als in den übrigen Teilen des Reiches fließend. Als nach dem Mißlingen der Märzaktion der VKPD 1921 die konterrevolutionären Kräfte im politischen Tagesgeschehen spürbar die Oberhand gewannen, kam es wie in vielen Orten so auch in Berlin zu Einigungsversuchen zwischen der AAU und der FAU. Man vereinbarte in Berlin im April 1921, daß bis zum Ende der Einigungsverhandlungen die Pressepolemik von beiden Seiten schweigen solle, und einigte sich auf gemeinsame Richtlinien zu einer Aktionsgemeinschaft, deren wichtigste Punkte hießen:

"1. Geleitet von dem Bestreben, eine einheitliche Kampfführung der sich organisatorisch wie ideologisch nahestehenden Organisationen der FAU und AAU zu ermöglichen, wurde von der Berliner Ortsgruppe beider Organisationen ein paritätisch zusammengesetzter Aktionsausschuß zwecks dauernder Verständigung und Fühlungnahme beider Organisationen miteinander gebildet. ... 5. Als notwendiges Übergangsstadium erkennen beide die Diktatur des Proletariats an, wobei unter "Diktatur" die ausschließliche Willensbestimmung der werktätig Schaffenden, also eine Klassen- aber keine Partei-Diktatur zu verstehen ist"<sup>14</sup>.

In beiden Organisationen, FAU und AAU, setzte ein heftiger Kampf um diese Vereinbarungen ein. Sie wurden befürwortet von den Vertretern der Einheitsorganisations-Tendenz in der AAU und von den zur Düsseldorfer Opposition neigenden Mitgliedern in der FAU; die Anhänger der Geschäftskommission der FAUD und die KAP-Anhänger in der AAUD torpedierten schließlich die Verhandlungen. Nach der Darstellung der Düsseldorfer Opposition<sup>15</sup> war das Abkommen über die Einstellung aller Polemik durch zwei von der Geschäftskommission lancierte Artikel<sup>16</sup> - "ob bewußt oder unbewußt sei dahingestellt" - gebro-

13) Heinrich Vogeler leitete einige Zeit eine solche Schule. Vgl. seine pädagogischen Schriften: Heinrich Vogeler, Siedlungswesen und Arbeitsschule, Hannover 1919; Heinrich Vogeler, Die Arbeitsschule als Aufbauzelle der klassenlosen menschlichen Gesellschaft, Hamburg 1921.

14) "Der Syndikalist", 3. Jg. (1921), Nr. 17; "Die Schöpfung", 1. Jg. (1921), Nr. 54.

15) "Die Schöpfung", 1. Jg. (1921), Nr. 54.

16) "Der Syndikalist", 3. Jg. (1921), Nr. 15 und 17; Syndikalistinnen und AAU.

chen worden, was die KAP-Fraktion in der AAU wiederum als Beweis der fehlenden Einigungsbereitschaft der FAU gegen die eigene Opposition ausspielte. - Bald nach Beginn ihres Erscheinens hatte sich die "Schöpfung" zur Fürsprecherin der linksradikalen Einigung gemacht<sup>17</sup>, die in der zweiten Hälfte des Jahres 1921 auch verschiedenenorts zustande kam; so z. B. in Höchst a. M., wo auf der Grundlage der Berliner Richtlinien sogar eine Fusion der FAU- und AAU-Ortsvereine durchgeführt wurde<sup>18</sup>. Das Organ der Geschäftskommission fuhr fort, Bündnisse mit "allen Staatssozialisten von der SPD bis zur AAU"<sup>19</sup> zurückzuweisen. Auf dem 14. Kongreß der FAUD im November 1922 wurde ein Antrag aus Stettin, die allgemeine Verschmelzung der FAUD und der AAUD durchzuführen, abgelehnt<sup>20</sup>. Auch gegenüber dem Flügel der Unionisten, der sich den Syndikalisten am meisten näherte, der Einheitsorganisations-Tendenz, überwog die dogmatische Starre der Geschäftskommission, obwohl sachliche Differenzen kaum noch bestanden; als einzigen Streitpunkt nannte Pfemfert gelegentlich das Gewaltlosigkeit-Postulat der Geschäftskommission<sup>21</sup>.

Neben dieser beweglicheren taktischen Haltung der Düsseldorfer, die auf ihren ausgeprägten Aktionsdrang zurückging, wurden die innerorganisatorischen Gegensätze in der FAUD zum Teil auch ideologisch motiviert. Rocker meinte die Düsseldorfer, wenn er im November 1921 in einem Brief an Max Nettlau klagte, ein Teil der alten Anarchisten habe sich "in die höheren Regionen eines impotenten 'Übermenschentums'"<sup>22</sup> verrannt und sei für jede ernstliche Tätigkeit verloren. Von seiten der Geschäftskommission wurde den Düsseldorfern "Individualismus"<sup>23</sup> vorgeworfen; wenn dieser Begriff überhaupt eine ideologische Bedeutung haben und nicht nur die Eigenwilligkeit der Oppositionellen stigmatisieren sollte, so mußte er auf die Theorien geprägt sein, die im "Freien Arbeiter" unter dem Einfluß von Großmanns "Erkenntnis und Befreiung" vertreten wurden; Großmann, der im April

17) Vgl. "Die Schöpfung", 1. Jg. (1921), Nr. 37, 42, 46, 54 usw.; vgl. auch die ständige Rubrik: Der Schrei nach Einigung.

18) "Die Schöpfung", 1. Jg. (1921), Nr. 54. Die "Schöpfung" betont, daß es sich bei den Initiatoren dieser Vereinigung nicht um Neulinge in der FAUD handelte, sondern um zwei Genossen, die schon vor dem ersten Weltkrieg der "Freien Vereinigung" angehört hatten.

19) "Der Syndikalist", 3. Jg. (1921), Nr. 38.

20) "Die Schöpfung", 2. Jg. (1922), Nr. 24.

21) "Der Syndikalist", 5. Jg. (1923), Nr. 1.

22) Brief Rudolf Rockers in Korrespondenz Rudolf Rucker - Dr. Max Nettlau vom 2. 11. 1921.

23) Die ideengeschichtliche Tradition des individualistischen Anarchismus wurde in der von Benedict Lachmann in Berlin seit 1919 herausgegebenen Halbmonatsschrift "Der individualistische Anarchist" fortgesetzt; die Tradition des Stirnerschen Anarchismus in dem von Dr. Anselm Ruest herausgegebenen Blatt "Der Einzige". Mit beiden hatte der "Individualismus" der Düsseldorfer direkt nichts zu tun.

und Mai 1921 eine Agitationsreise durch Deutschland machte<sup>24</sup>, leitete in Wien einen Anarchisten-Bund "Erkenntnis und Befreiung im Sinne Leo Tolstois" und berief sich theoretisch u. a. auf Nietzsche. - Die ideologischen Gegensätze sind letztlich weniger leicht greifbar als die persönlichen Animositäten zwischen den einzelnen anarchistischen bzw. syndikalistischen Wortführern. Zwischen Köster und Kater bestanden persönliche Spannungen schon vor dem Weltkriege<sup>25</sup>, zwischen Rucker und Großmann seit ihrer gemeinsamen Londoner Zeit und zwischen Rucker und dem Herausgeber des "Freien Arbeiter" war es 1919 zum Zerwürfnis gekommen.

All diese latenten Spannungen waren zur Entladung gekommen, als Kater Ende August 1921 die oppositionellen Regungen im Ruhrgebiet als "Spintisieren, Theoretisieren, Eigenbrödlern"<sup>26</sup> bezeichnet hatte; er löste damit eine Auseinandersetzung aus, die auf dem 13. Kongreß im Oktober des Jahres ihren Höhepunkt erreichte und den Eindruck vermittelte, als sei die gesamte Organisation in der Auflösung begriffen. Die Auseinandersetzungen gingen noch eine Weile nach dem Kongreß weiter. Als Fritz Köster, dem auf dem 13. Kongreß durch Losentscheid die Redaktion des "Syndikalist" übertragen worden war, gelegentlich die kleinliche und dogmatische Haltung der Geschäftskommission karikierte<sup>27</sup>, wurde er sofort seines Postens enthoben und Augustin Souchy übernahm die Redaktion. Auf dem 14. Kongreß im November 1922 war es zu einem gewissen Ausgleich zwischen der Berliner und der Düsseldorfer Richtung in der FAUD gekommen<sup>28</sup>, und im Laufe des Jahres 1923 wurden die Differenzen zwischen beiden durch die Inflationswirbel verwischt.

#### 4. Die "FAU Gelsenkirchener Richtung" und die "Union der Hand- und Kopfarbeiter Deutschlands (Räteorganisation)"

Die Nachteile der hypertrophischen Entwicklung der rheinland-westfälischen Organisation beschrieb Rucker: Die Situation habe es mit sich gebracht, daß die Organisation oft Tausende neuer Mitglieder auf-

24) S. seine Reportage über die Verhältnisse im deutschen Anarchismus und Syndikalismus in: "Erkenntnis und Befreiung", 3. Jg. (1921), Nr. 29 ff.

25) S. dazu Fritz Köster in der "Schöpfung", 1. Jg. (1921), Nr. 59.

26) "Der Syndikalist", 3. Jg. (1921), Nr. 36. Vgl. auch Katers nachdrückliche Zurückweisung der Siedlungsaktionen in "Der Syndikalist", 3. Jg. (1921), Nr. 31.

27) "Der Syndikalist", 4. Jg. (1922), Nr. 11 Beilage.

28) Vgl. die Kongreßberichte in: "Der Syndikalist", 4. Jg. (1922), Nr. 47 und: "Die Schöpfung", 2. Jg. (1922), Nr. 24.

nehmen mußte, die erst geistig geschult und für die anarcho-syndikalistischen Anschauungen hätten reif gemacht werden müssen; in den meisten Fällen habe es sich um gewesene Mitglieder der alten Zentralverbände gehandelt<sup>1</sup>. Der Teil der nach dem Ruhr-Generalstreik sich seit Juni 1919 enttäuscht vom alten Zentralverband abwendenden Arbeiter, der am wenigsten von der geistigen Schulung durch die Anarcho-Syndikalisten erreicht wurde, war in der zweiten "Allgemeinen Bergarbeiter-Union" zusammengeschlossen, die im Juni 1919 unter der Protektion der KPD(S) aufgebaut wurde in Konkurrenz mit der Bergarbeiter-Föderation der "Freien Vereinigung"<sup>2</sup>. Sie war dann als ziemlich kleine Minorität an der problematischen Gründung der rheinland-westfälischen FAU im September 1919 beteiligt, ohne in diesem Bündnis aufzugehen<sup>3</sup>. Einige Monate lang herrschte in der ehemaligen "Allgemeinen Bergarbeiter-Union" ein unentwirrbares Durcheinander von unionistischen Ideen (Betriebsorganisation, Einheitsorganisation) und syndikalistischer Propaganda. Mit der Zeit löste sich das Durcheinander; "die Syndikalisten behielten die Oberhand; der syndikalistische, föderative Gedanke dominierte eine Zeitlang und hat sich in die Hirne der Arbeiter eingefressen"<sup>4</sup>. Die Union behielt das durch den September-Zusammenschluß (1919) erworbene Etikett "Freie Arbeiter-Union" bei und nannte sich nach ihrem Vorort "Gelsenkirchener Richtung". Nachdem im Juni 1920 der Belagerungszustand in Rheinland-Westfalen aufgehoben wurde, setzte die politische Agitation von seiten der Parteien ein und die marxistischen Prinzipien begannen, sich in der Organisation gegen den oberflächlich aufgenommenen Syndikalismus durchzusetzen. "In unzähligen öffentlichen Versammlungen wurde der syndikalistische Geist gebrandmarkt und eine marxistische Grundlage in der Organisation geschaffen"<sup>5</sup>. Seit Februar 1920 gab die FAU Gelsenkirchen ein eigenes Publikationsorgan heraus: "Freie Arbeit-

1) Rudolf Rocker, Memoiren, Bd. III, p. 193.

2) Vgl. dazu oben den Abschnitt über die Gründung der rheinland-westfälischen FAU.

3) Im VKPD-Gewerkschafts-Organ hieß es dazu später: "Die Ausweisung der in der Union führenden Genossen, die zahllosen Verhaftungen und Verfolgungen beraubten die Bergarbeiter-Union der besten Kräfte und machten sie in der illegalen Periode zu einem Spielball syndikalistischer Elemente, die vom Belagerungszustand nicht betroffen wurden, und führte im September und Oktober 1919 sogar zu einer scheinbaren Verbindung zwischen der Union und der syndikalistischen "Freien Vereinigung"." S. "Der Kommunistische Gewerkschafter, Wochenzeitung für die Tätigkeit der Kommunisten in den Gewerkschaften und Betriebsräten", 1. Jg. (1921), Nr. 3: Die Freie Arbeiter-Union Gelsenkirchen.

4) S. "Die Rote Gewerkschafts-Internationale, Mitteilungsblatt aller für den Zusammenschluß im Internationalen Rat der Fach- und Industrieverbände wirkenden Arbeiter und Angestellten," 1. Jg. (1921), Nr. 7: Warum hat sich die Freie Arbeiter-Union Gelsenkirchen der Roten Gewerkschaftsinternationale angeschlossen?

5) Ibidem.

ter-Union, Organ der Schacht- und Betriebsorganisationen der Hand- und Kopfarbeiter". Während in den ersten Nummern noch der Kampf um die politische Macht prinzipiell verworfen wurde, nahm das Blatt bald schon eine versöhnlichere Haltung zu den politischen Parteien ein.

Den äußeren Trennungsstrich zur syndikalistischen FAUD(S) zogen die Gelsenkirchener als sie vom 31.10. bis 2.11.1920 einen eigenen Reichskongreß einberiefen, auf dem sich ihnen die Bergarbeiter-Unionen Mitteldeutschlands und Oberschlesiens anschlossen<sup>6</sup>. Nach diesem Zuwachs begann die Organisation, die zunächst unter dem Einfluß der USPD stand, auch für die KPD interessant zu werden, obwohl ihre bloße Existenz als selbständige, vom Bergarbeiterverband abgespaltene Gruppe im Widerspruch stand zu der Parole der Levi-Zentrale, man müsse die Gewerkschaftsbürokratie innerhalb der alten Verbände bekämpfen. Allerdings hatte Levi schon auf dem 2. Kongreß der KPD(S) der Existenz der Bergarbeiter-Union Rechnung getragen; im Januar 1921 komplimentierte die gerade entstandene VKPD die Gelsenkirchener: Während alle anderen Unionen ein Spielball syndikalistischer Theorien geworden seien, wären in der FAU Gelsenkirchen "zu einem gewissen Teil Faktoren vereint, die der revolutionären Bewegung dienstbar zu machen, möglich und notwendig erscheint"<sup>7</sup>. - Die FAU Gelsenkirchen hatte nach langen Beratungen ihr Verhältnis zur VKPD am 18.1.1921 in folgender Weise bestimmt:

"Die Union hat keinerlei Anweisungen von der Partei entgegenzunehmen, sondern arbeitet nach den Richtlinien des Internationalen Rates, in den sie einen Vertreter entsenden wird ... Die Parteigenossen in der Union dagegen haben die selbstverständliche Pflicht, darüber zu wachen, daß die Union den wirklichen Klassenkampf auf marxistischem Boden führt. Die Partei kann also nur durch die kommunistischen Mitglieder der Union mittelbar wirken, genau wie in anderen Verbänden auch"<sup>8</sup>.

Die FAU Gelsenkirchen hatte sich bei den Verhandlungen mit der VKPD im Januar ausbedungen, daß die Partei den Anschluß aller aus dem ADGB ausgestoßenen Gewerkschaftsgruppen an die Union befördere. Als Gegenleistung wollte die Union die Parole "Heraus aus den Gewerkschaften!" aufgeben. Um diese beiden Punkte ging die endlose Diskussion zwischen der KPD und der Union während der ganzen folgenden Jahre. Die KPD-Zentrale bemühte sich, die mit ihrer gewerkschaftlichen Zellen-Taktik nicht zu vereinbarende Wirksamkeit der

6) Nach eher zu hoch als zu niedrig gegriffenen Zahlenangaben brachte die rheinland-westfälische Organisation etwa 90 000, die mitteldeutsche etwa 10 000, die oberschlesische etwa 15 000 Mitglieder in die Vereinigung. S. pol. Akt. d. Reg. Düsseldorf, Nr. 15821/28.

7) "Der Kommunistische Gewerkschafter", 1. Jg. (1921), Nr. 3.

8) "Freie Arbeiter-Union", 2. Jg. (1920), Nr. 4. Der "Internationale Rat" war das vorbereitende Gremium für die Moskauer "Rote Gewerkschafts-Internationale" (RGI).



selbständigen Gewerkschaften in jeder Hinsicht einzudämmen<sup>9</sup> und förderte den Anschluß der übrigen selbständigen Verbände nicht. Die FAU zieh die Partei des Vertragsbruches und kartellierte sich gegen deren Willen im Mai 1921 mit zwei anderen Verbänden, dem "Verband der Hand- und Kopfarbeiter" (Berlin) und dem "Landarbeiter-Verband" (Braunschweig), die beide aus der Opposition gegen die "Instanzenpolitik" ihrer freigewerkschaftlichen Stammverbände im November 1918 entstanden waren<sup>10</sup>; sie nahm gleichzeitig die linkskommunistische Parole für den Austritt aus den Gewerkschaften wieder auf.

Dennoch bemühte sich die FAU Gelsenkirchen um die Aufnahme in die "Rote Gewerkschafts-Internationale" (RGI)<sup>11</sup>, die von der FAUD (S)-Geschäftskommission kategorisch abgelehnt wurde. Ein entsprechendes Gesuch vom September 1920 wurde vom vorbereitenden Gremium der neuen Gewerkschafts-Internationale erst im Januar des folgenden Jahres positiv beantwortet. Auf dem Gründungskongreß der RGI im Juni 1921 war die Gelsenkirchener Union mit sechs Delegierten vertreten. Da diese gewerkschaftliche Parallelorganisation zur Komintern aber im Sinne der Zellen-Taktik der KPD-Zentrale auf die Union Einfluß zu nehmen suchte<sup>12</sup>, war damit nur ein neuer Konfliktherd geschaffen. Als sich die drei seit Mai des Jahres kartellisierten selbständigen Verbände am 4. September 1921 zur "Union der Hand- und Kopfarbeiter Deutschlands (Räteorganisation)" zusammenschlossen, erklärten sie:

"Die Freie Arbeiter-Union gibt die Parole: "Heraus aus den Gewerkschaften!" auf, weil sie sich bewußt ist, daß sie Mitglied der Roten Gewerkschaftsinternationale ist und bleiben muß, um mit ihr und der Deutschen Kommunistischen Partei gemeinsam den revolutionären Kampf des gesamten Proletariats bis zum Siege durchführen zu können. Um dieses zu erreichen, fordert die FAU von der KPD das Zugeständnis, daß alle Ausgeschlossenen nach endgültiger Entscheidung der Verbandstage, der FAU beizutreten

9) Der Berliner "Hand- und Kopfarbeiter-Verband" z. B. war nur unter der Bedingung in die RGI aufgenommen worden, daß er "keine propagandistische Tätigkeit außerhalb Berlins betreibt und keine Neugründung von Ortsgruppen vornehme." S. "Der Kommunistische Gewerkschafter", 1. Jg. (1921), Nr. 6; vgl. auch; Paul Hermberg, loc. cit., p. 230 f.

10) S. den ausführlichen Bericht der Vertreter dieser Verbände auf der Verschmelzungskonferenz im September 1921, in: "Union, Zentral-Organ der Union der Hand- und Kopfarbeiter Deutschlands (Räteorganisation)", 3. Jg. (1921), Nr. 35.

11) Zu Entstehung und Geschichte der RGI vgl. Günther Nollau, Die Internationale, Wurzeln und Erscheinungsformen des proletarischen Internationalismus, Köln/Berlin 1959, p. 164 ff.

12) Vgl. dazu den Brief des "Internationalen Rates" an die FAU Gelsenkirchen vom Mai 1921: "Eure Wortführer haben, als sie um Aufnahme in den Internationalen Rat der Fach- und Industrieverbände ersuchten, Verpflichtungen übernommen, die sie heute nicht mehr einzuhalten gewillt sind". In: "Die Rote Gewerkschafts-Internationale", 1. Jg. (1921), Nr. 18. Vgl. auch Rudolf Rettig, op. cit., p. 83 ff.

ten haben, weil nach den Moskauer Beschlüssen neue Gewerkschaften nicht gebildet werden dürfen"<sup>13</sup>.

Der Zusammenschluß der drei Verbände im September 1921 bedeutete eine abermalige Konsolidierung der ehemaligen FAU Gelsenkirchen, deren Mitgliederzahl damit nach eigenen Angaben<sup>14</sup> auf rund 168 000 stieg. Der von der KPD gestellte Korreferent (Fritz Heckert) äußerte sich auf dem Kongreß sehr unzufrieden über dessen Verlauf; die Bemühungen der KPD, die Ausdehnung der selbständigen Verbände einzudämmen, waren durch den Verschmelzungskongreß abermals vereitelt worden.

Die neue Organisation wurde von der KPD immer wieder dazu angehalten, mit den anarcho-syndikalistischen und den reformistischen Tendenzen in ihrem Inneren fertig zu werden; ein Sprecher der Union selbst wies auf dem Verschmelzungskongreß als letzte Ursache für die Auseinandersetzungen mit der KPD darauf hin, daß die "Organisation eine gewisse syndikalistische Tradition hinter sich" habe. "Sie war stark durchsetzt vom Geiste des Föderalismus und des Anarchismus"<sup>15</sup>. Die Organisation, die sich aus diesen Ideen noch längst nicht ganz herausgewunden habe, sei durch das Einschwenken der KPD auf die Linie einer militärischen Disziplin konsterniert worden. Prüft man auf diese syndikalistische Vergangenheit hin die Satzungen<sup>16</sup>, die der Verschmelzungskongreß annahm, so wird sichtbar, daß die Union der KPD ein gutes Stück entgegengekommen war, ohne aber ihre linkskommunistische und syndikalistische Herkunft ganz zu verleugnen. Beibehalten wurden die Prinzipien der Einheitsorganisation (§ 2) und der Betriebsorganisation (§ 4). Im regionalen Zusammenschluß sollten die Betriebsorganisationen Wirtschaftsbezirke bilden; die Union baute 4 solcher Bezirke auf: rheinland-westfälisches Industriegebiet, Mitteldeutschland, Berlin-Brandenburg und Schlesien. Im wirtschaftlichen Zusammenschluß sollten sie Industriegruppen bilden; die eigentliche industrielle Grundlage war seit den ersten Anfängen der Union Mitte 1919 der Einzugsbereich des Bergbaus gewesen und er blieb es auch; mit Stolz verwies man auf dem September-Kongreß 1921 auf einen beträchtlichen Zulauf aus der Metallindustrie; der "Verband der Hand- und Kopfarbeiter" schließlich brachte die Berufsgruppe der Kommu-

13) S. "Union", 3. Jg. (1921), Nr. 35.

14) S. ibidem. Hermberg (loc. cit., p. 231 f.) stellte allerdings aufgrund zuverlässigen Materials fest, daß die Mitgliederzahl der Union zwischen Januar und Juli 1922 sich bei Nichtberücksichtigung Schlesiens nur um die 70 000 bewegte.

15) "Union", 3. Jg. (1921), Nr. 35.

16) S. Satzungen der Union der Hand- und Kopfarbeiter Deutschlands (Räteorganisation), Mitglied der Roten Gewerkschaftsinternationale, o. O. 1921. S. den dokumentarischen Anhang Nr. X.

nal- und Staatsarbeiter, der "Freie Landarbeiter-Verband" die Gruppe der Landarbeiter in die Union. Auf dem 2. Reichskongreß der Union im Oktober 1922 in Essen wurde der Anspruch, so viele Industriezweige als möglich zu organisieren, aufrecht erhalten; die RGI und die KPD suchten hingegen, der Union diesen "Universalismus" auszureden und ihren Organisationsbereich auf den Bergbau einzuschränken<sup>17</sup>. - Den Ortsgruppen blieb eine weitgehende Autonomie (§ 9); sie verwalteten ihre inneren Angelegenheiten selbständig und führten auch Aktionen auf lokaler Ebene aus eigener Initiative (§ 17) durch. Oberste Instanz in allen Fragen war der Reichskongreß, oberste Exekutive die Reichszentrale, die aus besoldeten Funktionären bestand, die aber jederzeit zurückberufen werden konnte (§ 8). Die Reichszentrale gab auch das Zentralorgan "Union" heraus, das für das Ruhrgebiet zuerst in Gelsenkirchen, ab März 1922 in Essen, für das mitteldeutsche Industriegebiet in Halle und für Schlesien in Gleiwitz erschien. Obwohl in der Aufzählung der Kompetenzen der Reichszentrale (§ 9) z. B. ein Zug zur zentralistischen Organisationsgestaltung nicht zu verkennen ist, blieb die reale Organisationsstruktur der Union föderalistisch. Auf dem 3. Kongreß der Union im Mai 1924 in Bochum monierte ein Sprecher der Reichszentrale, das Gefüge der Organisation, besonders das Verhältnis zwischen der Zentrale und den einzelnen Wirtschaftsbezirken, sei immer lockerer geworden; so hätten sich allmählich Zustände herausgebildet, "die nicht einer zentralistisch aufgebauten starken Organisation entsprachen, sondern mehr in eine föderalistische Eigenbrödelei hinausliefen"<sup>18</sup>. - Wie bei der AAUD und der FAUD(S) waren die Mitgliederbeiträge sehr gering (§ 6) und es ging ein permanenter Streit zwischen der KPD und der Union um die Erhöhung der Beiträge, die die KP forderte. Gleichfalls wie die Unionisten und Syndikalisten hatte die Union als sozial-revolutionäre Organisation (§ 3) keine Unterstützungskassen. Im Gegensatz zur AAU und zur FAU beteiligte sie sich gemäß ihren Statuten an allen gesetzlichen Körperschaften (gesetzlichen Betriebsräten usw.) und an Lohnverhandlungen (Abschluß von Tarifverträgen usw.) (§ 3). Diese Beteiligung an Lohnverhandlungen und an Betriebsratwahlen war auf der Verschmelzungskonferenz im September 1921 eine der umstrittensten Fragen gewesen, entsprach sie doch weder dem sozialrevolutionären Selbstverständnis noch dem revolutionären Temperament weiter Mitgliederkreise der Union<sup>19</sup>. Die Zustimmung des Kongresses zu diesen

17) S. dazu den Brief der RGI an den 2. Reichskongreß der Union in: "Der Kommunistische Gewerkschafter", 2. Jg. (1922), Nr. 35.

18) "Union", 4. Jg. (1924), Nr. 9.

19) Über die gleiche Frage kam es 1922 in der KAP und in der AAU zur Spaltung. Vgl. unten den Abschnitt über die majoritäre Richtung in der AAUD. Vgl. zur Frage der Beteiligung an Lohnverhandlungen auch die Einladung der FAU Gelsenkirchen zum Verschmelzungskon-

Kampfmitteln resultierte einerseits aus einer gewissen revolutionären Erschöpfung des deutschen Proletariats, sie war andererseits zweifellos eine Konzession an die KPD. Die weiterhin vorhandenen radikalen Stimmungen, die gegen die Einrichtung von Streikfonds und gegen die Durchführung von Teilstreiks sich aussprachen, machten sich auch in der Folgezeit bemerkbar. Die RGI ermahnte den 2. Kongreß der Union (Oktober 1922), es gebe Genossen, die glaubten, der Kampf um Teilforderungen verzettele nur die Kräfte und die Energien der Arbeiterklasse und es sei möglich, die ganze Energie und alle Kräfte für den entscheidenden letzten Kampf zu sparen. "Das ist eine fehlerhafte und in ihrem Wesen reaktionäre Auffassung"<sup>20</sup>.

Die periodisch sich in der Union durchsetzenden Stimmungen dieser Art, die immer wieder auch die Propaganda für den Austritt aus den alten Gewerkschaftsverbänden aufnahmen, bewirkten es, daß das Verhältnis der Organisation zur KPD und zur RGI andauernd gespannt blieb<sup>21</sup>. Über die Frage der Unterordnung unter die Direktiven der RGI kam es noch Anfang 1924 zum Ausschluß einer widerspenstigen Minorität der Union, die von Paul Weyer angeführt wurde, aus der KPD. Vorort dieser Minorität war Gelsenkirchen; im März 1924 berief sie einen eigenen Kongreß in Essen ein und verselbständigte sich damit. - Die parteifreundliche Mehrheit mit dem Sitz in Bochum, die von dem Angestellten Hammer angeführt wurde, hatte die Unterstützung der RGI<sup>22</sup>. Die Bedeutung der Union im politisch-gewerkschaftlichen Bereich wurde nicht nur durch diese Spaltung verringert; die Union erfuhr mit der beginnenden wirtschaftlichen Stabilisierung den gleichen Mitgliederschwind wie die anderen sozialrevolutionären Gewerkschaften; Ende 1924 bestanden nur noch die beiden traditionell größten Industriegruppen der Union; die Industriegruppe Bergbau zählte noch 14 000, die Industriegruppe Metall rund 6 700 Mitglieder<sup>23</sup>.

Mit der FAUD und der AAUD war der Kontakt niemals ganz abgebrochen. Nach Abspaltung der Gelsenkirchener Richtung im Oktober 1920 hatte die FAUD noch eine Anzahl von Ortsvereinen um die Jahreswende 1920/21 an die neue Organisation verloren; die Geschäfts-

groß, die die Teilnahme befürwortet, um den freigewerkschaftlichen Gegnern "die Larve abzureißen in Verhandlungen". S. pol. Akten d. Reg. Düsseldorf Nr. 15849/105.

20) "Der Kommunistische Gewerkschafter", 2. Jg. (1922), Nr. 35.

21) S. "Der Kommunistische Gewerkschafter", 2. Jg. (1922), Nr. 35 im Hinblick auf den 2. Kongreß der Union im Oktober 1922: "Viele unserer Genossen sahen dieser Tagung mit starken Befürchtungen entgegen, waren doch in den letzten Monaten wieder stärkere Differenzen zwischen den Unionisten und der revolutionären Gewerkschaftsopposition aufgetreten. In der Union rangen noch anarchistisch-syndikalistische Einstellungen um die Vorherrschaft ..."

22) S. den Brief der RGI an diesen Teil der Union in der "Union", 4. Jg. (1924), Nr. 9.

23) S. Rudolf Rettig, op. cit., p. 211.

kommission klagte Anfang 1921, eine ganze Reihe von kleinen Organisationen sei ins Lager der Gelsenkirchener übergelaufen mit Kassen und Vereinsutensilien und unter Zurücklassung einer beträchtlichen Schuldenlast<sup>24</sup>. Obwohl die FAUD(S) im Laufe des Jahres 1921 gerade im Ruhrgebiet große Mitgliederverluste zu verzeichnen hatte, blieb sie den Gelsenkirchnern anscheinend zahlenmäßig überlegen<sup>25</sup>. Die Geschäftskommission der FAUD(S) versuchte wiederholt darzutun, daß die Gelsenkirchner sich an die KPD verkauft hätten; nach dem 2. Kongreß der Union stellte der "Syndikalist" befriedigt fest: "Die Gelsenkirchner Union unter der Kuratel der KPD!"<sup>26</sup> - Die AAU, die gleichfalls nach der Gründung der FAU Gelsenkirchen einzelne Ortsgruppen an diese verloren hatte<sup>27</sup>, unterhielt eine Zeitlang Vereinungsverhandlungen mit den Gelsenkirchnern; auf der Verschmelzungskonferenz im September 1921 kam auch ein Vertreter der AAUD zu Worte, der die Union zur Unabhängigkeit von den politischen Parteien mahnte und gegen die Zellen-Taktik der KPD polemisierte<sup>28</sup>; der Geschäftsbericht der Union auf dem gleichen Kongreß stellte aber fest, daß man nach langen Verhandlungen mit der AAU zur Überzeugung gelangt sei, "daß die Vereinigung mit der letztgenannten Gruppe aus verschiedenen Gründen nicht möglich sei"<sup>29</sup>. - Es kam dennoch immer wieder sporadisch zur lokalen Bildung von Aktionsausschüssen zwischen den sozialrevolutionären Gewerkschaften<sup>30</sup> und auch zu Einigungsbestrebungen<sup>31</sup>; auch zur KAPD waren Verbindungen vorhanden; so beschloß eine Resolution des Verschmelzungskongresses der Union, einen Vertreter zum nächsten Kongreß der KAPD zu schicken. -

24) "Der Syndikalist", 3. Jg. (1921), Nr. 7.

25) Eine Umfrage des Regierungspräsidenten in Düsseldorf ergab z. B. in Duisburg im Mai 1921 etwa 5 000 Mitglieder der FAUD(S), die FAU Gelsenkirchen hatte "bei weitem nicht die Stärke der FAUD(S)"; in Mülheim/Ruhr hatte im April 1921 die FAUD etwa 5 000 Mitglieder, die FAU Gelsenkirchen etwa 3 000. S. pol. Akten der Reg. Düsseldorf, Nr. 15849/50 u. /72.

26) "Der Syndikalist", 4. Jg. (1922), Nr. 44.

27) In Neuss a. Rh. z. B. ging die Ortsgruppe der FAU Gelsenkirchen aus der 300 Mann umfassenden lokalen AAU hervor; s. pol. Akten der Reg. Düsseldorf, Nr. 15849/76.

28) Vgl. auch: "Der Kampftruf" (Berlin), 2. Jg. (1921), Nr. 20; Zur Reichskonferenz der Gelsenkirchener Union. An die Mitglieder der Freien-Arbeiter-Union Gelsenkirchen.

29) "Union", 2. Jg. (1921), Nr. 35.

30) Im Februar 1922 bildeten z. B. die Unions-, die AAU- und die FAUD(S)-Ortsgruppen in Bochum einen gemeinsamen Aktionsausschuß. S. pol. Akten d. Reg. Düsseldorf, Nr. 15849/170.

31) In Oberhausen forderten z. B. im Februar 1922 die lokalen Gruppen der Union und der FAUD(S) ihre Geschäftsleitungen auf, "auf schleunigstem Wege eine Reichskonferenz zwecks organisatorischem Zusammenschluß aller revolutionären Gewerkschaften einzuberufen." S. pol. Akten d. Reg. Düsseldorf, Nr. 15849/175.

Obleich alle diese sozialrevolutionären Organisationen mehr Gemeinsames als Trennendes hatten und obgleich sie in zunehmendem Maße das gleiche Schicksal (Spaltungen, Mitgliederschwund usw.) aufgrund der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung während der Jahre 1920 bis 1924 erfuhren, verhinderte der in groteskem Mißverhältnis zu ihrer effektiven Stärke überentwickelte Verbandsegoismus der Gruppen eine Vereinigung dieser Kräfte auf der äußersten Linken. Die "Union der Hand- und Kopfarbeiter Deutschlands" übertraf in gewisser Weise die anderen Gruppen noch an taktischem Unvermögen. Ihren unionistischen und syndikalistischen Ursprüngen verhaftet trat sie in ein dauernd in Frage gestelltes Einverständnis mit der KPD; zum Bündnis mit der FAUD(S) und der AAUD nicht fähig, bildete sie ein linkskommunistisches Erbstück, dessen die KPD niemals recht froh wurde. Seit dem 9. Parteitag der KPD im April 1924 bestand die Forderung der Rückführung sämtlicher selbständiger Gewerkschaftsverbände in die entsprechenden Sektionen des ADGB, um dort revolutionäre Arbeit gegen die reformistische Gewerkschaftsbürokratie zu leisten; diese Forderung wurde vom 5. Weltkongreß der Komintern im Juni 1925 wiederholt und noch im gleichen Jahre gelang der KPD die Verschmelzung der nach der Spaltung von Anfang 1924 noch vorhandenen parteifreundlichen Mehrheit der Union mit den freigewerkschaftlichen Verbänden; die Vereinigung der Industriegruppen Bergbau und Metall gelang "unter wider Erwarten günstigen Bedingungen"<sup>32</sup> und besiegelte das Ende der "Union der Hand- und Kopfarbeiter", des bedeutendsten der der KPD assoziierten selbständigen Gewerkschaftsverbände<sup>33</sup>.

32) O. K. Flechtheim, op. cit., p. 137.

33) Der Anfang 1924 abgespaltene parteifeindliche Flügel der Union unter der Führung Paul Weyers spielte nach 1926 noch eine gewisse Rolle in den rudimentären "revolutionären Industrieverbänden", die in Verbindung standen mit der linkskommunistischen Gruppe "Kommunistische Politik" um Karl Korsch und die Tradition der "Union der Hand- und Kopfarbeiter" teilweise fortsetzten. Vgl. Siegfried Bahne, Die ultralinke Opposition ..., loc. cit., p. 373 f.

## VII. GRÜNDUNG UND ENTWICKLUNG DER "ALLGEMEINEN ARBEITER-UNION DEUTSCHLANDS" (AAUD)

### 1. Der Gründungskongreß der AAUD im Februar 1920 und die Diskussion des Programms

Trotz dem Zusammenschluß mit der "Freien Vereinigung" der Syndikalisten auf der Düsseldorfer Konferenz im September 1919 und obwohl die Gewerkschafts-Leitsätze des 2. KPD-Kongresses der Neubildung von Unionen nicht günstig waren, emanzipierte sich die unionistische Bewegung weiter von der Bevormundung durch die Syndikalisten und strebte eine festere und überregionale Form der Organisation an. Im Ruhrgebiet selbst wurden Stimmen laut, die den Zusammenschluß vom September mißbilligten. Das mit der linkskommunistischen Opposition solidarische Organ der KPD(S) für Rheinland-Westfalen erklärte Ende November, die verworrene Gewerkschaftspolitik der Zentrale und die energische Propaganda der Syndikalisten hätten dazu geführt, daß sich der Zusammenschluß auf einer Grundlage vollzogen habe, "die den Grundsätzen des Kommunismus und der Allgemeinen Arbeiter-Union direkt widerspricht". Die Essener AAU erklärte am 21.12.1919, sie lehne "ein Eingehen auf die syndikalistischen Grundsätze ab"<sup>12</sup> und sehe in der Zusammenarbeit mit der KPD den einzig richtigen Weg. Am eindeutigsten traten die Wortführer des nordwestdeutschen Unionismus für den Bruch mit den Syndikalisten ein. Wolffheim schrieb Anfang Dezember<sup>3</sup>, die Leitsätze der rheinland-westfälischen FAU seien ganz unannehmbar; die Syndikalisten sähen in den Betriebsorganisationen nur Mittel zur Zertrümmerung der alten Gewerkschaften, im übrigen klebten sie an ihren veralteten Berufsvorbänden und akzeptierten die neue Kampforganisation der Betriebsorganisation nicht; die Unionisten dürften von ihrem Programm nichts preisgeben. -

Am 16.12.1919 hatte die Hamburger KAZ einen Aufruf an alle revolutionären Betriebsorganisationen erlassen, der den Zusammenschluß aller Unionen und die Schaffung einheitlicher Grundlagen als dringende Notwendigkeit bezeichnete<sup>4</sup>; er schlug eine Reichskonferenz aller revolutionären Betriebsorganisationen vor in Bremen, das nach dem Ausschluß der Oppositionellen auf dem Oktober-Kongreß der

KPD(S) zum Vorort der kommunistischen Gesamtopposition geworden war. "In vielen Orten Deutschlands bestehen revolutionäre Betriebsorganisationen, die zwar im Aufbau nicht einheitlich sind, die in der theoretischen Erkenntnis aber übereinstimmen"<sup>5</sup>. - Überblickt man, was bis zum Februar 1920 an theoretischen Ergebnissen der unionistischen Bewegung vorlag, so zeigt sich allerdings auch in der theoretischen Erkenntnis die Uneinheitlichkeit der jungen Bewegung. Die beiden theoretischen Impulse für den deutschen Unionismus, die direkt auf die amerikanische IWW zurückgingen, waren bereits unterschiedlich; Wolffheims Unionismus leitete sich von der parteifeindlichen Haltung der IWW-Mehrheit her, Dannenbergs Agitation ging auf einen die politische Partei befürwortenden Zweig der IWW zurück<sup>6</sup>. Otto Rühle war von der Überlebtheit der Organisationsform der politischen Partei schlechthin überzeugt und ging damit noch über die Hamburger Position hinaus, die ja ein befristetes Nebeneinander von Partei und Unionen vorsah<sup>7</sup>. Die Berliner Unionisten um Karl Schröder befürworteten das Nebeneinander von Partei und revolutionären Betriebsorganisationen auf lange Sicht<sup>8</sup>. Wegen dieser Frage des Verhältnisses der Unionen zur Partei kam es auch noch zum Bruch zwischen den Hamburger und den Bremer Linkskommunisten. Neben den schon im August/September 1919 sichtbaren Differenzen über die Rolle der Unionen kam es zu einer weiteren Entfremdung zwischen beiden durch Laufenbergs und Wolffheims "Erste kommunistische Adresse an das deutsche Proletariat"<sup>9</sup>, die seit Mitte November (1919) deren nationalbolschewistische Agitation einleitete; Laufenberg und Wolffheim spielten, seitdem sie ihre Energien auf die Propaganda ihrer nationalbolschewistischen Ideen konzentrierten, keine führende Rolle mehr im deutschen Unionismus; die Führung der Hamburger Unionisten ging auf den ehemaligen Wortführer der syndikalistischen "Freien Vereinigung", Karl Roche, über. - Der Sprecher der Bremer Unionisten, Karl Becker<sup>10</sup>, machte in Übereinstimmung mit seinem politischen Freund Paul Frölich und im Anschluß an dessen Kritik an der Hamburger und Berliner Organisation der KPD(S) vom September 1919<sup>11</sup> den Hamburgern

5) Ibidem.

6) Vgl. Karl Dannenberg, Warum Allgemeine Arbeiter-Union?, Braunschweig 1919. Vgl. dazu auch unten den Abschnitt über den Braunschweiger Industrie-Unionismus.

7) S. oben den Abschnitt über die Entstehung des deutschen Unionismus.

8) S. Karl Schröder/Friedrich Wendel, Wesen und Ziele der Revolutionären Betriebsorganisation, Berlin 1920, p. 6; die Schrift erschien im Januar 1920.

9) S. KAZ (Hamburg), 1. Jg. (1919), Nr. 173 Beilage; vgl. dazu unten den Abschnitt über Laufenbergs und Wolffheims nationalbolschewistischen Flügel in der KAP.

10) Vgl. Karl Becker, Der Kampf um die Allgemeine Arbeiter-Union, Bremen 1919. S. dazu oben den Abschnitt über die Entstehung des deutschen Unionismus.

11) S. Paul Frölich, Die syndikalistische Krankheit, Sonderabdruck aus "Die Internationale" (dort nicht erschienen), o. O., o. J. (1919).

1) Zitiert in: KAZ (Hamburg), 1. Jg. (1919), Nr. 183.

2) KAZ (Hamburg), 2. Jg. (1920), Nr. 4; Die Essener AAU gegen die Syndikalisten.

3) S. KAZ (Hamburg), 1. Jg. (1919), Nr. 185; Zusammenschluß mit den Syndikalisten?

4) KAZ (Hamburg), 1. Jg. (1919), Nr. 194; Aufruf an die Revolutionären Betriebsorganisationen.

zum Vorwurf, sie verträten eine Theorie, nach der sofort nach dem Siege der proletarischen Revolution alle Parteien – einschließlich der Kommunistischen Partei – aufgelöst werden müßten<sup>12</sup>; er hielt mit Frölich eine solche Vorstellung für eine "syndikalistische" Utopie.

Die Vertreter dieser verschiedenen Richtungen im deutschen Unionismus trafen zur ersten Reichskonferenz der "Allgemeinen Arbeiter-Union Deutschlands" (AAUD) am 14. Februar 1920 in Hannover zusammen. Es waren u. a. Vertreter aus Hamburg, Bremen, Bremerhaven, Hannover, Berlin, aus Mitteldeutschland, Schlesien und dem Ruhrgebiet anwesend; die Gelsenkirchener Richtung der FAU war durch einen Gast vertreten<sup>13</sup>. Die Diskussion war erwartungsgemäß verworren und wurde am 16. 2. 1920 von der Polizei durch die Verhaftung aller 150 Delegierten<sup>14</sup> abgebrochen, bevor man sich auch nur annähernd auf gemeinsame Richtlinien einigen konnte. In der Diskussion standen einander gegenüber die von Karl Becker im Auftrage der Bremer Informationsstelle der Gesamtopposition in der KPD(S) ausgearbeiteten Richtlinien und die von Karl Roche für die Hamburger Unionisten vertretenen Leitsätze für die AAU. – Becker präsentierte seine Richtlinien als "marxistische" Alternative zum "Syndikalismus" der Hamburger Leitsätze<sup>15</sup>. In "durchaus marxistischem Sinne"<sup>16</sup> verstand er die Unionen als revolutionäre Gewerkschaften im Dienste des wirtschaftlichen Massenkampfes; er sah für die erfolgreiche Durchführung dieses Kampfes die zentrale Zusammenfassung der Betriebsorganisationen nach Industriezweigen einerseits, nach Wirtschaftsgebieten andererseits vor<sup>17</sup>. Er glaubte nicht, daß die Unionen geeignet seien, die Kommunistische Partei zu ersetzen, sondern sah in ihnen ein geeignetes Mittel für die KPD, "alle Betriebe der wichtigsten Industrie- und Verkehrsbranche durch ein fest gefügtes Vertrauensmännersystem zu erfassen"<sup>18</sup>. In Beckers Richtlinien fehlten die Idee der Einheitsorganisation und die Idee des Föderalismus. Becker und die Bremer Unionisten hatten mit diesem Programm auf dem Kongreß nicht die Stimmung für sich; weder Becker noch Paul Frölich war dann an der Gründung der KAP im April des Jahres beteiligt; beide blieben in der

12) S. Karl Becker in: KAZ (Hamburg), 2. Jg. (1920), Nr. 36; Die Loslösung von der Partei.

13) S. Hans Bötcher, op. cit., p. 66. Bötcher spricht irrtümlicherweise von einer ersten Reichskonferenz der AAUD im April 1920.

14) S. KAZ (Hamburg), 2. Jg. (1920), Nr. 40; Die Konferenz der Arbeiter-Union gesprengt - 150 Teilnehmer verhaftet - Dreyer und Rühle in Ketten abgeführt!

15) S. KAZ (Hamburg), 2. Jg. (1920), Nr. 38, Karl Becker; Zur Reichskonferenz der AAU.

16) Ibidem.

17) Vgl. auch Karl Becker, op. cit., p. 14: "Die Allgemeine Arbeiter-Union wird ihre Aufgaben nur lösen können, wenn die Betriebsorganisationen zentral zusammengefaßt sind in den einzelnen Orten und Wirtschaftsbezirken und weiterhin in den einzelnen Industriezweigen."

18) KAZ (Hamburg), 2. Jg. (1920), Nr. 38.

KPD und spielten in der AAU künftig keine Rolle mehr; nach Laufenberg und Wolffheim waren damit zwei weitere prominente Initiatoren des deutschen Unionismus aus der Bewegung ausgeschieden. – Die von Becker als "syndikalistisch" apostrophierten Hamburger Leitsätze hielten an der Idee der Einheitsorganisation fest, sie lehnten die Einrichtung von Industrieunionen überhaupt ab und sahen nur eine lockere Verbindung der örtlichen Unionen in Wirtschaftsgebieten vor; zur Einheitsorganisation hieß es in der von Roche dem Kongreß vorgelegten und von ihm angenommenen Resolution:

"Die Allgemeine Arbeiter-Union organisiert die Lohnarbeiterschaft zum Endkampf gegen den Kapitalismus und für die Erzwingung der Räte-Republik. Zu diesem Zweck ruft sie die Lohnarbeiterschaft auf, sich auf dem Boden der revolutionären Einheitsorganisation zusammen zu finden, sich eine große Union zu schaffen"<sup>19</sup>.

Die einzige gemeinsame Basis, die die erste Reichskonferenz der AAU fand, formulierte Roche in der gleichen Resolution ex negativo:

"Zur Allgemeinen Arbeiter-Union können nicht solche Organisationen gehören, welche: 1. an der Durchführung des Betriebsrätegesetzes sich beteiligen, 2. die Diktatur des Proletariats ablehnen, 3. nicht die Betriebsorganisation als organisatorische Grundlage anerkennen"<sup>20</sup>.

Damit war die allgemeinste Abgrenzung gegen den reformistischen ADGB (Punkt 1, 2 u. 3) und gegen die syndikalistische FAUD(S) (Punkt 2 u. 3) gegeben; eine eigene organisatorische und taktische Grundlage für die AAUD stand noch aus.

Die der Konferenz vorgelegten Richtlinien wurden in den folgenden Monaten von den Betriebsorganisationen im Reiche diskutiert; deren Vorschläge gingen an den Vorort der Bewegung, der nunmehr von Bremen nach Hamburg verlegt wurde; die Hamburger Unionisten sichtigten sie und legten einen Extrakt daraus der zweiten Reichskonferenz der AAUD am 9. und 10. Mai 1920 in Berlin vor als Organisationsstatut<sup>21</sup>. Die Gliederung der AAUD war denkbar einfach. Die Betriebsorganisationen schlossen sich lokal zu Ortsgruppen zusammen; die Ortsgruppen schlossen sich zu Wirtschaftsgebieten zusammen, als deren Exekutive sich ein Aktionsrat aus den Delegierten der Ortsgruppen bildete. Die Kompetenzen der Wirtschaftsbezirke waren in den Satzungen

19) KAZ (Hamburg), 2. Jg. (1920), Nr. 47. Die Hervorhebung ist im Original. Die Bremer Unionisten hatten diese Resolution trotz dem Auftrag des Kongresses nicht veröffentlicht.

20) Ibidem. Hervorhebung im Original.

21) S. KAZ (Hamburg), 2. Jg. (1920), Nr. 58. S. auch: Die Allgemeine Arbeiter-Union (revolutionäre Betriebsorganisation), Berlin 1921, p. 46 f. S. den dokumentarischen Anhang Nr. XII.



unzureichend abgesteckt und blieben eines der gravierendsten Streitobjekte zwischen der späteren majoritären Richtung der AAUD und ihrer Opposition, die z. T. die vollkommene Autonomie der Wirtschaftsbezirke forderte. Die erste Reichswirtschaftsrats-Sitzung im August 1920 sah folgende 18 Wirtschaftsbezirke im Reich vor: 1. Wasserkannte, 2. Pommern, 3. Ost- und Westpreußen, 4. Groß-Berlin, 5. Brandenburg, 6. Posen, 7. Nieder-Lausitz, 8. Schlesien, 9. Ost-Sachsen, 10. West-Sachsen, 11. Mitteldeutschland, 12. Niedersachsen, 13. Thüringen, 14. Rheinland-Westfalen, 15. Hessen-Nassau, 16. Rheinhesen, 17. Baden-Rheinpfalz, 18. Bayern<sup>22</sup>. Die Zahl und die Abgrenzung der Wirtschaftsbezirke<sup>23</sup> änderte sich in den folgenden Jahren aufgrund der mannigfachen Spaltungen in der AAUD erheblich. - Jeder Wirtschaftsbezirk entsandte einen Delegierten in den Reichswirtschaftsrat, die oberste Exekutive der AAUD; mit der Errichtung des Reichswirtschaftsrates wurde die Hamburger Organisation beauftragt und diese kündigte an, diese Aufgabe "ohne bezahlte führende Angestellte"<sup>24</sup> erledigen zu wollen. Alle Funktionäre waren jederzeit abberufbar und alle technischen Angelegenheiten (Beitragsfestsetzung, Rechtsschutz, Streikunterstützungen usw.) blieben Sache der lokalen und regionalen Organisationen. - Oberste Instanz in allen Fragen war die Reichskonferenz, auf der nach Beschluß der zweiten Reichskonferenz die Delegierten nicht nach Wirtschaftsbezirken, sondern entsprechend der Mitgliederzahl, die sie repräsentierten, abstimmten. Um die Frage, ob die Entschlüsse der Reichskonferenz verbindlich sein sollten für alle angeschlossenen Organisationen, entstand bald schon ein heftiger Streit. Die Satzungen der zweiten Reichskonferenz boten eine Art Kompromißformel: Die Beschlüsse seien für alle Mitglieder der AAU "nur dann bindend, wenn programmatische oder organisatorische Fragen der Gesamtmitgliederschaft so frühzeitig unterbreitet worden sind, daß eine gründliche Stellungnahme zu ihnen möglich war"<sup>25</sup>. - Eine Resolution der Konferenz verpflichtete jeden Wirtschaftsbezirk, der dazu in der Lage war, ein Publikationsorgan im Sinne der AAU herauszugeben. Ein Zentralorgan für die ganze AAU im Reiche wurde nie herausgegeben, obwohl mit der Durchsetzung der Berliner Richtung deren Organ, "Der Kampftruf", immer mehr die Funktion eines solchen Zentralorgans erfüllte. Ein zeitgenössischer Beobachter zählte 1921 ungefähr zehn wöchentlich von den einzelnen Wirtschaftsbezirken herausgegebene Zeitungen. Die wichtigsten von

22) S. pol. Akt. der Reg. Düsseldorf, Nr. 15536/1.

23) Ihre genaue Abgrenzung s. in: "Der Kampftruf, Organ der Allgemeinen Arbeiter-Union (Revolutionäre Betriebsorganisation)" Wirtsch.-Bez. Ost-Sachsen, 1. Jg. (1920), Nr. 19.

24) KAZ (Hamburg), 2. Jg. (1920), Nr. 41; Die zweite Reichskonferenz der AAU.

25) Die Allgemeine Arbeiter-Union (Revolutionäre Betriebsorganisation) (1921), p. 47.

diesen Zeitschriften, die meist mit kurzer Lebensdauer herausgegeben wurden, waren: "Der Kampftruf, Organ der Allgemeinen Arbeiter-Union (Revolutionäre Betriebsorganisation)", der ab April 1920 wöchentlich in Berlin erschien; der "Unionist, Organ der Allgemeinen Arbeiter-Union", der etwa gleichzeitig in Hamburg zu erscheinen begann; seit Ende 1920 wurde in Düsseldorf herausgegeben: "Klassenkampf, Organ der AAU (Revolutionäre Betriebsorganisationen)" Wirtschaftsbezirk Rheinland-Westfalen.

Die Hamburger "syndikalistischen" Leitsätze von der ersten Konferenz hatten im Mai 1920 sich weitgehend durchgesetzt. Von einer gewerkschaftlichen Hilfsrolle der Betriebsorganisationen für die KPD(S) - wie sie von den Bremern gefordert worden war - war nicht mehr die Rede; von der Forderung nach zentraler Zusammenfassung in Industriegruppen waren keine Spuren geblieben. Ein extremer Föderalismus zeichnete das Organisationsstatut aus, der Spielraum ließ für die unterschiedlichen Tendenzen im deutschen Unionismus. Karl Roche, der auf die Formulierung des Statuts maßgeblich Einfluß genommen hatte, verwies nicht nur durch sein föderalistisches Denken und seine Ablehnung der politischen Parteien auf seine syndikalistische Herkunft, er fühlte sich auch nach wie vor ausdrücklich allen Syndikalisten verbunden, "die auf dem Boden der Räterediktatur stehen"<sup>26</sup>. Wenn also die Bremer und später die Berliner Unionisten die Hamburger Richtung "syndikalistisch" nannten, so war das weitgehend berechtigt. Der Einfluß dieser syndikalistischen Unterströmung sollte allerdings in der AAUD nicht von Dauer sein.

Auf ein gemeinsames Programm konnte man sich auch während der zweiten Reichskonferenz nicht einigen. Der im ganzen verwirrende und tumultuarisch sich gebärdende Entwicklungsprozeß der unionistischen Bewegung endete niemals in ein relativ stabiles Organisationsgefüge wie das der FAUD(S). Die Syndikalisten konnten schon im November 1918 auf den Vorkriegskadern wieder aufbauen und hatten seit Dezember 1919 ein zwar nicht unumstrittenes, aber klar umrissenes Programm. Die unionistische Bewegung entstand erst aus der Rätebewegung in der deutschen Revolution; auf den in der Revolution gebildeten Betriebsorganisationen gründend zog sie eine ganze Reihe von sozialrevolutionären Theorien und Theoretikern an und stieß sie wieder ab, ohne eine definitive Form zu gewinnen. Der dauernde Entwicklungsprozeß war selbst Teil des Selbstverständnisses der Unionisten. So meinte Karl Roche in seiner Betrachtung der zweiten Reichskonferenz: "Die Revolution selbst schafft sich ihre Kampfinstrumente und gibt ihnen Form und Schärfe. Der junge Riese AAU wird schon seine Haut straffen. Ihn von vornherein darin einzwängen, hieße ihn töten

26) S. "Unionist", 1. Jg. (1920), Nr. 2.

wollen<sup>27</sup>. Im gleichen Sinne hieß es dann im Gründungsprogramm der KAPD über die AAU: "Die revolutionäre Entwicklung wird ihre Hauptangelegenheit sein, nicht Programme, Statuten und detaillierte Pläne"<sup>28</sup>.

Die Hamburger Unionisten traten auf der zweiten Reichskonferenz im Mai 1920 führend in der Bewegung hervor. Einen Monat vorher hatte aber die Konstituierung der KAPD stattgefunden, in der Dr. Karl Schröder in Berlin die führende Rolle spielte; er, der seit Mitte 1919 im Berliner Publikationsorgan der KPD(S) unionistische Ideen vertrat und im Januar 1920 mit einer rasch verbreiteten Broschüre über die Aufgaben der revolutionären Betriebsorganisationen hervorgetreten war<sup>29</sup>, machte in den folgenden Monaten mit seinem kombinierten Programm für KAP und AAU Berlin zu dem bald wichtigsten Ausstrahlungszentrum des deutschen Unionismus. Auf der dritten Reichskonferenz der AAUD im Dezember 1920 hatte die Berliner Richtung bereits die Oberhand, die Hamburger Richtung bildete die stärkste Opposition in der Organisation. - Die AAUD war nicht erst das Geschöpf der KAPD, wie es später von Berliner KAP-Kreisen suggeriert wurde<sup>30</sup>, sie bestand lokal seit August 1919 und auf Reichsebene seit Februar 1920, also bereits viel früher als die Partei. Während die im Oktober 1919 ausgeschlossenen Oppositionellen auf dem dritten Reichskongreß der KPD(S) am 25. und 26. Februar 1920 noch einen letzten vergeblichen Versuch machten, mit den Abänderungsvorschlägen der Bremer Informationsstelle zu den Heidelberger Leitsätzen wieder in die Partei integriert zu werden, überwand die Unionen bereits die Bremer Tendenz, die eine Subordination der revolutionären Betriebsorganisationen unter die KPD beabsichtigte, und konstituierten sich als selbständige Organisation auf Reichsebene.

27) KAZ (Hamburg), 2. Jg. (1920), Nr. 47.

28) Programm der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Berlin 1920, p. 10.

29) Karl Schröder/Friedrich Wendel, Wesen und Ziele der Revolutionären Betriebsorganisation, Januar 1920 geschrieben im Auftrage der 22er Kommission der Betriebsobleute der Revolutionären Betriebsorganisationen Groß-Berlin, Berlin 1920.

30) Vgl. dazu u. a. den historischen Bericht im rheinland-westfälischen Organ der AAU "Der Klassenkampf", 1. Jg. (1921), Nr. 15: "Es wird vielfach, und zwar hauptsächlich von den Berliner Organen, der KAZ sowie dem "Kampftruf", die irrige Ansicht verbreitet, als sei die KAPD die Mutter der AAU ..." Dieser irrigen Meinung schlossen sich bereits Hans Bötcher (op. cit., p. 66) und Paul Hermberg (loc. cit., p. 214) an und noch Peter von Oertzen (op. cit., p. 213) folgt dieser falschen Darstellung.

## 2. Die Entwicklung der majoritären Richtung der "Allgemeinen Arbeiter-Union Deutschlands" (AAUD)

Die Konsolidierungsphase des deutschen Unionismus zeichnet sich in der Folge seines tulmutuarischen Entstehungsprozesses durch eine noch größere Mannigfaltigkeit organisatorischer Verzweigungen aus als sie bereits für den deutschen Syndikalismus festgestellt wurde. Die nach rechts, zur USPD, tendierende Strömung des Braunschweiger Industrie-Unionismus wurde im ersten Jahr der AAUD innerhalb der Bewegung überwunden und verschwand völlig; die nach links, zu den Syndikalisten, tendierende Einheitsorganisations-Tendenz schied vor allem in Reaktion auf den faktischen Unterordnungs-Anspruch der Unionen unter die KAP im Oktober 1921 aus und verselbständigte sich in der "Allgemeinen Arbeiter-Union Einheitsorganisation" (AAUE); während die Hauptströmung in der FAUD in sich relativ homogen blieb, vollzog sich in der majoritären Richtung der AAUD im März 1922 abermals eine Aufspaltung, die das unwiderrufliche Abgleiten der AAUD ins Sektenwesen einleitete.

In den Jahren 1920/21 ist vorerst eine starke Aufwärtsentwicklung des Unionismus zu vermerken; die AAUD vermochte es 1920, besonders in Mitteldeutschland und in geringerem Ausmaße im Ruhrgebiet ihre Organisationen auszubauen und stärkere oder kleinere Gruppen der FAUD zu sich herüberzuziehen<sup>1</sup>; ein Zirkular des Berliner Vorstandes der AAU vom 13.1.1921 meldet "derartige Fortschritte, daß alle Funktionäre überbelastet sind"; als Mitgliederstand der Union allein in Berlin wurden am 1.12.1920 angegeben: 21 376 Männer, 4 348 Frauen, 3 680 Jugendliche<sup>2</sup>. Diese starken Aufwärtsimpulse wurden gedrosselt durch die organisatorische Zerrüttung der AAUD, welche die niedergeschlagene März-Aktion (1921) mit sich brachte. Das wohl zuverlässigste Bild von der relativen Stärke der einzelnen Wirtschafts-Berzirke zeigt folgende Aufstellung des Mitgliederstandes von der 4. Reichskonferenz im Juni 1921: Groß-Berlin: 16 000, Nord-West: 14 215, Westdeutschland: 8 298, Westsachsen: 5 123, Ostsachsen: 3 000, Brandenburg: 3 000, Niedersachsen: 2 250, Niederlausitz: 2 000, Thüringen: 1 400, Mitteldeutschland: 1 325, Mittelsachsen: 613, Rheinhesen: 400, Württemberg: 300, Pommern: 280<sup>3</sup>. Die Gesamtmitgliederzahl der AAUD, die in der ersten Jahreshälfte 1921 zweifellos ihren

1) S. Paul Bötcher, op. cit., p. 73; dort Beispiele.

2) Zitiert in: Pol. Akt. der Reg. Düsseldorf, Nr. 15536/27.

3) Masch. schriftl. Protokoll der Reichskonferenz der AAU am 12./14. Juni 1921, in: Pol. Akt. d. Reg. Düsseldorf, Nr. 15536/81. Dies nicht zur Veröffentlichung bestimmte Protokoll scheint am ehesten glaubwürdige Zahlen herzugeben.

Höhepunkt erreichte, lag wahrscheinlich höher als bei den rund 58 000 auf diesem Kongreß vertretenen Unionisten, doch sind die 200 000 Mitglieder, die für Anfang 1921 angegeben wurden, sehr wahrscheinlich übertrieben<sup>4</sup>; eine genauere Angabe über die Mitgliederzahl der AAUD ist bei der - selbst für die Beteiligten - schwer zu überschauenden Entwicklung der Organisation und bei dem durch jeweils äußere Umstände bedingten Wechsel von Auf- und Abwärtsbewegungen nicht möglich; sicher ist dann der rapide Absturz mit dem Abschluß der Inflationsperiode Ende 1923. - Zur allgemeinen soziologischen Charakterisierung der Unions-Mitglieder bemerkte ein analytisch geschulter Zeitgenosse einen Zug, der bereits als Spezifikum auch des deutschen Syndikalismus vermerkt wurde<sup>5</sup>; nämlich, daß sich unter den Unionisten "durchaus nicht etwa nur ungelernete Arbeiter, wie es anfangs bei der IWW der Fall war, sondern ... auch gerade sehr oft hochqualifizierte Arbeiter"<sup>6</sup> befanden, die vielfach jahrzehntlang in den "Freien Gewerkschaften" organisiert gewesen waren und die in Reaktion auf die Kriegs- und Nachkriegspolitik dieser alten Verbände protestierend ausgetreten waren. Wie bei den Syndikalisten waren die Industriezweige Bergbau und Metall die am stärksten in den Unionen vertretenen.

Ein Blick auf die Stärke der einzelnen Wirtschaftsbezirke im Juni 1921 läßt erkennen, daß Groß-Berlin und Nord-West die im höchsten Maße gefestigten Organisationen in der Union darstellten; bei Berlin und Hamburg lag auch die ideologische Führung. - In Hamburg, seit Anbeginn des deutschen Unionismus Vorort dieser Bewegung, formulierte Karl Roche das Programm, das nicht unerheblich von den Berliner Vorstellungen über die Aufgaben der Union verschieden war; Roche war auf der zweiten Reichskonferenz der AAUD im Mai siegreich gegen die parteikommunistisch orientierten Bremer Unionisten angetreten und sträubte sich jetzt als Sprecher der Hamburger AAU und wurzelnd in seiner Herkunft aus der syndikalistischen "Freien Vereinigung" gegen die Wiedereinführung einer politischen Partei neben oder gar über den Unionen, wie sie von den Berliner KAP-Kreisen mit Erfolg propagiert wurde. Er hielt die politischen Parteien für ungeeignet zu revolutionären Zwecken: "Die alten Organisationen, die Par-

4) S. Paul Bötcher, op. cit., p. 73. Rudolf Rettig (op. cit., p. 40) hält sich an die offiziellen Zahlenangaben, wenn er die Mitgliederentwicklung der AAUD folgendermaßen anzeigt: 1920: 80 000, 1921(März): 200 000, Anfang 1922: 70 000. Ernst Drahn's (Handwörterbuch der Staatswissenschaften, Jena 1926, Bd. VII, p. 1190) Angabe einer AAUD-Mitgliederzahl von 212 000 für das Jahr 1922 ist irreführend und allenfalls als Sammelziffer für alle syndikalistischen und unionistischen Organisationen etwa zutreffend. Für Peter von Oertzens Vermutung, der politische Einfluß der Unionen sei 1923/24 am größten gewesen (Betriebsräte, p. 207) gibt es keinen Anhalt.

5) Vgl. den Abschnitt über die Rekonstituierung der "Freien Vereinigung".

6) Paul Bötcher, op. cit., p. 74.

teien - sie stehen mehr oder weniger alle zur Demokratie"<sup>7</sup>. Mit der heftigen Polemik gegen die Parteien im Hamburger AAU-Blatt "Der Unionist", in dem - wie im April 1921 ein parteikommunistischer Beobachter feststellt - die KAP "vielleicht noch mehr hergenommen (wird) als die anderen Parteien"<sup>8</sup> näherte sich die Hamburger Richtung stark der ostsächsischen Einheitsorganisations-Tendenz; auch im Widerstand gegen die Berliner Rehabilitierungsversuche zentralistischen Organisationsaufbaus<sup>9</sup> schlugen sich die Hamburger in der folgenden Zeit zur ostsächsischen Richtung und nach der Gründung der AAUE, die auf Initiative Ostsachsens erfolgte, stellte die Hamburger Organisation erhebliche Kontingente dieses neuen Organisationszweiges<sup>10</sup>; mit diesem Anschluß großer Teile der Hamburger Richtung an die AAUE endete ihre oppositionelle Rolle innerhalb der Organisation.

Die majoritäre Richtung der AAUD wurde seit Mitte 1920 vom Unions-Konzept des Berliner linkskommunistischen Kreises um Dr. Karl Schröder bestimmt, der bis zur Gründung der KAPD im April 1920 in der linken Opposition der KPD nicht wortführend hervorgetreten war. Karl Schröder<sup>11</sup> hatte nach Abschluß seines Philosophiestudiums seit 1912 enge Kontakte zu den Linksradiكالen in der SPD durch die Vermittlung Franz Mehrings geknüpft und hatte während des Krieges zum engeren "Spartakus"-Kreis um Rosa Luxemburg gehört; seit 1918 zeichnete er als Mitherausgeber der Berliner "Roten Fahne", die im Laufe des Jahres 1919 zum lokalen Sprachrohr der linken Oppositionellen wurde und in der man auch die Frage der Aufgaben und des Aufbaus der revolutionären Betriebsorganisationen ausgiebig diskutierte. Aus dieser Diskussion, die neben Schröder von einigen weiteren, meist jungen Intellektuellen (Dr. Alexander Schwab, Arthur Goldstein u. a.<sup>12</sup>) angeführt wurde, ging auch die erste Broschüre über Organisation und Funktion der Unionen hervor<sup>13</sup>, die Schröder mit Friedrich Wendel<sup>14</sup> im

7) Karl Roche, Demokratie oder proletarische Diktatur! Ein Weckruf der Allgemeinen Arbeiter-Union Ortsgruppe Hamburg, Hamburg o. J., p. 16. Vgl. auch: Karl Roche, Die Allgemeine Arbeiter-Union, Hamburg o. J.

8) S. "Der Kommunistische Gewerkschafter", 1. Jg. (1921), Nr. 13: Die Union in Hamburg.

9) Vgl. die eingehende Darstellung der Hamburger und der Berliner Stellung zur Frage Föderalismus/Zentralismus bei Paul Bötcher, op. cit., p. 76-80.

10) Aufgrund des gemeinsamen Föderalismus meinte bereits Paul Bötcher (op. cit., p. 76), man müsse vielleicht richtiger die "Hamburger" Richtung als die "Ostsächsische" bezeichnen.

11) S. biographischen Anhang. Die folgenden biographischen Fakten nach Angaben von Frau Wally Schmelzer (Berlin) an Herrn Olaf Ihlau vom August 1965 und nach der anonym veröffentlichten Dokumentation: Die Roten Kämpfer, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 7. Jg. (1959), p. 438 ff.

12) S. biographischen Anhang und den Abschnitt über die Entwicklung der KAPD.

13) Karl Schröder/Friedrich Wendel, Wesen und Ziele der revolutionären Betriebs-Organisation, Berlin 1920.

14) Zur Entwicklung Friedrich Wendels, der bald zum Führer des Hamburger National-

Auftrag des Vorstandes der Berliner revolutionären Betriebsorganisationen im Januar 1920 veröffentlichte, die bald in 120 000 Exemplaren verbreitet war<sup>15</sup> und der Schröder weitere Schriften folgen ließ<sup>16</sup>. In der Verurteilung der bestehenden "angeblich sozialistischen" Gewerkschaften unterschied sich seine Argumentationsweise nicht von den bereits 1919 in unionistischen Kreisen aufgestellten Thesen; er warf den alten Verbänden neben ihrer Kriegs- und Nachkriegspolitik im einzelnen vor:

"Bureaukratie, Berufsführertum, kapitalistisch geartete Zentralisation, Förderung der Klassegegensätze, Bildung neuer Klassegegensätze durch Berufsvereinigung oder Industrieverbände, Arbeitsgemeinschaften von Arbeitgebern und Arbeitnehmern, ... Unterstützungs- und Versicherungswesen"<sup>17</sup>.

Auch in der geschichtlichen Charakterisierung der alten Gewerkschaften als Produkte einer Phase des "wirtschaftlichen Kleinkrieges gegenüber einem nur in geringem Grade kartellierten Unternehmertum"<sup>18</sup> schloß er sich z. B. Wolffheims und Beckers Thesen an<sup>19</sup>. Die Umgestaltung der alten Gewerkschaftsverbände schien ihm nach den Erfahrungen der vergangenen 18 Monate unmöglich, die Bemühung der KPD um ihre Revolutionierung illusionär. Anders als die bislang wichtigsten unionistischen Theoretiker machte Schröder keine ideologischen Anleihen IWW-unionistischer (Wolffheim), parteikommunistischer (Bekker) oder syndikalistischer Art (Roche), sondern er versuchte - besonders in der Schrift "Vom Werden der neuen Gesellschaft" - unmittelbar auf dem Rätegedanken der deutschen Revolution aufzubauen. Gemäß seinem Verständnis traten Räteorganisationen überall da in Erscheinung, "wo sich der Gedanke der absoluten Gegensätzlichkeit von Ausbeutern und Ausgebeuteten zur Wirklichkeit drängt", überall dort, "wo der Prozeß der Umwälzung in revolutionärer Reinheit zu Tage tritt"<sup>20</sup>. Nach den großen Beispielen der Pariser Kommune, der rus-

bolschewismus in Berlin wurde, vgl. unten den Abschnitt über die nationalbolschewistische Richtung in der KAPD.

15) Karl Schröder, Die revolutionäre Betriebsorganisation, Berlin 1921.

16) Nach der Januar-Broschüre erschien; Karl Schröder, Vom Werden der neuen Gesellschaft, Berlin o. J. (1920) und als Fortsetzung im Juli 1920; Karl Schröder, Die revolutionäre Betriebsorganisation, Allgemeine Arbeiter-Union, Berlin 1920.

17) Karl Schröder, Vom Werden der neuen Gesellschaft, p. 5 f. Vgl. auch: Die Allgemeine Arbeiter-Union (Revolutionäre Betriebsorganisation), Berlin 1921, p. 6 f.; Die alte Organisation. S. auch: Gewerkschaften oder Allgemeine Arbeiter-Union? Reform oder Revolution?, Berlin o. J. Beide Broschüren wurzeln in Schröders Gedankengängen oder bieten ähnliche Diskussionsergebnisse wie sie in seinen Schriften ausgebreitet sind.

18) Karl Schröder, Die revolutionäre Betriebsorganisation, p. 9.

19) Vgl. oben den Abschnitt über die Ursprünge des deutschen Unionismus.

20) Karl Schröder, Vom Werden der neuen Gesellschaft, p. 6.

sischen Revolutionen von 1905 und 1917 hatten sich Räteorganisationen in Deutschland relativ spät und zaghaft in der November-Revolution herausgebildet. Im aktuellen Prozeß der "allmählichen Durchbrechung und Vernichtung der gesamten bürgerlich-bürokratischen Ordnung, des kapitalistisch-imperialistischen Nationalstaates"<sup>21</sup> kam den revolutionären Betriebsorganisationen als organisatorischem Niederschlag der revolutionären Rätebewegung die Aufgabe zu, zugleich "unendlich bewegliche Instrumente des Klassenkampfes" und "Urzellen der neuen Gesellschaft"<sup>22</sup> zu sein. Warum gerade diese Betriebsorganisationen die adäquaten Klassenkampforganisationen seien, versuchte Herman Gorter, der Ende 1918 nach Berlin gekommen war und dort die ganze Entwicklung der linkskommunistischen Opposition in ständiger Verbindung mit dem Schröder-Kreis verfolgt hatte<sup>23</sup>, die Schröderschen Gedanken nachdrücklich unterstützend vor allem aus der zunehmend vertikalen Verbundsstruktur der gegenwärtigen kapitalistischen Großunternehmen zu beweisen, in denen die Unterteilung in Berufe, die Organisationsgrundlage der alten Gewerkschaftsverbände, keine Rolle mehr spielte<sup>24</sup>. "Es sind die Betriebe, nicht mehr die Berufe, die die Kraft ausüben und die Macht haben in der neuen, der jetzigen Gesellschaft"<sup>25</sup>. Nach Gorters Beobachtungen war für die Arbeiter, soweit sie wirklich revolutionär waren, in den großen Auseinandersetzungen der Jahre 1918 bis 1921 jeweils die natürliche Zusammenfassung in den industriellen Großbetrieben, nicht in Gewerkschaften, ausschlaggebend gewesen. "Sie kämpften in den Betrieben und nach Betrieben geordnet"<sup>26</sup>. Während Pannekoek den in der AAU zusammengefaßten revolutionären Betriebsorganisationen gegenüber sich skeptisch-abwartend verhielt<sup>27</sup>, sah Gorter in ihnen die Verwirklichung der schon vor dem ersten Weltkriege von den holländischen Tribunisten formulierten Forderung nach klassenkämpferischen Organisationen, die sich aus der spontanen revolutionären Aktion ergeben sollten<sup>28</sup>; er setzte sein theoretisches Vermögen und sein Prestige in Arbeiterkrei-

21) Karl Schröder, Die revolutionäre Betriebsorganisation, p. 6.

22) Ibidem, p. 6; s. auch: Die Allgemeine Arbeiter-Union (Revolutionäre Betriebsorganisation) (1921), p. 16-24.

23) S. Pannekoeks Nachruf auf Gorter in: KAZ (Essener Richtung), 6. Jg. (1927), Nr. 9.

24) S. Herman Gorter, Die Klassenkampf-Organisation des Proletariats, o. O., o. J. (Berlin 1921), p. 11 ff.

25) Ibidem, p. 11.

26) Ibidem, p. 12.

27) Vgl. oben den Abschnitt über die Abspaltung der linkskommunistischen Opposition auf dem Heidelberger Parteitag der KPD(S).

28) S. dazu oben den Abschnitt über Anton Pannekoeks Theorie der revolutionären Massen und seinen Organisationsbegriff.

sen für die Entwicklung der "Allgemeinen Arbeiter-Union" im Sinne der Berliner Richtung ein.

Diese Richtung unterschied sich nicht nur durch ihre andersartige theoretische Fundierung von den übrigen Strömungen im deutschen Unionismus. Der eigentliche Konfliktstoff lag in ihrer Option für eine gewisse Zentralisierung im Aufbau der AAUD und für die Zusammenarbeit der Union mit der KAPD, also in taktischen Fragen. - Für Schröder war die zentralistisch-bürokratische Organisationsform der alten Gewerkschaftsverbände selbstverständlich nicht akzeptabel; die AAU bedeutete auch für ihn den "Tod des Bürokraten"<sup>29</sup>. Die Zusammenfassung der Betriebsorganisationen von unten nach oben in Ortsgruppen, Wirtschaftsbezirken und schließlich in der umfassenden AAUD auf Reichsebene, auf deren straffer Durchführung die Berliner mit Nachdruck bestanden<sup>30</sup>, sollte geschehen durch Funktionäre, die gewählt waren vom "Vertrauen der Gleichgestellten", und die "jederzeit aberufbar, gestützt nur von Selbstarbeitenden"<sup>31</sup> sein sollten. Diese Zusammenfassung hatte nach Schröder nichts zu tun mit dem Zentralismus im alten Sinne, "einem Zentralismus, der die Massen um Weniger willen gängelt und knechtet"<sup>32</sup>. Sie schien ihm gerade das Mindestmaß organisatorischer Straffung der AAU zu gewährleisten, dessen eine revolutionäre Organisation bedurfte und das die Hamburger und die ostsächsische Richtung mit ihrem Bestehen auf der weitestgehenden Selbständigkeit der Einzelbetriebe oder der Einzelbezirke nicht anerkennen wollten. - Noch entscheidender als der Streit um Zentralismus oder Föderalismus war für die Entwicklung der AAU (und der KAP) die Frage des Verhältnisses der Unionen zur politischen Partei. Als entschiedenste Befürworter der Zusammenarbeit der Unionen mit der sie fördernden politischen Partei traten die Berliner Gründer der KAPD auf. Nach Schröder wurde durch die KPD(S) "die Masse als Werkzeug einer Partei"<sup>33</sup> mißbraucht; der Kampf galt der "Einzeldiktatur und (dem) organisierten Cliquen- und Instanzenum"<sup>34</sup>, nicht Führern schlechthin. Eine im positiven Sinne führende Rolle sollte der KAP gegenüber der Union auf längere Zeit zukommen; die Union "anerkennt vorläufig die Notwendigkeit einer proletarischen Partei"<sup>35</sup>. In ihr - die

29) Karl Schröder, Vom Werden der neuen Gesellschaft, p. 6.

30) Vgl. dazu auch Paul Bötcher, op. cit., p. 75 ff.

31) Karl Schröder, Vom Werden der neuen Gesellschaft, p. 6; vgl. auch: Die Allgemeine Arbeiter-Union (Revolutionäre Betriebsorganisation) (1921), p. 20 f.

32) Karl Schröder, Die revolutionäre Betriebsorganisation, p. 7. Vgl. auch: Karl Schröder, Das Werden der neuen Gesellschaft, p. 14 f.

33) Karl Schröder, Die revolutionäre Betriebsorganisation, p. 8.

34) Ibidem, p. 8.

35) Karl Schröder, Die revolutionäre Betriebsorganisation, p. 8.

von den herkömmlichen Parteien wesentlich verschieden sein sollte<sup>36</sup> - hatte sich eine klar blickende Elite zusammenschließen, die das "Studium aller Verhältnisse, aller Ereignisse, die Schulung noch nicht restlos Geklärt"<sup>37</sup> betrieb, die also "Geburts- und Erziehungshilfe"<sup>38</sup> für die Union leistete und sich mit der Erfüllung ihrer Aufgabe auf lange Sicht selbst überflüssig machte. Dies - insbesondere was die allmähliche praktische Selbst-Erüberigung der Partei betraf - recht fragwürdige Programm brachte viele Unionsanhänger gegen sich auf; obwohl sich Mitte 1921 Herman Gorter mit seiner ganzen Autorität dafür einsetzte<sup>39</sup>, blieb das Verhältnis von Union und KAP auch in der majoritären Richtung der AAUD ein beständiger Diskussionsgegenstand.

Die Gründung der KAPD im April 1920 hatte der Berliner Richtung einen solchen Auftrieb gegeben, daß durch Beschluß der ersten Reichswirtschaftsrats-Tagung am 15. und 16. 8. 1920 der Sitz des Reichswirtschaftsrates und damit die oberste Exekutive der AAUD von Hamburg nach Berlin verlegt wurde<sup>40</sup> und dort trotz gelegentlicher Anträge der Opposition auf Rückverlegung nach Hamburg<sup>41</sup> bis zum Ende der AAU blieb. Mit den programmatischen Leitsätzen für die Union, die die Berliner auf der dritten Reichskonferenz der AAUD vom 12. bis 14. 12. 1920 in Leipzig vorlegten<sup>42</sup>, bestimmten sie die Diskussion im deutschen Unionismus bis zur Spaltung der AAU im März 1922 und konfrontierten sich als relativ zielbewußte Mehrheit einer recht großen, aber auch diffusen Opposition. Die Demarkationslinie zwischen Mehrheit und Opposition bildete sich durch die unterschiedliche Haltung zu drei Fragen. Zur Verbindlichkeit der Entschlüsse der Reichskonferenzen für alle angeschlossenen Organisationen, zur Stellung der KAP als "politischem Gehirn"<sup>43</sup> der Unionen und zur Beschickung des Gründungskongresses der "Roten Gewerkschafts-Internationale" (RGI). - Der Streit um Zentralismus oder Föderalismus spitzte sich schon auf der Leipziger Reichskonferenz zu auf die Frage, ob die Reichskonferenz bindende Entschlüsse fassen könne; die Mehrheit des Kongresses

36) Vgl. dazu unten den Abschnitt über den Gründungskongreß der KAPD.

37) Karl Schröder, Vom Werden der neuen Gesellschaft, p. 14.

38) Ibidem, p. 14; vgl. auch: Die Allgemeine Arbeiter-Union (1921), p. 24-28.

39) S. Herman Gorter, Die Klassenkampf-Organisation des Proletariats, o. O., o. J. Vgl. auch unten den Abschnitt über die Entwicklung der KAPD.

40) "Der Kampftruf" (Ostsachsen), 1. Jg. (1920), Nr. 19; Der Reichswirtschaftsrat der AAU.

41) Ein solcher Antrag der Opposition wurde auf der 4. Reichskonferenz im Juni 1921 abgelehnt. S. "Der Kampftruf", 2. Jg. (1921), Nr. 8.

42) "Der Kampftruf" (Berlin), 1. Jg. (1920), Nr. 35; Protokoll der Tagung der Reichskonferenz der AAU, und: Die Allgemeine Arbeiter-Union (1921), p. 47 f.; s. auch den dokumentarischen Anhang Nr. XIII.

43) "Der Kampftruf" (Berlin), 1. Jg. (1920), Nr. 35.



erneuerte den in den Statuten der zweiten Reichskonferenz formulierten Beschluß, daß die Entscheidungen dieser höchsten Instanz der AAU dann bindend seien, wenn die betreffenden Fragen so frühzeitig der Gesamtmitgliedschaft vorgelegen hätten, daß eine gründliche Stellungnahme zu ihnen möglich war. Man fügte nun hinzu, wer sich derartigen Beschlüssen nicht füge, der stelle sich selbständig außerhalb der AAUD. Die Delegierten der Bezirke Nord-West, Ostsachsen und West-Deutschland folgten allerdings dieser Aufforderung nicht, obwohl sie in den Reichskonferenzen lediglich "orientierende Besprechungen"<sup>44</sup> sehen wollten. Die mangelnde Einheit der AAUD in und zu den März-Kämpfen wurde von einer Reichswirtschaftsrats-Sitzung im Mai 1921 als Argument für energischere Zentralisierung ausgewertet: Die falsche Autonomie der einzelnen Wirtschaftsbezirke müsse fallen; "straffe Zusammenfassung zu einheitlichem Kampfe, zur Durchführung einer grundsätzlichen Plattform wurde allgemein für notwendig gehalten"<sup>45</sup>. Mit den gleichen Argumenten und in pointierterer Form trat Karl Schröder auf der vierten Reichskonferenz im Juni 1921 in Berlin in seinem Hauptreferat<sup>46</sup> für "den Zentralismus des Rätessystems von unten nach oben"<sup>47</sup> ein und für allgemeine Verbindlichkeit der Konferenz-Beschlüsse und setzte die Berliner programmatischen Leitsätze der dritten Reichskonferenz gegen die oppositionellen Programme der Bezirke Württemberg und Ostsachsen durch<sup>48</sup>. In der Frage des bindenden Charakters der Reichskonferenzbeschlüsse ging die Mehrheit unter Anführung Berlins einen entscheidenden Schritt über das Organisations-Statut hinaus, das im Mai 1920 noch unter der Vorherrschaft Hamburgs zustande gekommen war: Man strich den Passus über die obligatorische vorherige Kenntnisnahme der Anträge durch die Mitgliedschaften. Die Wirtschaftsbezirke Ostsachsen, Westsachsen, Mittelsachsen, Wasserkante, West-Deutschland, Rheinhessen, Württemberg und Teile Mitteldeutschlands und Thüringens erklärten dies als ein Spaltungsmanöver der Mehrheit, beugten sich aber "dem Gewaltakt der Berliner Richtung"<sup>49</sup>, um solche Spaltungsabsichten zu vereiteln. In den von der Reichskonferenz der AAUD vom 6. bis 9. 11. 1921 in Eisenach angenommenen Statuten hieß es dann zur Reichskonferenz bündig: "Ihre Beschlüs-

44) "Der Kampf" (Berlin). 1. Jg. (1920), Nr. 35; s. auch "Der Kampf" (Berlin), 2. Jg. (1921), Nr. 10; Die Opposition innerhalb der AAU.

45) "Der Kampf", 2. Jg. (1921), Nr. 4.

46) S. "Der Kampf", 2. Jg. (1921), Nr. 8; Bericht der Reichskonferenz; s. auch: "Die Aktion", 11. Jg. (1921), Nr. 27/28.

47) Ibidem.

48) S. den Text der beiden oppositionellen Programmwürfe in: "Die Aktion", 11. Jg. (1921), Nr. 21/22.

49) "Der Kampf", 2. Jg. (1921), Nr. 8.

se haben bindende Kraft für die Gesamtorganisation"<sup>50</sup>. Außerdem wurde ganz neu eingeführt ein fünfköpfiger "Reichsarbeitsausschuß" (RAA), dem neben einem von der Reichskonferenz gewählten Obmann vier Funktionäre des Vororts der AAU - mithin Berlins - angehörten. Damit war die Vorherrschaft Berlins auch statutenmäßig gesichert.

Die gleiche Entwicklungstendenz zur radikalen Durchsetzung des Berliner Konzepts ist auch in der Bestimmung des Verhältnisses der Unionen zur KAP zu verfolgen. Obwohl die KAPD gleich bei ihrer Gründung die AAUD in ihrem Programm als Nebenorganisation requirierte, nahm die Mai-Konferenz der AAU (1920) diese Neugründung noch kaum zur Kenntnis. Erst auf der dritten Reichskonferenz im Dezember des Jahres setzte die Diskussion zwischen den KAP-Fürsprechern und den bisher vorherrschenden Vertretern der Einheitsorganisation ein; klare Gegner des kombinierten KAP/AAU-Programms waren Ostsachsen, West-Deutschland und - wenn auch nicht ganz geschlossen - Nord-West<sup>51</sup>. Zur Festigung ihres Einflusses in den Unionen hatte die KAP auf ihrem Parteitag im Februar 1921 ihre Mitglieder nachdrücklich verpflichtet, mit aller Kraft in der AAU tätig zu sein<sup>52</sup>. Die Opposition auf der vierten Reichskonferenz im Juni 1921, die wieder durch die Delegierten der Wasserkante, Ostsachsens und West-Deutschlands zu Worte kam, sah darin einen erneuten Schritt der Berliner zur Spaltung der Unionen; diese "Zwangsrekrutierung für die Union" sei eine Diktatur über die Mitglieder der KAP und erfolge, um der Partei mehr Einfluß zu verschaffen<sup>53</sup>. Die Abänderungsvorschläge der Opposition zum Berliner Programm, das die Leipziger Reichskonferenz angenommen hatte, erklärten statt der Anerkennung der KAP durch die Unionen bei prinzipieller Ablehnung politischer Parteien lapidar: "Die AAU bekämpft alle politischen Parteien, weil ihre Organisationsformen der bürgerlichen Epoche entsprechen"<sup>54</sup>. In Ostsachsen war bereits in diesem Sinne die Liquidation der KAP durch die Unionen im Dezember 1920 erfolgt<sup>55</sup>; in Hamburg schloß die AAU Anfang Juni 1921 alle Mitglieder der KAP aus<sup>56</sup>. Die Berliner Vorstellungen vom gemeinsamen Kampfe der AAU mit der KAP setzten sich nur durch um den Preis der Abspaltung erheblicher Teile der Unionsbewegung. Wie der Streit um die Verbindlichkeit der Reichskonferenz-

50) "Der Kampf", 2. Jg. (1921), Nr. 29 Beilage; Bericht von der Reichskonferenz der AAUD in Eisenach vom 6. bis 9. November 1921.

51) Vgl. die Diskussionsbeiträge auf der Leipziger Reichskonferenz in: "Der Kampf", 1. Jg. (1920), Nr. 35 und: "Die Aktion", 11. Jg. (1921), Nr. 27/28.

52) S. KAZ (Berlin), 1. Jg. (1921), Nr. 178; Zur Arbeit der KAP in der Union.

53) Vgl. das Protokoll der Reichskonferenz in: "Der Kampf", 2. Jg. (1921), Nr. 4.

54) Ibidem.

55) Vgl. unten den Abschnitt über die syndikalistische Richtung in der KAPD.

56) S. "Der Kampf", 2. Jg. (1921), Nr. 4.

Beschlüsse war die Frage des Verhältnisses zur KAP Ende 1921 aufgrund der Durchsetzung der Berliner Richtung und des Beginns der organisatorischen Kristallisierung der Einheitsorganisations-Tendenz um die ostsächsische Organisation erledigt.

Dieser Prozeß wurde schließlich beschleunigt durch die unterschiedliche Stellungnahme der Berliner Richtung und insbesondere des Wirtschaftsbezirks Ostsachsen zur Gründung der "Roten Gewerkschafts-Internationale" (RGI), die im Juli 1921 in Moskau stattfand. Die Dezember-Konferenz der Unionisten von 1920 nahm eine Resolution an, die die Zugehörigkeit der AAUD zur Kommunistischen Internationale "aufgrund ihres Programms und ihrer revolutionären Aktivität"<sup>57</sup> erklärte; Ostsachsen, Württemberg, West-Deutschland und Braunschweig lehnten diese Resolution und auch die Aufnahme der AAU in die Komintern als sympathisierende Organisation ab. Diese Auseinandersetzungen liefen parallel zu denen um die Aufnahme der KAP in die Komintern, die namentlich von Karl Schröder betrieben, von Otto Rühle nach dessen Erfahrungen auf dem zweiten Weltkongreß der Komintern im Sommer 1920 abgelehnt wurde<sup>58</sup>. Die Reichswirtschaftsrats-Sitzung vom Mai 1921 beschloß mit zwei Drittel Mehrheit die Entsendung einer Delegation der AAUD zum Gründungskongreß der RGI gegen die Stimmen der Opposition. Schröder sah in der Teilnahme an der Gründung dieser neuen Internationale eine wünschenswerte Gelegenheit, die Ideen der deutschen Unionisten dem internationalen Proletariat vorzutragen<sup>59</sup> und - nachdem dieses Unterfangen der KAP im Rahmen der Komintern bereits als gescheitert angesehen werden mußte<sup>60</sup> - eine unionistische Opposition in der RGI aufzubauen. Die Stellung der AAU-Delegation auf dem Moskauer Kongreß Anfang Juli 1921 war allerdings aussichtslos; die "revolutionäre Gewerkschafts-Opposition" der VKPD erhielt 11 Stimmen für die Beschlußfassungen des Kongresses, die FAU (Gelsenkirchener Richtung) und die AAU je 2 Stimmen<sup>61</sup>. Abgesehen von der quantitativen Schwäche der AAUD auf diesem Kongreß wurde sie mit ihren Gewerkschaftsthesen völlig isoliert durch die unzweideutige Stellungnahme des Generalsekretärs der RGI, Losowski. In seinem Grundsatzreferat über "Aufgaben und Taktik der Gewerkschaften" sprach er sich für die Zellen-Taktik der VKPD

57) "Der Kampf", 1. Jg. (1920), Nr. 35.

58) Vgl. unten den Abschnitt über die syndikalistische Richtung in der KAP. S. auch Rühles Kritik an der Komintern in: "Die Aktion", 10. Jg. (1920), Nr. 37/38.

59) S. Schröders Hauptreferat auf der Juni-Konferenz 1921 in: "Der Kampf", 2. Jg. (1921), Nr. 8.

60) Vgl. dazu unten den Abschnitt über die KAPD und die Dritte Internationale.

61) S. dazu und zum folgenden: Bericht der Delegation der AAU vom Kongreß der Roten Gewerkschafts-Internationale, in: "Der Kampf", 2. Jg. (1921), Nr. 28 Beilage.

aus und erklärte die Behauptung der deutschen Unionisten, die Gewerkschaften seien unverbesserlich konterrevolutionär, schon deswegen für falsch, weil "die Gewerkschaften eine Widerspiegelung der Arbeiterklasse sind"<sup>62</sup>. Während Schröder die Verbindung der RGI mit der Komintern von vornherein abgelehnt hatte, kündigte Losowski enge Zusammenarbeit der beiden Internationalen an. Der RGI-Gründungskongreß war für die AAUD ein Mißerfolg, der die Kritik der Opposition an der Beschickung zu rechtfertigen schien. Der Kontakt der AAU mit der RGI wurde bald ganz abgebrochen, wozu der Verlauf der KAP-Diskussion auf dem dritten Weltkongreß der Komintern<sup>63</sup> entscheidend beitrug; der RGI-Delegierte auf der Eisenacher Konferenz der AAU im November 1921 reiste schon am zweiten Tag wieder ab. Die theoretisch weniger selbstbewußte Gruppierung der FAU Gelsenkirchen blieb - wenn auch kein bequemes - Mitglied der RGI.

Als die drei Kardinalfragen (Verbindlichkeit der Reichskonferenz-Entscheidungen, Stellung zur KAP und zur Beschickung des RGI-Gründungskongresses) Ende 1921 praktisch durch die Abspaltung der Opposition geklärt waren und die Vorherrschaft der KAP über die Unionsmehrheit feststand, zeichnete sich bereits eine neue und ähnlich brisante Konflikursache ab, die die AAU in zwei Lager spaltete und nicht aus inneren Richtungskämpfen resultierte, sondern aus den veränderten sozialen Gegebenheiten. Nach der Niederwerfung der März-Aktion der VKPD (1921) machte sich eine wachsende revolutionäre Lethargie der deutschen Arbeiter bemerkbar, die aus der neuen und anscheinend nunmehr definitiven sozialen Situation herrührte: Die gegenrevolutionären Kräfte in Wirtschaft, Armee, Verwaltung und Justiz bestimmten fortan aktiv das politische Tagesgeschehen<sup>64</sup>. Diese Erkenntnis breitete sich im Laufe des Jahres 1921 in Unionskreisen aus<sup>65</sup> und zwang zur Stellungnahme zu den nunmehr den politischen Alltag bestimmenden Lohnkämpfen und Teilstreiks, die in hinreichend präziser Form weder in den programmatischen Entwürfen der AAU noch im KAP-Programm enthalten war. Die verschiedenen Positionen, die sich um die Jahreswende 1921/22 im deutschen Unionismus herausbildeten, waren in auffälliger Weise denen ähnlich, die im deutschen Syndikalismus

62) "Der Kampf", 2. Jg. (1921), Nr. 28 Beilage; dort Auszüge aus den die AAU betreffenden Passagen der Rede.

63) Vgl. dazu unten den Abschnitt über die KAP und die Dritte Internationale.

64) Vgl. dazu Arthur Rosenberg, Geschichte, p. 100 ff.

65) Vgl. dazu: "Der Klassenkampf", 3. Jg. (1922), Nr. 4: "Der erste Ansturm der proletarischen Revolution ist durch die internationale Bourgeoisie und die mit ihr verbündeten Amsterdamer Gewerkschaften erfolgreich abgeschlagen worden." "Der Kampf", 2. Jg. (1921), Nr. 34: "Die erste stürmische Welle der Revolution ist in Deutschland abgeebbt. Die Zeit der direkten bewaffneten Auseinandersetzungen, der Besetzung von Regierungsgebäuden usw. ist einer ruhigeren gewichen."

mus nach der März-Aktion (1921) feststellbar waren. - Der hektische Aktivismus der Kreise um das rheinland-westfälische AAU-Organ "Der Klassenkampf" ist vergleichbar dem Aktionsbedürfnis der Ruhr-Opposition um die "Schöpfung" in der FAUD; eine wichtigere Gruppe in der AAU um Karl Schröder lehnte rigoros jegliche Beteiligung der AAU an wirtschaftspolitischen Tageskämpfen ab und zeigte eine doktrinäre Starrheit, die - bei ganz unterschiedlichen Inhalten - an die Haltung der Geschäftskommission der FAUD gemahnt; wie in der Gelsenkirchener Richtung setzte sich endlich in der AAU-Mehrheit die Meinung durch, die Beteiligung an praktischen Tageskämpfen sei unumgänglich. Die gemeinsame theoretische Basis, die den divergierenden Haltungen in der AAU zugrunde lag und mit der die sozialrevolutionäre Zielsetzung der Union in einer anscheinend nicht mehr revolutionären Situation gerechtfertigt wurde, waren die Thesen von der "Todeskrise des Kapitalismus", die seit 1921 von der KAPD formuliert wurden<sup>66</sup> und die trotz aller gegenteiligen Zeichen daran festhielten, daß das gegenwärtige Stadium des Kapitalismus dessen endgültiges Schlußstadium sei. - Die Eisenacher Reichskonferenz der AAU im November 1921 verabsäumte über der endlosen Programm- und Statutendiskussion die Stellungnahme zu den aktuellen Fragen des Verhaltens in den Lohn- und Teilstreiks, obwohl diese bereits kontrovers beantwortet wurden. Der Berliner "Kampftruf" hatte zur Zeit der Konferenz bereits dargelegt<sup>67</sup>, daß unter dem Zwang der Verhältnisse, des momentanen Stagnierens der Revolution, der Kampf der Union um höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen nicht zu vermeiden sei; dabei sei aber unabdingbar, daß man die Illusion, mit Erreichung dieser Nahziele sei objektiv eine Besserung der Lage der Proletarier bewirkt, zerstöre; eine solche Besserung sei innerhalb des Kapitalismus nicht möglich; auch dürfe man in diesen situationsbedingten taktischen Maßnahmen keinen Augenblick die wesentliche Aufgabe der Unionen sehen, denn das wäre ein Bruch mit der bisherigen Gesamttaktik. "So lange nun die Union das große Ziel der proletarischen Revolution im Auge hat, ist die Gefahr nicht allzu groß, daß die Beteiligung an Lohnkämpfen dem Opportunismus Terrain verschafft"<sup>68</sup>. Diese Position, die schließlich die Mehrheit der AAU für sich hatte und während der ersten Monate des Jahres 1922 in der Berliner KAZ gegen diejenige des Schröder-Kreises verfochten wurde, war den Unionisten um den Düsseldorfer "Klassenkampf" nicht hinreichend aktionsbetont. Sie sahen die adäquate Taktik während der gegenwärtigen Stagnationsphase in einer Art re-

66) S. dazu im einzelnen unten den Abschnitt über das Berliner Zentrum der KAPD.

67) S. "Der Kampftruf", 2. Jg. (1921), Nr. 26-28; Die Stellung der Union zu den Lohnkämpfen.

68) "Der Kampftruf", 2. Jg. (1921), Nr. 28.

volutionären Gymnastik, in der Bildung von Aktionsräten mit der Aufgabe der sporadischen, gleichsam probeweisen Besetzung von Betrieben und der Beschlagnahme von Lebensmittellagern<sup>69</sup>; "Streiks und Betriebsbesetzungen, organisierte Beschlagnahme von Lebensmitteln und sonstigen Gegenständen, Anschließern der öffentlichen Gewalt an einzelnen Orten, wenn auch nur auf kurze Zeit, das sind alles Aktionen, deren Führung die Union übernehmen muß"<sup>70</sup>. - Gegen beide taktischen Entwürfe wandte sich eine lebhaft umstrittene Artikelserie im Berliner "Kampftruf" aus dem engeren Schröder-Kreis in Berlin<sup>71</sup>. Deren Autor - vermutlich Karl Schröder selbst - erkannte sehr scharf die schwachen Punkte in beiden Entwürfen. In der Düsseldorfer Opposition wies er den einigermaßen blindwütigen Tatendrang nach und verwarf ihre "Aktivität um jeden Preis"<sup>72</sup>. Für weit gefährlicher aber hielt er die Parole der Beteiligung an Lohnkämpfen; eine solche Beteiligung sei der Schritt der revolutionären AAU zum "Reformismus"<sup>73</sup>, zur Übernahme gewerkschaftlicher Funktionen und folglich zur Preisgabe des systemsprengenden sozialrevolutionären Charakters der Union. - Mochten soweit die Gefahren der beiden Gegenpositionen treffend gekennzeichnet sein, so zeichnete sich in dem Beharren auf der reinen revolutionären Taktik in einer allen Anzeichen nach nicht mehr aktuell revolutionären Phase eine doktrinäre Grundhaltung ab; sie wurde theoretisch gestützt durch die - mit marxistischen Kategorien nicht haltbare - Argumentation, daß der Kampf um höhere Löhne ein Kampf um größeren Anteil am Privateigentum sei: "Nicht ein Stück des kapitalistischen Privateigentums, sondern das kapitalistische Privateigentum überhaupt ist das Kampfobjekt der Allgemeinen Arbeiter-Union"<sup>74</sup>. Die Unionisten hätten sich keineswegs indifferent zu verhalten im täglichen Existenzkampf gegen das Kapital, doch sei dieser Kampf nicht Sache der Union, sondern Angelegenheit eines jeden Unionisten als "Einzelmenschen"; die AAU organisiere "die proletarische Klasse zu dem alleinigen Zwecke der direkten Beseitigung des Kapitalismus als System; die persönliche Interessenvertretung des einzelnen Arbeiters innerhalb des Kapitalismus geht sie gar nichts an"<sup>75</sup>. - Diese neue Theorie - die in der Tat genug Angriffsflächen bot - drängte Karl

69) S. dazu den die Diskussion auslösenden Artikel eines rheinland-westfälischen AAU-Sprechers in: "Der Kampftruf", 2. Jg. (1921), Nr. 34; Neue Wege im Klassenkampf. Vgl. die Schrödersche Kritik daran mit einer Gegenkritik in: "Der Klassenkampf", 3. Jg. (1922), Nr. 4.

70) Ibidem.

71) "Der Kampftruf", 3. Jg. (1922), Nr. 4-8; Die Union - was sie ist und was sie nicht ist.

72) "Der Kampftruf", 3. Jg. (1922), Nr. 2; Neue Wege im Klassenkampf?

73) Vgl. auch: "Der Kampftruf", 3. Jg. (1922), Nr. 5; Das Wesen des modernen Reformismus.

74) "Der Kampftruf", ibidem.

75) "Der Kampftruf", 3. Jg. (1922), Nr. 4.

Schröder innerhalb der von ihm und seinen Freunden zur Vorherrschaft im deutschen Unionismus geführten Berliner Richtung in die Defensive. Seine "Einzelmensch-Theorie" oder - wie es auch hieß - sein "Individualismus" wurde zum Anlaß, bereits bestehende persönliche und theoretisch-taktische Spannungen in der Berliner KAP durch den Ausschluß Schröders und seines engeren Freundeskreises zu lösen<sup>76</sup>. Die Replik auf dessen Artikelserie im Berliner "Kampfruf" erfolgte in der Berliner KAZ<sup>77</sup>; man wies - unter kräftigem Appell an das verbreitete Ressentiment gegen die Intellektuellen - nach, daß die vom Schröder-Kreis nahegelegte Haltung die AAU zum völligen Attentismus, zum Streikbruch und zur Passivität verurteile: "Der Unionist hat also in Zukunft seine wirtschaftlichen Interessen allein nach Gutdünken zu vertreten und im übrigen zu warten, bis der Moment der direkten Beseitigung des Kapitalismus gekommen ist"<sup>78</sup>. - Die Initiative zum Ausschluß ging von der KAPD aus; auf einer Zentralaussschußsitzung der Partei am 5. und 6. März 1922 wurde Karl Schröder mit Arthur Goldstein und Emil Sach ausgeschlossen; die AAU Groß-Berlin schloß sich diesem Verdikt mit rund 1000 gegen 20 Stimmen an<sup>79</sup>; wieder einmal waren damit im deutschen Unionismus die führenden Theoretiker abgestoßen, nachdem sie zu seinem Selbstverständnis maßgeblich beigetragen hatten. - Arthur Goldstein schloß sich bald darauf Paul Levi an und kam mit der Rest-USPD 1922 zur SPD zurück<sup>80</sup>. Karl Schröder hingegen gab sich nicht sofort geschlagen; mit finanzieller Hilfe aus KAP-Kreisen in Essen und aufgrund reger Agitation vereinigte er eine Minderheit der KAP und der Union um seine Thesen und konstituierte die sogenannte "Essener Richtung" der KAP und der AAU<sup>81</sup>. In den folgenden Jahren gaben die Berliner Richtung und die Essener Richtung je eine eigene KAZ und je einen eigenen "Kampfruf" heraus.

Die weitere Entwicklung der nunmehr in sich gespaltenen majoritären Richtung der AAU ist dadurch gekennzeichnet, daß in der Essener und in der Berliner Richtung die KAP und die AAU noch enger zusammenrückten. In der Berliner Richtung wurde dem Wirtschaftsbezirk Groß-Berlin, dem bald einzigen relativ mitgliederreichen und

76) S. dazu im einzelnen den Abschnitt über das Berliner Zentrum der KAP; vgl. auch Paul Hermberg, loc. cit., p. 218 ff.

77) KAZ (Berlin), 3. Jg. (1922), Nr. 9; Was geht in der Union vor? und; Nr. 10-12; Die Union - was sie nicht ist und was sie sein soll. Letzterer Artikel stammte von einem Mitglied des Geschäftsführenden Hauptausschusses der KAPD.

78) KAZ (Berlin), 3. Jg. (1922), Nr. 19; Offenes Rundschreiben an alle Mitglieder der Partei.

79) Ibidem.

80) Vgl. den Bericht der Zentralaussschußsitzung der KAP vom 24. 9. 1922 in; KAZ (Berliner Richtung), 3. Jg. (1922), Nr. 67.

81) Zu den Stärkeverhältnissen beider Richtungen vergleiche unten den Abschnitt über die organisationsfeindlichen Tendenzen in den linksradikalen Organisationen.

organisatorisch unversehrten der ganzen AAUD, eine bisher ungewöhnliche Machtstellung eingeräumt; der Reichs-Arbeitsausschuß z. B. war nicht mehr der Reichskonferenz, sondern der Berliner AAU verantwortlich<sup>82</sup>. Die fünfte Reichskonferenz dieser Richtung im Juni 1922 stand im Zeichen der Spaltung und der Selbstbestätigung der Richtigkeit der "Todeskrisen"-Theorie und der eingeschlagenen Taktik der Beteiligung an Lohnkämpfen; es kam sogar zur Teilnahme einer Berliner AAU-Delegation an einem Kongreß der gesetzlichen Betriebsräte, die aber keine Annäherung brachte. Das ungeheuer wachsende Inflationselement brachte 1923 den aktivistischen Kreisen um den Düsseldorfer "Klassenkampf" erhebliche Resonanz in der Berliner Richtung der Union. Auf der sechsten Reichskonferenz Anfang April 1923 mußte sich die Berliner AAU-Führung einen Mangel an Aktivität vorwerfen lassen; die Düsseldorfer wiederholten ihren Vorschlag, "Aktionsausschüsse" zu bilden mit anderen sozialrevolutionären Organisationen, um - wie eine Funktionärskonferenz von Groß-Hamburg im gleichen Sinne forderte - "in alle Kämpfe der Arbeiterschaft mit allen Kräften unter den Losungen der Revolution aktiv einzugreifen"<sup>83</sup>. Die Berliner weigerten sich, auf ein "Gemisch von Union, Syndikalisten und KPDLauten" zu bauen und sich "durch Revolutionsspielereien lächerlich zu machen"<sup>84</sup>. Durch diese seltsam starre Haltung war damit die AAUD gerade dann zur völligen Ineffektivität verurteilt, als sich ihre Theorie von der "Todeskrise des Kapitalismus" durch die wirtschaftliche Entwicklung zu bestätigen schien; sie landete in der gleichen Aporie wie die FAUD(S). Nach eigenen Angaben hatte die Berliner Richtung der AAUD Ende 1922 nur noch rund 12 000 Mitglieder im ganzen Reiche<sup>85</sup>. Wie Presse- und Broschürenmaterial der AAUD Berliner Richtung ausweisen<sup>86</sup>, geriet die Organisation auch theoretisch in ein unfruchtbares Repetieren ihrer Grundsätze und in immer größere Entfernung von der Masse der Arbeiterschaft. - Dieses Schicksal hatte die Berliner Richtung mit der Essener Richtung der AAUD gemeinsam, die nach Angaben der Berliner KAZ Ende 1922 nur noch 600 Mitglieder zählte<sup>87</sup>. In

82) Vgl. den Organisationsbericht der 6. Reichskonferenz in "Der Kampfruf", (Berliner Richtung) 4. Jg. (1923), Nr. 14.

83) "Der Kampfruf" (Berliner Richtung), 4. Jg. (1923), Nr. 24.

84) Ibidem. Die Berliner AAU hatte schon die Aktionsgemeinschaftsthesen mit der FAUD(S) 1921 abgelehnt. S. "Der Kampfruf", 2. Jg. (1921), Nr. 2; Wir und die Syndikalisten.

85) KAZ (Berliner Richtung), 3. Jg. (1922), Nr. 84.

86) S. Die Allgemeine Arbeiter-Union (Revolutionäre Betriebsorganisation) hrsgg. von der AAU Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg, Berlin 1923, mit den nur leicht veränderten Statuten und programmatischen Richtlinien von 1921. Und - mit der vorgenannten Broschüre nicht identisch -: Die Allgemeine Arbeiter-Union (Die revolutionäre Betriebsorganisation), hrsgg. von der Allgemeinen Arbeiter-Union Deutschlands, Berlin 1923, eine Neuauflage der Broschüre mit dem gleichen Titel von 1921.

87) KAZ (Berliner Richtung), 3. Jg. (1922), Nr. 84.

ihrem "Kampftruf" die Parolen gegen die gesetzlichen Betriebsräte um einiges aggressiver vorbringend und die "reformistischen" Lohnkämpfe verurteilend<sup>88</sup> nahmen die Essener für sich in Anspruch, die eigentliche Tradition der AAU fortzusetzen, und beriefen eine Reihe eigener Reichskonferenzen ein. Organisationsnachrichten fehlten bald ganz im Essener "Kampftruf". - Beide Richtungen konnten 1923 ihren Mitgliederbestand geringfügig verbessern aufgrund der Inflationswirren, sanken jedoch durch die Zerschlagung ganzer Wirtschaftsbezirke und das Verbot ihrer Presse vom November 1923 bis Februar 1924<sup>89</sup> etwa auf den Stand von Ende 1922 zurück. Gemeinsam mußten sie in den folgenden Jahren - mehr oder minder resigniert - das - wie sie es verstanden - ungeheure Mißverhältnis zwischen der objektiv nach wie vor revolutionären Lage und dem gering entwickelten revolutionären Klassenbewußtsein des Proletariats feststellen. Bei der wachsenden theoretischen Unfruchtbarkeit des deutschen Unionismus war die Entwicklung zur politischen Sekte, die neben dem politischen Tagesgeschehen und davon kaum mehr berührt ihre Prinzipien repetiert, zwangsläufig. Eine Selbstkritik aus den Reihen der Union vom Mai 1931 charakterisierte die Entwicklung der Organisation nach 1921: Ein tiefer Riß klaffe zwischen Theorie und Praxis aller linkskommunistischen Organisationen; "obwohl nach dem Räteprinzip aufgebaut, bildeten sich infolge der ausschließlich ideologischen Betätigung im rapiden Tempo Führerkliquen heraus, die sich untereinander aufs heftigste befehdeten. Ein wahres Spaltungsfieber setzte ein, das mit fortschreitender Vereinzelung in immer hemmungsloseren Formen sich vollzog"<sup>90</sup>. - Dennoch erwies die Union eine erstaunliche Beharrungskraft; in nunmehr stetiger Reibung mit der KAP setzten sich in den Restbeständen der majoritären Richtung der AAUD die Kräfte durch, die unter der Parole einer "beweglicheren Taktik" auf die aktive Beteiligung der Union an allen täglichen Kämpfen der Arbeiter drängten. Mit der Durchsetzung dieser Kräfte erfolgte die "praktische Liquidierung der KAP"<sup>91</sup>, die in entgegengesetztem Sinne Einfluß zu nehmen suchte, und die Union bewies schließlich noch einmal ihre Unabhängigkeit von dieser Partei, vor der sie bereits bestanden hatte und die sie überdauerte. Auf einer

88) S. z. B. "Der Kampftruf" (Essener Richtung), 1. Jg. (1922), Nr. 15; Der historische Weg der AAU; "Der Kampftruf" (Essener Richtung), 2. Jg. (1923), Nr. 10; Grundlagen und Aufgaben der AAU, zur Reichskonferenz.

89) S. den Bericht der kombinierten Reichskonferenz der KAP/AAU Essener Richtung in: "Proletarier", 5. Jg. (1924), Nr. 10.

90) Kritik an den Waffen. Eine Betrachtung über wirtschaftliche und politische Arbeiterorganisationen, ihr Wesen, ihre Rolle im proletarischen Klassenkampf, Hrsg. Allgemeine Arbeiter-Union Bezirk Mitteldeutschland, unveröffentlichtes masch. schriftl. Manuskript 1931, p. 37.

91) Kritik an den Waffen, p. 38.

Vereinigungskonferenz vom 24. bis 27. 12. 1931 schloß sie sich mit den Restbeständen der AAUE zu einer "Kommunistischen Arbeiter-Union Deutschlands" (KAUD) zusammen und wurde erst durch die nationalsozialistische Machtübernahme zerschlagen; die letzte Nummer des Berliner "Kampftruf" als Organ der KAUD erschien im Februar 1933.

Die wichtigsten Tendenzen, die die majoritäre Richtung der Union in ihrer organisatorischen Konsolidierungsphase von 1920 bis 1921 abstieß und die eigene Alternativprogramme anboten, waren einerseits der Braunschweiger Industrie-Unionismus, in dem sich das IWW-Erbe der AAU am nachhaltigsten bemerkbar machte, und andererseits die Einheitsorganisations-Tendenz, die sich seit Herbst 1921 verselbständigte und als "Allgemeine Arbeiter-Union, Einheitsorganisation" (AAUE) konstituierte.

### 3. Der Braunschweiger Industrie-Unionismus

Die direkten IWW-Einflüsse auf den deutschen Unionismus waren auf eine gewisse ideologische und vermutlich auch finanzielle Starthilfe eingeschränkt<sup>1</sup>. Nach Wolffheims Ausscheiden bezeugte Karl Roche auf der Leipziger Reichskonferenz im Dezember 1920 zwar einen lebendigen Kontakt der Hamburger Union mit den amerikanischen IWW<sup>2</sup>, betonte jedoch gleichzeitig, die AAU könne weder die IWW noch die WIIU kopieren. In letzterer Organisation, einer parteibehaftenden Abspaltung der IWW, die sich seit 1915 "Workers International Industrial Union" (WIIU) nannte<sup>3</sup>, war Karl Dannenberg<sup>4</sup> vor dem Weltkrieg als Redakteur tätig gewesen und versuchte nun von Braunschweig aus in ihrem Sinne auf die unionistische Bewegung in Deutschland Einfluß zu nehmen<sup>5</sup>. Dies gelang ihm besonders 1920 im mitteleuropäischen Industriegebiet durch die Herausgabe einer in Braunschweig erscheinenden Zeitschrift "Allgemeine Arbeiter-Union", durch schriftliche und mündliche Agitation. In seiner Agitation hatte die Idee des revolutionären Industrie-Verbandes eine zentrale Stellung, die in den frühesten Programmwürfen der linkskommunistischen Gewerkschaftsopposition

1) Vgl. oben den Abschnitt über das linkskommunistische Gewerkschaftsprogramm und die Anfänge des deutschen Unionismus.

2) S. "Der Kampftruf", 1. Jg. (1920), Nr. 35.

3) Vgl. dazu Hans Bötcher, op. cit., p. 45 ff., und; Fred Thompson, op. cit., p. 38 ff.

4) Biographische Fakten über den Deutsch-Amerikaner Dannenberg zu ermitteln, mißlang bereits 1920 der politischen Polizei; s. pol. Akt. d. Reg. Düsseldorf, Nr. 15809/2. Eigene Erkundigungen des Verfassers blieben ebenfalls erfolglos.

5) Karl Dannenberg, Warum AAU? Revolutionäre Klassenaktion versus Bonzentum, Braunschweig o. J. (1919).



eine wesentliche Rolle gespielt hatte<sup>6</sup> und einer bereits vorhandenen Tendenz in den Gewerkschaften entgegenkam. Mit ähnlicher Einseitigkeit wie die Fanatiker der Einheitsorganisation und mit nicht geringem pädagogischen Geschick setzte Dannenberg das Gelingen der proletarischen Revolution in einen kausalen Zusammenhang mit der rechten Organisation der revolutionären Kräfte. Die bestehenden Gewerkschaftsverbände waren nach seiner Meinung unbrauchbar wegen ihrer reformistischen Praxis, weil sie die Revolution "nur als Endziel hervorheben, aber eine endlose Reihe von Palliativmitteln und Reformen als Gegenwartsforderungen propagieren"<sup>7</sup>; vor allem aber war ihre Organisation nach Berufs- bzw. Fachverbänden veraltet, da sie in keiner Weise "dem hochzentralisierten Charakter der modernen Industrie"<sup>8</sup> angemessen sei. Wie die übrigen Unionisten wollte Dannenberg die Basis der neu zu schaffenden revolutionären Wirtschaftskampf-Organisation unmittelbar am Orte der Produktion sehen; allerdings nicht in den kleinsten Zellen der Betriebsorganisationen, sondern in den verschiedenen Industrien, deren Arbeiter sich in umfassenden Verbänden straff zentralisiert und machtvoll vereinigen sollten. Im Gegensatz zu den alten Verbänden hatten sich die Arbeiter zu organisieren "nicht nach ihrem spezifischen Fach, nicht nach dem Werkzeug, das sie gebrauchen oder dem Rohstoff und Material, welches sie zufällig verarbeiten, sondern nach dem Charakter der Produkte, welche sie herstellen, mit anderen Worten - nach der Industrie, in der sie tätig sind"<sup>9</sup>. Das gesamte Wirtschaftsleben ließ sich nach den Vorstellungen des Industrie-Unionismus in sechs Industrie-Gruppen zusammenfassen: 1.) Agrikultur, Land, Fischerei und Produkte des Wassers, 2.) Bergbau, 3.) Transport und öffentlicher Verkehr, 4.) Manufaktur und allgemeine Produktion, 5.) Bauindustrie und allgemeine Konstruktion, 6.) Öffentliche Betriebe und Anstalten<sup>10</sup>. Jede dieser Industrie-Gruppen sollte - in sich noch einmal regional und nach Produktionsbereichen unterteilt -

6) Vgl. dazu die Abschnitte über die spontanen Streikbewegungen während des Krieges und über die Hamburger Linksradikalen.

7) Karl Dannenberg, Der Weg zur Macht, oder: Die konstruktiven Grundlagen des Sozialismus, o. O. o. J., p. 16.

8) Ibidem, p. 18.

9) Ibidem, p. 24.

10) S. ibidem, p. 23. Vgl. auch im einzelnen dazu die von Dannenberg übersetzten und herausgegebenen Broschüren: Daniel de Leon, Die Prinzipienklärung der IWW, oder: Die geschichtliche Bedeutung des sozialistischen Industrie-Unionismus im Sozialisierungsprozeß, Braunschweig o. J.; und: Eugene V. Debs, Der sozialistische Industrie-Unionismus, oder: Rückständiger Fachegoismus gegenüber revolutionärer Klassensolidarität, aus dem Englischen übertragen und umgearbeitet von Karl Dannenberg, hrsg. vom Deutschen Press-Komitee, Literatur-Büro der WIU, Hoboken N. J. 1920.

eine Kampfeinheit in der revolutionären Übergangszeit und eine große Verwaltungseinheit in der zukünftigen neuen Gesellschaft bilden<sup>11</sup>.

Diese Modellvorstellung des revolutionären Industrie-Unionismus, die sich im einzelnen viel zu ausschließlich als Gegenmodell zur "American Federation of Labor" (AFL) präsentierte und den spezifischen deutschen Bedingungen des Gewerkschaftswesens nicht gerecht wurde, erregte dennoch das Interesse gewisser Arbeiterkreise, in denen sich die Einsicht in die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Neuorganisation nach Industrieverbänden durchgesetzt hatte<sup>12</sup>. Dies Interesse wurde nicht sofort - wie bei der Mehrheit des deutschen Unionismus - durch die strenge Ablehnung der Arbeiterparteien von der SPD bis zur KPD durch die Braunschweiger Unionisten zurückgestoßen. Wie in Amerika die WIU in engster Verbindung mit der "Socialist Labor Party" (SLP<sup>13</sup>) agitierte, so suchte ihre deutsche Filiale in Braunschweig den Kontakt zu den großen Arbeiterparteien und hatte vorübergehend Erfolg damit in den Kreisen der linken USDP. Unter anderen sympathisierten namentlich Ernst Däumig und Richard Müller um die Jahreswende 1920/21 mit den Dannenbergschen Ideen und versprachen sich von der Schaffung autonomer Industrieverbände eine partielle Auflockerung der zentralistischen Organisation des ADGB<sup>14</sup>. - Innerhalb der AAUD war der Braunschweiger Industrie-Unionismus zu dieser Zeit allerdings schon ganz isoliert besonders auf Grund seiner strengen Kopierung des amerikanischen Vorbildes; die Prinzipienklärung, die die AAU Braunschweig z. B. auf den Reichskonferenzen der AAUD vorlegte, war eine nur leicht retouchierte Übersetzung der Prinzipienklärung der IWW aus dem Jahre 1907<sup>15</sup>. Es fehlten schließlich in dieser Richtung die beiden wesentlichen Impulse der deutschen Unionsbewegung: die Idee der Betriebsorganisation und der Wille zur föderali-

11) Vgl. auch Hans Bötcher, op. cit., p. 29 ff.

12) Dannenberg wandte sich ausdrücklich an diese Kreise: "Seit dem Zusammenbruch der 2. Internationale hat sich auch in der sozialistischen Bewegung dieses Landes eine gewaltige Unzufriedenheit mit den alten, quasi durch Tradition geachteten, theoretischen und taktischen Begriffen entwickelt. ... Wie aus den programmatischen Äußerungen beinahe sämtlicher sozialistischer Parteien zu ersehen ist, scheinen sie alle mit der Idee des Industrie-Unionismus zu kokettieren ... Besonders diesen Elementen ist ein Studium dieses Werkes zu empfehlen." Vorwort Dannenbergs zu: Eugene V. Debs, Der sozialistische Industrie-Unionismus, p. 8.

13) Der Führer der WIU, Daniel de Leon, war gleichzeitig Führer der 1874 gegründeten SLP. Bis zu seinem Tode im Jahre 1914 spielte die Partei eine bestimmende Rolle für diesen Seitenzweig der IWW, verlor dann aber mit der WIU an Bedeutung. Die WIU löste sich 1925 auf. S. Fred Thompson, op. cit., p. 40.

14) Pol. Akten d. Reg. Düsseldorf, Nr. 15809/2.

15) S. den Text in: Karl Dannenberg, Der Weg zur Macht, p. 1. Vgl. mit dem Text der IWW-Prinzipienklärung aus dem Jahre 1907 in: Fred Thompson, op. cit., p. 1.

stisch-antibürokratischen Organisationsgestaltung. Außerdem konnte von einem so übergreifenden Gebilde wie dem Industrieverband nur dann sinnvollerweise die Rede sein, wenn nennenswerte Teile der Arbeiterschaft einer Industrie unionistisch organisiert waren. Da aber selbst im Bergbau und der Metall-Industrie die Unionisten eine sehr geringe Minderheit bildeten, mußte die anfänglich so wichtig genommene Idee des Industrieverbandes bald an Aktualität verlieren; hier zeigte sich tendenziell die gleiche Entwicklung in der AAU wie im deutschen Syndikalismus, wo der Aufbau von Industrie-Föderationen zwar angepackt, dann aber als Fragment belassen wurde. - All diese Faktoren bewirkten es, daß die Mehrheit der AAUD und ihre Opposition sich auf der Dezember-Konferenz 1920 nur in einem Punkte einig war: in der Verurteilung der Braunschweiger Richtung. Ein Delegierter aus Mitteldeutschland erörterte ausdrücklich die Frage "Bezirks- oder Industrie-Unionismus" und plädierte für die Beibehaltung der Einteilung der AAUD nach Wirtschaftsbezirken<sup>16</sup>. Roche bezeichnete die Dannenberg-schen Bemühungen als Versuch der "Bildung rechtssozialistischer Zellen in der Union"<sup>17</sup> und der Berliner "Kampftruf" sprach von "sozialdemokratischen Flausen Dannenbergscher Couleur"<sup>18</sup>, die die Union glücklicherweise im Begriff sei, schnell und einmütig abzuschütteln. Der Lagebericht der politischen Polizei vermerkt im Juni 1921, der Braunschweiger Unionismus sei zusammengebrochen und "der amerikanische Agent Dannenberg" sei spurlos verschwunden<sup>19</sup>.

#### 4. Die "Allgemeine Arbeiter-Union, Einheitsorganisation" (AAUE)

Eine bedeutendere Rolle als der Braunschweiger Industrie-Unionismus spielte die von Anfang an im deutschen Unionismus vorhandene Einheitsorganisations-Tendenz, die sich in der Opposition gegen die Berliner Richtung in der AAUD und unter der Führung des ost-sächsischen und nord-westdeutschen Wirtschaftsbezirks verselbständigte. Entsprechend der Forderung nach Aufhebung der Zweiteilung der Arbeiterorganisationen in politische und wirtschaftliche Zusammenschlüsse war in Dresden schon im Dezember 1920<sup>1</sup>, in Hamburg im Juni 1921 die Auflösung der KAP durch die Unionisten erfolgt<sup>2</sup>. Der ost-

16) S. "Der Kampftruf", 1.Jg.(1920), Nr. 35.

17) Ibidem.

18) Ibidem.

19) Pol. Akten d.Reg.Düsseldorf, Nr. 15536/95.

1) Vgl. dazu unten den Abschnitt über die syndikalistische Richtung in der KAPD.

2) Vgl. dazu oben den Abschnitt über die majoritäre Richtung der AAUD.

sächsische Delegierte im Organisationsbüro der AAUD war bereits im Juni 1921 ausgeschieden, weil - nach seinem Urteil - "die Opposition doch nicht mit der Berliner Richtung unter einen Hut zu bringen sei"<sup>3</sup>. Die Gesamtopposition gegen die siegreiche Berliner Richtung hatte im gleichen Monat auf der 4. Reichskonferenz der Unionisten noch einmal den organisatorischen Bruch vermieden, ohne ihn schließlich verhindern zu können; die Mitgliedschaften der oppositionellen Wirtschaftsbezirke verweigerten die Zustimmung zur Haltung ihrer Delegierten auf der 4. Konferenz der AAU und lehnten das Berliner Programm vorbehaltlos ab, nachdem der von den Berlinern dominierte Reichs-Arbeits-Ausschuß alle Unionisten, die die Verbindlichkeit der Beschlüsse der Reichskonferenz nicht anerkennen wollten, ausgeschlossen hatte. Die Spaltung aufgrund der längst vorhandenen Differenzen in den Fragen der Zentralisation, des Verhältnisses zur KAP und der Stellung der Union zur RGI und zur Komintern wurde zumal beschleunigt durch die Stagnation der revolutionären Entwicklung in Deutschland nach der Niederlage der März-Aktion (1921) der VKPD; der objektiven Möglichkeiten erfolgreichen Wirkens als Organisation durch den Sieg der gegenrevolutionären Kräfte beraubt, begannen die taktischen und persönlichen Streitigkeiten im Inneren aller linksradikalen Organisationen sich auszutoben.

Der Wirtschaftsbezirk Ostachsen hatte am frühesten mit der KAP gebrochen; er hatte mit den Thesen Otto Rühles<sup>4</sup> eine Alternative zum Berliner Programm in der Unions-Bewegung anzubieten. In Fortführung der gemeinsamen Arbeit in der frühen KAP machten sich Rühle und Pfemfert zu den theoretischen Anführern der Sammlung der Opposition in der AAU; Diskussions-Plattform war seit Anfang 1921 Pfemferts "Aktion"; eine Informationsstelle der Opposition wurde zuerst in Leipzig eingerichtet. Auf der 4. AAU-Reichskonferenz im Juni 1921 lagen zwei Richtlinien-Entwürfe der Opposition vor<sup>5</sup>, die beide - wie Rühle es formulierte - diktiert waren von dem Widerstand gegen "die Bevormundung und Herrschaft einer dünnen Schicht KAP-Leute über die AAU"<sup>6</sup>. Der zweite dieser Entwürfe, der von Ostachsen vorge-schlagen worden war und auf den sich die Anhänger der Einheitsorganisation schon auf der Eisenacher Reichs-Wirtschaftsrats-Sitzung im Mai des Jahres vorläufig geeinigt hatten, wurde im Oktober 1921 auf der ersten selbständigen Reichskonferenz der Opposition in Leipzig als "Richtlinien für die Allgemeine Arbeiter-Union (Einheitsorganisa-

3) "Der Kampftruf", 2.Jg.(1921), Nr. 8.

4) Vgl. unten über die syndikalistische Richtung in der KAP.

5) S. "Die Aktion", 11.Jg.(1921), Nr. 21/22.

6) "Die Aktion", 11.Jg.(1921), Nr. 21/22; Otto Rühle: Aufruf an die Opposition in der AAU.

tion)" angenommen<sup>7</sup>. Diese Richtlinien setzten - abgesehen von der Grundforderung der Einheitsorganisation - lediglich einige Akzente anders als das Berliner AAU-Programm; so lehnten sie das "Berufsführertum" schlechthin ab und forderten die Ehrenamtlichkeit aller Funktionen in der Organisation (Punkt 6 u. 7); sie markierten das Ziel der "herrschaftslosen Gesellschaft", für das die "Diktatur des Proletariats als Klasse" ein Durchgangsstadium zu sein hatte (Punkt 3) stärker. Die in Punkt 4 benannten nächsten Aufgaben der AAU wären in ihrer Abstraktheit auch den Anhängern der majoritären Richtung der AAU kaum unannehmbar erschienen. Anscheinend gaben sich diese Richtlinien als Minimalprogramm, das der größtmöglichen Zahl der untereinander keineswegs einigen oppositionellen Unionisten den Zusammenschluß ermöglichen sollte. Praktisch unterschied sich auch die Stellung der Gründungskonferenz der AAUE zu der aktuellen Frage der Teilnahme an Lohnstreiks nicht von derjenigen der AAU-Mehrheit der Berliner Richtung, die diese ein halbes Jahr später gegen die "Essener" einnahm. Prinzipiell erklärte sich die Konferenz ausschließlich für Massenstreiks revolutionären Charakters und gegen Lohnkämpfe; sie räumte aber ein, daß die Unionsmitglieder bei Ausbruch solcher Kämpfe "um der proletarischen Solidarität willen nicht abseits stehen"<sup>8</sup> könnten. - Auf der Leipziger Gründungskonferenz waren dreizehn Bezirke ganz oder teilweise durch 23 Delegierte vertreten; die zahlenmäßige Stärke dieser Abspaltung und mithin der Mitgliederverlust der AAU ist nicht zu ermitteln; sie darf nicht zu niedrig angesetzt werden, obwohl Pfemferts Angabe im Dezember 1922, seine Organisation umfasse 60 000 Mitglieder, zu diesem Zeitpunkt unglaubwürdig ist<sup>9</sup>. Dem zeitgenössischen Beobachter erschien es Mitte 1922 unter dem frischen Eindruck der erneuten Spaltung der AAU in Berliner und Essener Richtung, als stelle die AAUE die aufsteigende Tendenz innerhalb des deutschen Unionismus dar<sup>10</sup>; aber nach der momentanen Anziehungskraft, die all die Neugründungen auf der äußersten Linken im Augenblick ihres Entstehens ausübten, setzte in der AAUE der durch die größere Ungunst der sozialen Situation bedingte Desintegra-

7) S. "Die Aktion", 11. Jg. (1921), Nr. 41/42; Bericht von der Einheitskonferenz der AAUE; "Die heutige Reichskonferenz betrachtet die Richtlinien Ostachsens als grundlegende Richtlinien der Einheitsorganisation." S. den Text der Richtlinien im dokumentarischen Anhang, Nr. XV.

8) S. den Text der Resolution in: "Die Aktion", 11. Jg. (1921), Nr. 41/42.

9) Vgl. "Der Syndikalist", 5. Jg. (1923), Nr. 1. Hermberg (op. cit., p. 223) zitiert kritisch die von der AAUE behauptete Mitgliederzahl von 212 000, in der in der Tat eine Propagandaziffer zu sehen ist.

10) S. Paul Hermberg, op. cit., p. 224. Hermberg sagte der AAU den gleichen Auflösungsprozeß voraus, wie ihn die parteifreundliche WIU im amerikanischen Unionismus genommen hatte.

tionsprozeß vehementer und vielgestaltiger ein als in den anderen linksradikalen Organisationen.

Der eigentliche Kristallisationskern der gesamten Organisation blieb der Wirtschaftsbezirk Ostachsens, dessen Programm von Otto Rühle aufgestellt wurde; es blieb der einzige zusammenhängende theoretische Entwurf in der Geschichte der AAUE. Im wesentlichen waren Rühles Ideen über Organisation und Ziele der Unionen bereits dargelegt in der politisch-literarischen Produktion während seiner kurzen KAP-Zugehörigkeit<sup>11</sup>; im September 1921 begann er mit der Veröffentlichung einer erweiterten und systematisierten Fassung seiner Unions-Thesen in der "Aktion"<sup>12</sup>, die er 1924 noch einmal ergänzte<sup>13</sup>. Während die AAU-Mehrheit immerhin die Thesen von der "Todeskrise des Kapitalismus" als Argumentationsbasis für die von ihr geforderte Errichtung neuer und revolutionärer Organisationen anbot, wurde von Rühle bis 1924 die Frage nach der Aktualität der Revolution gar nicht weiter gestellt. Diese Aktualität voraussetzend drehte sich sein Denken um die eine Frage: "Welche Art der Organisation ist nunmehr die Organisation der Revolution, des revolutionären und sozialistischen Zeitalters?"<sup>14</sup> In der Verurteilung der "vorrevolutionären" Organisationen, der Parteien und der Gewerkschaften, brachte er in pointierter Form die Ideen vor, die seit 1919 Gemeingut des deutschen Unionismus waren. Partei und Parlamentarismus hingen nach Rühle unlöslich zusammen, die Partei ist "eine Formation und Waffe für die Interessenkämpfe auf der Basis bürgerlicher Politik"<sup>15</sup>. Ähnlich obsolet waren ihm die Gewerkschaften in der revolutionären Epoche; seit ihren Anfängen und ausschließlich bemüht um "die Herbeiführung besserer Lohn-, Lebens- und Arbeitsverhältnisse für die Arbeiterklasse im Rahmen des kapitalistischen Systems"<sup>16</sup>, durch ihre bürokratische Führung in dieses System integriert und durch ihre Kriegs- und Nachkriegspolitik vollends kompromittiert, schien ihm ihre Revolutionie-

11) S. besonders die stilistisch unter dem Einfluß expressionistischer Prosa stehende Darstellung: Otto Rühle, Revolution ist keine Parteisache!, Berlin 1920.

12) "Die Aktion", 11. Jg. (1921), Nr. 37/38 ff.; Otto Rühle, Grundfragen der Organisation. Erschien auch in Broschürenform; Otto Rühle, Grundfragen der Organisation, Frankfurt a. Main o. J. (1921).

13) Otto Rühle, Von der bürgerlichen zur proletarischen Revolution, Dresden o. J. (1924). Diese Schrift wurde im Mai 1965 von einer Münchener Gruppe von Räte-sozialisten neu herausgebracht als Beitrag zur Diskussion einer "neuen Arbeiterbewegung" und mit der Aufforderung zur Überwindung von "bürgerlichen Organisationsformen und bürokratischen Apparaten" in der gegenwärtigen Arbeiterbewegung.

14) "Die Aktion", 11. Jg. (1921), Nr. 37/38.

15) "Die Aktion", 11. Jg. (1921), Nr. 37/38. Vgl. auch zur Charakterisierung der politischen Parteien: Otto Rühle, Von der bürgerlichen zur proletarischen Revolution, p. 38 ff.

16) "Die Aktion", 11. Jg. (1921), Nr. 39/40. Vgl. auch: Otto Rühle, Von der bürgerlichen zur proletarischen Revolution, p. 44 ff.

rung unmöglich, ihre Reformierung eine Illusion. Stimmt die ablehnende Charakterisierung der "vorrevolutionären" Arbeiterorganisationen so weit vollkommen - bisweilen bis zur wörtlichen Übernahme - mit Karl Schröders Unions-Thesen von 1920<sup>17</sup> überein, so kam mit Rühles Beobachtungen über die Rolle der Zentralisation in der bürgerlich-vorrevolutionären Epoche ein eigener Zug hinzu. Im Zentralismus glaubte er eine wesentliche Grundlage des bürgerlichen Staates sehen zu können, die Verwaltung, Gerichtsbarkeit, Schulbetrieb, Militär und politische Organisationen in gleicher Weise bestimmte. Er erkannte - hierin weniger einseitig als die syndikalistische Kritik des Zentralismus<sup>18</sup> - dessen Vorteile, die in der Konzentration der Kräfte lagen; die Nachteile für eine politische Organisation überwogen jedoch nach seiner Meinung; sie lagen darin, daß der Zentralismus, "den Willen der Mitglieder lähmt, die individuelle Kraftentfaltung unterbindet und damit das Individuum in seiner Entwicklung zu selbständiger Persönlichkeit, zu Selbstbewußtsein und Selbständigkeit verhindert"<sup>19</sup>. Dies waren die alten Argumente, die sich aus der Vorkriegs-Kritik an der Bürokratisierung der Arbeiterorganisationen ergeben hatten; der durch Rühle repräsentierte Zweig des Linkskommunismus vertrat sie am radikalsten und längsten. Neben diesen analytischen Überlegungen stimmte Rühle auch in der Darlegung des Wesens und der Aufgaben der neuen revolutionären Organisationen, der Betriebsorganisationen, mit Schröder überein<sup>20</sup> bis auf den - praktisch allerdings entscheidenden - Punkt der Einheitsorganisation. Deren Notwendigkeit leitete er daraus her - auch hier der Argumentation der Syndikalisten verwandt -, daß in der revolutionären Epoche ein Unterschied zwischen wirtschaftlichem und politischem Kampf wie bisher nicht mehr möglich sei; "da spitzt sich auch der kleinste Lohnkampf im Handumdrehn zu einer politischen Aktion zu"<sup>21</sup>. Während Schröder behauptete, Räteorganisationen wie die Einheitsorganisation könnten erst im Laufe der revolutionären Kämpfe entstehen<sup>22</sup>, sah Rühle in jeder Organisation, die sich nicht schon jetzt

17) Vgl. dazu oben das Resumé der Schröderschen Gedankengänge im Abschnitt über die majoritäre Richtung der AAUD.

18) Vgl. dazu oben den Abschnitt über den Gründungskongreß der FAUD.

19) "Die Aktion", 11. Jg. (1921), Nr. 43/44.

20) Rühle bekannte sich gelegentlich zu Schröder so lange, "als er noch kein KAP-Bonze war und noch nicht mit dem russischen Rubel 'sympathisierte'". "Die Aktion", 11. Jg. (1921), Nr. 45/46.

21) "Die Aktion", 11. Jg. (1921), Nr. 43/44.

22) Schröder polemisierte gegen die Opposition auf der Reichskonferenz im Juni 1921: "Die Idee, daß es nur eine Organisation geben solle, sei flach und erfordere kein Nachdenken. Sie sei primitiv und werde meist von Genossen vertreten, die in der Bewegung keine Erfahrung hätten." Unveröffentlichtes masch. schriftl. Protokoll der Reichskonferenz der AAU vom 12 bis 14. Juni 1921, in: Pol. Akten d. Reg. Düsseldorf, Nr. 15536/81.

als Einheitsorganisation präsentierte, ein Relikt aus der bürgerlichen Epoche. Obwohl mehr prinzipielle Gemeinsamkeiten zwischen beiden unionistischen Richtungen bestanden als taktische Gegensätze, wurden letztere von den literarischen Wortführern je länger je mehr mit fast monomanischer Wut gegeneinander ausgespielt und zogen die Spaltung nach sich.

Was sich an Richtungskämpfen zwischen den größeren Tendenzen im deutschen Unionismus ergab, wiederholte sich noch einmal im kleineren Maßstab innerhalb der zu so ungünstiger Stunde geborenen AAUE. - Die theoretisch-literarische Vertretung lag bis 1924 bei Otto Rühle und Franz Pfemfert, die sich durch das Hinzustoßen des späten USP-Renegaten und Berliner Justizrates Dr. jur. James Broh<sup>23</sup> zum Triumvirat ergänzten und in der "Aktion" für die Einheitsorganisation stritten; ihnen standen als stetige Mitarbeiter in dieser Tätigkeit bei die expressionistischen Schriftsteller Carl Sternheim, Max Herrmann-Neiße und Oskar Kanehl. Unter ihrem Einfluß und als quasi-offizielles Organisationsblatt der AAUE erschien seit 1921, von der Berliner Organisation herausgegeben, die "Betriebsorganisation", die ab 1922 den Kopf "Die Einheitsfront, Organ der AAUE" trug; die hier zu Worte kommenden Kräfte der AAUE bildeten in den folgenden Jahren den organisatorischen Kern, der sich behauptete in der Auseinandersetzung mit denen, die zu einer allzu radikalen Auslegung der föderalistischen Grundsätze ("Fabrikschornstein-Autonomie") neigten, und im Kampfe mit anderen Formen der Desintegration wie Intellektuellen-Feindschaft, Isolierung durch Nichtteilnahme an Teilstreiks usw. Ein anderer relativ fester Kreis von AAUE-Genossen bildete sich in Frankfurt a. Main und in Hamburg, wo der "Unionist" nun als Organ der Einheitsorganisation erschien. - Auf der 2. Reichskonferenz der AAUE am 24. und 25. 9. 1922 in Weimar, von der man sich eine Stabilisierung der Organisation versprach, zeigte sich aber, daß diese bereits aus einem schwer entwirrbaren Knäuel kontroverser Richtungen bestand. Allein in der Klage über den "Terror der Gewerkschaften" gegenüber den in den Betrieben oft vereinzelt AAUE-Mitgliedern waren sich die meisten Delegierten einig. Streit entstand über den gegenwärtigen nur informativen Charakter der Reichskonferenzen, das rechte Verständnis des föderalistischen Prinzips, die empfohlene Solidarität in Teil-

23) Dr. Broh, bislang führender Vertreter der Berliner USPD, brach Anfang 1920 durch die Veröffentlichung einer scharfen Kritik am "Revolutionsprogramm" der USPD vom März 1919 mit seiner Organisation; er forderte die Nichtbeteiligung an Parlamenten und an der Gewerkschaftsarbeit und statt dessen die Organisierung "revolutionärer Betriebs- und kommunaler Arbeiterräte". S. Dr. James Broh, Entwurf eines Programms der USP verfaßt im Auftrage der politischen Kommission des Aktionsrates Charlottenburg, sowie Kritik des Aktionsprogramms, Berlin 1920. Zu seiner Sicht der Entwicklung der KPD und der USPD s. besonders: Parolen und Programm der KPD, von James Broh, in: "Die Aktion", 12. Jg. (1922), Nr. 39/40.

streiks und die Nichtbeteiligung an den Wahlen zu den gesetzlichen Betriebsräten. Angesichts der auseinanderstrebenden Tendenzen, die auf der Weimarer Konferenz sichtbar wurden, sah ein Beobachter die AAUE vor die Frage gestellt: "Räteorganisation oder Desorganisation?"<sup>24</sup>. Die Hauptströmung in der AAUE, die eine organisatorische Festigung durch die Verbindlichkeits-Erklärung der Reichskonferenzbeschlüsse und die Errichtung von Reichsinstanzen anstrebte, schloß sich während des Jahres 1923 unter Vorangehen der Ortsgruppen von Frankfurt a. Main, Dresden und Berlin innerhalb der Organisation zu einer Fraktion der "Rätekommunisten" zusammen, wollte aber das Risiko einer Spaltung um jeden Preis vermeiden<sup>25</sup>. Von der Berliner "Einheitsfront" wurde dieser Zusammenschluß mit der Lehre aus der Weimarer Konferenz begründet, daß "es unmöglich ist, auf der Basis der Desintegration und des Partikularismus im Interesse der Revolution erfolgreiche Arbeit zu leisten"<sup>26</sup>. -

Zwei in Organisation und Programm der AAUE angelegte Möglichkeiten machten sich schon bald nach der Gründungsversammlung bemerkbar: die der gänzlichen Organisationsverneinung und die des Überganges zur syndikalistischen FAUD. Während des Jahres 1922 häuften sich im Heidenauer AAUE-Organ "Die Revolution"<sup>27</sup> die Stimmen, die für die Abschaffung der Reichskonferenzen und sämtlicher organisatorischer Bindungen überhaupt plädierten und die Zielangabe der Klassendiktatur des Proletariats aufgaben. Diese Tendenz, deren Entstehung zur Fehde im ostsächsischen Stammbezirk der AAUE zwischen Dresden und Heidenau führte und die auch im Reiche Anhänger hatte, beschloß Ende 1923 die organisatorische Selbstaflösung<sup>28</sup>. Sie stand wie die artverwandte Düsseldorfer Strömung in der FAUD in Verbindung mit dem österreichischen tolstojanischen Anarchisten Rudolf Großmann<sup>29</sup>. - Die Weimarer Konferenz der AAUE hatte den Bezirk Westsachsen ausgeschlossen angeblich wegen seiner Befürwortung der Teilnahme der AAUE an Wahlen zu gesetzlichen Betriebsräten<sup>30</sup>, wie sie im Zwickauer Blatt "Der Weltkampf"<sup>31</sup> propagiert worden sei. Tatsächlich war diese Propaganda des westsächsischen Bezirks nur Teil

24) "Die Aktion", 12. Jg. (1922), Nr. 39/40.

25) S. dazu "Die Aktion", 13. Jg. (1923), Nr. 15.

26) "Die Einheitsfront", 3. Jg. (1923), Nr. 4.

27) "Die Revolution, Organ der Allgemeinen Arbeiter-Union Deutschlands - Einheitsorganisation", 1. Jg. (1921) ff.

28) S. Einzelheiten unten im Abschnitt über die organisationsverneinenden Tendenzen.

29) S. "Die Aktion", 12. Jg. (1922), Nr. 41/42.

30) Vgl. die Diskussion um den Ausschluß im Bericht über die Reichskonferenz der AAUE am 24./25. September 1922 in Weimar, in: "Die Revolution", 2. Jg. (1922), Nr. 40.

31) "Der Weltkampf, Organ der Allgemeinen Arbeiter-Union Deutschlands - Einheitsorganisation, Wirtschaftsbezirk Westsachsen", 4. Jg. (1921) ff.

einer offeneren Taktik, die ein Paktieren mit allen etwa gleich intentionierten Organisationen vorsah; die Zwickauer Genossen sahen die Organisation vor die Alternative gestellt, entweder - wie die Fraktion der Rätekommunisten - in dogmatischer Prinzipienstarrheit die AAUE zu dezimieren und ins "Sektiererwesen" abdrängen zu lassen, oder die Organisation nach allen Seiten hin offen zu halten und so der stagnierenden Bewegung neue Impulse zu geben<sup>32</sup>; sie führten ihren Kampf gegen die "Reinheitsorganisation" und für die "Massenorganisation"<sup>33</sup>. In konsequenter Weise unterhielten die Zwickauer, die auch außerhalb ihres engeren Bezirkes einige hundert Anhänger im Reiche hatten, nach ihrem Ausschluß Verhandlungen mit der "Union der Hand- und Kopfarbeiter" und mit der FAUD(S). Auf einer Versammlung der Zwickauer AAUE am 10. 5. 1923 kam je ein Sprecher dieser beiden Organisationen zu Worte und legte deren Grundsätze dar<sup>34</sup>; die Entscheidung fiel im August 1923 für die Eingliederung in die FAUD der Syndikalistens<sup>35</sup>. - Aufgrund dieser Richtungskämpfe und des Verbots an vielen Stellen des Reiches um die Jahreswende 1923/24 wurde die Integrationskraft der AAUE erheblich reduziert<sup>36</sup>. Es gab nach der Weimarer Konferenz im September 1922 jahrelang nur den lockeren Zusammenhalt einer gemeinsamen Reichs-Informations-Stelle in Zwickau, der sich seit Anfang 1923 noch eine Reichs-Informations-Stelle der Rätekommunisten in Frankfurt a. Main gegenüberstellte<sup>37</sup>. Gegen den Widerstand der durch die Zwickauer Informations-Stelle vertretenen übrigen Teile der AAUE veranlaßten die Rätekommunisten schließlich die Einberufung einer 3. Reichskonferenz der AAUE vom 21. bis 23. 6. 1924 in Dresden. Die Vorbereitung der Reichskonferenz war besonders von der AAUE in Frankfurt a. Main und Hamburg betrieben und vom Dresden-Ostsächsischen Bezirk durchgeführt worden. Die Hauptsorge der rätekommunistischen Fraktion galt der Stabilisierung der Organisation; in ihren von Dresden vorgelegten Statuten<sup>38</sup> kamen sie doch wieder auf die - wenn auch eingeschränkte - Verbindlichkeit der Beschlüsse der jährlich abzuhaltenden Reichskonferenz zurück und führten auch wieder - wie in

32) Vgl. z. B. "Der Weltkampf", 5. Jg. (1922), Nr. 14.

33) Vgl. "Der Weltkampf", 5. Jg. (1922), Nr. 10, 15 usw.

34) S. die für die jeweilige Organisation historisch aufschlußreichen Reden in: "Der Weltkampf", 5. Jg. (1922), Nr. 22 u. 25.

35) S. "Der Weltkampf", 5. Jg. (1922), Nr. 35. Der "Weltkampf" erschien ab Nr. 37 des 5. Jahrgangs mit dem Untertitel "Organ der Freien Arbeiter-Union Deutschlands (Anarcho-Syndikalistens) Wirtschaftsbezirk Westsachsen"; er stellte vermutlich im Oktober 1923 sein Erscheinen ein.

36) Vgl. dazu den Rückblick: Drei Jahre AAUE, in: "Die Aktion", 14. Jg. (1924), Nr. 6.

37) S. "Die Einheitsfront", 3. Jg. (1923), Nr. 4.

38) S. den Text der Statuten in: "Die Einheitsfront", 3. Jg. (1923), Nr. 6. S. auch: Otto Rühle, Von der bürgerlichen zur proletarischen Revolution, p. 60 ff.



der AAU - einen Reichswirtschaftsrat ein. Die Zwickauer Informations-Stelle mit ihrer Anhängerschaft wurde wegen ihrer Ablehnung von Reichskonferenzen usw. ausgeschlossen; sie erklärte sich in ihrem Publikationsorgan "Proletarischer Zeitgeist"<sup>39</sup> weiterhin als "Ablehner der zur Vergewaltigung und Energielähmung führenden bindenden Entschlüsse"<sup>40</sup> und konstatierte die erneute Spaltung der AAUE. Der "Proletarische Zeitgeist" erschien als Diskussionsblatt dieses AAUE-Splitters noch bis 1933<sup>41</sup>. Die Rätekommunisten, zu denen eine nicht abschätzbare, aber sehr kleine Zahl von Mitgliedern gehörte, konnten sich nunmehr als unangefochtene Erben der AAUE-Tradition betrachten. Sie verfügten noch einige Jahre über die "Aktion" und länger noch über die "Einheitsfront" als Publikationsorgane. Rühle stellte noch einmal in ihrem Dienst eine Art theoretische Zusammenfassung der Einheitsorganisations-Diskussion auf<sup>42</sup>, bevor er sich 1925 von der linksradikalen Tradition resigniert abwandte<sup>43</sup> und in die SPD zurückkehrte. - Wie allgemein in den Jahren der vorübergehenden wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Stabilisierung seit 1924 ein Trend zum Zusammenschluß zwischen den linksradikalen Splittergruppen entstand, so sah sich auch die Rest-AAUE nach Partnern um. Die am längsten gehegten Verbindungspläne galten der FAUD(S); schon in der KAP hatten sich Rühle und Pfemfert zu Verteidigern der deutschen Syndikalistinnen gegen ungerechtfertigte Anwürfe gemacht<sup>44</sup>; auf dem Gründungskongreß der syndikalistischen Internationale, auf dem Pfemfert im Dezember 1922 als Gast anwesend war, hob er die Gemeinsamkeiten der AAUE und der FAUD hervor und sah lediglich in den Gewaltlosigkeitsforderungen der Syndikalistinnen einen ernsthaften Gegensatz; an gemeinsamen Grundsätzen nannte er im einzelnen: Föderalismus, direkte Aktion, Generalstreik und soziale Revolution, Betriebe und Werkstätten als Fundament der kommenden Gesellschaft; beide seien antiautoritär, staatsfeindlich und gegen die Parteidiktatur<sup>45</sup>. Nach dem IAA-

39) "Proletarischer Zeitgeist, Eine von Arbeitern für Arbeiter geschriebene Zeitung", 1. Jg. (1922), ff.

40) "Proletarischer Zeitgeist", 3. Jg. (1924), Nr. 26; An alle Mitglieder der AAUE.

41) Die letzte Nummer (12. Jg. (1933)) erschien bereits in der Illegalität als hektographiertes Zirkular.

42) Otto Rühle, Von der bürgerlichen zur proletarischen Revolution, Dresden 1924.

43) S. dazu: Otto Rühle, Warum bleiben die Massen in der Partei?, in: "Die Aktion", 14. Jg. (1924), Nr. 15; "Die Massen bleiben in der Partei als Produkte und Opfer einer Erziehung, die sie in Familie, Schule, Fabrik, Kaserne, Partei und Staat erhalten haben. - Eine Erziehung zu Gehorsam, zu Respekt vor der Autorität, zur Unselbständigkeit, zum Minderwertigkeitsgefühl, zur Angst vor der Verantwortung. - Solange wir diese Erziehung haben, wird es Kirche und Parteien geben, werden Pfaffentum und Parteibonzen nicht auszurotten sein."

44) S. unten den Abschnitt über die syndikalistische Richtung in der KAPD.

45) S. "Der Syndikalist", 5. Jg. (1923), Nr. 1; s. auch: "Die Aktion", 13. Jg. (1923), Nr. 1-4.

Gründungskongreß lebte die Diskussion um eine Assoziierung mit der FAUD in Anknüpfung an die gemeinsamen Richtlinien der Berliner AAU und FAU vom April 1921<sup>46</sup> wieder auf<sup>47</sup>, blieben aber ohne praktische Ergebnisse.

Nach der teilweisen Revision der AAUE-Leitsätze im Juni 1924 waren die meisten der ehemaligen Differenzen mit der früheren unionistischen Mehrheit aus dem Wege geräumt; Versuche, mit der KAP/AAU Berliner Richtung ins Gespräch zu kommen, scheiterten an der Ablehnung der KAP<sup>48</sup>. - Müheloser und erfolgreich waren schließlich 1926 die Verhandlungen der Rest-AAUE mit einer linken Oppositionsgruppe jüngsten Datums aus der KPD, mit der eine Vereinigung aufgrund des Programms viel weniger nahelag als mit der AAU oder der FAU, von der die AAUE aber nicht jahrelange und in persönliche Animositäten ihrer Sprecher umschlagende taktische Scharmützel trennten. Es kam im Laufe des Jahres 1926 zuerst zu einem "Kampfkartell", dann zu einer Vereinigung mit einer vor allem in Niedersachsen bestehenden und zu Beginn des Jahres aus der KPD ausgeschlossenen linken Oppositionsgruppe um Iwan Katz<sup>49</sup>. Eine Konferenz beider Gruppen in Göttingen am 20.11.1926 beschloß die Gründung eines "Spartakusbund Nr. 2" als "politisch-wirtschaftliche Einheitsorganisation"; die Berliner "Einheitsfront" der AAUE und das "Mitteilungsblatt" der Katz-Gruppe wurden zusammengelegt und erschienen unter dem neuen Kopf "Spartakusbund". Diese Verbindung, die von der Berliner KAP als historische Schattenbeschwörung beargwöhnt wurde<sup>50</sup>, dauerte nicht lange und die AAUE bestand selbständig weiter. Franz Pfemfert entzog nun seine "Aktion" der Einheitsorganisation und stellte sich und sein Blatt in den Dienst trotzkistischer Oppositionsgruppen<sup>51</sup>. Einigermaßen intakte AAUE-Gruppen bestanden weiter in Dresden, Hamburg und Frankfurt/M<sup>52</sup>. Als sich in der Rest-AAU die wirtschaftlich-politische Einheitstendenz in dem Maße durchsetzte, daß

46) Vgl. dazu oben den Abschnitt über die Düsseldorfer Opposition in der FAUD.

47) S. "Die Aktion", 13. Jg. (1923), Nr. 8 und 11.

48) Ein Brief James Brohs vom Oktober 1924 an die Berliner KAZ mit dem Vorschlag der Gründung einer Kampfgemeinschaft blieb unbeantwortet. S. "Die Aktion", 14. Jg. (1924), Nr. 12.

49) Zur Person Iwan Katz' und zur Vorgeschichte der Gruppe s. Siegfried Bahne, Die ultralinke Opposition ..., loc. cit., p. 366 ff.

50) S. "Proletarier", 2. Jg. (1926), Heft 8/9; Die Auferstehung des Spartakus.

51) Vgl. dazu Siegfried Bahne, Der Trotzkismus in Deutschland 1931 bis 1933. Ein Beitrag zur Geschichte der KPD und der Komintern, phil. Diss. Heidelberg 1958 (Masch.).

52) In Frankfurt/M. gab die sehr rührige AAUE noch 1926 eine Zeitschrift neu heraus: "Die Proletarische Revolution, Organ für die revolutionären Interessen der Arbeiterklasse", Hrg. AAUE Frankfurt/M.; das Blatt erschien bis 1932.

es 1931 zur praktischen Auflösung der KAP kam, stand der Wiedervereinigung der Restbestände der beiden Strömungen im deutschen Unionismus nichts mehr im Wege, die im Dezember 1931 erfolgte.

## VIII. GRÜNDUNG UND ENTWICKLUNG DER "KOMMUNISTISCHEN ARBEITER-PARTEI DEUTSCHLANDS" (KAPD)

### 1. Der Gründungskongreß der "Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands" (KAPD) im April 1920 und sein Programm

Sogleich nach dem Ausschluß der 18 oppositionellen Delegierten auf dem Heidelberger Kongreß der KPD(S) riefen die Linkskommunisten unter der Führung Hamburgs zur Sammlung gegen die Zentrale auf:

"Alle Parteiorganisationen der Kommunistischen Partei Deutschlands, die auf dem Standpunkt stehen, daß die proletarische Diktatur die Diktatur der Klasse sein muß und nicht die Diktatur der Führerschaft einer Partei, die weiterhin der Auffassung sind, daß revolutionäre Massenaktionen nicht von einem geheimen Führerbund von oben her befohlen, sondern aus dem Willen der Massen selbst emporschlagen müssen und vorbereitet werden durch die organisatorische Zusammenfassung der revolutionären Proletarier in revolutionären Massenorganisationen auf breitester demokratischer Grundlage, werden aufgefordert, sich mit der Parteiorganisation in Hamburg ... in Verbindung zu setzen"<sup>1</sup>.

Die Hamburger Linkskommunisten um Laufenberg und Wolffheim begannen, sich durch ihre "Erste Kommunistische Adresse" seit Mitte November 1919 als Sprecher der Gesamtopposition der KPD(S) zu disqualifizieren. Die Bremer Organisation, der man die Funktion der Informationsstelle der Opposition übertragen hatte, wurde zunächst zum Sammlungspunkt des Linkskommunismus. Sie war bereit, die Haltung gegen den Parlamentarismus bis zu einem gewissen Grade zu revidieren; die Informationsstelle legte Abänderungsanträge zu den Heidelberger Leitsätzen vor, die von den Hamburgern nicht anerkannt wurden; die Opposition des 2. Parteitages war jetzt in sich gespalten. Die Bremer Informationsstelle tritt im Namen der Oppositionsmehrheit zu Beginn des Jahres 1920 an zwei Fronten, gegen die Zentrale und gegen die Hamburger gleichzeitig<sup>2</sup>. Die Mehrheit der Opposition beabsichtigte zu dieser Zeit keineswegs die Spaltung der Partei; nach dem Oktober-Parteitag der KPD(S) (1919) hatten sich mit Laufenberg nur drei weitere der ausgeschlossenen Delegierten für die sofortige Tren-

1) KAZ (Hamburg), 1. Jg. (1919), Nr. 151. Hervorhebung im Original.

2) Vgl. zur Situation in der Opposition den sehr aufschlußreichen Artikel im "Kommunist" (Bremen), 2. Jg. (1920), Nr. 2; Aus der KPD. Die Genesung der KPD.

nung von der Partei erklärt, die übrigen waren gegen einen solchen Schritt<sup>3</sup>. Die durch die Bremer Informationsstelle repräsentierte Mehrheit der Oppositionellen war sich der Tatsache bewußt, das Gros der Mitgliedschaft der KPD(S) hinter sich zu haben; sie rechnete außerdem mit einer Wendung der Komintern zu ihren Gunsten und gegen die Levi-Zentrale, da Pannekoek, der sich ja in einer Reihe von Aufsätzen um die Jahreswende 1919/20 mit ihrer Taktik einverstanden erklärt hatte, von Lenin persönlich und als Theoretiker sehr geschätzt wurde<sup>4</sup>. Sie drängte auf einen neuen Parteitag, auf dem nach der nunmehr abgeschlossenen Meinungsbildung über die Heidelberger Leitsätze von der Mitgliedschaft der Partei abgestimmt werden sollte. In einem Aufruf vom 23.12.1919 forderte die Bremer Informationsstelle:

1. Einberufung einer neuen Reichskonferenz Ende Januar.
2. Zulassung aller Bezirke, die vor der 3. Reichskonferenz zur KPD gehörten, ganz gleich, ob sie die Leitsätze anerkennen oder nicht.
3. Die sofortige Zur-Diskussionstellung von Leitsätzen und Anträgen für die Reichskonferenz.
4. Die Zentrale ist verpflichtet, bis zur Einberufung der neuen Konferenz jede weitere parteispaltende Tätigkeit einzustellen<sup>5</sup>.

Die Zentrale hingegen betrachtete die oppositionellen Bezirke der Partei nach dem Heidelberger Kongreß als ausgeschlossen; Levi verfolgte seine parteinterne Politik, die zur Abspaltung der Opposition führen sollte, unbeirrbar weiter. Sie berief in Hamburg, Bremen, Berlin, Dresden und anderen Städten Großversammlungen gegen die dortige oppositionelle Majorität der Kommunisten ein. Die Bezirke, deren Konferenzen sich nach dem 2. Parteitag gegen die Heidelberger Leitsätze ausgesprochen hatten, wurden in der Zentralaussschußsitzung der KPD(S) am 7. und 8. Februar 1920 endgültig ausgeschlossen<sup>6</sup>. Der 3. Parteitag der KPD(S) am 25. und 26. Februar bestätigte noch einmal den Ausschluß der Bezirke Nord, Nordwest, Niedersachsen, Groß-Berlin und Ostachsen und lehnte ein Eingehen auf die Abänderungsvorschläge der Bremer Informationsstelle der Opposition mit der Begründung ab, sie könne nicht darüber verhandeln, so lange die Opposition sich nicht von der "kleinbürgerlich-nationalistischen Richtung Wolfheim-Laufenberg" losgesagt habe<sup>7</sup>. Der Nationalbolschewismus

3) So der Bremer Sprecher in der Diskussion der Zentralaussschußsitzung der KPD(S); vgl. KAZ (Hamburg), 2. Jg. (1920), Nr. 48.

4) Vgl. Bernhard Reichenbach, loc. cit., p. 121.

5) S. KAZ (Hamburg), 1. Jg. (1919), Nr. 197.

6) Vgl. KAZ (Hamburg), 2. Jg. (1920), Nr. 36; Aus der KPD. Die Spaltung der Partei nun doch perfekt. Vgl. auch Bernhard Reichenbach, loc. cit., p. 121.

7) S. Bericht über den 3. Parteitag der KPD(S) am 25. u. 26. Februar 1920, Berlin 1920, p. 7.

Laufenbergs und Wolffheims machte der Zentrale in der Tat leichtes Spiel; anders als in Heidelberg lagen jetzt mit marxistischen Grundsätzen schwerlich zu vereinbarende Programmsätze vor; der Nationalbolschewismus diente der Zentrale aber auch jetzt wieder als Vorwand, insofern als er in der Gesamtopposition nur von einer kleinen Minderheit vertreten wurde und gerade die Bremer Oppositionellen schon seit zwei Monaten gegen Laufenbergs und Wolffheims "Adresse" polemisierten<sup>8</sup>. - Auf dem 3. Parteitag wurde offenbar, in welchen Zustand der Zerrüttung die KPD(S) geraten war durch die Spaltungsvorgänge. Heinrich Brandler resignierte nach seinen Beobachtungen in Rheinland-Westfalen: "Wir haben überhaupt noch keine Partei"<sup>9</sup>. Der Geschäftsbericht der Zentrale präzierte die Lage in den einzelnen Bezirken der Partei<sup>10</sup>. In den ausgeschlossenen Bezirken, die durchweg die mitgliederstärksten der Partei waren, versuchte die Zentrale die Organisation neu aufzubauen; in Groß-Berlin schlossen sich von etwa 8000 Mitgliedern nur etwa 500 der Zentrale an<sup>11</sup>. Auch in den nicht pauschal ausgeschlossenen Bezirken war die Opposition sehr stark; in Essen standen z. B. von nahezu 2000 Mitgliedern nur 43 zur Zentrale und deren Leitsätzen<sup>12</sup>. Trotz dieser für die Opposition äußerst günstigen Lage vollzog sich die Spaltung der KPD(S) auch in den Wochen nach dem 3. Parteitag noch nicht, der am 2. Verhandlungstage von der Polizei gesprengt wurde und so zu keinem Abschluß der Diskussion gelangte. Die spaltungswillige Fraktion der Hamburger Nationalbolschewisten war zu klein, um eine Parteineugründung zuwege zu bringen und die Bremer Oppositionsmehrheit erkannte die Spaltungsmanöver der Levi-Zentrale weiterhin nicht an; zudem verhinderte der Streit der Oppositionsmehrheit mit den Nationalbolschewisten eine solche organisatorische Neubildung. Der entscheidende Anstoß zur Gründung der KAPD kam von außen. Die Zentrale hatte in der Folge ihrer aktionsfeindlichen Haltung zuerst gegen den Generalstreik bei der Gelegenheit des Kapp-Putsches am 13. 3. 1920 aufgerufen und hatte dann Vertreter zu den Verhandlungen über das sogenannte "Bielefelder Abkommen" zur Beilegung der bewaffneten Kämpfe im Ruhrgebiet im Anschluß an den Generalstreik delegiert<sup>13</sup>. Der ehemaligen linken Opposition der KPD(S) erschien dies Verhalten als ein "Aufgeben des revolutionären Kampfes"<sup>14</sup>, als eine Überleitung der Politik der Kommunisten von der revolutionären Ak-

8) Vgl. dazu den Abschnitt über die Richtung des Hamburger Nationalbolschewismus.

9) Bericht über den 3. Parteitag der KPD(S), p. 16.

10) S. ibidem, p. 34-38.

11) S. Bernhard Reichenbach, loc. cit., p. 121.

12) S. "Der Klassenkampf", 1. Jg. (1921), Nr. 15.

13) Vgl. Einzelheiten zu diesen Vorgängen unten im Abschnitt über die linksradikalen Organisationen in der Aktion 1920/21.

14) S. Bernhard Reichenbach, loc. cit., p. 122.

tivität zur Passivität. In unmittelbarer Reaktion darauf rief die Berliner Organisation eine Konferenz der Gesamtopposition im deutschen Kommunismus zusammen, die die Gründung einer neuen Partei mit dem Namen "Kommunistische Arbeiter-Partei Deutschlands" am 4. und 5. April 1920 in Berlin beschloß. 24 auswärtige und 11 Berliner Delegierte vertraten nach eigenen Angaben etwa 38 000 ehemalige Mitglieder der KPD(S), d. h. mehr als 50 % der Gesamtmitgliedschaft<sup>15</sup>. Von den ehemaligen Bezirken der KPD(S) hatten folgende Delegierte entsandt: Berlin, Brandenburg, Nord, Nordwest, Thüringen, Ostachsen, Westachsen, Elberfeld-Barmen; andere Bezirke waren nicht vertreten wegen der Verkehrsschwierigkeiten in der wirren Situation nach dem Kapp-Putsch und schlossen sich später der neuen Partei an. Dem Kongreß präsiidierte je ein Vertreter der drei linkskommunistischen Richtungen, die bei der Gründung der KAPD zusammenkamen: Berlin, Hamburg und Dresden.

Die auf dem Kongreß gehaltenen Referate waren durchweg hoch gestimmt. Das Bewußtsein herrschte vor, etwas völlig Neues zu schaffen, was bisher noch nirgendwo Tatsache geworden sei: "Die proletarische Partei, die das Führertum alten Stils endgültig verabschiedet und selbst und eigenmächtig ihre Geschicke bestimmt"<sup>16</sup>. In dem vom Gründungskongreß erlassenen Aufruf<sup>17</sup> an das deutsche Proletariat hieß es daher, die KAPD sei "keine Partei im überlieferten Sinne"<sup>18</sup>; das Hauptziel der neuen Organisation sei die "Befreiung von jeglichem Führertum"<sup>19</sup>. In so entschiedener Weise war in der Tradition des jüngeren Radikalismus das Führerproblem in den proletarischen Organisationen nur von den ISD bzw. IKD formuliert worden. Man nahm nur deren Forderungen wieder auf und distanzierte sich wie diese Vorläuferorganisation auch offen vom "Spartakus"-Bund; die Tendenz des "Spartakus"-Bundes während des Krieges sei noch auf "eine Partei alten Kalibers" hinausgelaufen; sie "lief darauf hinaus, daß die Massen das Objekt der theoretischen Ausführungen und Vorschriften der Führer zu sein haben"<sup>20</sup>; von einer "Begünstigung oder einer Entwicklung der antiautoritären Stimmung der Massen konnte keine Rede sein"<sup>21</sup>. Man sah in der Entwicklung der Zentrale der KPD(S) eine abermalige Bestätigung der so oft zitierten Notwendigkeit der Selbstän-

15) Vgl. hierzu und zum folgenden: KAZ (Groß-Berlin), 1. Jg. (1920), Nr. 90; Bericht über den Gründungs-Parteitag der KAPD am 4. und 5. April 1920 in Berlin.

16) KAZ (Groß-Berlin), 1. Jg. (1920), Nr. 90.

17) S. "Die Aktion", 10. Jg. (1920), Nr. 15/16. S. auch im dokumentarischen Anhang Nr. XVI.

18) Ibidem.

19) Ibidem.

20) KAZ (Groß-Berlin), 1. Jg. (1920), Nr. 90.

21) Ibidem.

digkeit der Massen. Im Vorwort zum Programm der KAPD vom Mai 1920 hieß es dazu, die verräterische Haltung der Levi-Zentrale rechtfertige aufs neue die Erkenntnis, "daß die radikale Beseitigung jeglicher Führerpolitik die Voraussetzung für den raschen Fortgang der proletarischen Revolution in Deutschland"<sup>22</sup> sei. Auch auf die subjektive Seite des sozialen Transformationsprozesses, der Pannekoek in Reaktion auf Kautskys Sozialfatalismus so große Bedeutung zugemessen hatte, wies man nachdrücklich hin:

"Unter Sozialismus verstehen wir nicht nur die tote Mechanik der sozialistischen Produktionsform, sondern die geistige Wandlung zu sozialistischem Denken und Empfinden. Mit dem Werden der sozialistischen Welt, mit dem Werden der Räte, muß auch der letzte Schimmer des kapitalistischen Denkens, des eigensüchtigen Fühlens ausgetrieben werden"<sup>23</sup>.

Ein Berliner Sprecher forderte den Kongreß zur Stellungnahme zum Kampfmittel der Sabotage auf. Darüber sei vielleicht bei Marx nichts zu finden, es sei aber zumal im Kampf gegen die "Weißen Garden" der Freikorps unentbehrlich. Man könne sich überhaupt, nachdem man die Kampfmethoden des Syndikalismus übernommen habe, nicht grundsätzlich ablehnend gegenüber einer Kampfgemeinschaft mit den Syndikalistischen verhalten. Selbstverständlich ziehe man einen klaren Trennungsstrich gegenüber der Ideologie des Syndikalismus, die auf einem vormarxistischen Standpunkt stehengeblieben sei<sup>24</sup>. Zu den Hamburger Nationalbolschewisten, deren Sprecher Laufenberg und Wolffheim auf dem Kongreß nicht anwesend waren, hieß es, man könne Sätze wie den des "Burgfriedens mit der Bourgeoisie" nicht akzeptieren. Der Kongreß nahm schließlich eine Resolution für die 3. Internationale an und Entschließungen über die Organisationsgrundsätze der Partei, gegen den Parlamentarismus und gegen das Betriebsrätegesetz sowie für die AAU.

Die vom Gründungskongreß der KAPD beauftragte Programmkommission legte ihr Werk Mitte 1920 den der Partei angeschlossenen Organisationen zur Diskussion vor. Das Programm wollte nicht mehr sein als eine Zusammenfassung der bisherigen linkskommunistischen Selbstverständigungsversuche. Unter dem unmittelbaren Eindruck der Ereignisse um den Kapp-Putsch vom März 1920 ging das Programm von der Voraussetzung aus: "Die ökonomische und politische Situation in Deutschland ist überreif für den Ausbruch der proletarischen Re-

22) Programm der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Berlin 1920, p. 3; vgl. auch den dokumentarischen Anhang Nr. XVII.

23) KAZ (Groß-Berlin), 1. Jg. (1920), Nr. 90.

24) Ibidem.

volution<sup>125</sup>. Wenn die objektiven Bedingungen für die soziale Revolution gegeben seien, die permanente Krise aber nicht die Revolution auslöse, so müßten die hemmenden Faktoren subjektiver Natur sein. Die Ideologie des deutschen Proletariats sei immer noch im Banne bürgerlicher und kleinbürgerlicher Vorstellungen befangen.

"Die Psychologie des deutschen Proletariats in seiner gegenwärtigen Verfassung trägt nur allzu deutlich die Spuren der jahrhundertelangen militaristischen Versklavung, daneben aber auch die Merkmale eines mangelnden Selbstbewußtseins, wie sie sich als Folge des parlamentarischen Kretinismus der alten Sozialdemokratischen Partei und der USP einerseits sowie des Absolutismus der Gewerkschaftsbürokratie andererseits mit Naturnotwendigkeit entwickeln mußten. Die subjektiven Momente spielen in der deutschen Revolution eine entscheidende Rolle. Das Problem der deutschen Revolution ist das Problem der Selbstbewußtseinsentwicklung des deutschen Proletariats<sup>126</sup>.

Das war - nur leicht paraphrasiert - Pannekoeks Theorie der sozialen Revolution, wie er sie Ende 1919 und Anfang 1920 im dauernden Kontakt mit der linken Opposition im deutschen Kommunismus entwickelt hatte<sup>27</sup>. Mit seinen Worten lehnte das Programm die Arbeit im Parlament und in den Gewerkschaften als "reformistische" und "opportunistische" Kampfmethoden ab<sup>28</sup>, die der Entwicklung des proletarischen Selbstbewußtseins nur hinderlich seien und Verwirrung stiften. - An der Ausarbeitung des Programms der KAPD hatte die Berliner Organisation, der als Initiatorin der neuen Partei von Anfang an die Führungsrolle zufiel, entscheidenden Anteil. Den Theoretiker und Sprecher der Berliner KAP, Karl Schröder, verbanden seit Ende 1918 enge freundschaftliche Beziehungen mit Herman Gorter, dem Freund und ideologischen Gefährten Anton Pannekoeks. Man hat in Pannekoek den Inspirator des Programms der KAPD vom Mai 1920 zu sehen; bald nach Veröffentlichung des Programms billigte er es vollinhaltlich. Es blieb gültig bis Ende 1923; der Parteitag der Berliner Richtung der KAP im September 1923 beschloß - nach Ausschluß Karl Schröders und seiner Anhänger und angesichts der inzwischen gemachten Erfahrungen - ein umfangreicheres und in mancher Hinsicht neues Programm<sup>29</sup>.

Die konkrete Festlegung des Organisationsaufbaus durch eine Verbands-Satzung erfolgte in der KAP wie in der AAU erst allmählich in

25) Programm der KAPD (1920), p. 6.

26) Programm der KAPD (1920), p. 7.

27) Vgl. dazu oben den Abschnitt über die Abspaltung der Linkskommunisten auf dem Heilberger Parteitag.

28) Programm der KAPD (1920), p. 8.

29) S. Programm der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Berlin 1924.

der Diskussion, obwohl die Berliner Gründergruppe dem ersten Kongreß der Partei gleich fertige Statuten vorlegte<sup>30</sup>. Diese Statuten gaben sich entsprechend den Ideen des "proletarischen Zentralismus" der Berliner<sup>31</sup> nicht hinreichend föderalistisch, um widerspruchslos von den übrigen Strömungen in der KAP und von den Mitgliedern hingenommen zu werden. Das KAP-Programm vom Mai 1920 beschränkte sich auf die allgemeine Empfehlung zur Statuten-Diskussion, daß die Garantie der unmittelbaren und unverfälschten Ausdrucksmöglichkeit des revolutionären Massenwillens das Leitmotiv für den Aufbau der Partei sein müsse<sup>32</sup>. In dieser Diskussion waren die vorgesehenen Instanzen desto umstrittener je höher sie in der Staffelung von der Orts-Organisation bis zur Reichs-Leitung rangierten. In radikaler Weise um die Selbstbestimmung der Mitglieder in der Partei bemüht, lehnte insbesondere der Wirtschaftsbezirk Ostsachsen ein Weisungsrecht der höheren Instanzen ab<sup>33</sup>; da die ostsächsische Richtung schon bald aus der Partei gedrängt wurde, setzte sich schließlich die Satzung, die dem Gründungskongreß vorgesetzt worden war, mit geringen Abänderungen durch. Die vom Parteitag festgesetzten Wirtschaftsbezirke der KAP, deren Anzahl und Grenzen sich wie bei der AAU auf die Dauer erheblich veränderten, untergliederten sich in Ortsgruppen. Die Selbständigkeit der Wirtschaftsbezirke war im Vergleich mit den entsprechenden Organisationseinheiten in der AAU und der FAU allezeit erheblich eingeschränkter; ihre Autonomie bestand nur in technischen Fragen, im übrigen oblag ihnen die "Durchführung der von der Partei beschlossenen Aktionen" (Punkt 3). Trotz dem zentralen Organisationsaufbau war der demokratische Charakter der Willensbildung in der Partei durch mehrere Vorkehrungen gesichert: Der Parteitag, die oberste beschlussfassende Instanz, war mindestens einmal jährlich einzuberufen und wurde von den Delegierten der Wirtschaftsbezirke beschiedt, die allein stimmberechtigt waren; Einberufung, Tagesordnung und Anträge

30) S. KAZ (Groß-Berlin), 1.Jg.(1920), Nr. 90; s. den Text der Statuten im dokumentarischen Anhang Nr. XVIII.

31) Vgl. dazu oben den Abschnitt über die majoritäre Richtung in der AAU. Vgl. dazu auch Karl Schröder auf dem 2. Parteitag der KAP: "Den Zentralismus im alten Sinne lehnen wir ab; er ist für uns etwas Totes. Aber eine Zusammenschmiedung, wie sie der Fortgang der Revolution ... uns notwendig aufzwingt durch das Werden der Räteorganisation, diese Art des Zentralismus können und dürfen wir nicht ablehnen, bei der Gefahr, in einzelne Splitter zu zerfallen. Der Föderalismus, sofern er bedeutet die vollkommene Freiheit jeder kleinen einzelnen Gruppe, ist ein Unding und widerstrebt dem Gedanken der Gemeinschaft sowohl wie der Räteorganisation." Protokoll des 1. ordentlichen Parteitages der KAP vom 1.-4. 8. 1920, unveröffentlichtes masch. schriftl. Manuskript, p. 117.

32) S. Programm der KAPD (1920), p. 3 f.

33) S. einen Statutenentwurf mit dieser Tendenz in; KAZ (Groß-Berlin) 1.Jg.(1920), Nr.108.



eines Parteitages mußten so rechtzeitig bekanntgegeben werden, daß eine vorherige Diskussion durch die Mitglieder möglich war (Punkt 7). Durch die Wahl- und Funktionsveränderungen der beiden höchsten Exekutiv-Organen der Partei, der "Zentralleitung" - dann "Zentralausschuß" genannt - und dem "Geschäftsführenden Ausschuß" (Punkt 9) - dann "Geschäftsführender Hauptausschuß" genannt - wurde die demokratische Organisationspraxis allerdings beeinträchtigt. Die "Zentralleitung", bzw. der "Zentralausschuß", bestand aus je einem Delegierten eines jeden Wirtschaftsbezirks und den Mitgliedern des "Geschäftsführenden Ausschusses", der die laufenden Geschäfte zwischen den Parteitag wahrnahm und damit eine Schlüsselstellung hatte. Wurde gemäß den Gründungs-Statuten der "Geschäftsführende Ausschuß" unmittelbar vom Parteitag mit einfacher Mehrheit gewählt (Punkt 9), so sanktionierte das neue Statut der KAPD, das auf dem sechsten Parteitag im September 1923 angenommen wurde, lediglich einen bestehenden Zustand, wenn es dem Vorort der Partei - als der kein anderer als Berlin jemals in Frage kam - das Recht einräumte, den "Geschäftsführenden Hauptausschuß" aus seinen Reihen zu stellen<sup>34</sup>. Eine ähnliche statutenmäßige Festlegung der Vorrangstellung der Berliner Organisation ist auch in der Entwicklung der AAU festzustellen<sup>35</sup>. Sie beruhte in der KAP nicht zuletzt darauf, daß Berlin nicht nur die Ursprungsstätte der Partei war, sondern daß sich hier auch nach Abspaltung der Hamburger und der Dresdener Richtung ihr Organisationsleben immer ausschließlich konzentrierte. Der gesamte Presse- und Verlagsapparat der KAP befand sich - auch dies seit dem sechsten Parteitag statutenmäßig festgelegt<sup>36</sup> - in den Händen des Wirtschaftsbezirks Berlin-Brandenburg. Von den früheren linksradikalen bzw. linkskommunistischen Presseorganen war der Bremer "Kommunist" mit dem Verbleiben der Bremer Linkskommunisten in der KPD(S) für die KAP ausgefallen; der Dresdener "Kommunist" erschien zuerst als Organ der KAP und stellte Ende 1921 nach der Gründung der AAUE sein Erscheinen ein; die bis zur Gründung der KAP wichtigste Zeitung der linken Opposition in der KPD(S) von überregionaler Bedeutung, die Hamburger KAZ, erschien - nach der Isolierung der Hamburger Nationalbol-schewisten - Ende September 1920 zum letzten Mal. Das Berliner Verlagshaus der KAP gab neben dem gesamten Broschüren- und Flugblattmaterial und dem Unions-Organ "Der Kampftruf" das wichtigste Publikationsorgan der Partei heraus, die "Kommunistische Arbeiter-Zeitung" (KAZ) für den Wirtschaftsbezirk Groß-Berlin, die nach Angaben der Polizeiakten im Januar 1921 mit 8000 Exemplaren in Berlin, mit

34) S. Programm der KAPD (1924), p. 43.

35) S. oben den Abschnitt über die majoritäre Richtung in der AAU.

36) S. Programm der KAPD (1924), p. 44.

5000 im Reiche vertrieben<sup>37</sup> und nach Abspaltung des Schröder-Kreises seit Mitte 1922 in Berlin und Essen durch je selbständige Redaktionen hergestellt wurde. Zudem wurden im Namen des gleichen Wirtschaftsbezirks Groß-Berlin zwei Jahrgänge der "Kommunistischen Montags-Zeitung, Organ der KAPD" seit 1920 herausgebracht; im gleichen Verlagshause erschien ab Oktober 1920 als theoretisches Organ der KAP, in dessen ersten Jahrgängen die Beiträge von Pannekoek und Gorter zahlreich waren, der "Proletarier, Monatsschrift für Kommunismus"<sup>38</sup>. -

Der KAP als politischer Partei waren als Nebenorganisationen angegliedert die in der AAU zusammengefaßten Betriebsorganisationen, die Kampforganisationen und die Jugendorganisationen. - Das Programm der KAP war vor allem eine Zusammenfassung bereits formulierter Prinzipien der Linkskommunisten; in einem Punkte war es aber neu: in dem Versuch, das Verhältnis der KAP zu den Arbeiter-Unionen, zur AAU, zu bestimmen. In der AAU hatte sich schon im Februar 1920 die Tendenz, die gegen eine Unterstellung der Unionen unter die KPD(S) war, durchgesetzt; die Existenz der neuen, die Bildung der Unionen im Gegensatz zur KPD(S) fördernden Partei, schuf eine ganz neue Situation. Die Berliner, die in der weiteren Entwicklung der AAU die Führerrolle übernahmen, aber zugleich alle entschiedenen Befürworter der Einheitsorganisation gegen sich aufbrachten, vertraten die enge Zusammenarbeit der Betriebsorganisationen mit der KAP. Nach dem Parteiprogramm sollte die KAP "in nimmermüder Propaganda" innerhalb der Union arbeiten; Kampfpapieren müßten vereinbart werden und die Betriebsorganisationen zu "beweglichen Waffen der Partei"<sup>39</sup> sich entwickeln. Die Partei sollte die Aufgabe der "Sammlung der fortgeschrittenen Elemente der Arbeiterschaft"<sup>40</sup> übernehmen, die Unionen sollten die breite Massenbasis bilden, auf deren organisatorischem Fundament die neue Gesellschaft nach der siegreichen Revolution sich unmittelbar aufbauen würde. Dieses Berliner Konzept wurde recht schnell von einem großen Teil der Unionisten angenommen; bereits gegen Ende des Jahres 1920 war die AAU zu einer Art ergänzenden Wirtschaftskampf-Organisation der KAP geworden. - Eine weitere Neben-

37) Pol. Akten d. Reg. Düsseldorf, Nr. 15681/64.

38) Der erste "Proletarier" erschien bis Mitte 1922; er wurde vom November 1924 bis November 1927 von der Berliner Richtung der KAP neu herausgegeben mit dem Kopf "Kommunistische Zeitschrift für revolutionären Klassenkampf, Kommunistische Arbeiter-Partei Deutschlands" und erschien noch ein drittes Mal im Februar 1933 bereits in der Illegalität vorgeblich als Organ der "Gruppe Internationaler Kommunisten Hollands", tatsächlich jedoch hergestellt im alten KAP-Verlagshaus in Berlin.

39) S. Programm der KAPD (1920), p. 12.

40) Ibidem, p. 12.

organisation der KAPD war die illegale "Kampforganisation"<sup>41</sup>. Die seit Anfang 1920 von der KPD(S) aufgebauten Kampforganisationen, paramilitärische Truppen für den Fall des bewaffneten Kampfes, wurden von der Spaltung der Partei zwar auch betroffen, in der Praxis bestand jedoch die Aktionsgemeinschaft weiter. Im Mai 1920 bildete sich eine militärische Zentrale aller revolutionären Parteien Deutschlands, die ihren Sitz in Berlin hatte. Die Zentrale der KPD ermahnte dazu, "daß unter allen Umständen Fühlung mit der USPD, der KAPD, der Arbeiter-Union und den Syndikalisten zu nehmen"<sup>42</sup> sei. Soweit die Kampforganisationen überhaupt realisiert wurden, ist anzunehmen, daß sich in ihnen aktivistische Elemente zusammenfanden, für die das Partei-etikett eine durchaus untergeordnete Bedeutung hatte; gemäß den Statuten der Kampforganisation der KAP konnten auch waffenfähige Arbeiter dazugehören, die nicht der Partei angehörten. Das Interesse der KAP an solchen paramilitärischen Organisationen ergab sich aus ihrem "maximalistischen", aktiven Klassenkampf-Programm<sup>43</sup>. Die Statuten der Kampforganisation<sup>44</sup> begründeten ihre Notwendigkeit:

"Analog der klaren Erkenntnis, daß nur der bewaffnete Aufstand das Proletariat aus der Knechtschaft befreien kann, daß auch andererseits die Reaktion dem Proletariat den Kampf aufzwingen wird, sieht sich das revolutionäre Proletariat gezwungen, eine Organisation zu schaffen, mit deren Hilfe es in der Lage ist, zur gegebenen Stunde als vollwertige Kampftruppe den Kampf aufzunehmen"<sup>45</sup>.

Die Kampforganisationen sollten sich in jedem Wirtschaftsbezirk bilden. Soweit sie tatsächlich aufgebaut wurden, waren sie als Wanderklubs oder Sportvereine getarnt. Die Waffen waren im Betrieb oder in bewachten Verstecken aufbewahrt. Die Kampforganisationen sollten im Rahmen revolutionärer Massenbewegungen ihre Aktivität entfalten und dann militärisch unabhängig, aber in ständigem Kontakt mit der politischen Führung der Partei operieren. Sie blieben organisatorische Fragmente und waren mit den Kampforganisationen der extremen Rechten, den Freikorps, Wehrverbänden usw., weder im Organisations- und Ausstattungsgrad noch hinsichtlich ihrer Effektivität auch nur ver-

41) Zuverlässige Angaben über diesen Organisationszweig sind sehr spärlich. Aus dem Presse- und Broschürenmaterial der KAPD ist über diese Geheimorganisation natürlich nichts zu erfahren. Die folgende Darstellung stützt sich auf das in den Polizeiakten enthaltene Material. S. Pol. Akten der Reg. Düsseldorf, Nr. 15785; Rote Armee, 2 Mappen.

42) Zitiert in: Pol. Akten der Reg. Düsseldorf, Nr. 15785/29.

43) S. Programm der KAPD (1920), p. 8.

44) S. Pol. Akten d. Reg. Düsseldorf, Nr. 15785/7; s. auch den dokumentarischen Anhang Nr. XIX.

45) S. ibidem.

gleichbar. Als sich im August 1920 die militärischen Leitungen der USPD, der KPD(S) und der KAPD zu einer Tagung trafen, vermerkte man in allen Bezirken einen Mangel an Mitgliedern, an Waffen und an Munition in den Kampforganisationen<sup>46</sup>; relativ am besten organisiert waren diejenigen in Berlin, im Ruhrgebiet und in Mitteldeutschland. An bekannten Kommunisten waren auf dieser Tagung Franz Jung als Vertreter der KAP und Paul Frölich als Vertreter der KPD(S) anwesend. Im Oktober 1920 gab die KAP-Führung die Parole aus an ihre Mitglieder, aus dem bisherigen Bündnis mit der USP und KPD in den Kampforganisationen auszuschneiden und eigene militärische Kadres zu schaffen<sup>47</sup>. Durch diese Maßnahme und durch die Zerschlagung des ganzen militärischen Organisationsnetzes der Linksradiكالen im Ruhrgebiet im Januar 1921 verlor die ohnehin nur rudimentär entwickelte Kampforganisation der KAPD immer mehr an Bedeutung. Nach dem Bericht eines am Aufbau der Kampforganisation führend beteiligten KAP-Mitglieds war im Februar 1921 die Berliner Kampforganisation der KAP zu dem Zeitpunkt kaum brauchbar. Nach Polizeiberichten schien "weder die KAPD noch die AAU ihren Kampforganisationen allzu viel Vertrauen entgegenzubringen"<sup>48</sup>. Wie bereits in der Betrachtung der Rolle der Linkskommunisten und Syndikalisten in den Kämpfen vom November 1918 bis April 1919 zu sehen war<sup>49</sup>, spielte das organisatorische Moment in diesen großen Sozialbewegungen eine geringe Rolle. - Mit der Dreiteilung in die Partei und die mit ihr verbundenen Betriebsorganisationen und Kampforganisationen war das Grundmuster der KAPD aufgestellt. Die Partei forderte außerdem noch den Aufbau von Jugendorganisationen, die sich als "Kommunistische Arbeiter-Jugend" (KAJ) am 27. und 28. 11. 1920 in Braunschweig konstituierten. Die KAJ hatte Mitte 1921 angeblich etwa 4150 Mitglieder in 44 Ortsgruppen, war also im Verhältnis zur Gesamtpartei sehr stark<sup>50</sup>. Sie gab seit 1921 ein eigenes Publikationsorgan in Berlin heraus unter dem Titel "Rote Jugend, Kampforgan der Kommunistischen Arbeiter-Jugend"; die KAJ hatte große Selbständigkeit gegenüber der Partei und hielt ihre eigenen Reichskongresse ab; sie stand in dauernder enger Verbindung mit der einige hundert Mitglieder umfassenden Jugendorganisation der holländischen KAP<sup>51</sup> und führte einen permanenten Klein-

46) S. Pol. Akten d. Reg. Düsseldorf, Nr. 15785/28.

47) S. Pol. Akt. d. Reg. Düsseldorf, Nr. 15785/51.

48) Pol. Akt. d. Reg. Düsseldorf, Nr. 15786/47.

49) S. oben den Abschnitt über die Stellung der linksradiكالen Kräfte in und zu den Kämpfen vom November 1918 bis April 1919.

50) S. Pol. Akt. d. Reg. Düsseldorf, Nr. 15680/1.

51) S. "Rote Jugend", 3. Jg. (1923), Nr. 8. Die Jugendorganisation der KAP gab gleichfalls ein eigenes Blatt heraus, das mit einer Auflagezahl von 500 und unter dem Namen "De Baanbreker" erschien.